Montag, 2. April 1984 - D * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 79 - 14.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

POLITIK

Frankreich: Die schweren Unruhen in den Stahlzentren des Nordostens drohen jetzt auch die linke Regierungskoalition in Paris zu erschüttern. Erstmals forderte Kommunistenchef Marchais die Arbeiter offen zum Widerstand gegen die Regierung auf. (S. 7)

Kommunalwahlen: Bei regnerischem Wetter fanden gestern in rund 100 bayerischen Kommunen, einschließlich Münchens, Stichwahlen statt. Sie waren dort notwendig, wo am 18. März kein Bürgermeisterkandidat die absolute Mehrheit erhalten hatte. In München war im ersten Wahlgang Oberbürgermeister Kiesl (CSU) seinem SPD-Herausforderer Kronawitter unterlegen.

Libanon: Mit dem Abzug der Franzosen aus Beirut endete nach 17 Monaten die Mission der multinationalen Friedenstruppe.

Salvador: Nach Auseinandersetzungen mit dem zivilen Präsidenten Roberto Suazo Cordova traten der Generalstabschef, der Marinechef und der Kommandeur der Polizei zurück.

Südliches Afrika: Südafrika und Swaziland haben bekanntgegeben, daß sie bereits vor zwei Jahren ein Sicherheitsabkommen abgeschlossen hätten. Das politische Klima habe die Bekanntgabe bislang aber nicht als opportun erscheinen lassen.

Giftgas: Der Weltsicherheitsrat hat den Einsatz chemischer Kampfmittel im Golfkrieg scharf verurteilt. Der US-Zoll beschlagnahmte in New York eine Ladung chemischer Stoffe für Irak, die sich zur Herstellung von Nervengas eignen. (S. 12)

Satellitenfernsehen: In der Bundesrepublik begann gestern, wenn auch nur in Versuchsprojekten, das Zeitalter des privaten Satellitenfernsehens. In Ludwigshafen wurde die Austrahlung eines privaten Programms freigegeben. (S. 12)

Türkei: Ministerpräsident Özal will die Untersuchung angeblicher Folterungen in den Gefängnissen beschleunigen.

Vatikan: In einer scharfen Replik auf die jüngsten tschechoslowakischen Angriffe gegen den Papst erklärte Radio Vatikan, Prag wolle damit von der Tatsache ahlenken, daß in der CSSR weiterhin auf den Menschenrechten „herumgetrampelt" werde.

Möllemann: Die FDP Nordrhein-Westfalens hat ihren Vorsitzenden wiedergewählt. (S. 4)

Heute: Kohl und Strauß bei Tagung der Europäischen Volkspartei in Rom. – 71. Jahreskonferenz der Interparlamentarischen Union in Genf. – Tarifpartner im Baugewerbe setzen Gespräche fort.

ZITAT DES TAGES



„U[illegible] Staat traut sich nicht einm[illegible] Debatte über geistige Führung zu, er ist so unsicher, daß er nicht einmal wagt, eine Volkszählung vorzunehmen"

Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) auf einer Veranstaltung der Evangelischen Akademie Nordelbien zum Verhältnis von Kirche und Staat (S. 6) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Argentinien: Zur Finanzierung fälliger Zinszahlungen haben die USA, Mexiko, Brasilien und Kolumbien in letzter Minute einem Überbrückungskredit von 500 Millionen Dollar zugesagt. Ohne das Geld hätten US-Banken ihre Argentinien-Kredite als notleidend einstufen müssen. (S. 13)

Durchwahl: Größere deutsche Firmenvertretungen in Moskau können jetzt wieder direkt die Bundesrepublik anwählen.

Zinsen: Derzeit besteht nach Ansicht des Münchner Ifo-Instituts keine Aussicht, daß sich der 1981 eingeleitete Rückgang der nominalen Kapitalmarktzinsen, der Anfang 1983 ins Stocken geriet, fortsetzen könnte. (S. 13)

Mannesmann: Der Konzern hat von der CSSR einen Auftrag über 40 000 Tonnen Großröhren für die Gas-Transitleitung von der Sowjetunion in die Bundesrepublik erhalten.

KULTUR

Schriftsteller: Neuer Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS) wurde der bisherige bayerische Landesvorsitzende Hans-Peter Bleuel. Er setzte sich auf der Bundesdelegiertenkonferenz in Saarbrücken knapp gegen die Berliner Schriftstellerin Ingeborg Drewitz durch. (S. 3)

Rahner: Als einen der profiliertesten und überzeugendsten Theologen der katholischen Kirche hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, den Jesuitenpater Professor Karl Rahner gewürdigt, der im Alter von 80 in Innsbruck starb. (S. 23)

SPORT

Basketball: Durch einen 86:77-Sieg über den BC Köln gewann der ASC 46 Göttingen zum dritten Mal die deutsche Meisterschaft im Basketball. (S. 19)

Galopp: Sieger des englischen Hindernisrennens Grand National in Aintree wurde „Hallo Dandy" unter Jockey Neale Dougthy vor dem 9:1-Favoriten „Greasepaint".

Boxen: Im Finale des internationalen Chemie-Pokals in Halle verlor Markus Bott (Karlsruhe) gegen Alexander Beljajew (UdSSR). Dennoch qualifizierte er sich für die Olympiade. (S. 20)

Handball: Die Damen von Bayer Leverkusen unterlagen im Europapokal-Finale der Meister Radnicki Belgrad mit 20:19.

AUS ALLER WELT

Frankreich: Gestern wurden die Autobahngebühren um durchschnittlich fünf Prozent angehoben. Auch Benzin wird teurer.

U-Boot: Das Schiffsunglück im Skagerrak, bei dem ein vermutlich deutsches U-Boot einen dänischen Trawler am Schleppnetz in die Tiefe riß, hat anti-deutsche Gefühle in Dänemark entfacht. „Haß, Raserei und Lynchstimmung" machte eine Zeitung in Skagen aus, wo das U-Boot später festgemacht hatte. (S. 24)

Wetter: Bewölkt, nur im Norden niederschlagsfrei. 2 bis 6 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Strauß: Linke Hand darf nicht nehmen, was die rechte gibt

WELT-Interview über Stoltenbergs Pläne zur Steuerreform

DW. Bonn

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß besteht darauf, daß den Bürgern die heimlichen Steuererhöhungen der vergangenen Jahre bei der diskutierten Steuertarif-Reform zurückgegeben werden. Unmittelbar vor dem für heute angekündigten Koalitionsgespräch in Bonn, an dem Strauß teilnimmt, beschrieb der bayerische Regierungschef seine Position in einem WELT-Interview. Die Fragen stellte Manfred Schell.

WELT: Herr Ministerpräsident, mit welchen Grundsatzpositionen gehen Sie in das Koalitionsgespräch zum Thema Steuerreform?

Strauß: Die Papiere zu diesem Koalitionsgespräch habe ich Freitagabend bekommen. Aber prinzipiell kann ich Ihnen sagen: Den Bürgern müssen die heimlichen Steuererhöhungen, die sich seit der letzten Korrektur angesammelt haben, zurückgegeben werden. Dies war unsere klassische finanzpolitische Linie und sie muß es auch künftig bleiben. Deshalb gehen meine Überlegungen zunächst davon aus, festzustellen, wie hoch die heimlichen Steuererhöhungen bei der Lohn- und Einkommensteuer seit dem letzten Jahr der Überprüfung gewesen sind. Diese Steuererhöhungen müssen den Bürgern durch eine Korrektur des Tarifes nach unten zurückerstattet werden. Bis zu diesem Ausmaß ist nach unserer bisherigen finanzpolitischen Grundlinie ein Ausgleich durch andere Steuern nicht zu

SEITE 12
Weitere Beiträge
SEITE 13
Unterschiedliche Bestrebungen

rechtfertigen, weil sonst mit der linken Hand genommen wird, was mit der rechten Hand gegeben wird.

WELT: Der Bundesfinanzminister hat vorgeschlagen, Entlastungen von rund 25 Milliarden Mark knapp zur Hälfte durch die Erhöhung spezieller Verbrauchssteuern oder der Mehrwertsteuer und durch Subventionsabbau zu finanzieren.

Strauß: Ich meine, man sollte hier sehr zurückhaltend sein, weil sich sonst die Öffentlichkeit nur mit den Steuererhöhungen beschäftigt und die Steuersenkungen demgegenüber völlig in den Hintergrund treten. Es gibt ja nicht nur eine Steuerrealität, sondern auch eine Steuerpsychologie.

WELT: Was halten Sie von der verwirrenden Steuerdiskussion innerhalb und außerhalb der Koalition?

Strauß: Ich möchte nicht sagen, daß ich darüber sehr glücklich bin.

WELT: Herr Ministerpräsident, ist es prinzipiell falsch, Steuerentlastungen durch Steuererhöhungen zu finanzieren?

Strauß: Ich kann die Antwort nur so geben, daß Steuerentlastungen, die nur dem Ausgleich inflationsbedingter Steuererhöhungen dienen, nicht durch die Erhöhung anderer Steuern kompensiert werden dürfen. Die Erhöhung anderer Steuern ist dann diskutabel, wenn steuerliche Entlastungen bei der Lohn- und Einkommensteuer gewährt werden, die über die Rückgabe der heimlichen Steuererhöhungen hinausgehen.

WELT: Das heißt konkret, wenn die heimlichen Steuererhöhungen in der Zusammenrechnung der Jahre 25 Milliarden Mark ergeben sollten, dann könnte auf Steuererhöhungen verzichtet werden?

● Fortsetzung Seite 12

Rappe vermißt ein Konzept des DGB

Vorsitzender der IG Chemie zur Arbeitszeitdebatte: Vorruhestand verbessern

DW. Bonn

Die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften sind jetzt von der Spitze der IG Chemie-Papier-Keramik aufgefordert worden, den politischen Vorstellungen zur Änderung der Arbeitszeit ein eigenes schlüssiges Konzept entgegenzustellen. Es wäre schlimm, wenn die Entwicklung, die sich mit Schlagworten wie „Privatisierung der Arbeit", „Arbeitszeit nach Maß", „Verlagern von Arbeiten aus dem Betrieb in die Wohnung" andeute, an den Gewerkschaften vorbeiginge, sagte Hermann Rappe, Vorsitzender der IG Chemie-Papier-Keramik, in einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur.

Der Gewerkschafter und SPD-Politiker trat ungeachtet seiner Kritik an dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf zum Vorruhestand mit 58 Jahren für dieses Modell ein. Nicht nur die Tarifpartner, sondern auch andere müßten finanziell am Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beteiligt sein, argumentierte Rappe. Seine Forderung: „Die Regierung muß mit ins Boot". Bürde man die gesamte Last den Tarifvertragsparteien auf, würden die Gewerkschaften voraussichtlich zum Verzicht aufgefordert. Rappe zählt zu den Gewerkschaftsführern, die seit langem ihre Skepsis gegenüber der Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht verhehlen.

Ein atttraktives Vorruhestandsmodell würde nach seiner Meinung von fast allen Teilnehmern angenommen. Voraussetzung sei, daß 75 Prozent des letzten Einkommens gezahlt würden. Den jetzt vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf nannte er „alles andere als befriedigend". Die Länderregierungen hätten jedoch noch eine große Chance, eine deutliche Verbesserung durchzusetzen.

In der „Bild am Sonntag" warnte der Kieler Wirtschaftswissenschaftler Professor Norbert Walter vor der „Sackgasse 35-Stunden-Woche". Walter hielt den Gewerkschaftern entgegen, die deutsche Wirtschaft leide nicht nur an Arbeitslosigkeit, sondern auch an Investitions-, Wachstums- und Wettbewerbsschwäche. Trügen die Arbeitnehmer die Kosten der Arbeitszeitverkürzung, würden sie noch ärmer und unzufriedener. Trügen die Unternehmer die Kosten der Arbeitszeitverkürzung, verminderre sich ihre Wettbewerbsfähigkeit und könnten folglich nur noch weniger Arbeitskräfte beschäftigen. Unternehmen, die überleben wollten, müßten verstärkt rationalisieren und Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzen, sagte der Wissenschaftler.

Die IG Metall in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und dem nördlichen Niedersachsen will sich in der Vorstandssitzung am 9. April gegen ein Spitzengespräch mit den Arbeitgebern und für einen baldigen Streik aussprechen. Die Position der Gewerkschaft im Norden: „Es wäre politisch unklug, solche Spitzengespräche zu führen, wenn von vornherein sicher ist, daß sich nichts bewegt."

Katholiken für unabhängiges Polen

Lubliner Professor berichtet über aktuelle Diskussionen / Hirtenwort zum Kreuzstreit

KNA/DW. Bonn

Von ersten Versuchen polnischer Gruppen, rein politische Programme auf dem Hintergrund der katholischen Soziallehre zu entwerfen, hat der Lubliner Pastoraltheologe Professor Francisek Blachnicki berichtet. Blachnicki, der seit zwei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland lehrt, definierte während eines Vortrags in München das Ziel dieser Gruppen: Eine völlige Unabhängigkeit Polens zu erreichen, jedoch ohne Gewaltanwendung.

Die Entwürfe, über die noch diskutiert werde, strebten zwar nach Demokratie; sie wollten sich aber noch nicht endgültig auf ein bestimmtes Gesellschaftssystem festlegen. Es solle ein eigener Weg beschritten werden, sagte der Pastoraltheologe im „Haus der Begegnung" in der bayerischen Landeshauptstadt, eine Einrichtung, die sich um Kontakte mit ost- und südosteuropäischen Exilgruppen bemüht.

Die polnischen Bischöfe haben die Gläubigen aufgefordert, im „Kruzifix-Krieg" zwischen Kirche und Staat „das Kreuz, Symbol der Brüderlichkeit, der gegenseitigen Verständigung und der Nächstenliebe, zu verteidigen". In einem Hirtenbrief wird verlangt, daß „Kruzifixe an allen Orten, an denen Kinder eines in seiner überwältigenden Mehrheit christlichen Volkes erzogen werden", aufgehängt werden sollen.

Als „enttäuschend" hat das britische Institut zur Erforschung der Religion in Osteuropa (Keston College) die Erklärung der polnischen Bischofskonferenz über die Schulkreuze gewertet. Die Bischöfe, so heißt es in einem Kommentar dazu, hätten die Entfernung von Kreuzen aus Schulen nur in diplomatischen Wendungen verurteilt, ohne die Behörden zu nennen. Dies mache deutlich, daß sich die polnischen Oberhirten dem unter Kardinal Jozef Glemp eingeschlagenen politischen Kurs zum Abbau der Spannungen zwischen der Regierung und der Bevölkerung angeschlossen hätten. Aus Protest gegen das Vorgehen der Behörden in dem Kreuz-Streit war Bischof Jan Mazur in einen Hungerstreik getreten.

Während der jüngsten Vollversammlung der polnischen Bischofskonferenz wurden weitere Hilfsmaßnahmen für alle, die in den Gefängnissen leiden sowie für alle, die sich „in schwierigen Situationen befinden" erörtert. Mit dieser Erklärung reagierte die Konferenz auf das verschärfte Vorgehen des Regimes gegen Anhänger der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" in der jüngsten Zeit. In den Generalrat der Bischofskonferenz wurde der Bischof von Przemysl, Ignacy Tokarczuk, berufen. Bischof Tokarczuk gilt als entschiedener Verteidiger der vom Regime verbotenen unabhängigen Gewerkschaft. Er äußerte sich mehrmals kritisch über das Verhalten von Primas Kardinal Glemp.

Endet Streit über Londons Beitrag?

Rocard setzt Hoffnung in Kompromiß der EG-Minister über Agrarreform

WILHELM HADLER, Brüssel

Neue Hoffnungen auf eine Beilegung der EG-Krise hat die Einigung der Landwirtschaftsminister über die noch offenen Punkte der geplanten Reform der europäischen Agrarpolitik geweckt. Der französische Ratspräsident Michel Rocard meinte am Wochenende nach der entscheidenden 17stündigen Verhandlungsrunde, der Kompromiß eröffne die Chance, nunmehr auch in der Frage des britischen Beitragsausgleichs einen Durchbruch zu erzielen.

Das nach fast dreijährigen Beratungen verabschiedete Reformkonzept wird die Überschüsse auf den Agrarmärkten nicht beseitigen. Es setzt jedoch den bisherigen unbegrenzten Preisgarantien für die Bauern ein Ende. Für Milch – dem kostspieligsten Überschußerzeugnis in Europa – wurden erstmals Produktionsquoten festgelegt. Auch für zahlreiche andere Erzeugnisse gelten in Zukunft „Garantieschwellen", bei deren Überschreitung den Landwirten in den kommenden Jahren Preisabschläge drohen. Erstmals mußten die Bauern in diesem Jahr auch eine (allerdings mit einem Prozent mehr symbolische) Preissenkung für ihre meisten Erzeugnisse hinnehmen. Die Bundesregierung stimmte einem Stufenplan zum Abbau des deutschen

SEITE 2
Wieder ein Wunder

Währungsausgleichs zu, womit ein langjähriger deutsch-französischer Konfliktstoff beseitigt wurde.

Der Gesamtkompromiß, der die Verabschiedung von nicht weniger als 69 Rechtstexten verlangte, wird die Gemeinschaft indes erst mittelfristig finanziell entlasten. Im laufenden und im nächsten Haushaltsjahr sind auf jeden Fall Zwischenfinanzierungen in Milliardenhöhe erforderlich. Nach der bisherigen Produktions- und Marktentwicklung ist 1984 mindestens mit einem Fehlbetrag von rund 2,5 Milliarden Mark zu rechnen.

Über die wichtigsten Elemente des „Agrarpakets" war bereits am 11. und am 17. März Einvernehmen erzielt worden. Trotz aller Bemühungen gelang es damals allerdings nicht, die Iren in das geplante System zur Begrenzung der Milcherzeugung einzubinden. Dublin, das als ärmstes EG-Land besonders auf seine Milchwirtschaft angewiesen ist, verlangte kompromißlos eine Aufstockung seiner gegenwärtigen Erzeugung um mindestens fünf Prozent. Dabei machte sich die irische Regierung die Tatsache zunutze, daß sich die Neun und Großbritannien auf dem Brüsseler Gipfel in der Frage des Beitragsausgleichs zerstritten hatten.

In der entscheidenden Verhandlungsrunde haben die Agrarminister ihrem irischen Kollegen am Wochendende weitgehend nachgegeben. Der Preis für die Einigung war außerdem,

■ Fortsetzung Seite 12

DER KOMMENTAR

Lautes Echo

HEINZ HECK

Die Proteste gegen Stoltenbergs Steuerreformpläne kommen vor dem heutigen Schlagabtausch im Koalitionsgespräch wie bestellt. Der Widerstand konzentriert sich auf die Teilfinanzierung, also auf die vom Finanzminister vorgeschlagene Erhöhung indirekter Steuern und den Abbau von Steuervergünstigungen zum Ausgleich der Einnahmeausfälle bei der Lohn- und Einkommensteuer.

Stoltenberg hat eine (taktische) mittlere Position bezogen zwischen den Verfechtern der Null-Lösung (also zum Beispiel den Steuerexperten der Koalitionsfraktionen, die nach Möglichkeit jede Kompensation ablehnen) und seinen Länderkollegen und deren Regierungschefs, die ängstlich auf ihre Etats schauen und zum Teil weit mehr als Stoltenberg zurückholen möchten – ungeachtet dessen, was sie vielleicht früher einmal zum Reizwort heimliche Steuererhöhungen gesagt oder gefordert haben.

Der Wunsch der Länder – auch und gerade der unionsregierten – ist übermächtig, auf die Gestaltung der größten Umverteilungsaktion dieser Legislaturperiode Einfluß zu nehmen und nicht „die in Bonn" alles allein machen zu lassen. Ohne die Ländermehrheit geht bei diesen Steuergesetzen nichts. Doch die Unionsmehrheit im Bundesrat kann – für sich genommen – auf Bonn noch nicht beruhigend wirken. Rasch kann sich mit vier SPD-regierten Ländern eine parteiübergreifende Mehrheit bilden, die entweder mehr „Gegenfinanzierung" fordert oder Stoltenbergs Konzept scheitern läßt. Welches Interesse kann übrigens die SPD an einer überzeugenden Steuerreform um das Wahljahr 1987 haben?

Stoltenbergs Vorschläge erscheinen zaghafter, als sie vielleicht gemeint sind. Er weiß, daß er sich ohnehin Konzessionen wird ahringen lassen muß, wenn das Unternehmen die Kontrahenten befriedigen soll. Sein Vorschlag zu Verbrauchsteuererhöbungen ist ernsthaft nur als Abschreckungsmaßnahme gedacht. Die schon von seinem Vorgänger Matthöfer geforderte Erhöhung der Mineralölsteuer würde durch die Verteuerung von Heizöl bei dem herrschenden Anpassungsmechanismus auch das Erdgas verteuern, zusätzlich mit der Einführung einer eigenen Erdgassteuer diese umweltfreundliche Energie also gleich doppelt belasten. Das will niemand.

Aber wer etwas Bestimmtes will, darf es heute noch nicht genau kundtun; zumindest dann nicht, wenn er sein Konzept möglichst unversehrt über die Steuerreformdiskussion der nächsten zwei Jahre retten will.

Apel warnt Kritiker seines Kurses

DW. Berlin

Der neue Spitzenkandidat der Berliner Sozialdemokraten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus, Hans Apel, will jeden Versuch aus der Partei, vor dem 10. März nächsten Jahres eine Koalitionsaussage zu treffen, entschiedenen Widerstand entgegensetzen. Die SPD, argumentierte Apel, solle sich nicht schon zuvor mit der zweitbesten Lösung abgeben und sich keine unnötige Debatte aufdrängen lassen.

Die mehr als zweistündige Personaldiskussion auf dem Landesparteitag war geprägt von dem Streit um den „besseren Kandidaten". Die Mehrheit der Delegierten zeigte sich dabei überzeugt, mit dem früheren Bundesverteidigungs- und Bundesfinanzminister den aussichtsreicheren Bewerber aufzubieten. Eine Minderbeit hatte sich für eine „Berliner Lösung" mit dem Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Alexander Longolius, ausgesprochen. Die Bedeutung des Berliner Parteitages wurde durch die Anwesenheit Herbert Wehners und seines Nachfolgers im Fraktionsvorsitz, Hans-Jochen Vogel, sowie des Bundesgeschäftsführers Peter Glotz betont. Nach Vogel und Richard von Weizsäcker ist Apel der dritte Bundespolitiker, der in den vergangenen Jahren vom Rhein an die Spree wechselte.

Apel verteidigte seine von Delegierten kritisierte Haltung zum NATO-Doppelbeschluß. Er verhalte sich nicht „wie ein Wackelpudding" der nach der Wende in Bonn plötzlich in eine andere Richtung falle.

Seite 2: Der schwere Gang

Kronawitter siegt mit klarer Mehrheit

PETER SCHMALZ, München

Münchens neuer Oberbürgermeister heißt Georg Kronawitter. Der SPD-Kandidat siegte gestern in der Stichwahl mit rund 60 Prozent der Stimmen klar vor dem Amtsinhaber Erich Kiesl (CSU). Im ersten Wahlgang vor zwei Wochen hatte Kronawitter 48,2 Prozent, Kiesl 44,3 Prozent erhalten. Die Wahlbeteiligung lag diesmal deutlich höher. Kronawitter war bereits von 1972 bis 78 Münchener Oberbürgermeister, ehe Kiesl als erster CSU-Politiker nach dem Krieg in dieses Amt gewählt wurde.

Nach dem bisherigen Stand der Auszählung verfügt Kronawitter im neuen Stadtrat über eine leichte Mehrheit, falls SPD (3 Sitze) und Grüne (sechs) zusammenarbeiten. Die CSU stellt ebenfalls 35, die FDP vier Mandate. Das Ergebnis kann sich jedoch bei der Nachzählung, die heute beginnt, noch leicht ändern. Dem bürgerlichen „Münchener Block" fehlen nur knapp drei dutzend Stimmen für einen Sitz, die SPD müßte in diesem Fall ein Mandat abgeben. In dieser Pattsituation von 40 zu 40 würde die Stimme des Oberbürgermeisters den Ausschlag geben.

Die knappen Mehrheitserhältnisse machen eine engere Zusammenarbeit der beiden großen Fraktionen von SPD und CSU wahrscheinlich, wie sie in München bis 1972 bestanden hat. Demnach würde neben dem SPD-Oberbürgermeister Kronawitter ein CSU-Bürgermeister als dessen Stellvertreter arbeiten. Als aussichtsreicher Kandidat gilt Bürgermeister Zehetmeier.

Anzeige

HH 13 · BINDERSTRASSE 18-20
VERMIETETE EIGENTUMSWOHNUNGEN
z. B. 4 Zi., ca. 103 m², Gesamtaufwand 294 253,-



● Ein Topobjekt für Kapitalanleger ● Kein Bauherrenrisiko
● Erforderl. Eigenkapital 29 425,- ● Hohe Steuervorteile
● 5 Jahre Mietgarantie ● Ständiger Wertzuwachs

BITTE AUSFÜHRLICHE INFORMATIONEN ANFORDERN · WEITERE OBJEKTE AUF ANFRAGE

URANIA
Tel. 040/389 51 13 Grundstücksgesellschaft mbH, Palmaille 75, 2 HH 50

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der schwere Gang

Von Eugen Wolmarshof

Hans Apel ist nicht einstimmig zum Kandidaten gewählt worden. Das ist keine Schande und müßte kein Nachteil sein. Auch Eberhard Diepgen hat sich auf der anderen Seite nur in einer Kampfabstimmung durchgesetzt.

Aber bei Diepgen ging es darum, wer eine einhellig von der Partei gebilligte und getragene Politik besser vertreten könne. Apel hingegen bekam bescheinigt, daß ein rundes Drittel der Delegierten ihn und seine Sache nicht ausstehen kann. Longolius trat nicht mit dem Anspruch an, der bessere Mann für das gemeinsame Programm zu sein. Er verkörpert ein anderes Programm, eine andere Republik.

Demgemäß zeigte das Fernsehen nicht einen strahlenden Sieger, sondern einen sauren Apel, der verzogenen Mundes den eigenen Parteifreunden bescheinigte, er wünsche nicht, für dümmer gehalten zu werden, als er tatsächlich sei. Er sei nicht zum Flügelschlagen gekommen. Die SPD schaffe es „entweder gemeinsam oder wir schaffen es nicht." Und vieles Grämliche mehr.

Wenn das so aussieht, dann sieht das nicht sehr trostreich aus für den Kandidaten, der von der Elbe kam. Und er riskiert einige Fragen. Die Linke wüßte gern, ob er wohl mit der Alternativen Liste zu gehen bereit wäre, falls es zu hessischen Zuständen käme. Die Wähler möchten das auch wissen. Und: ob es zu neuen hausbesetzerischen Aufwallungen kommt, falls die Stadt sich wieder einen SPD-Bürgermeister leistet.

An Apels Honorigkeit und gutem Willen zweifelt niemand, so, wie auch niemand seinerzeit an Vogels entsprechenden Eigenschaften zweifelte. Aber die Wirtschaft, deren Vertrauen Apel für die nationale Aufgabe Berlin – wahrlich mit Recht – besonders anstrebt, möchte ganz besonders gern wissen, ob ihr gegebenenfalls wieder die Chaotenszenen von damals in Neuauflage auf dem Ku-Damm bevorstehen. Er sollte die Fragen rechtzeitig und klar beantworten. Berlin hat ein Recht darauf.

Prager Wettersturz

Von Carl Gustaf Ströhm

Der offizielle Besuch des österreichischen Außenministers Erwin Lanc in der Tschechoslowakei endete mit einem Eklat: bei der Ausreise wurden vier österreichische Journalisten, die den Minister nach Prag begleitet hatten, an der Grenze von CSSR-Polizisten über eine Stunde festgehalten. Die Pässe wurden ihnen abgenommen; in mindestens einem Fall durchsuchten die Grenzer alle Notizen eines der Korrespondenten.

Das Verhalten der Tschechoslowaken gegenüber dem neutralen österreichischen Nachbarn ist symptomatisch – erstens für die inneren Differenzen innerhalb der Prager Führung, in der es eine starke Fraktion gibt, die keinerlei Annäherung oder auch nur Entspannung mit der westlichen Welt wünscht; zweitens wird hier auch die Rolle der Tschechoslowakei als vorgeschobene Bastion der Sowjets in Mitteleuropa deutlich. Wenn es in Prag schon mit den neutralen Österreichern nicht vorwärts geht, dann natürlich erst recht nicht mit den EG- und NATO-Staaten, darunter auch der Bundesrepublik.

Gewissermaßen zur Begrüßung des österreichischen Außenministers machte das Husak-Regime noch eines der letzten Löcher im Eisernen Vorhang dicht: Es gibt keine visumfreien Tagesausflüge auf der Donau von Wien in die slowakische Landeshauptstadt Preßburg mehr. Die Hoffnung, von den Tschechen irgendwelche Reise-Erleichterungen – etwa Verkürzung der oft schikanösen Wartezeiten an den Grenzen – zu erlangen, haben die Österreicher längst aufgegeben.

Schließlich hört man, die CSSR-Behörden hätten den ehemaligen Außenminister und jetzigen prominenten Charta-77-Dissidenten Jiri Hajek für die Dauer des österreichischen Besuches in Prag unter verschärfte Polizeibeobachtung gestellt, um eine Begegnung mit Lanc zu verhindern. Natürlich kann man dies alles diplomatisch als „normalisierte Beziehungen" bezeichnen. Ohne diplomatischen Zwang läßt sich allerdings feststellen: die Tschechoslowakei hat in ihren Beziehungen zur westlichen Welt den Rückwärtsgang eingelegt. Hier ist ein Staat, der das Gegenteil der allgemeinen Lockerungen und Bemühungen um bessere Beziehungen praktiziert.

Der Landgraf könnte

Von Enno v. Loewenstern

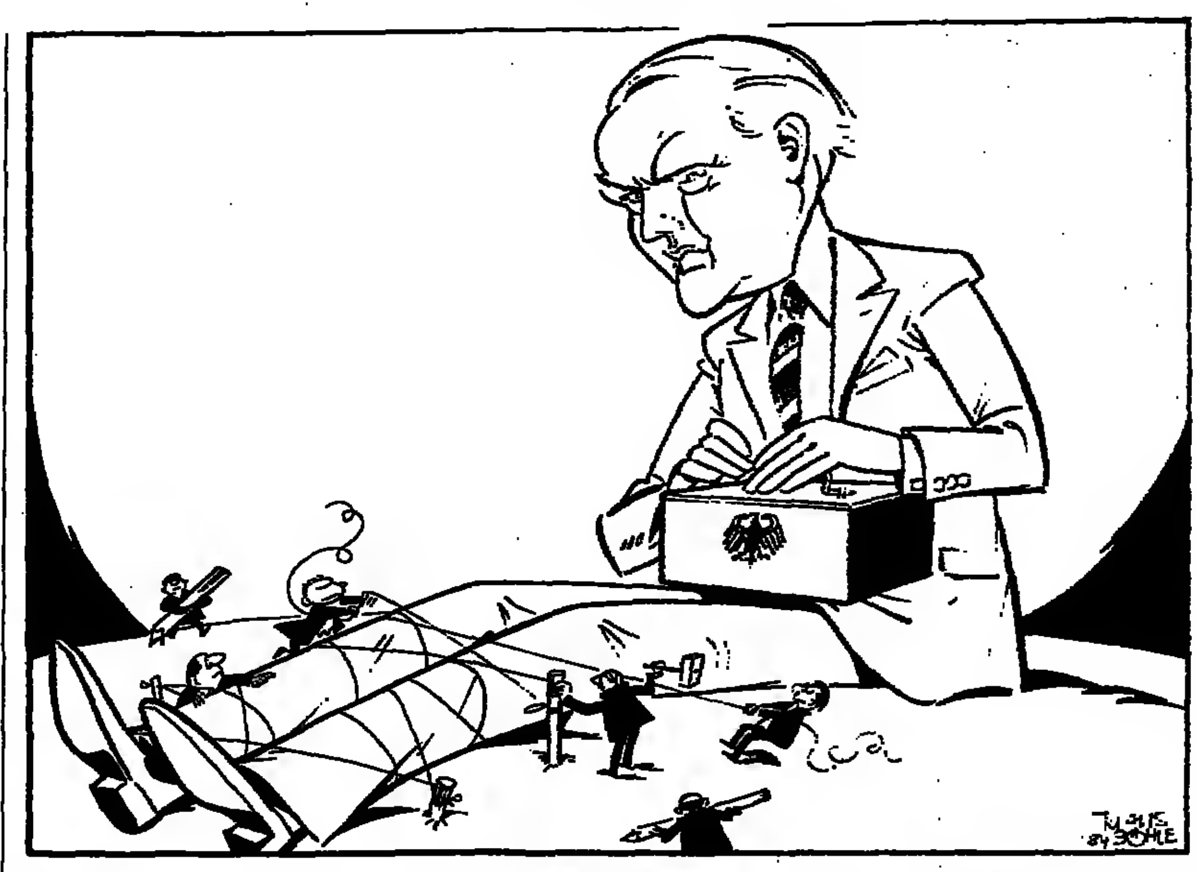
Klaus Bölling probierte es mit einem Ausflug in die Historie. „Honecker", versicherte er, „verkauft seine Bürger nicht wie einst der hessische Kurfürst gegen bar Kasse. Daß letzthin die Einwohnerschaft einer ganzen Kleinstadt aussiedeln durfte, hat mit den inneren Notwendigkeiten seines Staates zu tun und mit sonst gar nichts."

Historische Bildung ist freilich Glückssache. Landgraf Karl von Hessen-Kassel (1670 – 1730), kein Kurfürst, hat ebenfalls innere Notwendigkeiten seines Staates geltend gemacht, und zwar – auch – leere Kassen, als er bis zu 22 000 Hessen abgab, aber nicht in Form des Verkaufs zum Zwecke der Aussiedlung, sondern in Form der Vermietung, als Söldner.

Sei's drum. Die Pointe jedenfalls ist Bölling nicht entgangen: es gibt da innere Notwendigkeiten. Die sind im aktuellen Fall freilich nicht innere Notwendigkeiten „seines Staates", sondern seines Systems. Honecker gibt Leute frei, um Dampf abzulassen und bei Kredit- und Lösegeldgebern gut Wetter zu machen. Es erübrigt sich die nörgelnde Warnung: „Die gute Sache wird nicht mehr lange gutgehen." Ob er das Projekt (WELT vom 30. März) riskieren will, mehrere West-Reisen jährlich zu versprechen und so die Menschen etwas zufriedener zu stellen, hat Honecker noch nicht geklärt.

Inzwischen gibt Bonn, was es geben kann, um die Erleichterungen zu erleichtern. In diese prekäre Situation hinein platzt nun Bölling mit den Vorschlägen, doch die Erfassungsstelle Salzgitter abzuschaffen, die Elbgrenze nach Ostberliner Wünschen anzuerkennen und „die unleugbar vorhandene DDR-Staatsbürgerschaft wenigstens – ohne Dolus – ausdrücklich zu respektieren." Dann würde Honecker die Westreisen geben? Nein, das wagt auch Bölling nicht zu versprechen. Dann „könnte das für den anderen ein Anstoß zu neuem Nachdenken sein."

Toll, was er so könnte. Die sogenannten Realpolitiker mögen ein Gefühl dafür haben oder nicht, was die Bundesrepublik sich im Zusammenhang mit dem deutschen Status oder der deutschen Würde alles leisten kann. Aber sie sollten doch – bei allem Neid auf vielleicht wahlwirksame Erfolge, die zufällig, durch gewisse Verschiebungen der Großwetterlage, den anderen zufallen – wenigstens merken, daß Honecker nun wahrlich gibt, was er geben kann. Man muß sich doch nicht so überschlagen, nur um die eigene politische Konkurrenz an Konzessionsbereitschaft zu überbieten. Nachdenken täte auch diesseits der Elbe gut.



Gulliver soll zahlen

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Wieder ein Brüsseler Wunder

Von Ulrich Lüke

Erfolge in der Europäischen Gemeinschaft stellen sich meist dann ein, wenn kaum noch jemand damit rechnet. Im Scheinwerferlicht des Gipfels von Brüssel kam es vor vierzehn Tagen zum zweiten Fehlschlag auf höchster europäischer Ebene. In der 921. Sitzung des Ministerrates – im Morgengrauen des Samstag – kam es zum Kompromiß um die Reform der Agrarpolitik, im Kern auch noch einstimmig. Das ist gewiß kein Anlaß zu unmäßigem Jubel, aber wieder einmal zeigte es sich: Auch wenn der EG das Ende in schöner Regelmäßigkeit vorausgesagt wird, sie ist und bleibt handlungsfähig, wenngleich immer und demgemäß auch an diesem Wochenende unter rituellem Heulen und Zähneklappern. Totgesagte leben eben länger.

Für die Vertreter der reinen Lehre ist das Kompromißpaket von Brüssel kein Fortschritt. Der Einzug von Garantieschwellen bei der Milchproduktion birgt die Gefahr von noch mehr Bürokratie und stellt keine Stufe zu mehr Marktwirtschaft dar. Die Konzessionen an die Republik Irland, die weiter Milch drauflos produzieren kann, die nicht absetzbar ist, begegnen den gleichen Bedenken. Aber Brüssel ist kein Oberseminar für wirtschaftspolitische Theorien, sondern ein Ort, wo sich die Vertreter von heute noch zehn und bald zwölf nationalen Interessen zusammenraufen.

Beispiel Irland: Richtig ist, daß acht Prozent des Bruttosozialprodukts der grünen Insel mit der Milch erwirtschaftet werden. Richtig ist, daß die Iren deshalb in Brüssel pokern mußten, da sie als einzige schriftlich haben wollten – und jetzt auch bekommen haben –, daß sie die Milchproduktion künftig noch ausweiten dürfen. Und richtig ist wohl auch, daß es der Gemeinschaft keine Schande bereitet, wenn die Großen einem Kleinen einmal weiter entgegenkommen, als sie es eigentlich, im Namen der reinen Lehre, dürften.

Im Kern nämlich gefährdet der irische Kompromiß nicht die wesentlichen Ziele der Agrarreform, dafür sind die Summen für Dublin zu klein. Im übrigen: Es wäre vieles anders gekommen, hätte Margaret Thatcher vor zwei Wochen den Gipfel nicht platzen lassen. Erst durch diesen Fehlschlag wurde es möglich, das Agrarpaket neu zu verhandeln. Der Appetit der Kleinen, vor allem eben der Iren, kam mit dem Essen. Vor zwei Wochen wäre auch dieser Teil des Kompromisses billiger zu haben gewesen.

Das gleiche gilt für den großen Reformschritt: Erstmals in der Geschichte der EG begrenzt der Beschluß von Brüssel jetzt die Preisgarantien für Milch und einige andere Produkte. Eine Entscheidung mit Januskopf. Die Grundsatzkritiker haben in dieser Hinsicht natürlich recht: Die Überschußproduktion der Gemeinschaft wird jetzt auf einer Schwelle festgeschrieben, die immer noch um rund elf Millionen Tonnen über der Nachfrage liegt. Durchgesetzt wird das Ganze zudem mit fragwürdigen bürokratischen und dirigistischen Methoden.

Wichtiger aber ist, daß die Beschränkung der Garantie für Milch den Beginn einer Wende darstellt (darstellen soll). Bleibt die Gemeinschaft in den nächsten Jahren auf diesem Kurs, wird die Wirkung nicht verpuffen. Über allem eingängigen Schimpfen auf Brüssel darf eben nicht vergessen werden, daß der 31. März 1984 ein wesentliches Datum für das langfristige finanzielle Überleben der Gemeinschaft markiert. Es klingt natürlich paradox, wenn man dazu erfährt, der Agrarkompromiß, dessen Ziel es gewesen sei, die Kosten zu senken, bringe zunächst einmal Mehrausgaben in Milliardenhöhe. Ohne diesen Kompromiß wäre die Gemeinschaft jedoch zum Erstickungstod am Überfluß verurteilt gewesen.



Erfolg im Morgengrauen: Mitterands Agrarminister Rocard FOTO: DPA

Und schließlich die Agrarpreisrunde 1984/85. Auch hier ein Verhandlungsergebnis, von dem zu befürchten ist, daß es ins Lächerliche gezogen wird. Man stelle sich einmal vor, in Brüssel hätten nicht Minister über höhere Agrarpreise, sondern Arbeitgeber und Gewerkschaften über neue Löhne verhandelt (denn nichts anderes stellt eine Agrarpreisrunde für viele Bauern ja dar). Ein Lohnabschluß mit einem Minus vor der Zahl wäre eine beispiellose Sensation; kein Mensch wagt heute, an dergleichen überhaupt zu denken (jedenfalls diesseits des Atlantik). Und nun haben wir ein wahres Mirakel: Zum ersten Mal in der Geschichte der Gemeinschaft werden die Preise für die meisten Agrarerzeugnisse auch nominal gesenkt.

Realisten werden das Ergebnis von Brüssel nicht gering schätzen. Bonn ist im übrigen wieder einmal über seinen Schatten gesprungen und hat – allen Versprechungen über ein Zusammenhalten des sogenannten „Stuttgarter Pakets" zum Trotz – den Agrarteil mitgetragen. Das gilt auch für den Abbau des Grenzausgleichs, einen jahrelangen Streitpunkt vor allem mit Frankreich. Man kann sagen, daß es widersinnig gewesen wäre, wenn ausgerechnet die Deutschen, die am meisten an einem Sparkurs interessiert sind, diesen Sparkurs blockiert hätten, nur weil die anderen Teile der EG-Reform (die neuen Politiken, das neue Finanzierungssystem und eine gerechtere Lastenverteilung in der Gemeinschaft) noch ausstehen. Und, wie gesagt, es wird Kritik geben, daß ein Sparkurs widersinnig sei, der zunächst höhere Ausgaben bringt. Aber das gehört zu jenen Teufeln im Detail, die man sich mit den Römischen Verträgen unumgänglich eingehandelt hat.

Genaugenommen ist jetzt wieder der Stand vor dem Gipfel erreicht. Alles ist gelöst, bis auf das britische Problem.

IM GESPRÄCH Matthias Kleinert

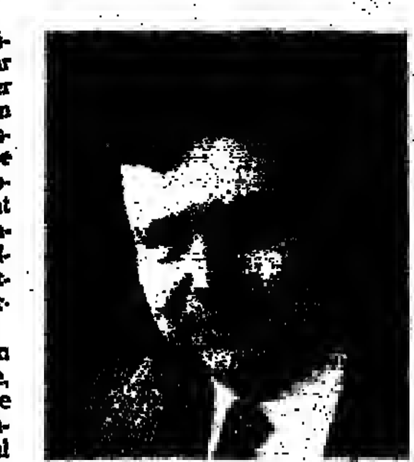
Berliner Schwabe

Von Xing-Hu Kuo

Matthias Kleinert, der neue „politische Staatssekretär" Lothar Späths, hat als Regierungssprecher Baden-Württembergs erheblich zum Aufstieg und Erfolg des Regierungschefs Lothar Späth beigetragen. Die beiden Duzfreunde „Matt" und „Lothar" sind ein Gespann, das sich nicht nur politisch, sondern auch menschlich fabelhaft ergänzt, so unterschiedlich die beiden „Macher" in der Stuttgarter Villa Reitzenstein auch erscheinen mögen.

Wenn Späth gelegentlich spontan berlinert, so deutet dies auf die enge, an Gedankenübertragung erinnernde Übereinstimmung mit „Doppelgänger" Kleinert. Denn letzterer, obwohl einer schwäbischen Familie entstammend, wurde 1938 an der Spree geboren. In Berlin studierte er Politologie, wurde Redakteur beim RIAS. Durch eine Arbeit über die FDJ in der „DDR", die bundesweit Beachtung fand, wurde der damalige CDU-Fraktionschef Erich Ganzenmüller 1972 auf den 34jährigen Journalisten aufmerksam. Kleinert kehrte in die schwäbische Heimat zurück, wurde Pressesprecher der CDU-Fraktion im Stuttgarter Landtag.

Hier begegneten sich der schwäbische Berliner und der zum neuen Fraktionschef gewählte Senkrechtstarter Lothar Späth. Das Duo blieb bis heute ein unzertrennliches Paar. Mit dem Geschick eines Profi-Journalisten, der mit den Medien umzugehen weiß, baute Kleinert den noch jungen Fraktionschef Späth mit der beiden eigenen Geschwindigkeit auf. Späth und Kleinert animierten sich gegenseitig, wenn es darum ging, rasch publikumswirksame Themen aufzugreifen; nicht immer zur unbegrenzten Freude von Späths politischen Mitstreitern außerhalb des Ländle. Es ist schwer zu sagen, wer von beiden die ersten Ideen vorbringt; so manchesmal mag die Muse sie gleichzeitig geküßt haben. [illegible] auch die Tatsache, daß beide b[illegible]sterte Skatspieler sind und sic[illegible]



Damon und Pythias im Ländle: Kleinert FOTO: HEINZ WIESELER / DPA

genseitig bei Gelegenheit die Groschen abknöpfen, trübt das Einvernehmen nicht.

Kein Wunder, daß Späth 1978, nach dem Rücktritt von Filbinger und seiner eigenen Berufung zum Ministerpräsidenten, Kleinert zum Regierungssprecher ernannte. Auch hier bewährte sich der berlinernde Schwabe durch zahlreiche originelle Einfälle, den frischgebackenen Chef zu „verkaufen". Kleinerts Parole: Späth sei ein „Ministerpräsident zum Anfassen", war buchstäblich gemeint und kam an. Im Umgang mit der Presse ist Kleinert bemerkenswert geschickt. Er duzt sich mit vielen Journalisten in Stuttgart und vermag im direkten Gespräch so manches Mißverständnis auszubügeln. Inzwischen hat Kleinert, nicht nur wegen des neuen Titels, so viel Informationsvorsprung und Einfluß im Staatsministerium, daß ihn nicht wenige Minister im Kabinett Späth beneiden. Nicht zu beneiden sind hingegen die Berliner Ehefrau und die zwei schulpflichtigen Kinder Kleinerts, die manchmal das Gefühl haben, ihn öfter auf der „Matt"-Scheibe zu erleben als in Wirklichkeit.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blatt kommentiert den Unfall bei Halle:

Die Franzosen, seit eh und je bekannt für ihre mathematische Genauigkeit, mit der sie Viermächte-Vereinbarungen über Deutschland behandeln, haben den Verkehrsunfall bei Halle, der einen französischen Unteroffizier das Leben gekostet hat, mehrere Tage verschwiegen. Gestern wurde er mit nur sehr spitzen Fingern aufgegriffen. Dahinter verbirgt sich der für Paris ebenso einfache wie logische Tatbestand, daß Deutschland in letzter Instanz nach wie vor von alliierter Autorität abhängig ist. Die Militärmissionen – die westlichen in Potsdam, die sowjetischen in Bünde, Heidelberg und Baden-Baden – sind ein Beispiel dafür. Man spioniert gegenseitig. Die Umgangsformen sind oft nicht kavalierslike, wenngleich man sich gelegentlich bei Champagner und Wodka trifft ... Daß die Franzosen wegen dieses Unfalls nicht bei der angeblich souveränen „DDR"-Regierung interveniert, sondern sich direkt an die Sowjetbotschaft in Ostberlin gewendet haben, zeigt, wie die Kompetenzen in Deutschland verteilt sind. Dabei wurden die Sowjets gleichzeitig daran erinnert, daß sie für die Sicherheit der westlichen Militärmissionen in der „DDR" verantwortlich sind. Das sollte jenen Politikern bei uns zu denken geben, die dauernd davon reden, endlich eine „DDR-Staatsbürgerschaft" anzuerkennen.

LA STAMPA

„Mit schiefem Mund, aber alle haben unterschrieben", kommentiert die Turiner Zeitung die Einigung der EG-Landwirtschaftsminister:

Mentor des letzten Mini-Marathon war Frankreich. Auch Frankreich hat etwas verloren. Aber Mitterrand hat eine gute Rechnung aufgestellt. Die Schäden trägt das grüne Nordfrankreich, das Milch, Getreide und Zucker produziert und im großen und ganzen wenig Sympathie für den Sozialismus hat. Der französische Präsident weiß, daß seine treuesten Anhänger im Süden leben, und die werden von der neuen Übereinkunft geschützt. So hat Mitterrand den Seinen geholfen und demonstriert, daß Frankreich Europa vorantreibt. Weniger als drei Monate vor den Europawahlen ist sein politisches Prestige gewachsen.

Frankfurter Allgemeine

Zu den Steuerreformplänen heißt es hier:

Stoltenbergs Pläne sind der erste ernsthafte Versuch seit einem Jahrzehnt, die Struktur des Steuersystems wirksam zu verbessern: Steuertarif und Familienbesteuerung sollen grundlegend geändert werden. Das verdient volle Unterstützung ... Über die Grundsätze der Finanzpolitik gibt es kaum Streit. Dennoch bietet dies keine Gewähr dafür, daß die Steuerreform gelingen wird. Das liegt vor allem daran, daß es einen Konflikt zwischen den Zielen gibt, die Haushalte zu konsolidieren und die Lohn- und Einkommensteuer zu senken. Wer konsolidieren will, muß sparen; wer Steuern reformieren will, mindert die Einnahmen. Dieser Widerspruch ist sinnvoll allein dadurch aufzuheben, daß die Mehreinnahmen aus den heimlichen Steuererhöhungen den Steuerzahlern zurückgegeben, die Ausgaben strikt begrenzt und Subventionen drastisch beschnitten werden. Steuerreformen mit Steuererhöhungen zu finanzieren, ist prinzipiell falsch.

Washingtons Reflexstrategie in Mittelamerika

Reagan will die Region auf keinen Fall „verlieren" / Von Manfred Neuber

Die strategische Bedeutung der Region zwischen Panamakanal und Rio Grande zwingt Washington dazu, Nicaragua als Unruhefaktor einzudämmen und eine weitere Expansion des „Befreiungskampfes" zu vereiteln. Es ist nicht vorstellbar, daß dieser Präsident das mittelamerikanische Glacis aufgeben wird. Im Gegenteil: Reagan hat im Wettkampf der Systeme gleichgezogen, als er in Grenada eingriff. Von Truman heißt es (zumindest bei Parteigängern Reagans), er habe China für den Westen „verloren". Eisenhower und Kennedy hält man dies im Falle Kubas, Johnson und Nixon im Falle Vietnams vor. Die Vorgänger Ford und Carter sollen schließlich für die US-Schlappen in Kambodscha und Iran verantwortlich sein. Auf Reagan und Mittelamerika wird keine geschichtliche Parallele fallen, daran läßt das Weiße Haus keinen Zweifel aufkommen.

Was zuweilen wie Richtungskämpfe um die amerikanische Mittelamerika-Politik aussieht, läuft in Wirklichkeit auf einen konsequenten Kurs in der Sache hinaus, dem eine Reihe von eigenwilligen Köpfen in der Reagan-Administration, die davon abwichen, geopfert wurden. Sie reichen von Botschaftern bis zum Staatssekretär für interamerikanische Angelegenheiten. Unter den finanziellen Zwängen, die ein kritischer Kongreß dem Handlungsspielraum der Regierung für Mittelamerika auferlegt, vollzieht sich in jüngster Zeit eine Zäsur: Die Doppelstrategie von wirtschaftlicher Hilfe und militärischem Druck im Falle Nicaraguas wird zugunsten einer Reflex-Strategie verändert, bei der seitenverkehrt dasselbe für Nicaragua wie El Salvador gilt. Wenn die Revolutionäre in Managua die Rebellen in El Salvador weiter unterstützen, leisten die USA den Freiheitskämpfern gegen das sandinistische Regime Hilfe. Wenn die revolutionäre Linke in El Salvador nach einer Beteiligung an der Macht verlangt, dann dringen die Anti-Sandinisten mit amerikanischer Ermutigung auf eine ungehinderte Teilnahme an den für November geplanten Wahlen in Nicaragua.

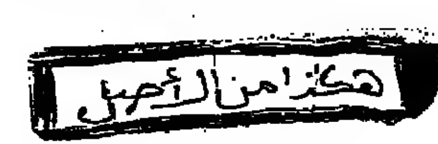
An der „Heimatfront", gegenüber dem Kongreß, bewegt sich die Reagan-Administration auf einer Linie politischer Flexibilität und militärischer Entschlossenheit in Mittelamerika. Sie fördert daher alle Friedensbemühungen, wie der Contadora-Gruppe, und fordert mehr Militär- und Wirtschaftshilfe für jene Staaten, die von Kuba und Nicaragua durch die „gewaltsame Verbreitung der Tyrannei" bedroht sind. Als ein schweres Handicap für die Regierung erweist sich die parlamentarische Auflage, Zeugnis über die Situation der Menschenrechte in den Empfängerländern abzulegen, bevor Mittel bewilligt werden. Unter bürgerkriegsähnlichen Umständen ist das eine fragwürdige Praxis. Sie bringt den Präsidenten gegenüber dem Kongreß in ein Dilemma und sie wird von der Gegenseite draußen nach Belieben gegen die USA verwandt.

Mit der Arbeit der Kissinger-Kommission und ihrem Bericht über Mittelamerika wurde der Versuch unternommen, die nach Vietnam umstrittenste Streitfrage auf einer beide Parteien umfassenden Basis zu lösen. Seither kann Reagan auf eine breitere Unterstützung bauen; seitdem sind aber auch alle Planspiele für ein direktes militärisches Engagement der Vereinigten Staaten vom Tisch.

Das amerikanische Eingreifen auf Grenada blieb nicht ohne nachhaltige Wirkung auf Havana und Managua. Es dürfte zur rechten Zeit die Spirale der Eskalation in Zentralamerika angehalten haben. Denn nun erklärte sich Kuba außerstande, den Sandinisten in einem kriegerischen Konflikt beizustehen, und das Revolutionsregime in Nicaragua signalisierte den USA eine gewisse Mäßigung und lenkte bei den Contadora-Gesprächen teilweise ein. Allzu optimistische Perspektiven gibt es jedoch auch nach den Wahlen in El Salvador nicht. Dort muß die Armee erst verlorenes Terrain zurückgewinnen, bevor der neue Präsident aussichtsreiche Verhandlungen mit den Rebellen aufnehmen kann. Wird das die Militärführung überhaupt zulassen, setzt sie nicht vielmehr dank der amerikanischen Unterstützung auf den Endsieg?

In Nicaragua geht das Kalkül der Amerikaner mit den Anti-Sandinisten, die von ihnen ausgebildet und ausgerüstet werden, nicht auf. Im Gegensatz zum Somoza-Regime, dessen Sturz dem Fall eines Kartenhauses glich, haben die Comandantes mit ihren leninistischen Kontrollapparaten eine sichere Machtbasis im Lande.

So bedrohlich der Flottenaufmarsch der Amerikaner und der Sowjets vor Zentralamerika in diesen Tagen auch wirkt, unterwirft er doch die lokalen Konflikte einer übergeordneten Kontrolle. Die bald einsetzende Regenzeit sollte die Gefahr eines Kriegsbrandes weiter dämpfen – zumindest bis nach den Wahlen in Nicaragua und in den USA. Tritt bis zum November keine Entspannung ein, könnte ein wiedergewählter Ronald Reagan sich gedrängt sehen, in Mittelamerika klare Verhältnisse zu schaffen.



WIE WAR DAS?

Als der Wehrbeauftragte ins Amt kam

Von RÜDIGER MONIAC

Morgen vor 25 Jahren, am 3. April 1959, begann der erste Wehrbeauftragte des Bundestages mit seiner Arbeit. Ein Vierteljahrhundert liegt hinter einer Institution, die in der deutschen Verfassungsgeschichte ohne Beispiel ist. Und sie wäre wohl nicht geschaffen worden, wenn die öffentlichen Auseinandersetzungen um die Aufstellung neuer deutscher Streitkräfte zu Anfang der fünfziger Jahre nicht so hitzig gewesen wären.

Der politische Kampf um den deutschen Wehrbeitrag war vor allem ein Kampf gegen mannigfache psychologische und gefühlsmäßige Barrieren, die aus Krieg und Zusammenbruch herrührten. Eckart Busch schreibt dazu in einem in diesen Tagen anläßlich des Jubiläums erscheinenden Buch: „In diesem Punkt ist der entscheidende Ansatz für die Einführung des Wehrbeauftragten in das deutsche Verfassungsrecht zu finden. Er wurde konzipiert als institutioneller Ausdruck einer Verhütungsstrategie, die Mißstände im deutschen Militärwesen für die neue Armee der Bundesrepublik Deutschland vermeiden sollte."

Dem SPD-Bundestagsabgeordneten Paul blieb der konkrete Vorschlag zur Schaffung eines Wehrbeauftragten vorbehalten. Während seiner Emigration in Schweden hatte er die allseits begrüßte Arbeit auch des „Militär-Ombudsmannes" kennengelernt. Anfang 1954 verschaffte sich eine Bundestags-Delegation selbst ein Bild von dieser schwedischen Einrichtung und empfahl, sie zu übernehmen. Es dauerte dann noch bis zum Herbst des folgenden Jahres, bis sich der Bundestagsausschuß für Fragen der europäischen Sicherheit bei seinen Beratungen über die künftige Wehrverfassung auch mit der Einrichtung eines Beauftragten des Parlaments für die Streitkräfte befaßte.

Ein Hilfsorgan des Bundestages

SPD und FDP wollten ihn uneingeschränkt, aber nur Teile von CDU und CSU. Richard Jaeger von der CSU und Fritz Erler von der SPD formulierten schließlich gemeinsam den Vorschlag, verfassungsrechtlich einen Wehrbeauftragten zu verankern „zum Schutz der Grundrechte und als Hilfsorgan des Bundestages bei der Ausübung der parlamentarischen Kontrolle". Die Mehrheit dafür war knapp.

Heute ist die Institution des Wehrbeauftragten auf allen Seiten des Parlaments unumstritten. Der Wehrbeauftragte wird als ein „Frühwarnsystem" geschätzt, das recht zuverlässig und schnell mögliche Fehlentwicklungen in der Bundeswehr aufdeckt.

Karl-Wilhelm Berkhan, der gegenwärtige Amtsinhaber, wird seine Tätigkeit im März 1985 nach zehnjähriger Arbeit beenden. Er ist der fünfte Wehrbeauftragte. Helmut von Grolman war der erste; es folgten Hellmut Heye, Matthias Hoogen und Fritz-Rudolf Schultz.



Behält das Familienunternehmen fest im Griff: Aufsichtsratsvorsitzender Ferdinand („Ferry") Porsche FOTO: WOLF P. PRANGE

Damit die Familie das Sagen behält, geht Porsche an die Börse

Porsche geistert nicht nur durch die Wunschträume vieler Autofans. Jetzt gibt es auch für den Aktienanleger Anlaß zur Phantasie. Die in Familienbesitz befindliche Sportwagenfirma geht mit einem Teil ihres Aktienkapitals ab Mai an die Börse.

Von WERNER NEITZEL

Die Öffnung der Familien-AG Porsche für familienfremde Kapitalanleger zum jetzigen Zeitpunkt kommt keineswegs ganz freiwillig. „Wir wurden von der Entwicklung überrascht und hatten kein Konzept", beschreibt Porsche-Finanzvorstand Heinz Branitzki die Bredouille. Der Porsche-Familienclan, an dessen Spitze Dr. Ing. h. c. Ferdinand („Ferry") Porsche (74), Sohn des legendären Firmengründers Ferdinand Porsche steht, zeigt sich längst nicht mehr von der einstigen Geschlossenheit.

Den Stein ins Rollen brachte Ernst Piech, einer der elf Porsche-Aktionäre und Sohn von Ferrys Schwester Louise Piech. Er möchte seinen 9,5prozentigen Anteil am Porsche-Aktienkapital „versilbern" und präsentierte seinen Mitaktionären (die mit einem Vorkaufsrecht ausgestattet sind) das offenbar fast 100 Millionen Mark schwere Angebot einer Bankengruppe aus der saudiarabisch/kuwaitischen Hemisphäre. Ferry Porsche sah seine Zielvorgabe, das Unternehmen voll im Griff der Familie zu erhalten, gefährdet.

Um Geld lockerzumachen – und weil es Anzeichen für einen weiteren Absprung eines Familienmitglieds gab –, wurde dann in zehnwöchiger Tag- und Nachtarbeit ein Konzept (Kapitalerhöhung und Schaffung stimmrechtsloser Vorzugsaktien für die Börsenplacierung) ausgetüftelt, das allen Beteiligten gerecht wird: Das Unternehmen bekommt die im Hinblick auf seine kräftige Expansion erforderliche breitere Kapitaldecke, die Familienaktionäre erhalten etwas mehr Dispositonsfreiheit für ihre Vermögensteile. Nicht zuletzt bleibt dem Familienclan die volle Einwirkungsmöglichkeit auf die Firma. Und auch den Bemühungen um neue attraktive Aktienwerte für den Kurszettel wird Rechnung getragen.

Zugleich hofft man bei Porsche, daß es mit jenen unerquicklichen Schlagzeilen ein Ende hat, die das Unternehmen in den letzten Wochen und Monaten serienweise produzierte. Während die Zuffenhausener Sportwagenbauer auf den Rennpisten von Sieg zu Sieg eilen, die Steigerung beim Umsatz und bei den Absatzzahlen auf schwindelerregend hohe Touren gekommen ist und man sich aufgrund der günstigen Markt- und Beschäftigungslage kein Kopfzerbrechen um unausgelastete Kapazitäten (eher das Gegenteil) machen muß, lieferte das Porsche-Management, an dessen Spitze seit 1981 der Deutschamerikaner Peter W. Schutz (53) steht, reichlich Stoff für eher negative Publizität.

Da trennte sich Schutz („Es ist ein Unterschied, ein Auto schnell zu fahren oder ein schnelles Auto zu fahren"), den Ferry Porsche von KHD als Nachfolger für Ernst Fuhrmann geholt hatte, kurzerhand vom versierten Vertriebsvorstand Lars Schmidt, um den Verkauf zunächst in seine Obhut zu nehmen. Einen Flop landete er mit der Umstellung der Werbelinie auf schwülstig und gefühlsduselig anmutende Aussagen. Hier machte er bald eine Kehrtwendung, als Porsche-Kunden Sturm zu laufen begannen. Schließlich erlitt der selbstbewußt agierende Schutz auch auf dem amerikanischen Markt mit der beabsichtigten Einführung eines neuen Vertriebskonzepts, das die bisher selbst operierenden Porsche-Händer zu Verkaufsagenten auf Provisionsbasis machen sollte, Schiffbruch. Der Zeitdruck, unter den er sich gesetzt hatte, und wohl auch die Androhung eines langen und teuren Rechtsstreits zwangen zum Einlenken.

Aufsichtsratsvorsitzender Ferry Porsche beteuert, daß das Aufsichtsgremium „hundertprozentig hinter dem Vorstand steht". Für das Automobilunternehmen Porsche ist gerade der US-amerikanische Markt von großer Bedeutung, wird doch dorthin jedes zweite Fahrzeug der im vergangenen Geschäftsjahr insgesamt abgesetzten rund 45 000 Wagen verkauft. Und das Marktpotential scheint bei weitem noch nicht ausgeschöpft zu sein.

Den Grundstein für das Unternehmen Porsche, das heute einen Umsatz von 2,1 Milliarden Mark repräsentiert und fast 6000 Beschäftigte zählt, hatte der aus Österreich gekommene Böhme Ferdinand Porsche, ein Tüftler par excellence, mit der Einrichtung eines Entwicklungsbüros im Jahre 1931 in Stuttgart gelegt. Zuvor hatte Porsche, der schon 1902 mit der Erfindung eines „benzinelektrischen Mischwagens" auf sich aufmerksam machte, bei Austro-Daimler und auch bei der damaligen Daimler-Motoren-AG in Stuttgart-Untertürkheim in leitender Funktion gearbeitet, bis er sich mit eigenen Entwicklungs- und Konstruktionsaktivitäten selbständig machte. Sohn Ferry war einer seiner ersten Angestellten in seinem Büro in der Stuttgarter Kronenstraße. Ein erster größerer Auftrag wurde mit der Entwicklung eines 2-Liter-Wagens für Wanderer in Chemnitz hereingeholt.

Porsche baute sein aus einem Team von Ingenieuren und Technikern bestehendes Konstruktionsbüro zielstrebig weiter aus. Prototyp-Entwicklungen für Zündapp und NSU waren die nächsten Aufgaben. 1934 machten sich Ferdinand Porsche und sein Team daran, im Auftrag des damaligen Reichsverbandes der Deutschen Automobilindustrie den Volkswagen zu entwickeln. Auf der Grundlage des so erfolgreichen VW-Käfers entstand denn auch nach dem Krieg der berühmte Porsche 956, von dem in der kleinen Stuttgarter Fabrikation im Laufe der Jahre immerhin insgesamt 78 000 Stück gebaut wurden.

Im Jahre 1964 ging in der inzwischen ausgebauten Zuffenhausener Automobilfabrik der Porsche 911 in Serie. Von diesem Typ, der sich auch heute in seiner verbesserten Version ungebrochener Zugkraft erfreut und der zum inzwischen erfolgreichsten Heckmotor-Sportwagen aller Zeiten avancierte, wurden bisher weit über 200 000 Stück gebaut. Auch nach zwanzig Jahren scheint aufgrund der nicht abklingenden Nachfrage nach diesem Typ der weitere Weg für dieses Erfolgsmodell gesichert zu sein.

Dem Trend zum vornliegenden, wassergekühlten Motor trug Porsche mit dem Typ 924 und dem Reisesportwagen Typ 928 Rechnung. In 1981 brachte Porsche eine weitere Trumpfkarte ins Spiel: Der neue Typ 944 – er wird (wie der 924er) in Lohnauftrag im Audi-Werk Neckarsulm gebaut – sprengte bereits nach kurzer Anlaufzeit alle prognostizierten Absatzzahlen. Fast jedes zweite im vergangenen Jahr verkaufte Porsche-Fahrzeug war ein 944er, wobei seine Absatzerfolge in den USA besonders ins Auge springen.

Porsche besticht nicht nur mit seinem attraktiven Typen-Programm, mit seinen am laufenden Band errungenen Rennsport-Erfolgen, sondern nicht minder mit seinem von der Automobilindustrie der ganzen Welt genutzten Entwicklungspotential. Im Versuchszentrum Weissach beschäftigt Porsche über 1600 Ingenieure und Techniker.

Gereizt und zornig wählten die Autoren ihre Vorsitzenden

In Saarbrücken wählte der Autorenverband VS der IG Druck und Papier für den zurückgetretenen Bernt Engelmann einen neuen Vorsitzenden. Er heißt Hans Peter Bleuel und steht der DKP nahe. Aber sein Stellvertreter ist der „DDR"-Dissident Erich Loest.

Von GÜNTER ZEHM

Das nimmst du zurück, dafür entschuldigst du dich", tobte Günter Grass mit sich überschlagender Stimme. „Ich denke nicht daran, mich für irgendwas zu entschuldigen", replizierte, nicht minder lautstark, Erwin Ferlemann, der Vorsitzende der IG Druck und Papier. „Die Schriftsteller haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit zum Schulterschluß. Ja, ich wiederhole: die verdammte Pflicht und Schuldigkeit!"

Der Ort, wo es so laut und korporalsmäßig zuging, war das Kreiskulturhaus am Schloßplatz in Saarbrükken, von dem aus eine zauberhafte Rundsicht auf die herben Reize der saarländischen Landeshauptstadt möglich ist. Die Delegierten des Verbandstages des Schriftstellerverbandes VS in der IG Druck und Papier interessierten sich aber nicht für idyllische Rundblicke. Sie waren gekommen, um einen neuen Vorstand zu wählen, nachdem der alte unter Bernt Engelmann nach nur einem halben Jahr Amtszeit zurückgetreten war, „um eine Spaltung des Verbands zu verhindern". Die Stimmung war gereizt und aggressiv.

Gegen die „Spalter" hatten sich auch die Invektiven von Druck und Papier-Boß Ferlemann gerichtet, nämlich gegen den Berliner Landesverband des VS um Günter Grass, zu dem sich noch Heinrich Böll und Siegfried Lenz gesellten. Ferlemann hatte diese „Spalter" in einem Interview mit DKP-Zeitschriften als „Fünfte Kolonne" bezeichnet, die die kommunistischen Länder Osteuropas mit „Wühlarbeit" überziehen wolle. Dazu werde die IG Druck und Papier niemals ihre Zustimmung geben.

Verständlich der Zorn von Grass also, der zusammen mit Böll und Lenz nach vielen Jahren wieder einmal auf einem VS-Kongreß erschienen war, um persönlich in die Verbandspolitik einzugreifen. Nach Meinung von Böll-Grass-Lenz und des Berliner Landesverbandes ist der Verband wie auch die ganze IG Druck und Papier allzu sehr ins Fahrwasser der DKP geraten. Aus der „DDR" geflüchtete VS-Mitglieder wurden mit heimtückischen Methoden aus dem Verband hinausmanövriert, dagegen wurden freundschaftlichste Beziehungen zu den offiziellen, von der Partei gesteuerten Autorenverbänden der Ostblockländer hergestellt. Die Auflösung des alten polnischen Schriftstellerverbandes in Warschau beantwortete der VS-Vorstand mit einem verwaschenen Telegramm, das dem General Jaruzelski nur allzu willkommen war.

In Saarbrücken jetzt ergänzten einzelne Redner noch das unglaubliche Sündenregister des VS in Sachen Ostpolitik. Der rumäniendeutsche Schriftsteller Klaus Henze erzählte, wie ihm nach seiner Ankunft in der Bundesrepublik VS-Mitglieder bedeutet hätten, er möge doch gleich nach Frankreich weiteremigrieren, denn hier in der Bundesrepublik werde er mit seinem „Antikommunismus" kein Verständis finden. Heinrich Böll sagte, er habe neuerdings geradezu „Angst vor deutschen Parteipolizisten", wenn er gute Kollegen aus Osteuropa zu sich einlade. Auf dem vom VS organisierten Autorentreffen „Interlit" in Köln hätten sich „Krokodile" von der KPdSU und von der SED getummelt, um Spitzeldienste für die Partei zu leisten.

Noch nie, so Böll, hätten sich die Schriftstellerverbände der UdSSR und der „DDR" für verfolgte Kollegen aus den eigenen Reihen eingesetzt, im Gegenteil, sie hätten selber mit einem Eifer verfolgt, „daß sogar das ZK darüber staunte". Achmatowa, Brodsky, Woinowitsch, Wladimow – die Liste der von ihrem eigenen Verband für vogelfrei erklärten Ostkollegen sei lang, und sie werde immer länger, die Verfolgungen würden immer schlimmer.

Angesichts dieser Lage machte es Günter Grass am Ende zur Bedingung für seinen Verbleib im VS, daß das ominöse Telegramm an den General Jaruzelski in Sachen alter polnischer Schriftstellerverband klipp und klar zurückgenommen werde. Er erreichte damit zwar, daß der Kongreß



Hans Peter Bleuel: Neuer Vorsitzender des Autorenverbands VS. FOTO: BRIGITTE FRIEDERICH

nach langem Hin und Her eine Resolution verabschiedete, in der „die Wiederzulassung des verbotenen polnischen Schriftstellerverbandes" gefordert wurde, aber die Quittung für diesen Sieg folgte auf dem Fuß: Bei der Wahl zum neuen VS-Vorsitzenden kam nicht die scheinbar schon allerseits als Kompromißkandidatin akzeptierte Ingeborg Drewitz durch, sondern der Münchner Publizist Hans Peter Bleuel, ein treuer Paladin des dortigen DKP-Kreises um Friedrich Hitzer, der bisher die verhängnisvolle Engelmann-Linie bis aufs I-Tüpfelchen mittrug und mitverantwortete. Die Sensation war da.

Die opponierenden Berliner hatten sich das Desaster freilich zum guten Teil selbst zuzuschreiben. Allzu weit waren sie den Kommunisten entgegengekommen, allzu sehr hatten sie auf einer strikt linken, ja, linksradikale Haltung als Voraussetzung für eine Mitgliedschaft im VS bestanden, um nun in Saarbrücken nicht dauernd in eine Verteidigungs- und Rechtfertigungsposition zu geraten. „Ich bin gegen Kohl und Reagan, ich bin für die Sandinisten und gegen die Nachrüstung, ich bin für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel – das genügt doch hoffentlich, um hier auftreten zu dürfen." So begann etwa der Berliner Delegierte Johanno Strasser seine Rede, und sein Kollege Hans Christoph Buch mußte sich dafür entschuldigen, daß die WELT ihn gelegentlich gelobt hatte.

„Das hat mich tief getroffen", erklärte Buch, und im Anschluß daran entwickelte sich eine Auseinandersetzung über den „Beifall von der falschen Seite", die zeitweilig in die Nähe der Idiotie geriet. Peter Schneider meinte schließlich, wichtig sei ja nicht so sehr, wer etwas sage, sondern ob er die Wahrheit sage. Und der an diesem Tag sehr gut aufgelegte Böll stellte die Frage: „Kann es denn für einen Schriftsteller je den Beifall von der richtigen Seite überhaupt geben?"

Auch sonst bot der Kongreß wieder eine Fülle mehr oder weniger grotesker Szenen, wie man sie von VS-Tagungen mittlerweile schon gewöhnt ist. Max von der Grün forderte im Schreiton, man solle sich weniger um Polen als vielmehr um die westdeutschen Werktätigen kümmern, denen seit der „Wende" ihre Errungenschaften weggenommen würden; er kenne da zum Beispiel ein 16jähriges Mädchen, das abends um elf vergewaltigt worden sei, und nun tuschelten alle und fragten, was es denn abends um elf draußen zu suchen gehabt hätte. So etwas, schloß der Schriftsteller mit Aplomb, sei vor der „Wende" undenkbar gewesen.

Der Vertreter des alten Vorstands, allen voran Bernt Engelmann, lobten sich in ihren „Schwanengesängen" über den grünen Klee für die Selbstlosigkeit und das diplomatische Geschick, das sie während ihrer Amtszeit aufgebracht hätten. „Mehr als 250 Fälle" bedrohter Ostblockschriftsteller habe er, Engelmann, im stillen gelöst, habe Pakete und Bücher nach Polen geschickt. Und der Engelmann-Stellvertreter Gert H. Hoffmann erklärte weinerlich, 20 000 Mark habe er aus eigener Kasse zusteuern müssen, um die Kölner „Interlit" zu finanzieren. Wer danke ihm das?

Wo es aber wirklich lang gehen wird oder soll mit dem VS, machten nicht zuletzt die anwesenden IG Druck und Papier-Funktionäre deutlich, die das Kongreßgeschehen wie altpreußische Exerzierplatz-Korporale vom Saalrand her verfolgten. Der Ex-Vorsitzende Leonard Mahlein erklärte rundweg die neuen staatsfrommen polnischen Gewerkschaften zu einzig legitimierten Gesprächspartnern der IG Druck und Papier, und er machte sich über die verbotene „Solidarność" lustig, die nun sogar vom Kardinal Glemp Prügel beziehe. Das läßt nichts Gutes für die Zukunft erwarten.

Gespannt darf man sein, wie sich der frischgewählte Bleuel-Stellvertreter Erich Loest als Exponent der Berliner Gruppe in solch einem Vorstand und solch einer Gewerkschaft zurechtfinden wird. Der Mann hat in der „DDR" völlig unschuldig sieben Jahre im Zuchthaus gesessen. Wird er sich jetzt zum Feigenblatt für kommunistische Literaturpolitik machen lassen?

DWS-TECHNOLOGIEFONDS:
So beteiligen Sie sich an den Gewinnchancen zukunftsweisender Technologien.

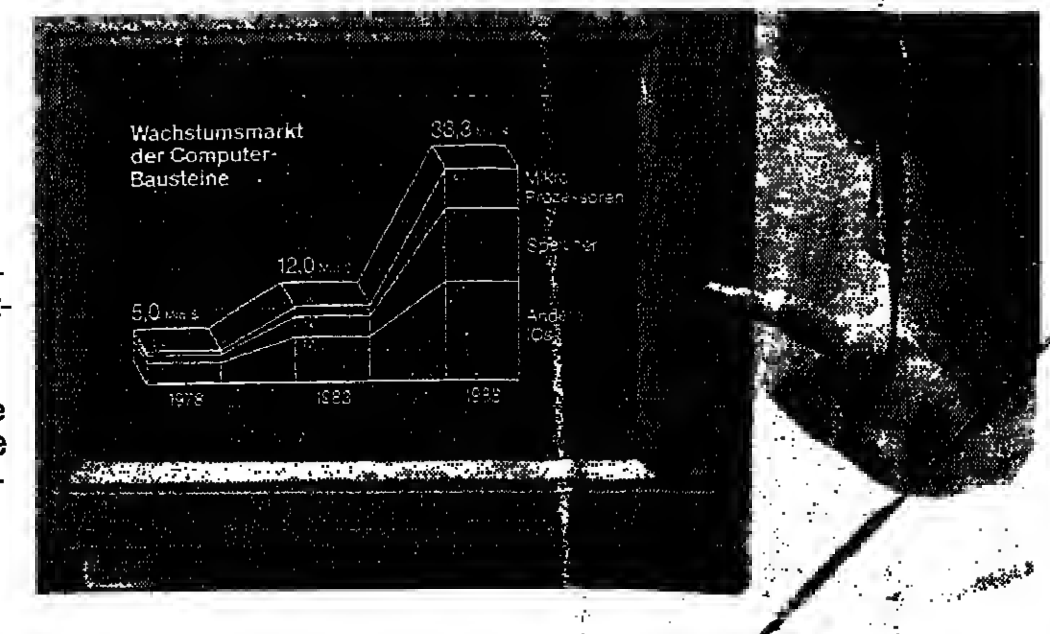
Neue Technologien bestimmen mehr und mehr unsere Zukunft. Vor allem in den Bereichen Mikroelektronik, Computer- und Informationssysteme, Büro- und Industrieautomatisierung, Luft-, Raumfahrt, Telekommunikation. Die Experten sind sich einig: In diesen Technologien stecken noch ungeahnte Möglichkeiten. Deshalb sind Technologieaktien ein aussichtsreiches Investment in die Zukunft.

Mit dem DWS-TECHNOLOGIEFONDS sind Sie an den Chancen beteiligt

Der DWS-TECHNOLOGIEFONDS investiert gezielt in ausgewählten internationalen Technologieaktien mit guten Gewinnaussichten. Die Konsolidierung der Börsen in den vergangenen Monaten bildet eine interessante Basis für Ihre Investition.

Der DWS-TECHNOLOGIEFONDS bietet Ihnen doppelten Vorteil

Der Fonds verbindet Vorteile der Direktanlage mit denen der klassischen Investmentanlage. Wie bei der Direktanlage investieren Sie in Wertpapiere eines speziellen Bereichs. Damit erwerben Sie besondere Chancen, aber auch höhere Risiken. Wie bei der klassischen Investmentanlage verteilt sich das Risiko auf die verschiedenen Papiere des Portefeuilles, steht hinter Ihrer Vermögensanlage ein flexibles, professionelles Fonds-Management.



Am besten sprechen Sie gleich einmal mit unserem Anlageberater

Sie sehen, wir können viel für Sie tun. Machen Sie sich das zunutze. Sprechen Sie mit dem Anlageberater einer unserer Gesellschafterbanken. Es sind die Deutsche Bank und weitere renommierte deutsche Banken und Bankiers. Oder schreiben Sie uns. Wir schicken Ihnen gern Informationsmaterial.

DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen
Postfach 26 34 · 6000 Frankfurt 1



Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen

Synode beklagt Ursachen für Ausreisewelle

epd, Görlitz

Die begrenzten Reisemög lichkeiten, die einseitige Informationspolitik der SED-Spitze und ein auch in Mitteldeutschland vorherrschendes Konsumdenken, sind auf der Synode der evangelischen Kirche des Görlitzer Kirchengebietes als maßgebliche Motive für die hohe Zahl von Ausreiseanträgen bezeichnet und beklagt worden. Viele „DDR"-Bewohner hätten den Wunsch, so hieß es, sich auch einmal in westlichen Ländern umzusehen und sich ein eigenes Urteil über sie zu bilden.

Für Reiseerleichterungen als Beitrag zum Frieden setzte sich der Zittauer Superintendent Dietrich Mendt ein. Dadurch würden menschliche Beziehungen vertieft und es kämen Menschen über die Grenze, „die gute Worte sagen, nicht nur schlechte". Nach seiner Einschätzung hat die derzeitige Ausreisewelle allerdings auch andere Aspekte: Viele verließen die „DDR" als ihren „Gegner". Zur einseitigen Informationspolitik der „DDR"-Führung sagte ein anderer Redner vor der Synode, es sei für ihn „eine Qual" die mitteldeutschen Zeitungen zu lesen.

In einem Vortrag hatte Superintendent Mendt bereits am vergangenen Freitag zu einer Korrektur des Lebensstils in Kirche und Gesellschaft aufgefordert.

„Im Atomkrieg sind die Ärzte machtlos"

dpa, Tübingen

Der Präsident der Bundesärztekammer, Karsten Vilmar, hat die Ärzte zum geschlossenen Widerstand gegen Gewaltanwendung mit modernen Massenvernichtungswaffen aufgerufen. Auf dem „Vierten Medizinischen' Kongreß zur Verhinderung eines Atomkriegs", der gestern in Tübingen nach zweitägiger Dauer zu Ende ging, unterstrich Vilmar vor mehr als 5 000 Teilnehmern, in einem Atomkrieg gebe es keine ärztliche Hilfe. Er betonte aber im Gegensatz zu einer Resolution der Angehörigen der Heilberufe, die Unmöglichkeit ärztlicher Hilfe entbinde die zur Hilfe verpflichteten Ärzte nicht vor einer umfassenden Ausbildung in Katastrophenmedizin.

Apel kenndie Gefahr der drohenen Konflikte

Zwei-Drittel-Mehrheit fürerliner Spitzenkandidaten

F. DIEDERICHS, Ber

Zum Opportunisten eigne er s nicht, „dafür bin ich auch schon alt". Hans Apel, ehemaliger Fina und Verteidigungsminister und Samstag nachmittag 14 Uhr 40 ne Spitzenkandidat der Berliner Soz demokraten, weiß um die Gefahr nerparteilicher Konflikte, die n seiner Nominierung vorprogamm scheinen. Der Appell am Schluß ner Kandidatenrede, „entweder meinsam oder wir schaffen es nicl traf dann auch genau in die Reil jener, die wenig später zu den W: kabinen schritten und Apels Geg kandidat Alexander Longolius mi Stimmen einen Achtungserfolg gen den von Jungsozialisten als „ portierten" verspöttelten Hansea sicherten.

Der Wahlkampfgegner Eberh Diepgens, bei einer Enthaltung 159 Delegiertenstimmen erwartur gemäß inthronisiert, wird auch ehemaliger „Kronprinz" von Helr Schmidt mit der eigenen Weigen zu kämpfen haben, die politisci Überzeugungen an der Berliner (derobe abzugeben. Zu offenkun stellten Parteitagsredner ihre \ stimmung über die positive Halt Apels zum NATO-Doppelbesch heraus, als daß der Apel'sche Hinw an die Parteilinken fruchten kön: man möge doch „keine Schlach von gestern schlagen".

„Unbequemer Mann"

Zwar zeigen die Berliner Sozdemokraten Einigkeit beim Wil, aus der Wahlrunde 1985 mit absolr Mehrheit zu kommen, und auch Anwesenheit Hans-Jochen Vog und Herbert Wehners unterstn hierbei die Bedeutung der am chenende von Apel erneut gewagn Prognose, die SPD werde bei ein Erfolg in Berlin auch bundespolitn Auftrieb erfahren. So wie Apel n jedoch bei den Berliner Genossens „unbequemer Mann" ankündigte, r sich nicht zerreiben, umbiegen d „durch den Fleischwolf drehen" sen will, so betonten Delegierte, ß sie auch im Wahlampf zur Aufge eigener Positionen nicht bereit sei. Vertreter der Linken, die von eir „Polarisierung" der Partei sprech, sehen gerade in der Person des „treuen Parteisoldaten" in den kommenden Monaten eine mögliche Zielscheibe innerparteilicher Querschläger, so der Beliner Bundestagsabgeordnete Jürgen Egert.

Andere schürten die Angst vor einer großen Koalition oder kritisieren die Haltung Apels, der jede Aussage dazu ablehnte, wie er es nach den Wahlen – bei möglichen „hessischen Verhältnissen" – mit den Alternativen zu halten gedenke. Und auch Apels Gegenkandidat Longolius wies in seiner Rede darauf hin, „schnelle Änderungen unserer Positionen, wesentliche Abweichungen von früheren Beschlüssen und Inhalten können wir uns auch bei einer Außenlösung nicht leisten".

Weiter Fraktionsvize

Die „Außenlösung" Apel will nun, die Parteilinken mit dem Stichwort „Solidarität" möglichst disziplinierend, Thesen zur Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik Berlins erarbeiten. Der Bedeutung der Stadt für die Deutschlandpolitik hilligt er größte Aufmerksamkeit zu, warnt aber im gleichen Maße vor Illusionen, wie er Realitäten fordert: Die deutsche Industrie und die Bundesunternehmen müßten Berlin endlich als nationale Aufgabe betrachten, und Berlin selbst solle sich in Zukunft stärker als bisher „in die Bundespolitik einschalten", da das Schicksal der Stadt auch von bundespolitischen Entscheidungen abhänge.

Seinen Platz als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag möchte Apel, so verkündet er fast entschuldigend, auch im Wahlkampf behalten. „Eine nützliche politische Plattform", meint er und bittet um Verständnis, wenn er einmal in Berlin nicht greifbar sei. Das aufmunternde Kompliment jedoch, das Apel wenig später losläßt, findet nur bei wenigen Delegierten den erhofften Beifall: Wenn die SPD überall so wäre wie in Berlin, wären wir im Bundesgebiet ein ganzes Stück weiter. Wie wenig hier der forsche Hanseat Apel die „Berliner Schnauze" trifft, zeigt in diesen Sekunden das fast ungläubige Gelächter, das diesmal vor keinem Parteiflügel Halt macht.

Rau will keine Diskussion über Personalfragen

hy. Aachen

Mit Blick auf die kommenden Wahlen hat der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD, Johannes Rau, die Zielmarkierung für seine Partei gesteckt: „Ich will klare Verhältnisse. Von Koalitionen habe ich die Nase voll." Für ihn kommen weder die Grünen noch die Liberalen als Partner in Betracht. Hauptgegner aber sei die CDU. Die Europawahl am 17. Juni, die Kommunalwahl am 30. September und die Landtagswahl am 12. Mai 1985 „sind drei Chancen, gegen die CDU/CSU/FDP-Regierung zu stimmen". Auf dem außerordentlichen Parteitag in Aachen befürworteten am Wochenende die Delegierten nach der Ankündigung von Rau, die Staatskanzlei werde noch im Sommer ein Landesmediengesetz vorlegen, „eine behutsame Veränderung im Medienwesen". Sie stellten aber fest, der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei ein „unverzichtbares Element unserer demokratischen Kultur- und Medienordnung", dem auch „künftig eine tragende Funktion in unserem Mediensystem zu garantieren" sei. Rundfunk dürfe „nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden".

Der Parteitag, der sich nach einer wenig beeindruckenden programmatischen Rede Raus unter dem Murren vieler Genossen eher dahinschleppte, erfuhr am Nachmittag eine unvermutete Wende, als mehrere Frauen Johannes Rau frontal angriffen. Vor allem Anke Brunn, Maria Jammes und Karin Junker beschwerten sich lauthals darüber, daß Frauen in Regierung, Fraktion und Partei zu wenig Gehör fänden und in den Führungsetagen unterrepräsentiert seien. In der ihm eigenen Art aber konnte Rau das drohende Trihunal ahwenden und die Stimmung der Delegierten wieder für sich einnehmen. Er gah Fehler zu und versprach, die Frauen bei einer künftigen Regierungsbildung stärker zu berücksichtigen. Er warnte jedoch seine Partei davor, ihn und sein Kahinett ein Jahr vor der Wahl zu beschädigen und die Partei in „Chauvis und Feministen" zu spalten. Namen werde er jetzt noch nicht nennen, „denn dann habe ich eine endlose Personaldiskussion". Darum löse er auch sein Versprechen vom vergangenen Herbst nicht ein, in diesem Frühjahr schon eine Wahlkampfmannschaft zu benennen.

Genscher warnt vor den Fehlern im Süd-Westen

FDP in NRW bestätigt Möllemann und Lambsdorff

WILM HERLYN, Hagen

Für die Freien Demokraten wird der 12. Mai 1985 zum Markstein – auch wenn Otto Graf Lambsdorff das Wort „Schicksalsentscheidung" auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Hagen am Wochenende nicht hören mochte. Für das Ziel, 1985 wieder in das Parlament des bevölkerungsreichsten Bundeslandes einzuziehen, ist ihr jedes Mittel recht – auch Kritik und Selbstkritik. Hans-Dietrich Genscher und Lambsdorff machten deutlich, daß nur Selbstbewußtsein und eine klare Linie zum Erfolg führten.

Die FDP in NRW dürfe nicht in den Fehler verfallen wie die Parteifreunde in Baden-Württemberg, die mit ihrer „Überbetonung" des Willens zur Regierungsbeteiligung ihre programmatischen Aussagen vernachlässigt und eigene liberale Forderungen der CDU überlassen haben. Genscher sagte, im Südwesten hätten jene FDP-Kandidaten gut abgeschnitten, „die nicht entschuldigend durchs Land zogen, sondern selbstbewußt gesagt haben, daß die FDP dafür gesorgt hat, daß es wieder aufwärts geht".

Rede zur Sache

Um diesen Part im Wahlkampf an Rhein und Ruhr in den kommenden Monaten für Europa-, Kommunal- und Landtagswahl wird sich der FDP-Bundesvorsitzende nicht sorgen müssen. Für Selbstbewußtsein ist Jürgen W. Möllemann zuständig, der die Partei an sich gewöhnt hat. Die Delegierten bestätigten ihn mit 77 Prozent der Stimmen im Amt des Landesvorsitzenden – zehn Prozent mehr als bei seiner Wahl 1983. Und von der Geschlossenheit der Partei, die Graf Lamhsdorff demonstrativ mit 90 Prozent als Möllemanns Stellvertreter wiederwählte, profitiert auch der designierte Spitzenkandidat. Nach der Philippika von Genscher und Lambsdorff war es zwingend, daß Möllemann – gut präpariert – eine programmatische Rede hielt, die der FDP in den kommenden Auseinandersetzungen vor allem mit der SPD eine Richtschnur sein wird. Genscher dankte ihm dafür ausdrücklich, daß Möllemann „in dieser Rede soviel zur Sache und nichts zur Frage von Koalitionen gesagt hat".

Das mußte er auch nicht, denn Möllemann machte überzeugend deutlich, daß der politische Gegner die SPD ist und daß für ihn erstes Ziel die Überwindung der Fünf-Prozent-Hürde ist. Eine Sieben vor dem Komma wünscht er sich.

Möllemann vertritt die Überzeugung, daß „es in den kommenden drei Wahlen um nichts Geringeres als um die Zukunft des organisierten Liberalismus, die Struktur der künftigen Parteienlandschaft und die Zukunftsaussichten der Bonner Bundesregierung geht". Damit läßt er anklingen, wie er sich die Taktik für 1985 vorstellt: Kein Wahlkampf mit vorwiegend landespolitischen Themen, sondern eine Wählerentscheidung in NRW über die Politik und Zukunft der CDU/FDP-Koalition in Bonn.

Gegenliebe bei Worms

Und daß er damit bei seinem genuinan Partner, dem CDU-Oppositionsführer Bernhard Worms auf Gegenliebe stößt, ist längst kein Geheimnis mehr. Worms läßt kaum eine Gelegenheit aus, seine freundschaftlichen Beziehungen zu Helmut Kohl zu betonen, und er wird seinen Bundeskanzler mitsamt Kabinett für NRW in die Pflicht nehmen.

Den Gleichklang proben die beiden künftigen Partner noch im Stillen. Sie stecken ihre Felder in Absprache ah und kooperieren. Die Bande sind inzwischen so fest, daß die CDU für die bevorstehende Bundesversammlung den Ehrenvorsitzenden der FDP Willi Weyer auf ihr Ticket nimmt. Der bedankte sich auf seine Weise: In Hagen stellte sich der große alte Mann der FDP, der die sozialliberale Koalition 1966 schmiedete, ausdrücklich hinter Jürgen Möllemann. Als Präsident des Deutschen Sportbundes zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet, erregt seine kleine Ansprache in Hagen doch Aufsehen: „1966, meine Freunde, war eine völlig andere Situation. Aber jetzt, 1985, gibt es eine absolute Mehrheit der SPD, und diese Mehrheit gilt es zu brechen. Diese SPD hat sich längst vom Godesberger Programm gelöst."

Niedersachsen: CDU-Spitze wurde bestätigt

schw. Cuxhaven

Die CDU in Niedersachsen hat auf ihrem Parteitag in Cuxhaven ihre Führungsspitze mit eindrucksvoller Mehrheit bestätigt. Zum neunten Mal wurde Wilfried Hasselmann mit 548 von 599 Stimmen zum Landesvorsitzenden gewählt. Von den 18 Beisitzern errang der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Wolfgang von Geldern, die höchste Stimmenzahl (527), gefolgt vom Landesvorsitzenden der Jungen Union, Christian Wulff (517).

Während der Debatte über die 57 Anträge, die den 600 Delegierten vorlagen, kam es nur zu einer tiefgreifenden Divergenz zwischen Partei und Landespolitik: die von Kultusminister Oschatz tabuisierte, von der SPD eingeführte Orientierungsstufe zwischen der Hauptschule und dem Gymnasium, für deren Abschaffung eine wachsende Mehrheit der Eltern in Niedersachsen sich ausspricht. Sie soll, nach einem Kompromiß-Beschluß des Parteitages, 1985 einer Bestandsaufnahme unterzogen, und „eine Änderung" ihrer Struktur bis zu den Landtagswahlen 1986 entschieden werden. Die Schulfrage ist damit erneut zum gesellschaftspolitischen Zankapfel in der Partei geworden; auch Hasselmann vermochte es nicht, diesen „politischen Zündstoff für die Zukunft" zu neutralisieren.

Ministerpräsident Albrecht kritisierte in seiner Rede „gewisse Tendenzen in Bonn", Nebenerwerbslandwirte von den neuen Regelungen der europäischen Beschlüsse freizustellen. Vollerwerbsbetriebe hätten ein geringeres Einkommen, eine lebensfähige Landwirtschaft könne nicht als Nebenerwerb betrieben werden.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler forderte vor den Delegierten eine Öffnung der deutschen Grenzen zu den EG-Nachbarn nach dem Modell der Beneluxländer, die Mehrheitsbestimmung im Europäischen Ministerrat und die sofortige Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG, die man nicht dafür bestrafen dürfe, daß sie Demokratien geworden seien.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

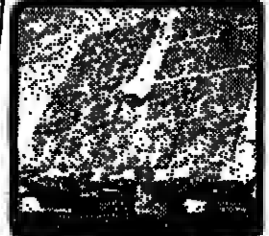
Technologie heute und morgen. Hoesch geht mit.

Herzliche Einladung zur großen Multi-Laser-Show von Hoesch. Auf der Hannover-Messe '84.

Wie sich die Zeiten ändern. Gestern noch war Wachstum nur eine Frage der Kapazität. Jetzt stellen sich viele Probleme anders. Wer heute für morgen rüstet, muß für neue technische Lösungen aufgeschlossen sein. Was gefragt ist, sind neue Technologien. Technologien, die sich den Erfordernissen der Zeit und den Bedürfnissen der Menschen enpassen. Hoesch hat ein Konzept. Das Konzept Zukunft, dae schon jetzt greift.
Auf der Hennover-Messe '84 demonstrieren wir neuartige Technologien und neue technische Lösungen. In einer anscheulichen Multi-Laser-Show präsentieren wir unsere Perspektiven für die Zukunft.



Dem Fahrzeug gehört die Zukunft.
Fahrzeugbau ist ein traditioneller Hoesch-Wirkungsbereich. Hoesch ist stets dabei, wenn es gilt, neue Wege zu gehen. Ob Qualitätsstahl für die Automobil-Industrie oder aktuelle Entwicklungen im Nutzfahrzeugbereich.



Neue Formen der Energiegewinnung.
Auf dem Gebiet der alternativen Energiegewinnung und des Umweltschutzes sind die Hoesch-Aktivitäten besonders deutlich zum Ausdruck gekommen. Ob in der Solar-Technologie oder Windkraftwerks-Technologie.



Raumfahrt für neue Impulse.
Das erfolgreiche Raumfahrt-Engagement ist ein wichtiger Teil der erfolgreichen Hoesch-Entwicklungsarbeit an neuen technischen Lösungen. Es ist Wegbereiter und Meilenstein zugleich für neue Technologien.

Die große Multi-Laser-Show auf der Hannover-Messe demonstriert anschaulich, wie das Hoesch-Konzept Zukunft greift. Es ist eine Präsentation neuer Technologien und bietet gleichzeitig einen Überblick über das Hoesch-Gesamtprogramm. Wir würden uns freuen, Sie im Hoesch-Messehaus, im Freigelände an der Stahlstraße, begrüßen zu können.

Hoesch Werke AG
Eberhardstr. 12, Postf. 16 00
D-4600 Dortmund 1
Telefon (02 31) 844-1
Telefax (02 31) 8 44-44 00
Telex 8 22 123 hoewd



FINANZANZEIGE

Deutsche Hypothekenbank Frankfurt - Bremen
Aktiengesellschaft

Einladung zur Hauptversammlung

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am Mittwoch, dem 9. Mai 1984, 11.00 Uhr, im Hotel Frankfurt Intercontinental in Frankfurt/M., Wilhelm-Leuschner-Str. 43, stattfindenden
ORDENTLICHEN HAUPTVERSAMMLUNG
eingeladen.

Tagesordnung

1. **Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats.**
2. **Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns.**
   Aufsichtsrat und Vorstand schlagen vor, den Bilanzgewinn 1983 in Höhe von DM 18 664 969,51 wie folgt zu verwenden

a) Verteilung einer Dividende von DM 10,—	DM 8 800 000,—
sowie eines Bonus von DM 2,50	DM 2 200 000,—
je Aktie im Nennwert von DM 50,— auf das Grundkapital von DM 44 000 000,—	
b) Zuweisung zur Rücklage nach § 7 HBG	DM 7 650 000,—
c) Gewinnvortrag	DM 14 969,51

3. **Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 1983.**
   Es wird vorgeschlagen, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.
4. **Entlastung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1983.**
   Es wird vorgeschlagen, dem Aufsichtsrat Entlastung zu erteilen.
5. **Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1984.**
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft – Frankfurt am Main wiederzuwählen.

Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, müssen ihre Aktien spätestens am 4. Mai 1984 bis zum Ende der Schalterstunden bei den Kassen der Gesellschaft in Frankfurt am Main oder Bremen, bei einem deutschen Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einer der nachstehenden Banken hinterlegen und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen

in Bremen bei	Bremer Bank Niederlassung der Dresdner Bank Aktiengesellschaft Commerzbank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Aktiengesellschaft
in Frankfurt bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft Commerzbank Aktiengesellschaft. Deutsche Bank Aktiengesellschaft. Berliner Handels- und Frankfurter Bank. Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft.
in Berlin bei	Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft. Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft. Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft. Berliner Handels- und Frankfurter Bank. Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft.
in Düsseldorf und Hamburg bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft. Commerzbank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Aktiengesellschaft.
in Mannheim und München bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft. Commerzbank Aktiengesellschaft Deutsche Bank Aktiengesellschaft.
in Saarbrücken bei	Dresdner Bank Aktiengesellschaft. Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner. Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß, wenn die Aktien mit Zustimmung der Hinterlegungsstelle für sie bei einem anderen Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden.

Werden Aktien bei einem deutschen Notar oder bei einer Wertpapiersammelbank hinterlegt, so ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder beglaubigter Abschrift spätestens am 7. Mai 1984 bis zum Ende der Schalterstunden bei unserer Gesellschaft in Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 30, oder in Bremen, Domshof 18 bis 20 einzureichen. Die hinterlegten Aktien sind in der Bescheinigung nach Nennbetrag und Nummer aufzuführen. Ferner ist in der Bescheinigung zu versichern, daß die Aktien bis zum Schluß der Hauptversammlung bei dem Notar oder der Wertpapiersammelbank hinterlegt bleiben.

Aus organisatorischen Gründen bitten wir, Mitteilungen nach § 125 AktG nach Möglichkeit bei uns in Frankfurt am Main 16, Postfach 16 669 anzufordern.

Frankfurt am Main - Bremen, 29. März 1984

DER VORSTAND







Der BBU will sich mit „Kettenbriefen" retten

Referent Billen: Finanzielle Nöte, aber nicht pleite

WERNER KAHL, Bonn

Das BBU-Umweltmagazin suchte zu Beginn des Jahres Wirtschaftsexperten, die „ökonomischen Sachverstand in die Bürgerinitiativen einbringen". Inzwischen steht – statt des prophezeiten Umwelt-Kollapses – der finanzielle Zusammenbruch des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vor der Tür. Die seit 1972 existierende Dachorganisation steckt jedoch nicht nur in finanziellen Nöten; die Umweltschutzmacher sind in den Windschatten der Grünen Partei geraten. Von 961 Bürgerinitiativen mit zusammen mehr als 300 000 Mitgliedern vor fünf Jahren gehören heute angeblich noch etwa 300 Bürgerinitiativen (Karteileichen inklusive) dem Bundesverband an.

Nach der Niederlage in der Abnutzungsschlacht um die einseitige westliche Raketenanrüstung wird Vorstand Jo Leinen (SPD), jetzt von Sozialdemokraten an der Seite Willy Brandts in der Kampagne für die 35-Stunden-Woche herausgestellt. Demonstrationen in sterbenden Waldgebieten organisieren einige Bonner BBU-Angestellte gegen geringes Salär und mit Eigeninitiative. Ein 19jähriger Schüler soll dort in der Geschäftsstelle jetzt Förderer zu neuen Spenden animieren. Gedacht ist an eine Werbung nach dem Muster der Kettenbriefe. Empfänger leiten das Schreiben an andere Personen weiter. Als Sofort-Spritze sind 50 000 D-Mark im Gespräch, wobei BBU-Referent Gerd Billen versichert: „BBU in finanziellen Nöten, aber nicht pleite".

Ob sich die alte Struktur des BBU, noch verstärkt laut Umweltschützer Helmut Zwehl, durch die „SPD-Lastigkeit des neuen Vorstandes" auch in Zukunft bewährt, oder ob die Uhr abgelaufen ist, ließen die Delegierten der Wahlversammlung für 1984 offen. Während die Bürgerinitiativen vor Ort alle Bereiche des Umweltschutzes wahrnehmen sollen, agiert der Bundesverband vor allem bei Bundesbehörden und unter Parlamentariern. Nur Bürgerinitiativen können Mitglied werden, jedoch keine Parteien oder Einzelpersonen. Der Mindestbeitrag betrug bei der Gründung 60 Mark, heute 120 Mark jährlich. Der Höchstsatz bei Gruppen von 400 und mehr Mitgliedern liegt bei 360 DM. Regelmäßige Beitragszahlungen sind die Ausnahme.

Mit den Demonstrationen um das geplante Kernkraftwerk in Brokdorf hatte der BBU erstmals breite öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Damals machten sich Funktionäre noch Hoffnung, die führende Bewegung anstelle der Grünen zu werden. Unter Grünen ist deshalb heute die Meinung über Subventionen für den BBU zwiespältig, hatte doch der heutige Vorstand früher die grüne Zukunft grau in grau gemalt. Nach den SOS-Rufen vom Wochenende hoffen jedoch BBU-Angestellte auf einen „Schluck" aus dem grünen Ökotopf sozusagen als rasche Wiederbelebung. In der Bundestagsfraktion der Grünen hieß es sogar, Kreise um Jo Leinen seien gegen eine Parteigründung der Grünen gewesen, weil sozialdemokratische Funktionäre die Konkurrenz fürchteten und deshalb mit BBU-Unterstützung danach trachteten, die Protestbewegung weiterhin vom Parlament fern zu halten.

Nicht benannte Förderer finanzierten 1983 laut Kassenbericht mit insgesamt 110 998,44 DM mehr als ein Drittel des BBU-Etats (321 854,00 DM). Der offenkundige DKP-Plan, einen Funktionär der Tarnorganisation DFU als Kassierer im neuen Vorstand zu stellen, scheiterte jedoch an der BBU-Mehrheit. Der „DKP-Marionette" (BBU-Umweltmagazin), gelang allerdings als Beisitzer der Sprung in das Dreizehner BBU-Vorstandsgremium.

Haig: Londons U-Boot begann Falkland-Krieg

AP, London

Die Versenkung des argentinischen Kreuzers „General Belgrano" durch ein britisches Unterseeboot war nach Einschätzung des ehemaligen amerikanischen Außenministers Alexander Haig für den Ausbruch des Falklandkrieges verantwortlich.

Im zweiten Teil seiner vom britischen „Sunday Telegraph" vorab veröffentlichten Memoiren schreibt Haig, die Versenkung sei direkter Auslöser für die Zurückweisung eines Friedensplanes gewesen. Haig hatte während des Konflikts zwischen London und Buenos Aires zu vermitteln versucht.

Der ehemalige Minister teilt mit, er habe am 2. Mai 1982 - dem Tag, an dem das argentinische Schiff sank und 368 Soldaten ums Leben kamen - mit Präsident Fernando Belaunde Terry von Peru einen letzten Friedensvorschlag ausgearbeitet, der „prinzipiell von beiden Seiten akzeptiert" worden sei.

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher und ihr Kabinett hätten jedoch zu diesem Zeitpunkt bereits die Versenkung des Kreuzers angeordnet. Die argentinische Junta habe auf den Verlust des Kriegsschiffes „sehr verärgert" reagiert und den Friedensvorschlag zurückgewiesen, berichtet Haig. Nach Frau Thatchers Darstellung wurden die Friedensvorschläge erst mehr als drei Stunden nach der Versenkung des Schiffes nach London telegrafiert.

Bereits am letzten Wochenennde hatte der „Sunday Telegraph" Auszüge aus den Memoiren des früheren US-Außenministers gedruckt. Haig berichtete darin, Galtieri habe ihm im April 1982 von einem Angebot der Sowjetunion erzählt, den britischen Flugzeugträger „Invincible" von einem ihrer Unterseeboote versenken zu lassen.

Die Freundschaft von Mainz und Ruanda ist mehr als ein Vertrag

Von JOACHIM NEANDER

Die Szene wirkt wie hochgestochene Bonner Politik-Routine – aber sie täuscht. Unter dem riesigen Kronleuchter im Kabinettssaal der Mainzer Staatskanzlei mit Blick auf den Rhein wird unter feierlichem Gepränge die „Gemeinsame Erklärung der Regierung der Republik Ruanda und der Regierung des Landes Rheinland-Pfalz" unterzeichnet. Doch hinter dem zweisprachigen (Französisch und Deutsch) Büttendokument verbirgt sich ganz anderes, ein neuartiger Versuch, Entwicklungshilfe einmal wegzudrehen von den Regierungen, hin zu den einzelnen Menschen.

Die vor knapp zwei Jahren begründete Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda, dem kleinen, bettelarmen zentralafrikanischen Staat mit der höchsten Bevölkerungsdichte des ganzen schwarzen Kontinents, sieht auf den ersten Blick aus wie viele andere Bemühungen auf diesem Feld. Als Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) damals betonte, es handele sich nicht um eine Patenschaft und nicht um eine eigene Entwicklungshilfe eines Bundeslandes, da grinsten viele und glaubten, den Grund vor allem in den leeren Landeskassen und der damit verbundenen Sparsamkeitswut zu entdecken. Da will, so argwöhnten die Kritiker, ein Politiker mit einer löblichen Sache, die ihn dennoch nichts oder nur wenig kostet, ins Gespräch kommen.

Doch in der Zwischenzeit hat sich Erstaunliches vollzogen. Ruanda, ein bis dahin so gut wie unbekannter Name, ist heute im Lande Rheinland-Pfalz selbst für Schulkinder ein Begriff. Ein guter, sozialer Zweck gefällig? Ruanda. Ein Beispiel für die Dritte Welt, Entwicklungsprobleme? Ruanda. Nicht nur die Bevölkerungszahl (etwa 5,4 Millionen, ähnlich wie in Rheinland-Pfalz) oder die speziellen wirtschaftlichen, gesundheitlichen oder politischen Probleme sind inzwischen vielen Normalbürgern in Rheinland-Pfalz vertraut – sogar die Namen einzelner Ortschaften.

Über 60 Kleinprojekte – von der Krankenstation bis zum Bienenzuchtversuch – wurden bis jetzt auf diese partnerschaftliche Weise begonnen oder fest vereinbart. Es bestehen 12 Städtepartnerschaften, 60 rheinland-pfälzische Schulen haben beschlossen, direkte Hilfe an ruandische Schulen zu leisten. Vereine, Jugendgruppen, Polizei, Feuerwehr – alle haben für ihre guten Absichten in Richtung Dritte Welt plötzlich einen

Landesbericht Rheinland-Pfalz

ganz konkreten, direkt ansprechbaren Adressaten. Als der ruandische Staatspräsident Juvenal Habyarimana bei seinem gerade abgeschlossenen Staatsbesuch in der Bundesrepublik und vor allem in Rheinland-Pfalz unter anderem auch mit über 50 Vertretern solcher deutscher Partnerschaftsgruppen zusammentraf, fühlte er sich – wie er selbst sagt – „plötzlich wie zuhause". Denn weil eben nicht alles über die Regierungen läuft (das Land berät und leistet Zuschüsse nur bei größeren Projekten), sind die Kenntnisse hierzulande bei den Einzelnen viel intensiver.

Wenn beispielsweise im pfälzischen Zweibrücken Polizisten bei einer Fete Geld für ein Fahrrad für ihren Kollegen, den Ortspolizisten in der Partnerstadt Runyinya, gesammelt haben, dann erfahren sie gleichzeitig auch, daß – wie der frühere SPD-Fraktionsvorsitzende Werner Klein es ausdrückt, der als Beauftragter des Landtags schon zweimal in Ruanda war – „es bei denen Städte mit 30 000 Einwohnern gibt, wo die ganze Stadtverwaltung aus einem Bürgermeister und zwei Polizisten besteht oder daß in anderen Städten bis zu 75 Prozent der Menschen krank sind, weil es kein sauberes Trinkwasser gibt".

Nicht alles kann da perfekt laufen. Peter Molt, afrika- und entwicklungshilfeerfahrener Ruanda-Referent der Landesregierung, ist sich darüber im Klaren: „Nicht alle Aktivitäten werden gleich auch nach sachichen Kriterien optimal sein. Hier heißt es eben nicht, wie sonst so oft: So und so wird es gemacht, und damit basta." Dafür entsteht direkte Bindung. Molt betont auch, daß diese Partnerschaft nicht unbedingt gleich Modellcharakter für andere habe. Staaten wie Ruanda, die sich auf so „staatsferne" Formen einer Hilfe überhaupt einlassen, sind dünn gesät.

Probleme gibt es natürlich auch auf der ruandischen Seite. Oft fehlt es noch an der Bereitschaft zu direkten Kontakten. Partnerschulen müssen noch gefunden werden. Nicht jeder drüben begreift, daß hierzulande keine Neigung besteht, etwa den Bau eines Großstadions zu fördern.

Bernhard Vogel (Ruandas Staatspräsident sprach ihn in Mainz mit „Mon ami" an) betont bei jeder Gelegenheit, daß es hier um eine Partnerschaft mit „gegenseitiger Hilfe" geht. Hilfe von drüben würde z. B. heißen, Deutschen den Zugang zur Entwicklungshilfe zu erschließen. Wie intensiv das bereits genutzt wird, beweist in diesen Tagen die Junge Union Rheinland-Pfalz. Sie hat nicht nur feierlich versprochen, 70 000 Mark in zwei Wochen für zwei konkrete Ruanda-Projekte zu sammeln. Sie fordert auch eine neue Schreibweise des Namens: Rwanda. Weil es drüben auch so geschrieben werde.

Kießling plant ein Buch über seine Entlassung

dpa / rtr. Rendsburg

Der aus der Bundeswehr offiziell verabschiedete Vier-Sterne-General Günter Kießling plant ein Buch „Die Geschichte meiner Entlassung" zu schreiben. Auf einem Abschiedsempfang am Wochenende in der Rendsburger Eider-Kaserne, wo Kießling mehrere Jahre Befehlshaber des NATO-Kommandos der alliierten Landstreitkräfte Schleswig-Holstein und Jütland war, kündigte er zugleich an, daß er seinen Privatwohnsitz in Rendsburg nehmen will.

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU) würdigte Kießling als einen „General von untadliger Gesinnung", der ein „vorbildlicher Staatsbürger in Uniform" gewesen sei und „ein klares politisches Urteil habe, doch als Offizier den Primat der Politik voll respektierte".

Bischof verurteilt Kirchenschändung

KNA, Kassel

Erzbischof Johannes Dyba hat gestern während seiner Predigt die jüngsten Kirchenschändungen in Kassel verurteilt. Der Bischof von Fulda hielt seinen Gottesdienst in Solidarität mit den betroffenen Gemeinden in der St. Bonifatius-Kirche von Kassel. Dyba warnte davor, daß „in unserem Land die Kirchen nicht vogelfrei werden, wie die Synagogen vor 50 Jahren". Er bezeichnete die Sprayaktionen, bei denen Mauern und Portale der Kirchen in Kassel mit Parolen zum Paragraphen 218 StGB besprüht worden waren, als den „gleichen Ungeist", der in der Nazizeit über die Ausrottung „unwerten" oder „nichtarischen Lebens" zu befinden glaubte, der sich jetzt wieder erhebt und heute „glaubt, über die Tötung unwillkommenen und unerwünschten Lebens befinden zu können".



Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der Mittwoch, den 9. Mai 1984, 10.30 Uhr, in Ingolstadt im Festsaal des Stadttheaters stattfindenden **ordentlichen Hauptversammlung** eingeladen.

Der volle Wortlaut der Einladung wurde im Bundesanzeiger Nr. 65 vom 31. März 1984 veröffentlicht.

Der Vorstand

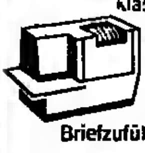


Zum Leserkreis **der WELT** gehören namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft im In- und Ausland.

W 3402

Mit Frama gewinnt man immer – Zeit.

FRAMA 100 Electronic Frankiermaschine der Spitzenklasse,



wahlweise mit elektronischem Streifengeber, automatischer Briefschließung, Briefzuführautomat

FRAMA

Postbearbeitungs-Maschinen

Frama GmbH
Heddernheimer Landstr. 155
6000 Frankfurt 50
Telefon (06 11) 57 40 84

Hannover Messe, Cebit 1, Sektor A, Stand 1310/1410

Sprechen Sie doch mit einem Schweizer Bankier über Ihre Anlageprobleme.



Die Bank von Ernst & Cie AG ist eine alteingesessene Schweizer Bank mit Stammhaus in der Bundeshauptstadt Bern. Die Pflege der seit 1869 aufgebauten Traditionen wie persönliche Beratung, Diskretion und Sicherheit, bedeutet für unsere Bank eine Verpflichtung. Die Bank von Ernst gehört zur weltweit tätigen Hill Samuel Gruppe, die aus einer alten englischen Handelsbank enstanden ist. Die Hill Samuel Gruppe ist ein führendes internationales Finanzhaus mit Sitz in London. Die Gruppe verwaltet im Anlagebereich Kundengelder im Wert von über 16 Milliarden D-Mark.

Dank dieser Zugehörigkeit erbringt die Bank von Ernst nicht nur sämtliche Dienstleistungen einer modernen, aber traditionsverbundenen Schweizer Bank, sondern sie bietet auch eine ganze Reihe von internationalen Anlagemöglichkeiten. Möchten Sie mehr erfahren? Schreiben Sie bitte an die Abteilung Anlageberatung der Bank von Ernst & Cie AG, Marktgasse 63/65, CH-3001 Bern, Schweiz.

Bank von Ernst & Cie AG

HILL SAMUEL INVESTMENT MANAGEMENT INTERNATIONAL

Der Uhu braucht unsere Hilfe

Rettung des Königs der Nacht durch die Noahs von heute

Sie wollen wissen warum? Sie wollen wissen wie? Dann fordern Sie bei der Aktion zur Wiedereinbürgerung des Uhus, Hertzweg 13, 5650 Solingen, die Info-Mappe an (3,50 DM in Briefmarken beilegen).

Die Veröffentlichung dieser Anzeige wurde durch die Spende des Verlages ermöglicht.

VIELE REDEN VOM FRIEDEN.

WIR ARBEITEN FÜR IHN.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Straße 2
3500 Kassel
Postscheckkonto Hannover 1033 60-301



Wettkämpfer bei Olympischen Spielen zu sein, bedeutet für den Athleten Auszeichnung und Lohn seines jahrelangen Trainings.
Olympische Höchstleistungen bieten die elektronischen Büro-Schreibmaschinen der Brother EM-Serie.
Viele Jahre in der Forschung, Entwicklung und Herstellung von Schreibmaschinen wurden jetzt belohnt. Mit der Auszeichnung „Brother – Offizielle Schreibmaschine der Olympischen Spiele 1984 in Los Angeles". Verliehen vom Olympischen Komitee.
Nehmen wir die Brother EM-100 und ihre zukunftsweisende Technologie. Und die Brother EM-200, das intelligente Top-Modell, ausgestattet mit 16-Zeichen-Display und 8K-Speicher. Dazu Anschluß an eine externe Mikro-Disketten-Station. Der macht die Brother EM-200 zur Büro-Schreibmaschine mit unbegrenzter Speicherkapazität.
Beide Maschinen besitzen einen für Sekretärinnen traumhaft hohen Schreibkomfort. Zum Beispiel: Sagenhaft sanfter Anschlag der Tasten. Denkbar einfacher und schneller Wechsel von Schreibband und Typenrad durch Brother Drop-in-Kassetten. Problemlose Korrektur im 500 Zeichen umfassenden Korrekturspeicher mit automatischer Relocate-Funktion.
Für Sie ist besonders wichtig das ausgezeichnete Preis/Leistungs-Verhältnis dieser beiden Maschinen.
Mit der extrem hohen Belastbarkeit von über 100 Millionen Funktionsbetätigungen sind es echte Heavy-Duty-Schreibmaschinen.
Die Schwerathleten dieser Sommerspiele sozusagen.
Gern würden wir Ihnen einmal ihre volle Leistungskraft unter Beweis stellen. Fordern Sie deshalb nähere Informationen an.
Einfach mit dem Coupon.

BROTHER INDUSTRIES LTD., Nagoya/Japan

Elektronische Büro-Schreibmaschinen



Info-Scheck

W 44 Die Brother EM-200 und die Brother EM-100 interessieren mich. Senden Sie mir bitte Prospekte und Bezugsquellennachweis

Name: ____
Firma: ____
Straße: ____
PLZ/Ort: ____

Ausschneiden, mit Adresse versehen und senden an: Brother International GmbH, Im Rosengarten 14, D-6368 Bad Vilbel.

brother® Qualität aus erster Hand.

WGJ :HH

China vergibt 1984 Auftrag für Satelliten

DW / AFP. Paris / Bonn

Die Volksrepublik China plant ein landesweites Fernsehnetz mit Satellitenübertragung, das mit ausländischer Hilfe in dreieinhalb Jahren fertiggestellt werden soll. Das berichtete die französische Fachzeitschrift „Air et Cosmos" in ihrer jüngsten Ausgabe. Der von Peking bereits angekündigte Auftrag über die Lieferung von zwei Kommunikationssatelliten, soll noch vor Ende dieses Jahres vergeben werden.

Um diesen Auftrag haben sich Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und den USA beworben. Wie die Wochenzeitschrift erfahren haben will, wählte

Anzeige



Peking die US-Firma „Comsat" als „Berater" für die Ausarbeitung des Programms und die Abfassung der endgültigen Ausschreibung, die für Mai vorgesehen ist. Der erste Satellit, der ein chinaweites Fernsehprogramm sowie ein Dutzend Rundfunkprogramme übertragen wird, soll 1987 gestartet werden, der als Ersatz vorgesehene zweite Satellit sechs bis zwölf Monate später.

Insgesamt 3000 Übertragungsstationen für 90 Prozent des chinesischen Staatsgebiets sollen in China selbst hergestellt werden. Anfang März hatte eine hochrangige chinesische Delegation von Rüstungsexperten bereits die USA besucht und dort über den erforderlichen Technologietransfer verhandelt. Zugleich unterzeichnete eine Raumfahrtdelegation, unter Leitung von Minister Zhang Jun, mit der Bundesrepublik Deutschland eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der zivilen Weltraumwissenschaft- und Technik.

„Air et Cosmos" spricht von drei großen Firmenkonsortien, die an dem Satellitengeschäft interessiert sind, die französische „Matra" in Zusammenschluß mit „Thomson-CSF", das von Messerschmidt-Bölkow-Blohm geleitete deutsch-französische Konsortium „Eurosatellite" und die US-Firma RCA. Erste Angebote hätten diese Unternehmen bereits im März Peking vorgelegt.

„Grenzverlauf an der Elbe nicht zur Disposition"

Albrecht übt versteckte Kritik an der Bundesregierung

dpa/DW. Cuxhaven/Bonn

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht (CDU) bleibt bei der Auffassung, daß der Grenzverlauf zur „DDR" an der Elbe nicht zur Disposition steht. Es bestehe nach dem Studium aller Unterlagen kein Zweifel darüber, daß alle vier Besatzungsmächte die Grenze am Ostufer des Stroms festgelegt hätten, sagte Albrecht auf dem niedersächsischen CDU-Parteitag in Cuxhaven. Die Diskussion über den Grenzverlauf sei „völlig unnötigerweise" aufgeflammt. Diese Bemerkung wurde auch als Kritik an der Bundesregierung verstanden. Zuletzt hatte Staatsminister Jenninger vom Kanzleramt die Möglichkeit eines modus vivendi mit Ost-Berlin noch in diesem Jahr angedeutet. Albrecht meinte, man müsse die Grenze als Kriegsfolge hinnehmen. „Wir können nicht darüber verhandeln, ob wir sie lieber hier oder dort hätten."

Eine Reisefreiheit würde nach Einschätzung des FDP-Politikers Uwe Ronneburger die Welle von Ausreisen aus der „DDR" stoppen. Sie setze allerdings ein „gewisses Selbstbewußtsein" der SED voraus.

Hat die SED angesichts der Ausreisewelle ein Ventil geöffnet, um inneren Druck ablassen zu können? Eine Reihe von Veröffentlichungen in „DDR"-Medien lassen diesen Eindruck aufkommen. So forderten unter anderem die „Leipziger Volkszeitung" und die „Ostsee-Zeitung" in Rostock ihre Leser auf, Kritik zu üben. „Das Recht, ein politischer Mensch zu sein, das der Sozialismus gewährt, muß auch subjektiv wahrgenommen werden", hieß es in der „Volkszeitung". Freilich wurden die Grenzen der Kritik klar herausgestellt: „Allerdings wird exakt zwischen jenen, die den Sozialismus von Fehlern befreien wollen und solchen Kritikern unterschieden, die den Sozialismus für einen Fehler halten und sich von ihm befreien wollen."

Gegen eine negative Abstempelung von jungen Leuten, die abweichende politische Meinungen vertreten, wandte sich auch Volksbildungs-Ministerin Margot Honecker.

Wie das Informationsbüro West (IWF) am Sonnabend in Berlin berichtete, sagte die Ministerin in einer Rede, „Probleme", die einzelne Jugendliche hätten, dürften nicht vorschnell als „politisch unklar" beurteilt werden. Meinungen und Fragen, die dem einzelnen ernst seien, sollte „nicht intolerant" begegnet werden. „Politische Unklarheiten" müßten ausgeräumt werden, „indem man die Dinge klärt". Allerdings gelte es, „prinzipienfest zu sein gegenüber falschen Auffassungen, wiederkehrenden aufgewärmten Fragen, die der Gegner stellt, die ohne Nachdenken nachgeplappert werden".

Verhältnis von Staat und Kirche

Bischof Krusche und Dohnanyi diskutierten über die Frage „Barmen heute?"

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Die Kirche darf sich nach den Worten des Hamburger Bischofs Peter Krusche „politische Thesen – kommen sie nun gelegen oder ungelegen – nicht von außen aufnötigen lassen". Der Bischof der Nordelbischen Kirche betonte am Wochenende: „Wir sind nach den bisherigen Erfahrungen immer in die Sackgasse gelaufen, wenn wir uns in unserer Verkündigung nötigen ließen." Kirche und Staat ständen in einem Verhältnis gegenseitiger Unabhängigkeit und Freiheit. Die Kirche dürfe den Staat nicht sich selbst überlassen. „Doch die eigentlichen Mittel der Kirche" – so hob Krusche hervor – „sind Predigt und Fürbitte."

50 Jahre nach der „Barmer Theologischen Erklärung" stellten sich der Hamburger Bischof und der Bürgermeister der Hansestadt, Klaus von Dohnanyi (SPD), der Frage „Barmen heute?", der Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Staat in der Gegenwart. Vor den Gästen der Evangelischen Akademie Nordelbien erinnerte Krusche an das „geistliche Ereignis", als 139 Vertreter lutherischer, reformierter und unierter Kirchen und Gemeinden sich am 31. Mai 1934 auf ein gemeinsames Bekenntnis verständigten und damit den Gleichschaltungsplänen der Reichskirche unter „Reichsbischof" Müller die Freiheit eines Christenmenschen als ein „Not- und Freudenschrei" (Karl Barth) entgegensetzten. In ihren berühmt gewordenen Thesen stellte die Barmer Erklärung fest: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen."

Die Fürbitte für den Staat – auch einen Staat unter dem Nazi-Regime – spielte bei der Kirche in den Jahren nach 1933 eine bedeutende Rolle, sagte der Hamburger Bischof, denn das Evangelium – so hob er hervor – „muß jedem, mußte auch Hitler – gegönnt werden". Die Kirche müsse darauf achten, daß sie nicht selbst an die Stelle des Staates zu treten versuche, sie müsse sich klarmachen, daß sie ihre Mittel nicht mit den Mitteln des Staates verwechsele.

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, dessen Vater im Konzentrationslager ermordet worden war, wies auf den Unterschied unseres, von unmenschlichen und antidemokratischen Intentionen freien Staates gegenüber dem Dritten Reich hin: „Wer die Geschichte kennt, kann die Widerstandsfrage von heute nicht auch nur einen Augenblick lang mit dem Widerstand von damals vermischen."

Der Staat von heute sei eher introvertiert als expansiv. Dohnanyi meinte: „Unser Staat traut sich nicht einmal eine Debatte über geistige Führung zu, er ist so unsicher, daß er nicht einmal wagt, eine Volkszählung vorzunehmen." Er forderte die Kirche auf, sich stärker ein politisches Mandat zuzutrauen. Der Hamburger Regierungschef warnte jedoch: „Wenn dieses Mandat gegen den Staat gerichtet ist, dann ist dies die falsche Adresse. Es ist nicht der Staat, sondern die gesellschaftliche Entwicklung, mit der wir uns auseinandersetzen müssen." Dohnanyi gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß sich die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten „immer stärker des Staates bemächtigt" habe. Sein Fazit daraus lautet: „Nicht der Staat, sondern die gesellschaftliche Entwicklung bedroht den Menschen." Kirche und Staat seien heute nicht Gegner, sondern Partner.

Der Bürgermeister beschrieb den Staat als „relativ wehrlos in einer offenen Gesellschaft", wehrlos zum Beispiel im Wettbewerb, wenn internationale Konzerne drohten, dort ihren Standort zu wählen, wo die wenigsten Auflagen für den Umweltschutz bestehen. Der Staat befinde sich auch in einer Zwangslage, wenn „eine Seite Waffen aufhäuft". Dann könne die andere Seite „nicht einfach die Waffen wegwerfen". Dohnanyi bekräftigte den Auftrag des Staates zur Ordnungsgewalt im Sinne der Gerechtigkeit gegenüber der Gesamtheit seiner Bürger. Doch seit der Zeit, als sich 1934 im Widerstand gegen das Nazi-Regime die bekennende Kirche gebildet habe, gelte für ihn die Erfahrung: „Wenn der Staat diese Ordnungsgewalt ausübt, muß er sich an die Anfälligkeit der Gehorsamen und an die Zuverlässigkeit der Kritiker erinnern."

Prag attackiert Partikularismus im Ostblock

AP, Prag

Das tschechoslowakische Parteiorgan „Rude Pravo" ist am Wochenende in scharfer Form gegen „Partikularismus" und gegen Bemühungen um „einseitige Vorteile" innerhalb des Ostblocks zu Felde gezogen. Das Blatt meint – offenbar im Hinblick auf Rumänien, „daß alle Elemente des Partikularismus in unserer Gemeinschaft, jede Schwächung der vereinbarten außenpolitischen Strategie, ... Bestrebungen, einseitige Vorteile von der kapitalistischen Welt, ihren finanziellen und anderen Institutionen zu erhalten, dem Ansehen des Sozialismus in den Augen der Weltöffentlichkeit schaden". Das Parteiorgan attackierte auch „seltsame Tendenzen, die manchmal eine Art von unabhängigem Kurs in der Außenpolitik zu demonstrieren scheinen, der abweicht von der im Rahmen der Gemeinschaft vereinbarten Linie, (und) Überlegungen über die Rolle 'kleiner Länder', die Kompromisse zwischen den Supermächten herbeiführen sollen".

Andropow-Film ohne Anklang

AFP, Moskau

Nur sehr wenig Publikum zieht ein Dokumentarfilm über das Leben des im Februar verstorbenen sowjetischen Staats- und Parteichefs Jurij Andropow an, der jetzt in drei Moskauer Kinos läuft. Zur ersten Vorstellung im größten Moskauer Kino, dem „Rossija", waren nach Angaben von Journalisten acht Zuschauer erschienen. Die Film-Dokumentation als Ehrung eines verstorbenen Politikers ist ein Novum in der Sowjetunion. Der rund einstündige Film mit dem Titel „Ein Leben für das Volk" beleuchtet Andropows Karriere als Diplomat und Parteifunktionär. Ausgespart bleibt jedoch der Beginn seiner Parteilaufbahn in Jaroslawl in der Sowjetrepublik Rußland, wo Andropow nach unbestätigten Informationen für ein Straflager verantwortlich war.

Ein neues Gesetz halbiert die Zahl der Ansprüche

Noch kein Antrag von 400 000 Behinderten in NRW

WOLFGANG BÜSER, Münster

Beim Landesversorgungsamt Nordrhein-Westfalen ist man überrascht. Präsident Dr. Ulrich Gerloff: „Von den 1,3 Millionen Schwerbehinderten im Lande, die bisher Busse und Straßenbahn kostenfrei benutzen konnten, haben sich rund 400 000 bisher noch nicht an ihr Versorgungsamt gewandt, um dort die Wertmarke anzufordern, ohne die seit dem 1. April nichts mehr zum Nulltarif läuft".

Durch Gesetz ist den Schwerbehinderten aufgegeben worden, vom 2. Quartal 1984 an für die kostenfreie Benutzung von Bussen und Straßenbahnen eine Wertmarke zu lösen. Sie ist mit 120 DM pro Jahr zu bezahlen und wird von den Versorgungsämtern nur dann ausgegeben, wenn die „Bewegungsfreiheit im Straßenverkehr erheblich beeinträchtigt" ist. Bisher war davon ohne nähere Prüfung ausgegangen worden, wenn die Erwerbsminderung wenigstens 80 Prozent betrug.

Nunmehr steht also nur den beträchtlich Gehbehinderten die „Freifahrt" zu, die ja – wegen der jährlichen Kosten von 120 DM - im Grunde keine Freifahrt mehr ist. 370 000 solcher „Freifahrscheine" sind vom Landesversorgungsamt in den ersten drei Monaten dieses Jahres ausgestellt worden.

Weitere 140 000 Wertmarken gingen kostenlos an folgende Schwerbehindertengruppen: Hilflose, Blinde, Sozialhilfe-Empfänger, Bezieher von Arbeitslosenhilfe, unter bestimmten Voraussetzungen solche Personen, die bereits im Jahre 1979 freifahrtberechtigt waren.

Abermals 140 000 Schwerbehinderte, die bisher Busse und Straßenbahnen ohne Bezahlung benutzen konnten, haben das Recht, für 120 Mark eine Wertmarke zu beziehen, ausgeschlagen. Sie wählten stattdessen die – durch Gesetz alternativ angebotene – 50prozentige Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer. (Vorher waren sie zu 100 Prozent von der Steuerzahlung befreit gewesen.) Diese Wahl hat einen weiteren Haken: Die bisher von den Haftpflichtversicherern eingeräumte Ermäßigung bei der Haftpflichtprämie ist ebenfalls weg, weil dafür nach den unveränderten Statuten der Versicherer eben die volle Kraftfahrzeugsteuer-Befreiung Bedingung ist.

Diese drei Personengruppen summieren sich zu 650 000. Weitere 200 000 sind von den Beamten der Versorgungsämter – nach Lage der Akten – als nicht so gehbehindert eingestuft worden, daß ihnen die Wertmarke für die Freifahrt (auch nicht die für 120 DM) zustehen würde. Sie bekamen einen entsprechenden Bescheid.

Insgesamt rechnet die Versorgungsverwaltung damit, so Leitender Regierungsdirektor Günther Kahl, daß sich die Zahl der bisher Anspruchberechtigten von insgesamt 1,3 Millionen auf rund 650 000 halbiert.

Anwälte beklagen Abbau der Rechte

Forum zur Reform des Bußgeldverfahrens / Scharfe Kritik an Bundesregierung

H.-H. HOLZAMER, Köln

In ungewöhnlich scharfer Form sind bei einem Forum zur „Reform des Bußgeldverfahrens" am Freitag in Köln die deutsche Anwaltschaft mit Vertretern der Bundesregierung aneinandergeraten. Vorstandsmitglieder des Deutschan Anwaltvereins (DAV) warfen der Bundesregierung vor, mit dem jetzt vorgelegten Entwurf zum Ordnungswidrigkeitenrecht „einen Abbau rechtsstaatlicher Grundsätze zu betreiben" und „die Rechte der Betroffenen und ihrer Verteidiger" in „essentiellen Bereichen" zu verletzen.

Leitende Beamte des Bundesjustizministeriums wiesen diese Vorwürfe zurück, und betonten, „es gehe ihnen mit der Reform nur um eine Entlastung der Gerichte". Der DAV stellte dagegen nicht nur in Frage, daß es im Bereich des Ordnungswidrigkeitenrechts überhaupt eine dramatische Überlastung gebe, er hielt die angestrebten Mittel für „überzogen" und nur erklärlich als einen Einstieg in einen Abbau von Verteidiger- und Angeklagtenrechte im gesamten Strafrecht.

Im Kern des Streits geht es um folgende drei Punkte:

1. Die Bundesregierung will in Bußgeldsachen die Beweisaufnahme und das Beweisantragsrecht einschränken. Der Richter soll selbst entscheiden können, ob eine Beweiserhebung erforderlich ist oder nicht. Er soll auch Beweisanträge ablehnen können, wenn sie seiner Meinung nach früher hätten vorgebracht werden können. Damit soll u. a. verhindert werden, das Verfahren verschleppt werden oder gar verjähren.

Nach Auffassung des DAV wird damit dem Beschuldigten das Recht genommen, selbst zu bestimmen, wann er welche Verteidigungsmittel vorbringen will. Beweisanträge, die sich erst aus der Entwicklung der Hauptverhandlung ergeben, wären zumindest gefährdet.

Die Bundesregierung will darüber hinaus, demjenigen die Verfahrenskosten auferlegen, der sich erst in der Hauptverhandlung entlastet. Weiter soll der Richter „behördliche Erklärungen auch fernmündlich" einholen können. Hierzu in seiner Kritik der Hauptgeschäftsführer des DAV, Klaus-Peter Winters: „Da wird aus der Verhandlung, die kraft Verfassung mündlich sein soll, plötzlich eine fernmündliche."

2. Der Entwurf der Bundesregierung will die Möglichkeiten, gegen Urteile Rechtsmittel einzulegen, beschränken. Die „Rechtsbeschwerde" soll nur noch zulässig sein „zur Fortbildung des materiellen Rechts", wenn mithin in einem Fall Probleme, die bislang unbekannt waren, auftauchen.

Hier sehen die Anwälte ein Abrükken von dem Prinzip, daß Rechtsmittel dazu da sind, der Gerechtigkeit im Einzelfall zu dienen. Wenn jemand der Überzeugung ist, zu Unrecht bestraft worden zu sein, wolle er sich wehren, die „Rechtsfortbildung" sei ihm gleichgültig. Außerdem führe dies zu einer Aufsplitterung der Rechtsprechung in der Bundesrepublik. Schon aus Gründen einer einheitlichen Rechtssprechung müsse die Rechtsbeschwerde generell möglich bleiben. Es gehe beispielsweise nicht an, daß das Verkehrszeichen „80 km bei Nässe" in dem einen Gerichtsbezirk nicht gelte, weil es dem Richter zu unbestimmt ist, in dem anderen aber wohl.

3. Der Entwurf will dem Halter eines Kraftfahrzeugs immer dann die Kosten aufbürden, wenn der Fahrer nicht ermittelt werden kann. Damit soll bei den sog. Kennzeichenanzeigen, insbesondere Parkverstößen, „Mißständen" entgegengetreten werden, die darin gesehen werden, daß als Ausrede in aller Regel genügt, man könne sich nicht mehr erinnern, wer gefahren ist.

Auch daran übt der DAV heftige Kritik. Jeder Beschuldigte habe das Recht zu schweigen. – Winters: Schweigen im deutschen Strafrecht ab sofort nur noch gegen Cash? – Keiner könne gezwungen werden, sich selbst oder Angehörige zu belasten.

Eine Annäherung der Standpunkte wurde auf dem Bußgeld-Forum nicht erreicht. Das Ministerium berief sich darauf, daß das Ordnungswidrigkeitenrecht nicht nach den strengen Kriterien des Strafrechts beurteilt werden dürfte, die Anwälte darauf, daß auch der Europäische Gerichtshof festgestellt hat, es dürfe in der Bundesrepublik keine Aushöhlung rechtsstaatlicher Grundsätze dadurch erfolgen, daß man Bereiche aus dem Strafrecht in Ordnungswidrigkeitenrecht überführt habe. Und außerdem, so Winters, „kann eine hohe Buße die Existenz genauso ruinieren wie eine Strafe".

Bürokratie bewirkt „Schundprodukte"

AFP, Moskau

Die Schuld dafür, daß sowjetische Erzeugnisse „trist und altmodisch" sind, ist nach Ansicht des Parteiorgans „Prawda" nicht bei den Firmenchefs, sondern bei den Ministerien zu suchen. Diese täten so gut wie nichts, um Entwicklung und Absatz neuer, gefälliger Produkte zu fördern, kritisierte das Blatt. Ein Hemmschuh für Fabrikdirektoren bei der Umstellung auf neue Artikel sei insbesondere die Preisbindung. Zur Amortisierung der Entwicklungskosten für neue Produkte müßten sie daher ihre Verkaufspreise erhöhen dürfen. Die „Prawda" kritisiert indirekt den russischen Minister für Leichtindustrie, der nur fünf Betrieben die finanziellen Voraussetzungen für Investitionen gewähre. Daher schreckten die meisten Direktoren vor Risiken zurück und beließen es bei Produkten wie der „schaurigen grauen Kleidung" und anderen Artikeln schlechter Qualität.

AIR FRANCE LE CLUB: UNSERE GASTFREUNDSCHAFT HEBT UNS AB.



Unsere Gastfreundschaft beginnt schon, bevor Sie an Bord sind. Als Le Club-Passagier können Sie Ihren Sitzplatz schon bei der Buchung reservieren. Bei der Abfertigung steht Ihnen ein spezieller Schalter zur Verfügung. An Bord kümmern wir uns um Ihre Garderobe und bieten Ihnen schon vor dem Abflug einen Willkommensdrink an. Während des ganzen Fluges steht Ihnen unsere Bordbar zur Verfügung – selbstverständlich kostenlos. Aber wir bedienen Sie auch gern an Ihrem Platz aus unserem umfangreichen Getränkeangebot. Die Mahlzeiten, die wir Ihnen servieren, sind in bester französischer Tradition ausgewählt und von einer Qualität, die selbst den Vergleich mit Spitzenrestaurants nicht zu scheuen braucht.

AIR FRANCE
IMMER HÖHER HINAUS

Amerikas Demokraten fehlt die einigende Figur

Weder Mondale noch Hart oder Jackson überzeugen

TH. KIELINGER, Washington

Das frühe Amerika pflegte eine stille Dankbarkeit darüber mit sich herumzutragen, dem „ruchlosen und korrupten" Europa entronnen und der Reinheit der Neuen Welt überantwortet zu sein. Man lese beispielsweise Benjamin Franklins Korrespondenz aus Paris zu diesem Thema.

Diese Einschätzung liegt jetzt zweihundert Jahre zurück. Seitdem ergießt sich der Strom der Einwanderer zumeist aus anderen Regionen der Erde; aber ein Gefühl der Erleichterung, nicht so zu sein wie die Europäer, ist auf dem Grunde der amerikanischen Seele geblieben.

Solche Überlegungen, aus denen sich vielfach nationale Selbsteinschätzung speist, treten auch im Vorwahlkampf dieses Jahres wieder in ihr Recht. Sie werden noch gestärkt durch eine latente anti-europäische Stimmung, die auszunutzen vor allem Hart entschlossen zu sein scheint.

Dabei verstieg er sich im Wahlkampf in New York, wo morgen eine der wichtigsten Vorwahlentscheidungen fällt, in eine absonderliche Rhetorik, als er bemerkte: „Ich hoffe, wir werden dieses unser Land nicht zu der Art von europäischem System verkommen lassen, wo Leute systematisch dazu ermuntert werden, die Gesetze zu mißachten."

Harts Hauptkonkurrent, Walter Mondale, schlug sofort voll auf seinen früheren Kollegen und Freund ein. „Wenn ein Präsident gesagt hätte, was Mr. Hart gestern über Europa von sich gab, würde er Wochen brauchen, um zu erklären, was genau er gemeint habe".

Banger Blick auf die Wahl

Harts Äußerung dürfte sich wohl auch noch nach Wochen kaum rationaler Analyse aufschließen. „Solche Bemerkungen", so Mondale, „sind wie viele der Äußerungen Harts in der letzten Zeit geeignet, Zweifel über den Kandidaten aufkommen zu lassen."

Zweifel packt die Demokratische Partei aber nicht nur angesichts Gary Harts und seiner forschen Sprache. Zweifel überkommt sie überhaupt, ob hier in der Tat die idealen Kandidaten für das Präsidentenamt auf der Bühne stehen, drei Männer, die jeweils nur einen Teil der New-Deal-Partei repräsentieren. Wo bleibt die Synthese, die große Figur der Eintracht und der Vereinigung, so fragt man mit bangem Blick auf den November-Wahltermin.

Mondale verkörpert die alte, wohlfahrtsstaatliche Wärme der Liberalen, wobei er außenpolitisch einen Teil der traditionellen machtpolitischen Entschlossenheit zu erhalten versucht. Bei Hart liegen die Dinge umgekehrt: In der Außenpolitik vertritt er extrem linke, stark an McGovern erinnernde Positionen; er predigt amerikanischen Rückzug. Innenpolitisch verficht er das Prinzip des Marktes, des Unternehmerrisikos, des Wachstums und der Produktivität.

Eine unsichere Partei

Jesse Jackson schließlich rundet das Bild ab, indem er unter seine „Regenbogen-Koalition" alle Erniedrigten und Beleidigten der Gesellschaft zu versammeln trachtet. Aber ein möglicher Präsidentschaftskandidat ist Jackson nicht, auch wenn er seine Spielkarten für den Parteitag und den politischen Kuhhandel dort beträchtlich verbessert hat.

So liegt ein Gefühl der Unsicherheit, ja des Abscheus über einem Wahlkampf, der immer mehr persönliche Bitterkeit zwischen Mondale und Hart und Desillusion an der Basis sät. Von Vorwahl zu Vorwahl werden mehr Parteitagsdelegierte diesem oder jenem Kandidaten zugeschanzt – aber es scheint alles irgendwie irrelevant zu sein,da kein „strahlender" Politiker die verschiedenen Lager vereinigen kann.

Die Unsicherheit bestärkt sich noch durch kuriose Regeln, wie die Demokratische Partei sie sich 1982 zurechtgeschneidert hat. Keiner der fast 4000 Delegierten, die nach den Vorwahlkämpfen auf diesen oder jenen Kandidaten, oder auf die Positon „Unentschieden" festgelegt sein werden, braucht sich auf dem Parteitag an die Vorwahlentscheidung zu halten. Schon für den ersten Wahlgang zur Kür des Präsidentschaftskandidaten, auf dem Parteitag, sind die Delegierten von ihrer Zuordnung der Vorwahlen befreit, können sich also vollkommen neu orientieren, auch in die Richtugn eines völlig neuen Kandidaten. Könnte das Edward Kennedy sein? Im Vorgriff auf solche Entwicklungen winkte er bereits ab.

Stahlarbeiter rüsten zum Marsch auf Paris

Von A. GRAF KAGENECK

Während im lothringischen Stahlrevier um die Stadt Longwy nach den schweren Unruhen gestern Ruhe einkehrte, verlagert sich die französische Industriekrise auf das politische Feld. Die Spannungen innerhalb der Regierungskoalition zwischen Kommunisten und Sozialisten nehmen zu, und wachsende Unruhe macht sich in der sozialistischen Partei breit.

Aus Protest gegen die Schließung von Stahlwerken in Lothringen sind drei der sechs sozialistischen Abgeordneten der lothringischen Departements und ein Senator aus ihren Fraktionen in Nationalversammlung und Senat ausgetreten. Der Erste Sekretär des sozialistischen Departementsverbandes Mosel, René Leucart, verließ den Leitungsausschuß der Sozialistischen Partei. Drei Kammerabgeordnete weigern sich, über das Industriebudget abzustimmen, falls „es bis dahin nicht klare Zeichen für eine Zukunft des Reviers gibt". Auf der Ministerratssitzung vom Donnerstag war im Zuge des von der EG-Kommission verlangten „Stahlplans" die Schließung meherer Stahlwerke in Dünkirchen, Lothringen und Fos am Mittelmeer beschlossen worden. Daraufhin hatten die drei Abgeordneten vergebens versucht, den Industrieminister Laurent Fabius umzustimmen. Alle Protestler begründen ihren Schritt mit der Unmöglichkeit, eine Politik zu vertreten, die nicht dem Mandat entspräche, das ihnen die Wähler 1981 erteilt hätten.

Der ebenfalls zurückgetretene Senator Jean-Pierre Masseret sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur AFP die Entscheidungen des

FRANKREICH

Ministerrates seien „ohne jede Begründung über die Leute hereingebrochen". Die Regierung habe es an politischer Courage fehlen lassen. Die Folge sei, daß die Stahlarbeiter „entweder als k.o. ausgezählt, oder sicb vor rasender Wut zu Gewalttaten hatten hinreißen lassen". Beides sei ihm unerträglich.

Den Gewerkschaften CGT und CFDT war es im Laufe des Samstags endlich gelungen, ihre bis zum äußersten gereizte Anhängerschaft wieder unter Kontrolle zu bekommen. Bis dahin war in der Stadt Longwy jedes öffentliche Gebäude mit Ausnahme des von CGT-Streikposten bewachten Rathauses der Plünderung und Zerstörung ausgesetzt gewesen. Für den 4. April, an dem Präsident Mitterrand in Paris eine Pressekonferenz abhalten will, haben die Gewerkschaften einen 24stündigen Generalstreik in allen Stahlrevieren angesetzt. Der für den gleichen Tag angesetzte Marsch der Stahlarbeiter auf Paris wurde auf den 13. April verschoben. Der Führer der gemäßigten Gewerkschaft FO, André Bergeron, sagte im Rundfunk: „Ich habe Präsident Mitterrand im Februar gewarnt, daß es, wenn er seine Modernisierungspolitik für die Industrie ohne Absprache mit den Betroffenen durchsetzen wolle, es eine Explosion geben müsse. Nun, die Explosion ist da."

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Georges Marchais, sagte auf einer Parteiversammlung vom 80. Geburtstag des Parteiorgans „Humanité", der Stahlplan der Regierung „löse die Probleme nicht".

Die KPF will eine grundsätzlich andere als die Austerity-Politik des sozialistischen Premierministers Mauroy, die nach ihrer Ansicht „die Armen ärmer und die Reichen reicher" macht und auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wird. Sie empfiehlt eine vorübergehende Schließung der Grenzen und eine Belebung über einen stark ansteigenden Inlandskonsum. „Produziert und kauft französiscb", lautet ihr Slogan.

Marchais, der auf der Veranstaltung ostentativ vor den vier kommunistischen Kabinettsmitgliedern umgeben war, forderte die Arbeiter zum erstenmal offen zum Widerstand gegen die Regierung auf. „Wenn die Arbeiter die Regierung an der Durchführung ihres Plans nicht hindern, wird es noch schlimmere Zeiten geben. Wir verstehen den Zorn der Lothringer und teilen ihre Gefühle. Modernisierung der Industrie ist gut, aber wenn sie auf dem Trümmerfeld der fortschrittlichsten Stahlwerke geschieht, macht man Frankreich nicht stärker, sondern schwächer."

Von Afrika aus, wo er sich auf einer Rundreise befindet, sagte Premierminister Mauroy: Es war bitter für mich, der ich selbst aus einer Industrieregion stamme (Mauroy kommt aus dem nordfranzösischen Kohlenbekken), diesen Beschluß (Stahlplan) durchzusetzen. Aber eine andere als die Austerity-Politik ist nicht möglich.

„In jedem dritten Land wird gefoltert"

dpa. London

Die Gefangenenhilfe-Organisation amnesty international (ai) hat in einem neuen umfangreichen Bericbt über „Folter in den 80er Jahren" den Vorwurf erhoben, daß in einem Drittel aller Länder der Welt Häftlinge gefoltert werden.

Sogar in der Europäischen Gemeinschaft habe es in den vergangenen Jahren solche Praktiken gegeben. Insbesondere gebt der amnesty-Bericht auf Nordirland und Italien ein. „Die Provinz Nordirland im Vereinigten Königreich zeigt das klassische Dilemma, wie weit eine Gesellschaft, die sich selbst als liberale Demokratie betrachtet, illegale Methoden im Widerstand gegen den Terrorismus hinzunehmen bereit ist."

Für Italien wird eine Reihe von Beispielen angeführt, vor allem in den Berichten von Verdächtigen, die nach der Entführung des amerikanischen Generals James Lee Dozier Anfang 1982 vernommen worden. Sie hätten über Schläge, erzwungenes Trinken von Salzwasser und Mißhandlungen der Genitalien berichtet.

Seit 1980 hat sich ai nach eigenen Angaben mit 2687 Folter-Fällen in 45 Ländern beschäftigt und von Verstößen in Dutzenden weiterer Länder Kenntnis erhalten. Die Organisation weigert sich aber, eine „scbwarze Liste" zu veröffentlichen. Sie wäre unvollständig und könnte politisch mißbraucht werden.

Die Berichte von amnesty gehen auf Aussagen von Opfern und Zeugen, auf ärztliche Untersuchungsbefunde, Gerichtsprotokolle und auf die Geständnisse von Beteiligten zurück. Männer und Frauen aller gesellschaftlicben Klassen und aller Altersstufen seien die Opfer. In El Salvador würden Kinder gefoltert, in Iran würden sie gezwungen, bei der Folterung ihrer Mütter zuzusehen. In der Sowjetunion werden nach Darstellung von ai manche politischen Häftlinge mit schmerzerzeugenden Medikamenten behandelt, in vielen Ländern würden sie mit Elektroden gefoltert.

„Die Folter kann abgeschafft werden", versichert die Hilfsorganisation, „was fehlt ist der politische Wille der Regierungen, das Foltern von Menschen zu beenden." Ein Zwölf-Punkte-Programm von ai soll es Regierungen erleichtern, gegen die Folter in Polizeistationen, Gefängnissen und Kasernen vorzugehen.

Keine Einreise über Melilla

W. K. Bonn

Die marokkanischen Grenzbehörden haben in den vergangenen Tagen europäischen Touristen die Einreise über die spanische Enklave Melilla nach Marokko verweigert. Gründe für die Zurückweisungen wurden nicht angegeben. Unter den abgewiesenen Touristen waren deutsche Familien. Nach Informationen der WELT forderten marokkanische Posten Reisende, die von Melilla nach Nador wollten, auf, „morgen" wiederzukommen. Nach vergeblichen Versuchen kehrten sie zurück. Keine Störungen werden dagegen bei der Einreise in Tanger gemeldet. Die Sperre in Melilla wird inoffiziell mit anhaltenden Spannungen im Grenzgebiet von Nador seit den „Brotunruhen" zu Beginn dieses Jahres in Verbindung gebracht. Nach Gerüchten soll ferner auf Spanien Druck ausgeübt werden, um die Enklaven Melilla und Céuta Marokko einzugliedern.

Ermittlungen gegen die Vatikanbank

Unrechtmäßig Geld angeeignet? / Ein Kleinaktionär brachte Stein ins Rollen

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der Vatikanbank IOR und ihrem Präsidenten, dem amerikanischen Titular Erzbischof Paul Casimir Marzinkus, drobt nach der Verwicklung in den Dreck der Mailänder Ambrosiano-Bank ein weiteres gerichtliches Ermittlungsverfahren in Italien. Der bohe Kleriker und einstige „greise Marschall" Johannes Pauls II. und zwei weitere leitende IOR-Funktionäre wurden vom Mailänder Tribunal in aller Form informiert, daß gegen sie wegen des Verdachts der unrechtmäßigen Aneignung von Geldern ermittelt werde.

Grundlage des Ermittlungsverfahrens ist ein 50-Milliarden-Lire-Kredit, den das IOR im Jahre 1972 der italienischen Holdinggesellschaft Italmobiliare gewährte und den es sich 1979 mit 160 Milliarden Lire zurückzahlen ließ. Der Kreditvertrag enthielt angeblich eine Klausel, die den Kredit an den Wechselkurs zwischen Lira und Scbweizer Franken band. 1972 war dieser Kurs 157:1, 1979 500:1.

Ausgelöst wurde das Ermittlungsverfahren durch die Klage eines sizilianischen Kleinaktionärs der Italmobiliare. Als der Präsident der Gesellschaft 1979 auf der Aktionärsversammlung mitteilte, daß das Unternehmen 160 Milliarden Lire an ein von ihm nicht genanntes Bankinstitut zurückzahlen müsse, wurde der Kleinaktionär stutzig. Er erhielt weder die von ihm verlangten Auskünfte über diese Schuld, noch fand er in den Bilanzen des Unternehmems zwischen 1972 und 1978 auch nur die geringste Spur von einem entsprechenen Kredit. Deshalb ging er vor Gericht.

Im Jahr 1981 mußte die Italmobiliare vor dem Richter Farbe bekennen. Sie legte den von Marzinkus mitunterschriebenen Kreditvertrag vor. Seine Modalitäten erregten ebenso Verdacht wie die Tatsacbe, daß einer der IOR-Spitzenfunktionäre gleichzeitig Syndicus der Italmobiliare ist. Die Gerichtsorgane ermittelten weiter und verschickten schließlicb die offiziellen Mitteilungen an Marzinkus und die anderen in den Fall verwikkelten Personen.

Schon vor eineinhalb Jahren hatten die Mailänder Richter dem im Vatikan lebenden Erzbiscbof eine Mitteilung dieser Art zustellen wollen – seinerzeit im Zusammenhang mit dem Bankrott der Ambrosiano-Bank, mit der das IOR undurchsichtige Geschäfte gemacht hatte. Der Vatikan hatte seinerzeit die Annahme mit der Begründung verweigert, daß nicht der in den Lateranverträgen vorgeschriebene Dienstweg über die diplomatischen Vertretungen eingehalten worden sei. Diesmal hielten sich die Richter an diesen Dienstweg.

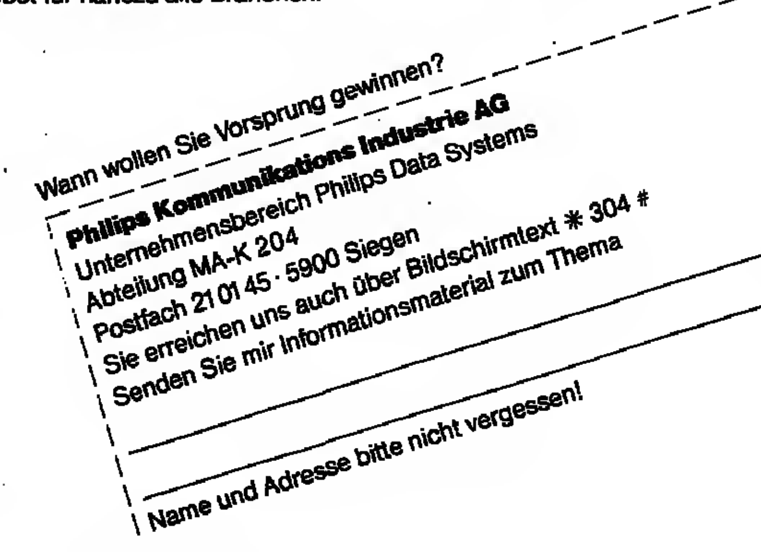
PHILIPS



Wer im Alltag keine Zeit zu verlieren hat, braucht ein Informationssystem, das vielseitig und ausbaufähig ist. Ein System, das alle wichtigen Informationen sofort zur Verfügung stellt. Kurz, ein Office Micro System von Philips.

Kompakt wie es ist, paßt es auf jeden Schreibtisch. Und dabei entspricht es in idealer Weise den Arbeitsanforderungen von Abteilungsleitern, Sachbearbeitern und Sekretärinnen gleichermaßen. Mit Daten- und Textverarbeitung und mit grafischen Darstellungsfunktionen. Mit Anschlußmöglichkeiten an die DBP-Netze, ans Fernsprechnetz, Standleitung und Datex L/P. Und mit Kommunikationsfunktionen via Teletex und Bildschirmtext.

Als Einplatz- oder Mehrplatzsystem läßt sich der Office Micro modular einsetzen. Für Unternehmen und Verwaltungen aller Größenordnungen. Und mit einem Software-Angebot für nahezu alle Branchen.



Office Micro Systeme · Dialogsysteme · Multifunktions-Systeme · Textsysteme · Btx-Editier- und Textsysteme · Diktiersysteme · Anrufbeantworter · Bankterminalsysteme · Daten- und Textkommunikation · Einbindung aller Kommunikationsdienste/-netze der DBP · Anwendersoftware · Dienstleistungen · Organisationsmittel und Zubehör

Philips Kommunikations Industrie AG



Data Systems | TE KA DE Fernmeldeanlagen | F&G Nachrichtenkabel und -anlagen

Moskaus MiG-29 stößt in neue Bereiche vor

Für die NATO ein gefährlicher Gegner im Luftkampf

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Bei seinem Besuch in Indien hat der sowjetische Verteidigungsminister Marschall Dmitrij Ustinow mit seiner Delegation die Behauptung ausgestreut, die neueste MiG-Kampfmaschine sei allem überlegen, was im Westen fliegt. Namentlich erwähnten die Sowjets dabei die amerikanische F-16 und die französische Mirage 2000.

Da niemand im Westen derartige Vergleicbe gezogen oder sich abfällig über die neue MiG-29 (NATO-Bezeichnung „Fulcrum") geäußert hatte – dazu besteht kein Anlaß –, offenbarte das Vorgeben der führenden sowjetischen Militärs einen vermutlich tiefsitzenden Minderwertigkeitskomplex gegenüber Erzeugnissen der westlichen Industrie.

Es mag sein, daß die Ereignisse im Nahen Osten im Sommer 1982 zu diesem Komplex beigetragen haben. Damals schossen Flugzeuge der israelischen Luftwaffe reihenweise die aus der Sowjetunion gelieferten Maschinen der syrischen Luftwaffe aus dem Himmel. Israel fliegt amerikanische Maschinen oder aus französischen Konstruktionen weiterentwickelte Flugzeuge eigener Herstellung mit amerikanischen Triebwerken. Das muß die Sowjets tief getroffen haben, obwohl jeder Sachverständige weiß, daß Ausbildung und Mentalität des Piloten im Luftkampf entscheidende Kriterien sind.

Israelische Piloten gelten als hervorragend. Sie erfreuen sich ungeteilter Hochachtung in den NATO-Luftstreitkräften. Oh sie die „besten der Welt" sind oder nicht, diese Frage erscheint vielen in der NATO zu sehr als Klischee.

Wetter als Abschreckung

Geographische Umstände gestatten es, die israelische Luftwaffe als „Schönwetter-Luftwaffe" zu bezeichnen. Die NATO-Luftstreitkräfte in Zentral- und Nordeuropa sind exakt das Gegenteil: Sie müssen in überwiegend schlechtem Wetter fliegen und – so die Tornados – Ziele mit konventionellen Waffen vernichten können, die die Besatzung durch Wolken und Dunst nicht einmal sieht.

Das müßten auch die Sowjets, wenn es in Europa jemals den Ernstfall gäbe. Bei der NATO ist die Einsatzfähigkeit ihrer Besatzungen unter schlechten Wetterbedingungen ein wesentliches Element der Abschreckung. Die Sowjets haben ihre Luftstreitkräfte immer starr geführt, die Piloten waren ausführende Organe der Bodenkontrolle. Der veröffentlichte Sprechverkehr beim Abschuß des koreanischen Jumbo-Jets verdeutlicht das. Der technologische Fortschritt, wie er auch in der MiG („Fulcrum") zum Ausdruck kommt, müßte die Sowjets immer mehr vor die Notwendigkeit stellen, ihren Piloten jene Selbständigkeit zu geben, wie sie im Westen Tradition ist. Es ist eine bestechende Frage, oh ihnen das gelingt: Sozialismus und Selbständigkeit sind im Prinzip unvereinbar.

Senkrecht in den Himmel

Die MiG-29, ein Jäger, braucht den Vergleich mit modernen westlichen Konstruktionen nicht zu scheuen. Wie immer bei neuen sowjetischen Flugzeugmustern haben sich die Sowjets auf die Evolution verlassen und keine Experimente veranstaltet. Herausgekommen ist eine Maschine mit einem Schub/Gewicbtsverbältnis von 1,2:1, was bedeutet, daß das Flugzeug (ohne Außenlasten) senkrecht in den Himmel steigen kann.

Die „Fulcrum" besitzt eine „Look-down"-, „Shoot-down"-Fähigkeit, kann also aus der Höhe auf über der Erdoberfläche hinwischende Ziele wirksam werden. Diese Fähigkeit ist von der NATO lang befürchtet worden. Sie wird das Bündnis vor technische und taktische Schwierigkeiten stellen. Insbesondere die deutsche Luftwaffe muß sich damit auseinandersetzen.

Auch im Kampf Flugzeug gegen Flugzeug verspricht die MiG-29 ein gefährlicher Gegner zu werden. Die amerikanische F-16, von der die Sowjets in Neu-Delhi sprachen, ist in fünf NATO-Luftwaffen eingeführt. Dieses Flugzeug verfügt über ein ähnliches Schub/Gewichtsverhältnis wie die MiG-29 und eine „Fly-by-wire"-Steuerung: Die Maschine ist bewußt ohne aerodynamische Stabilität gebaut, sie erhält ihre Stabilität über einen Steuerimpulse aussendenden Rechner. Ob die Sowjets mit der „Fulcrum" in derart raffinierte Bereiche vorgestoßen sind, die bisher unerreichte Leistungen im Luftkampf ermöglichen, ist nicht bekannt.

(SAD)

Ein Staat ohne Armee wehrt sich

Costa Ricas Präsident Monge erläutert der WELT die Neutralitätspolitik seines Landes

MANFRED NEUBER, San José

Costa Rica stehe im ideologischen Kampf zwischen Demokratie und Diktatur auf Seiten des Westens, versichert Präsident Luis Alberto Monge. Als einziges Land in Lateinamerika ohne Armee versuche es jedoch, sich aus den kriegerischen Verwicklungen in Lateinamerika herauszuhalten.

In einem Gespräch mit der WELT erklärt Monge, die von ihm proklamierte „aktive und dauerhafte Neutralität" basiere auf historischen und geopolitischen Faktoren. Sie dürfe nicht mit der Haltung Österreichs, Schwedens oder der Schweiz verglichen werden. „Wenn es um die Menschenrechte geht, können wir nicht neutral sein", betont er.

Der Sozialdemokrat Monge ist entsetzt über die Naivität und Kurzsichtigkeit deutscher und schwedischer Genossen bei der Einschätzung Nicaraguas. Er sieht das Revolutionsregime in Managua als „völlig nach Moskau ausgerichtet". Im Gegensatz zu westeuropäischen Befürwortern der Sandinisten weiß man in San José, daß dieser Kurs von Anfang an eingeschlagen und nicht von den USA provoziert wurde.



Luis Alberto Monge erwartet besonderes Verständnis von Bonn. FOTO: GAMMA-STUDIO X

Hinter der Einmischung des Ostblocks in Zentralamerika wird eine sowjetische Strategie zur Bedrohung der Vereinigten Staaten vom Süden her, dem „weichen Unterleib" dieser Region, erkannt. Costa Rica befürchtet, in den revolutionären Strudel gezogen zu werden, und es will deshalb seine Neutralität von den Vereinten Nationen und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) schützen lassen.

Das Verhältnis zwischen Costa Rica und Nicaragua ist äußerst gespannt. San José bezichtigt die Sandinisten, für Grenzübergriffe und Terroranschläge verantwortlich zu sein. Managua wirft dem Nachbarland vor, von seinem Territorium aus Operationen der Konterrevolutionäre in Nicaragua zu dulden. Tatsächlich hat Costa Rica eine Reihe von Contras ausgewiesen.

In dem erklärten Ziel der Sandinisten, die „bürgerliche Demokratie" zu zerschlagen und die „Revolution der Befreiung" weiterzutragen, sieht das kleine Costa Rica (2,2 Millionen Einwohner auf 51 000 Quadratkilometern) eine direkte Gefahr. Regierungskreise argwöhnen, daß Managua die Unzufriedenheit über die Wirtschaftskrise in Costa Rica politisch ausnutzen will.

Große Sorge bereitet San José eine offensichtlich von Nicaragua gesteuerte Desinformationskampagne gegen die Außenpolitik Costa Ricas. Präsident Monge wird als willfähriger Vasall von US-Präsident Ronald Reagan hingestellt. Wohl auch um solche Unterstellungen zu entkräften und um seine Neutralitätspolitik zu unterstreichen, sagte Monge einen amerikanischen Flottenbesuch und einen Arbeitseinsatz der US-Nationalgarde zum Ausbau der Infrastruktur im Grenzgebiet zu Nicaragua ab.

Auf einer Europa-Reise im Juni wird Präsident Monge die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, die Niederlande, Portugal, Spanien und die Schweiz besuchen und um politische und wirtschaftliche Unterstützung für die einzige wahre Demokratie in Mittelamerika bitten.

Von Bonn erwartet Monge besonderes Verständnis für sein Land. Der frühere Gewerkschaftsführer erwähnt, daß seine Regierung ein entspanntes Verhältnis zur christlich-demokratischen Opposition zu Hause hat, und daß alle Parteien des Bundestages für gute Beziehungen zu Costa Rica eintreten. Seit einigen Monaten ist auch die Hanns-Seidel-Stiftung als vierte der deutschen Parteien in San José tätig.

Auf deutscher Seite wird bedauert, daß die Costa Rica zugesagten Mittel schleppend abgerufen werden, weil nur wenige spruchreife Projekte vorliegen und weil es anscheinend Kompetenzstreit zwischen costaricanischen Ministerien und dem Parlament gibt. Im März verhandelte eine Bonner Experten-Gruppe in San José über konkrete Vorhaben, und Monge will bei seinem Besuch in Deutschland eine weitere Beschleunigung erreichen.

Der Präsident wirbt um Privatinvestitionen und die Gründung von Joint Ventures in der einstigen „Schweiz Mittelamerikas". Eine Überfülle negativer Nachrichten aus Mittelamerika in den US-Medien schrecke amerikanisches Kapital ab, was für Costa Rica ebenso schmerzlich sei wie die Tatsache, als demokratisches Land vom Weltwährungsfonds nicht besser behandelt zu werden als Diktaturen. Da legen Technokraten kalten Herzens die Kriterien fest, ohne die politischen Folgeo für gewählte Regierungen zu bedenken", moniert Monge.

Durch den Preisverfall bei seinen wichtigsten Ausfuhrgütern (Bananen, Kaffee) verarmt die Bevölkerung des „Musterländle", das keine Bananen-Republik ist und über bescheidenen Wohlstand und vorbildliche soziale Einrichtungen verfügt, zusehends. Monge mußte vor zwei Jahren von seinem Vorgänger Rodrigo Carazo Odio einen desolaten Staatshaushalt übernehmen und seine ganze Kraft auf die Wirtschaftssanierung richten.

Kleinbürgerlich wie das ganze Land mutet das Arbeitszimmer Monges im neuen Amtssitz des Präsidenten im Stadtteil Zapote an. Auf der halbstündigen Fahrt dorthin im steingrauen Mercedes begleiten Monge weder Polizeiwagen noch Sicherheitsbeamte. Während wir das Gespräch fortsetzen, hält der Fahrer an einem Kassenhäuschen an und entrichtet die Autobahngebühr. Einziger Schutz für den Präsidenten in dem zivilen Kleinstaat, den ein totalitärer Nachbar nicht in Frieden lassen will, ein griffbereiter Revolver neben der Gangschaltung.

Amerika will Athen und Ankara versöhnen

Weinberger plädiert für „starke nnd einheitliche NATO"

E. ANTONAROS, Athen

Der seit Jahren andauernde Konflikt zwischen den NATO-Nachbarn Griechenland und Türkei sowie seine Auswirkungen auf die Stabilität der Südostflanke der Allianz bereiten den Vereinigten Staaten offenbar große Sorgen. Dies ist bei den Gesprächen deutlich geworden, die der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger am Wochenende in Athen geführt hat.

Obwohl Weinberger auf keine Einzelheiten seiner Beratungen mit der Athener Staats- und Regierungsspitze eingehen wollte, sagte er nach einer anderthalbstündigen Unterredung mit Ministerpräsident Andreas Papandreou, der gleichzeitig auch das Verteidigungsressort verwaltet, daß „das Vorhandensein einer starken und einheitlichen NATO von besonderer Bedeutung für unsere Sicherheit und unser Überleben" sei. Dieser Ansicht wollen sich Griechenlands regierende Sozialisten keineswegs bedingungslos anschließen.

Genau wie Weinberger ist zwar auch Papandreou mit öffentlichen Erklärungen äußerst sparsam gewesen. Gleichzeitig hat er jedoch mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß Athens teilweise problematische Beziehungen sowohl zur Allianz wie auch zu Amerika weitgehend auf Griechenlands Dauerstreit mit der Türkei zurückzuführen sind. „Die Beziehungen Athens zu Washington gehen über Ankara", sagte Papandreou.

„Gehätscheltes Kind"

Im Klartext bedeutet diese vom griechischen Sozialistenchef regelmäßig wiederholte Äußerung: Die Amerikaner tendieren dazu, Ankara zu wohlwollend zu behandeln, obwohl sie – diese Überzeugung herrscht in Athen nicht nur bei den Sozialisten vor – am besten dazu imstande wären, Ankaras Haltung gegenüber Griechenland zu korrigieren. Weil dies bisher nicht der Fall gewesen sein soll, so die Athener Argumentation, habe die Türkei als „gehätscheltes Kind der Allianz" immer neue Forderungen an Athen erhoben.

Den Griechen geht es einerseits um Zypern: Alle griechischen Regierungen seit dem Zypern-Krieg im Jahre 1974 haben den Standpunkt vertreten, daß Washington Ankara zu mehr Flexibilität bewegen könnte. Angesichts der neuen UNO-Initiative, die die Rückkehr von knapp 40 000 Flüchtlingen in dem heute von türkischen Truppen besetzten griechischen Teil der Stadt Famagusta vorsieht, herrscht in Athen der Eindruck vor, daß die Amerikaner in dieser Richtung auf die Türken einwirken könnten.

Griechen weigern sich

Andererseits handelt es sich um Operations- und Kontrollrechte im ägäischen Luftraum und Seegebiet. Bisher haben sich die Griechen beharrlich geweigert, einen Teil des sogenannten Rogers-Plans zur Reintegration Griechenlands in die NATO anzuwenden und der Errichtung einer regionalen NATO-Kommandozentrale in der mittelgriechischen Stadt Larissa zuzustimmen.

Zur Vorgeschichte: Bis zum Sommer 1974 – damals kündigte Athen vorübergehend die militärische Zusammenarbeit mit der Allianz wegen der angeblich passiven Haltung der NATO in der Zypern-Frage auf – hatte Griechenland die gesamte Operationskontrolle im ägäischen Bereich inne. Als Athen ein paar Jahre später aufs neue Vollmitglied der Allianz wurde und eine Rückkehr zu den alten Regelungen wünschte, stellte sich Ankara dagegen und forderte eine Aufteilung der Kommandogewalt in der Ägäis.

Die Entschärfung dieser Spannung innerhalb der Allianz, die unter anderem dem reibungslosen Ablauf von NATO-Manövern im Wege steht, wird ganz gewiß auch Gegenstand der Gespräche sein, die Weinberger mit der türkischen Regierungsspitze Anfang dieser Woche erörtern will. Freilich: Günstig für ein türkisches Einlenken ist dieser Augenblick nicht. Mit Entrüstung hat Ankara auf die Entscheidung des außenpolitischen Ausschusses des US-Senats reagiert, wonach die Lieferung der US-Gratishilfe in Höhe von etwa 220 Millionen Dollar an die Türkei von türkischen Konzessionen in Zypern abhängig gemacht werden soll. „Die nun versuchte Druckausübung und die Erpressungsmethoden werden die Situation noch komplizierter machen und die Aussichten auf eine Regelung in weite Ferne rücken lassen", sagte Ankaras Außenminister Vahit Halefoglu.

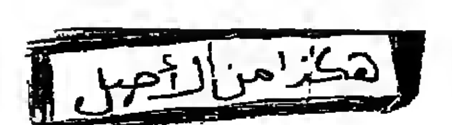
(SAD)

Gleich werden Sie von 4 Conti SommerSuperContact überholt.

Was Sie aber nicht weiter beunruhigen muß, denn schließlich hat der Conti SommerSuperContact auch in den meisten Tests alle anderen überholt. So heißt es zum Beispiel in der Autozeitschrift „mot" (Nr. 5/83): „Der Conti setzt neue Maßstäbe für HR-Reifen der Serie 70." Während die „sport auto" (Nr. 8/83) schreibt: „Den Conti-Leuten kann das Kompliment gemacht werden, den derzeit wohl ausgewogensten Reifen der HR-Klasse auf dem Markt zu haben." Klar, daß der neue SommerSuperContact dann auch die Traumnote Zehn bekam. Daß er auch beim Bremsen zu den Besten gehört, ist eigentlich nur noch selbstverständlich. Conti. Alles im Griff.







Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Definition der Elbgrenze

„Elbgrenze liegt zum Nordost-Ufer"; WELT vom 28. März

Die Zoneneinteilung des besetzten Deutschlands geht auf das alliierte „Protokoll über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung von Groß-Berlin" vom 12. September 1944 zurück, das zwischen den Unterzeichnermächten USA, Großbritannien und Sowjetunion am 6. Februar 1945 volle Rechtskraft erhielt und seither Gültigkeit bis heute besitzt – allerdings in der durch zwei Abänderungen vom 14. November 1944 und vom 26. Juli 1945 neu formulierten Fassung. Durch ein gesondertes Abkommen (accord) wurde Frankreich eine Besatzungszone und die Mitverwaltung von „Groß-Berlin" zugeteilt. Rechtskräftig wurde dieses Zusatzabkommen am 13. August 1945.

Urheber dieses multinationalen Abkommens war die im Januar 1944 in London gebildete „Europäische Beratungskommission" (EBK) der drei Großmächte, die als Botschafterkonferenz sich in der Folgezeit weniger mit europäischen Friedensregelungen als mit der Nachkriegsbehandlung Deutschlands und Österreichs zu befassen hatte. Das Ergebnis ihrer Bemühungen waren neben den Zonenabkommen die Abkommen über die anfängliche Kontrolle Deutschlands und Österreichs sowie die Auflagen, die mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands verbunden waren. Der deutschen Öffentlichkeit wurde der Inhalt der Abmachungen in den Dokumenten vom 5. Juli 1945 des Alliierten Kontrollrates in Berlin bekannt. An diese Instanz wurden im übrigen die Arbeiten der durch das Potsdamer Protokoll aufgelösten EBK übertragen.

Das Zonenabkommen geht auf einen Vorschlag der britischen Delegation vom 15. Januar 1944 zurück, der ziemlich rasch vom sowjetischen Vertreter am 18. Februar akzeptiert wurde, weil er die Besatzungszone und damit den Einfluß seines Landes bis an die Elbe brachte. Präsident Roosevelt und sein Außenamt zögerten mit der Zustimmung, weil die US-Zone im Südwesten Deutschlands – nach dem britischen Vorschlag ohne Hafenanschluß – sein sollte. Vor allem sollten die US-Truppen über die Nordseehäfen nach Japan eingeschifft werden, sobald Deutschland besiegt war.

Während ihrer mehrfachen Beratungen dienten nicht nur die deutschen Reichskarten als Arbeitsgrundlage für die Ziehung der innerdeutschen Demarkationslinien, sondern die hochqualifizierten Experten waren stets bemüht, bestehende Verwaltungs- und Gebietseinheiten zu bewahren. Das heißt, eine willkürliche Trennung sollte nach Möglichkeit vermieden werden. So ganz konnte dieser Grundsatz nicht aufrechterhalten werden, als nach der Jalta-Konferenz aus der US- und britischen Zone eine neue vierte Zone für Frankreich mit Verbindung zur Besatzungszone in Österreich (Tirol und Vorarlberg) geschaffen werden sollte. Der Kreis Lindau z. B. wurde aus dem Verband Bayern herausgenommen.

Die Verwendung von Kartenmaterial deutschen Ursprungs ist ja nicht so neu. Als Anlagen für den Versailler Friedensvertrag wurden sowohl vom britischen Generalstab als auch vom Service Geographique de l'Armée Française (SGA) deutsche Grundkarten nachgedruckt im Maßstab von 1:1 000 000 sowie 1:100 000 (Saargebiet und Danzig) und 1:200 000 (Abstimmungsgebiete von Oberschlesien).

Klaus Altmeyer, Lebach/Saar

*

„Das Londoner Protokoll und die Elbgrenze"; WELT vom 26. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Autor des oben genannten Artikels scheint das Übel der bestehenden Situation im Elbbereich (faktische Kontrolle durch die „DDR" bis zur Strommitte) auf Fehler aus der Zeit sozialliberaler Regierungen zurückzuführen. Dies ist zweifelsohne richtig, waren es doch die Politiker Brandt und Bahr, die durch die einseitige Aufgabe wichtiger deutschlandpolitischer Positionen das innerdeutsche Klima zu verbes sern suchten.

Enttäuschend aber ist für denjenigen, der nach dem Regierungswechsel 1982 neuen deutschlandpolitischen Schwung erhoffte (der von der Union auch jahrelang angekündigt worden war), daß auch der Regierung Kohl offensichtlich nichts besseres einfällt, als hier auf alten Gleisen weiterzufahren.

Insoweit muß ich dem Autor widersprechen, denn anders zu erklären sind Äußerungen aus dem Kanzleramt, die in der Elbfrage einen „modus vivendi" in Aussicht stellen, der mit dem Grundlagenvertrag und deutschen Interessen schlechthin unvereinbar wäre. Diesem Ansinnen aber sollte Kanzler Kohl mit Nachdruck entgegentreten.

Mit freundlichem Gruß
Christoph Bauerle, Würzburg

Weltspitze?

„Die Bürokratie in der Forschung abbauen"; WELT vom 19. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

wichtiger als die Forschungsausgaben zu steigern (da ist die Bundesrepublik mit DM 46,8 Milliarden sowieso „Weltspitze"), sei, „daß die Ergebnisse der Forschung bis hin zur Grundlagenforschung rascher umgesetzt würden", meint Forschungsminister Heinz Riesenhuber.

Seit 20 Jahren wird bei DESY (Deutsches-Elektronen-Synchroton) in Hamburg nach dem sogenannten „Urknall" geforscht, der nach Meinung der (theoretischen) Physiker am Angang des Weltalls stattgefunden haben soll. Statt der erhofften „lebendigen Zelle", aus der sich in einem Zeitraum von Jahrmillionen die gesamte belebte Natur – Pflanze, Tier, Mensch – „entwickelt" haben soll, wurden bisher allerdings nur sogenannte „Quarks" (Kunstwort für elektrisch geladene Elementarteilchen) gefunden – fünf Stück an der Zahl!

Im Klartext: Von einer „raschen Umsetzung" dieser Grundlagenforschung kann hier gar keine Rede sein.

Zur Zeit werden die Plasmaphysiker wieder gefordert – in Sachen „Kernfusion". Rein zufällig habe ich vor drei Wochen mit einem Experten für Plasmaphysik (40) gesprochen. Auf meine Frage, was denn bei den „Spielereien" mit ionisierten Gasen herauskommen solle, kam spontan die Antwort: „In den nächsten 30 Jahren natürlich nichts"! Mit einem „raschen Umsetzen" ist hier also auch nicht zu rechnen.

Im Nicht-Umsetzen von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Wirklichkeit ist die Bundesrepublik offensichtlich „einsame Spitze"!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Winkler, Hamburg 55

Stiefkind Nahverkehr

„Gohike: Kein Rückzug aus der Fläche"; WELT vom 15. März

Sehr geehrte WELT-Redaktion,

mit der Feststellung: „Weniger gefragt ist offenbar das Nahverkehrsangebot ...", macht es sich der Vorstandsvorsitzende Reiner Gohike der Deutschen Bundesbahn etwas zu leicht. Er sollte sich einmal die Frage stellen: „Warum ist der Bundesbahn-Nahverkehr so unwirtschaftlich, und damit so wenig gefragt?"

Sieht man sich die Bundesbahn-Werbung, besonders auf den Bahnhöfen, etwas genauer an, so findet man zwar alle Varianten des Fernverkehrs, aber nicht ein verkaufsförderndes Wort für den Nahverkehr. In der Bundesbahn-Zeitschrift „DIE SCHÖNE WELT" vom Januar 1984 wurde zwar berichtet, wie die Bundesbahn den „Markt abhorcht", aber vom Abborchen des Nahverkehrs-Marktes war auch in diesem Text kein Wort zu finden.

Vergleicht man den Bundesbahn-Nahverkehr mit den Straßenbahnen und U-Bahnen der Städte, so muß man feststellen, daß die Bundesbahn einen viel höheren Personenalaufwand betreibt, und damit entsprechend teurer ist. Es ist zwar richtig, daß die Bundesbahn das Schienennetz unterhalten muß, aber das müssen die Verkehrsträger der städtischen Schienenfahrzeuge ja auch finanzieren. In der letzten Zeit häufen sich bei der Bundesbahn die Fahrkartenkontrollen, die beim häufigen Umsteigen im Nahverkehr zur Belästigung ausarten. Dieser Aufwand wird bei städtischen Schienenfahrzeugen schon lange nicht mehr betrieben.

So gibt es viele hausgemachte Hemmschwellen bei der Bundesbahn, die der Autofahrer besonders im Nahverkehrsbereich nicht akzeptiert. Das beginnt bei der Fahrpreis-Politik, der Fahrplangestaltung und endet im Kundendienst. Die Bundesbahn sollte sich die Frage stellen: „Warum ist der städtische Schienen-Nahverkehr so attraktiver als der Bundesbahn-Nahverkehr?" Man sollte einmal die Entscheidung des Nahverkehrsteilnehmers nachvollziehen, die da lautet: „... fahre mit meinem Auto oder mit der Bundesbahn?!"

So wie die Bundesbahn heute ihren Nahverkehr gestaltet, muß sich der Steuerzahler, als Eigentümer der Bundesbahn, fragen: „Entweder will die Bundesbahn den Nahverkehr als unerwünschtes Element einschläfern, oder die Herren der Bundesbahnverwaltung verstehen nichts vom Nahverkehr!"

F.-J. Stehman, Rednitzhembach

Gespreizt und unnötig

Es ist offensichtlich, wie aus einer Reihe von Leserbriefen in der WELT hervorgeht (z. B. „Sprache der Politiker" von Rudolf Schmidt am 23. 3. 1984), daß das Thema der Rettung und Weiterentwicklung der deutschen Sprache ständig an Interesse gewinnt. Es geht ja dabei nicht allein nur und nicht so sehr um die vermeidbaren Fremdwörter, die gespreizten „Neologismen".

Wir stehen einer galoppierenden Verarmung unserer Sprache gegenüber, die fast noch schlimmer ist als die vielbeklagte Verarmung unserer Natur durch das Aussterben unzähliger Tier- und Pflanzenarten. Fast täglich werden lebendige und klangvolle Wörter aus dem Verkehr gezogen und eingemottet, und alle, alle machen mit. Niemand schließt sich aus, niemand gebraucht mehr die verfemten Ausdrücke von gestern, die doch oft so viel klangvoller und eindrucksvoller waren als die in Mode gekommenen Surrogate. Ist „heterogen" wirklich so viel schöner als „buntschekkig", „Goodwill" als „Wohlwollen", „Dispersität" als „Unausgewogenheit", „Karat" als „Wert", „kontraproduktiv" als „unfruchtbar", „Larmoyanz" als „Wehleidigkeit"?

● Es ist erschreckend, daß unser Volk nicht nur durch die Mauer, sondern nicht minder durch den Zwiespalt zweier Sprachen und Verständigungsweisen zerrissen ist. Die Sprache der Gebildeten, der Publizisten, der Medien, der Politiker hat kaum etwas gemein mit der Sprache der Bevölkerungsmehrheit, der großen Masse der Mitbürger. Auch dies betrifft durchaus nicht nur den leidigen „neologistischen Slang", sondern die ganze Art und Weise, die Dinge zu „artikulieren". Wer die elitären Gags der Anti-Elitären nicht beherrscht, zieht sich in die Sprach- und Meinungslosigkeit zurück und verstummt.

● Das Schlimmste aber ist die rasche Degenerierung unserer Gesellschaft zur genormten, anonymen, vorfabrizierten, programmierten Papageienmasse („Papamäleons") der Orwellschen Schreckensvisionen, die Einebnung jeglicher Eigenständigkeit und Originalität bis hin zur Diktatur des „New Speak". Fast täglich kann man erleben: Da taucht irgendwoher (woher eigentlich?) ein neuer Ausdruck auf, und schon befleißigen sich alle, ihm ihren Tribut zu zollen (so in letzter Zeit etwa „kontraproduktiv", „Flop", „Karat").

Mit allen guten Wünschen
E. Hartmann, Freiburg/Br.

Bürgerstolz

„Von Arabern bedroht, von Germanen gerettet"; GEISTIGE WELT vom 24. März

Sehr geehrte Herren,

es war Genuß und Genugtuung zugleich, in dem Artikel von Pierre Bertaux einmal eine Würdigung der Leistung der freien Reichsstädte für den politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Fortschritt des deutschen Volkes zu lesen, da die herkömmliche Geschichtsschreibung sich weitgehend auf die Darstellung der Taten bzw. Untaten von Potentaten beschränkt.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr dankbarer Leser
Dr. Albert Riester, Stuttgart 1
(einstmals „Bürger in Ulm durch Geburt")

Volksseuche

„Leserbrief: Verharmlost?"; WELT vom 24. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der Brisanz des Themas ist anzumerken:

● Die kariesprophylaktische Wirkung von Fluoranreicherung des Zahnschmelzes ist wissenschaftlich zweifelsfrei und klinisch nachgewiesen (Schweiz, USA, Ostblock).

● Fluoridierungsgegner gehen von der sehr vernünftigen Tatsache aus, daß ein sauberer Zahn nicht kariös werden kann und somit zusätzlichen Fluors nicht bedarf. Allein die Zahnputzgewohnheiten (das einzig Vererbbare an der Karies) eines Volkes zu verändern ohne Fluoridierung als zusätzliches Prophylaxemittel, hieße, auf einen fernen Tag X zu warten, bis zu dem sich am Ausmaß der Volksseuche nichts ändern würde.

● Geht man bei einer Polio- oder Pockenschutzimpfung z. B. nicht auch mit einer hochtoxischen Substanz um, die eingesetzt wird, den Menschen vor (auch kostenintensiven) Erkrankungen mit einem Minimalrisiko zu schützen?

● Suizidversuche? Das geht doch wohl mit überall erhältlichen Schmerztabletten einfacher. Warum also Risiken herbeireden und Panik verbreiten, ohne Für und Wider abzuwägen?

Mit freundlichen Grüßen
Dr. F. Jeschke, Zahnarzt, Ausburg

*

Hiermit beenden wir die Diskussion

Die Redaktion

Radikalkur

„Leserbrief: Kosten im Krankenhaus"; WELT vom 24. März

Da es schon einmal der Staat ist, der mit Subventionen die teuere Maschinerie in den Krankenhäusern finanziert, ist es für Privatpatienten nicht mehr zumutbar, daß diese Kosten auf ihre Tagessätze umgelegt werden und mit den Arzneikosten verrechnet, so daß diese von ihrer Kasse nicht bezahlt werden.

Es wäre besser, wenn die Krankenhäuser endlich verstaatlicht würden – melken sie doch auch mit Sozialhilfe der Pflichtversicherten den Staat, wo sie nur können. Die Ärzte müßten staatlich besoldet werden, wie andere Akademiker auch, deren Berufe in anderen Betrieben nicht weniger verantwortlich sind. Zu den freischaffenden Ärzten kann man sie nicht zählen, da ja viele von ihnen auch noch als Dozenten oder Professoren an Unis ihren guten Verdienst haben und doch auch vom Staat schon finanziert werden.

Mit freundlichem Gruß
Gertrud Sommerfeld, Karlsruhe

Wort des Tages

„Die Aufgabe des Geistes ist es, das Wahre offenbar werden und Sprache finden zu lassen. In der Arbeit des Geistes liegt alle Hoffnung. Der Geist, das Unrealste, das Empfindlichste, das wie ein Nichts scheinbar nur Mitschwebende birgt in sich und erwirkt vielleicht auf die Dauer unberechenbar das Beständigste. Aber er gewinnt zeitliche Wirklichkeit nur im Kampf."

Karl Jaspers, dt Philosoph (1883–1969)

Journal für Informationsverarbeitung
online plus

Management des modernen Papieroutput.

online plus zeigt Ihnen den Weg. Sagt Ihnen, wie der EDV-/ORG-Leiter die Logistik des Output-Managements in den Griff bekommt, den Schichtbetrieb koordiniert und den Output verteilt.

»Modernes Management hebt die Wirtschaftlichkeit der EDV.« Das ist das Schwerpunkt-Thema dieses Sonderdrucks.



Aus dem Inhalt:

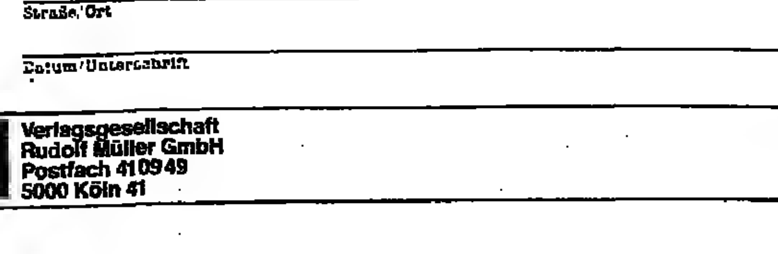
- Output steuern von der Quelle bis zur Mündung
- Papierberge wachsen trotz Bildschirm
- Dialog zwischen Mikro und Mainframe
- Wann und warum überhaupt Computerdaten auf Mikrofilm
- Wirtschaftlicher EDV-Output
- Am Ende steht die Poststraße

Bestell-Coupon

Ja, ich bestelle hiermit ______ Exemplare der Sonderausgabe online plus zum Preis von DM 6,50/Stück (inkl. Versandspesen).

Name/Vorname
Firma
Straße/Ort
Datum/Unterschrift

Bitte den Coupon ausschneiden und einsenden an:



Das Thema der WELT am 4. April '84
in einem Farb-Magazin



Die Hannover-Messe ist mehr als eine gewöhnliche „Ausstellung". Sie ist die Nabelschau des Fortschritts, Bündelung von zehn Fachmessen an einem Ort. Sie gibt Auskunft über den Standort von Mikroelektronik, Computertechnik, Transport und Verkehr, Energie-Technologien und vielem anderen mehr. Die WELT informiert über die wichtigsten Themen in einem farbigen WELT-Report.

Kaufen Sie sich diese Ausgabe der WELT. Oder beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich weltweit orientiert und versäumen keine der vielen interessanten Sonderveröffentlichungen dieser Zeitung.

Probelieferung kostenlos.
Anruf genügt: (040) 347 47 17



Personalien

GEBURTSTAG

Gestern feierte Professor Dr. Wolfgang **Bernhardt**, emeritierter Ordinarius für Privatrecht und Patentrecht der Technischen Universität München, seinen 80. Geburtstag. Der in Kottmarsdorf in der Oberlausitz Geborene besuchte in Leipzig das König-Albert-Gymnasium, studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten München, Berlin und Leipzig, wo er 1935 habilitierte. 1940 erfolgte seine Berufung als Ordinarius an die Wirtschaftshochschule Nürnberg mit Lehrauftrag an der Universität Erlangen. 1943 war er an der Technischen Hochschule München, 1944 an der Universität Posen tätig. 1947 wurde er an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer berufen. 1948 berief ihn erneut die Technische Hochschule München. Hier gründete er das Institut für Wirtschafts- und Patentrecht und wirkte als dessen Direktor und Ordentlicher Professor für Privatrecht und Patentrecht 25 Jahre bis zu seiner Emeritierung.

ERNENNUNGEN

Dr. **Henning Dodenberg**, neuer deutscher Botschafter in El Salvador, hat dem Präsidenten der Republik Dr. Alvaro Magana Borja sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Botschafter Dodenberg hatte von der Bonner Regierung zugleich den Auftrag erhalten, offiziell als Beobachter der Wahlen zu fungieren. Henning Dodenberg, Jahrgang 1942, in Königsberg geboren, studierte Jura und trat 1971 in den Auswärtigen Dienst ein. Nach einer Auslandsverwendung am Generalkonsulat in Porto Alegre ging er 1980 als Ständiger Vertreter des Botschafters nach Kinshasa. El Salvador ist sein erster Botschafterposten.

*

Zum Vorsitzenden der Klaus-Dieter-Arndt-Stiftung e. V. wurde der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. **Uwe Jens** gewählt. Die Stiftung, die der SPD nahe steht, versucht die Kontakte zwischen der Politik und der Wirtschaft insbesondere zu kleinen und mittleren Unternehmen zu vertiefen.

AUSZEICHNUNGEN

Der mit 3000 Mark dotierte erste Preis im zweiten Internationalen Komponisten-Wettbewerb für den deutschsprachigen Chorgesang ging an **Helmut Scheck** aus Nördlingen. Den zweiten Preis von 2000 Mark gewann der Komponist **Arthur Sädler** aus Köln. Die drei Förderpreise von je 1500 Mark gingen an **Hilger Schallehn** aus Darmstadt, **Christoph Hempel** aus Sehnde in Niedersachsen und **Rolf Hempel** aus Aichwald bei Stuttgart. Den „Walter Scheel-Preis" des Auswärtigen Amtes in Höhe von 5000 Mark erhielt **Wolfgang-Andreas Schultz** aus Wedel/Holstein. Die Wettbewerbe waren von der in Solingen ansässigen Zentralstelle für den deutschsprachigen Chorgesang ausgeschrieben worden.

*

Bundespräsident **Karl Carstens** hat dem Diplom-Ingenieur **Günther Krüßmann** das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Krüßmann, Vorstandsmitglied der Flachglas AG in Gelsenkirchen, hat sich über seine Berufspflichten hinaus ehrenamtlich für die sozialen Belange der Glasindustrie eingesetzt. Als Vorsitzender des Sozial- und Gesellschaftspolitischen Ausschusses im Bundesverband der Glasindustrie und Mineralfaserindustrie hat er erheblich zum Ausgleich zwischen den Tarifparteien beigetragen.

*

Der Vorsitzende des Vorstandes der Ford-Werke AG, **Daniel Goeudevert**, hat in Bonn das von Bundespräsident **Karl Carstens** gestiftete goldene Ehrenzeichen der Deutschen Verkehrswacht erhalten.

JUBILÄUM

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, **Heinz Galinski**, feierte gestern sein 35. Amtsjubiläum. Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen würdigte Galinski auf einem Staatsempfang als „ein Symbol der Kontinuität jüdischer Kultur in Berlin". Die Jüdische Gemeinde sei ein „prägendes Element im politischen und moralischen Leben des freien Berlin" geworden.

VERÄNDERUNGEN

Annemarie Griesinger, Ministerin für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg in Bonn, wird am 23. Mai in der Bonner Landesvertretung offiziell von ihrem Ministeramt Abschied nehmen. Der Abschied ist zugleich mit ihrem Ausscheiden aus der langjährigen politischen Arbeit für die Union verbunden. Ministerpräsident **Lothar Späth** hat inzwischen die Bonner Nachfolge geregelt: Sein Lösungsvorschlag löste Überraschung aus. Späth nimmt eine Ämterteilung vor. Minister für Bundesangelegenheiten wird Baden-Württembergs Justizminister Dr. **Heinz Eyrich**, der damit ein Doppelressort erhält. Staatssekretär und Bevollmächtigter in Bonn wird der bisherige Ministerialdirektor im Staatsministerium, **Gustav Wabro**. Annemarie Griesinger kann auf eine besonders erfolgreiche Arbeit zurückblicken: Die Politikerin aus Markgröningen, die 1964 in den Bundestag ging, schaffte es 1969, den einzigen SPD-Wahlkreis, Ludwigsburg, auch noch für die CDU zu holen. Ihr Ruf als „sehr gestandenes Weibsbild" in der Politik, das bis heute jedoch fraulichen Charme nicht einbüßte, ist fast legendär. 1972 wurde sie in Stuttgart Minister für Arbeit und Soziales im Kabinett **Hans Filbinger**. 1980 wurde sie Bevollmächtigte in Bonn.



In Bonn: Baden-Württembergs Ministerin Annemarie Griesinger und Bayerns Staatsminister Peter Schmidhuber. FOTO: KEIL

*

Kommandeurswechsel beim Bundesgrenzschutzkommando Süd: Dem gebürtigen Münchner **Kurt Janker** folgt der Berliner **Alwin Strecker**, der seine Berufung nach München mit einem Scherz begründete: „In einer Zeit, da das bayerische Element im Bundesinnenministerium in bisher ungewohnter Weise zugenommen hat, hielt es der Dienstherr für angebracht, einen kleinen Ausgleich zu schaffen." Janker, 60 Jahre alt, geht in den Ruhestand, für den zehn Jahre jüngeren Strecker könnte der bayerische Posten eine Stufe zu weiteren Höhen sein: Seit 1981 ist er Stellvertreter des BGS-Inspekteurs, seine Berufung zum Inspekteur in den nächsten Jahren wird nicht ausgeschlossen. Die Amtseinführung Streckers im Münchner BGS-Casino nutzte Bundesinnenminister **Friedrich Zimmermann** zu einigen grundsätzlichen Äußerungen über den Bundesgrenzschutz: Die jährlichen Einstellungsraten müssen erhöht werden und der Grenzschutzeinzeldienst darf nicht an den Zoll abgegeben werden.

THEATER

Die einaktige Oper „Maddalena" von **Sergej Prokovjew** ist vom Ensemble der Berliner Kammeroper im Künstlerhaus Bethanien unter der musikalischen Leitung von **Scott Curry** erstmalig in Deutschland aufgeführt worden. Das Drei-Personenstück, ein Eifersuchtsdrama mit tödlichem Ausgang für die beiden Rivalen, schuf der Komponist 1911 noch während seiner Petersburger Studienzeit nach einer Textvorlage der Baronin **Liven**.

*

William Forsythe wird mit dem Beginn der Spielzeit 1984/85 neuer Chefchoreograph und künstlerischer Direktor des Balletts der Städtischen Bühnen von Frankfurt am Main. Er löst den jetzigen Ballett-Chef **Egon Madsen** ab, der zum gleichen Zeitpunkt die Direktion des Stockholmer Balletts übernimmt. Forsythe ist zuletzt in Frankfurt mit dem Ballett „Gänge" hervorgetreten, das als „Insider-Spektakel" um den Wahnsinn des täglichen Ballett-Trainings und den Widerspruch zur realen Welt auch Proteste des Publikums ausgelöst hatte.

ZIRKUS

Mit einer festlichen Galavorstellung feierte der Zirkus **Busch** in Berlin sein 100jähriges Bestehen. Nachdem der Berliner Schauspieler **Wolfgang Völz** zusammen mit dem nicht einmal einen Meter großen Liliputaner **Pattatina** das rote Band für den Weg des Zirkus in die nächsten hundert Jahre zerschnitten hatte, waren im Zeltbau zunächst einmal die Politiker mit ihren Glückwünschen an der Reihe. Berlins Regierender Bürgermeister **Eberhard Diepgen** brachte die Freude der Berliner darüber zum Ausdruck, daß nach „50 Jahren des Herumziehens" Zirkus Busch in Berlin wieder einen festen Zeltbau errichten wird. Er soll im nächsten Frühjahr am Reichpitsch-Ufer errichtet werden.

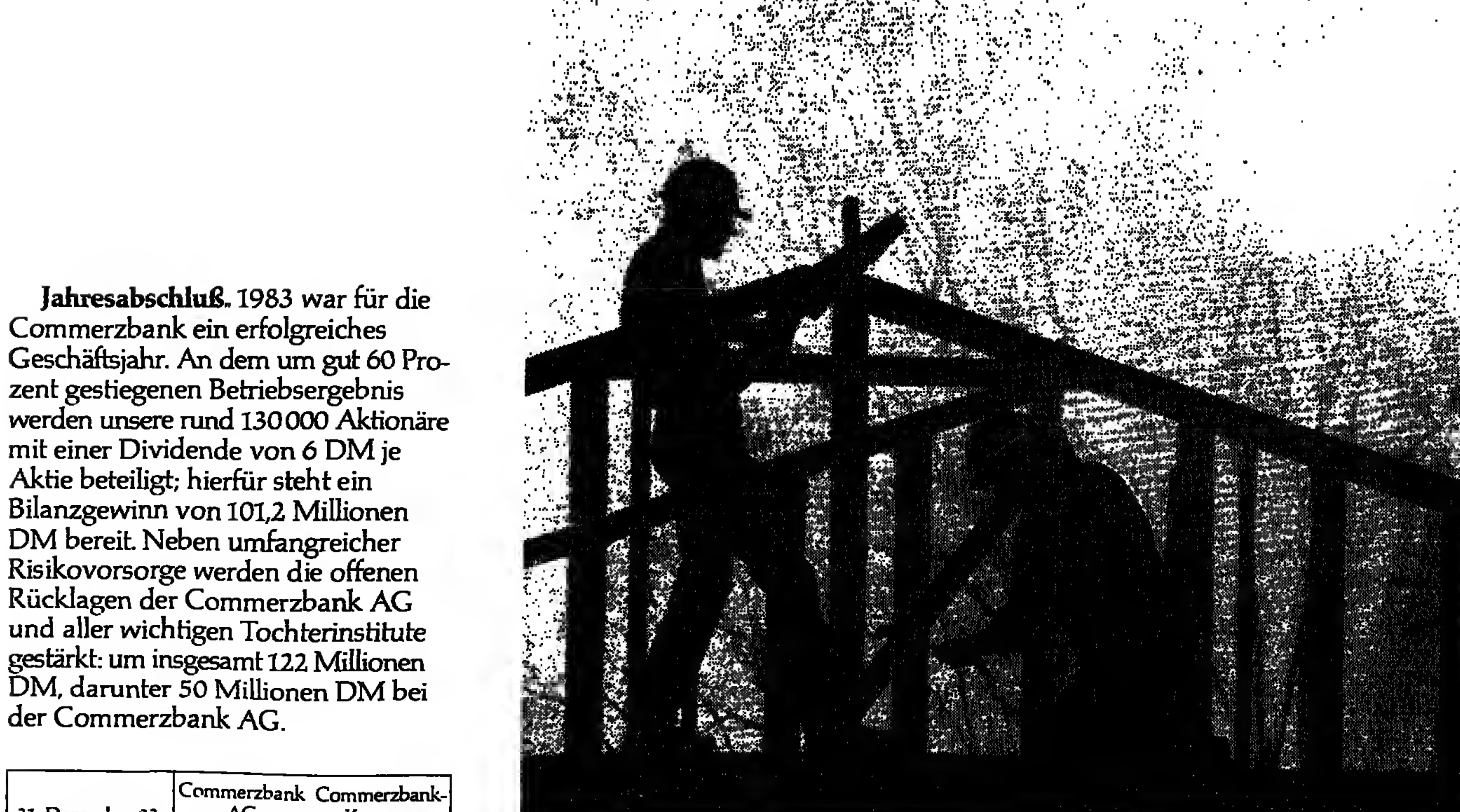
VERANSTALTUNG

Nach über einjährigen, umfangreichen Baumaßnahmen durch den Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge wurde am 1. April die deutsche Kriegsgräberstätte Nazareth wieder der Öffentlichkeit übergeben. An der Feierstunde zur Eröffnung nahm der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Israel, Dr. **Nils Hansen**, teil. Auf dem 1935 eingeweihten kleinen Soldatenfriedhof ruhen 223 deutsche Kriegstote aus dem Ersten Weltkrieg. Der Friedhof wird seit vielen Jahren von Mönchen des Ordens der „Barmherzigen Brüder vom Heiligen Johannes von Gott" im Auftrage und mit Unterstützung des Volksbundes betreut.

Michael Bartelt, langjähriger Mitarbeiter und Leiter des Sozialwissenschaftlichen Institutes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Bochum, ist im März im Alter von 71 Jahren verstorben. Der aus Glowitz in Pommern stammende Pfarrer hatte großen Anteil am Aufbau der Industrie- und Sozialarbeit innerhalb der EKD. Sein Hauptinteresse galt dem Wandel der Industriegesellschaft als Herausforderung für die christliche Sozialethik.

COMMERZBANK

Unsere erfolgreiche Arbeit – auch zu Ihrem Vorteil:



Jahresabschluß. 1983 war für die Commerzbank ein erfolgreiches Geschäftsjahr. An dem um gut 60 Prozent gestiegenen Betriebsergebnis werden unsere rund 130000 Aktionäre mit einer Dividende von 6 DM je Aktie beteiligt; hierfür steht ein Bilanzgewinn von 101,2 Millionen DM bereit. Neben umfangreicher Risikovorsorge werden die offenen Rücklagen der Commerzbank AG und aller wichtigen Tochterinstitute gestärkt: um insgesamt 122 Millionen DM, darunter 50 Millionen DM bei der Commerzbank AG.

31. Dezember 83	Commerzbank AG (in Millionen DM)	Commerzbank-Konzern (in Millionen DM)
Bilanzsumme	66 885	113 250
Spareinlagen und Schuldverschreibungen	14 568	40 113
Kreditvolumen	46 112	84 573
Eigenkapital	2 578	2 894
Jahresüberschuß	151	213

Marktposition. Bereits 2,25 Millionen Commerzbank-Kunden nutzen den Vorteil, mit einer großen Bank zusammenzuarbeiten, die ihre Marktposition in allen Regionen der Bundesrepublik weiter ausgebaut und ihre internationale Präsenz verstärkt hat.

Kunden. Bei unseren Privatkunden standen 1983 maßgeschneiderte Baufinanzierungen sowie Wertpapieranlagen im Vordergrund des Interesses. Von den Firmenkunden wurden langfristige Kredite und unser Außenhandelsservice besonders rege in Anspruch genommen.

Neue Techniken. Die Erschließung neuer Techniken nutzt unseren Kunden vor allem im Zahlungsverkehr, dient aber auch aktueller Information und schneller Kommunikation.

31. Dezember 83	Commerzbank-Konzern
Aktionäre (Commerzbank AG)	130 000
Mitarbeiter	22 047
Geschäftsstellen	884

Mitarbeiter. 308 Mitarbeiter haben wir 1983 zusätzlich gewonnen. So können wir uns auf den steigenden Bedarf an qualifizierter Beratung frühzeitig einstellen. Gleichzeitig erhöhten wir die Zahl der Auszubildenden von 1669 auf 1741.

Konzern. Auch alle übrigen Banken des Commerzbank-Konzerns haben sich positiv entwickelt. Wichtigste Inlandsinstitute sind die Rheinische Hypothekenbank – eines der führenden Realkreditinstitute in der Bundesrepublik –, die Berliner Commerzbank sowie die Commerz-Credit-Bank AG Europartner, Saarbrücken. Größtes Auslandsinstitut ist die Commerzbank International in Luxemburg.

Zielsetzung 1984. Die Weichen für eine weiterhin ertragsorientierte Geschäftspolitik sind gestellt. Wir haben uns für eine steigende Kreditnachfrage gerüstet. Zugleich sollen die Kunden in uns einen kompetenten und erfahrenen Partner auch für die Service-Bereiche finden: Wertpapiere und andere Geldanlagen, Zahlungsverkehr und Devisen, Auslands- und Konsortialgeschäfte.



Commerzbank.
Die Bank an Ihrer Seite.

هكذا من الأصل

Hochgesteckte Erwartungen blieben unerfüllt: Erfahrungen mit privatem Hörfunk in der Schweiz

Mit Rock, Reggae, Reklame und zu wenig News

Das „neue medienpolitische Zeitalter" mit Lokalradios macht nun zum drittenmal innerhalb von neun Monaten Schlagzeilen in der Schweiz: im Sommer 1983 hatte die Regierung in Bern 36 Lokalradios konzessioniert, am 1. November nahmen deren acht den Sendebetrieb auf, nach weiteren fünf Monaten entpuppte sich der „umfassendste Versuch, lokalen Rundfunk zu machen", als Flop.

Die größte Wochenzeitung der Schweiz erkannte „Zeichen von Agonie", und in einem deutschen Nachrichten-Magazin war die Rede davon, daß im Lande Tells die ersten privaten Lokalradios „mit Reggae und Rock, mit Reklame und ein bißchen News... ihre öffentliche Nutzlosigkeit vorführen..." Selbst eidgenössische Radio- und Fernsehfachleute erteilten den Lokalradios schlechte Zensuren.

Beobachter kritisierten, der eine Sender mache ein Programm für Leute, die nur geringe Ansprüche stellten oder gar nicht hinhörten; beim nächsten Lokalradio rügten sie den vorherrschenden Jugend-Slang, bei einem dritten bemängelte man, der Lokalbezug der Nachrichten sei gering und der Informationswert insgesamt ungenügend, bei einem anderen Lokalradio befanden die Fachleute unbarmherzig, es diene lediglich der Berieselung...

Bei den mittlerweile zwei Dutzend im Äther vertretenen Lokalradios weiß man, daß die hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt worden sind. Vom Stolz auf die Tatsache, daß die Schweiz nach England das zweite westeuropäische Land ist, das den Betrieb privater Radiosender strikt nach Vorschrift und Gesetz regelt, ist nunmehr wenig übriggeblieben.

Aber die Pioniere des Privatfunks in der Schweiz sind zum Gegenangriff angetreten. Staatliche Vorschriften und Gängelung sowie eine regelrechte „Allianz der Unfairness" werden für den bisherigen Mißerfolg der Lokalradios verantwortlich gemacht. Zur „Allianz der Unfairness" werden die bockige Werbeindustrie, die von Konkurrenzängsten geplagten Zeitungsverleger, sodann Linkskreise mit einer Schwäche für werbefreie Radios, der Monopolrundfunk und die bürgerlichen Parteien gezählt.

Vor allem die „Verordnung über lokale Rundfunkversuche" (RVO) liegt seit Wochen unter konzentriertem Trommelfeuer der Lokalradio-Matadore. Sie fordern eine kommerzfreundliche Revision der RVO, und mit besonderem Nachdruck plädieren sie für eine Anhebung der täglichen Werbezeit von gegenwärtig 15 auf künftig 30 Minuten.

„Wenn die Werbezeit nicht verlängert wird, droht die Gefahr, daß der auf fünf Jahre anberaumte Lokalradio-Versuch bereits jetzt in Agonie versinkt", argumentieren die privaten Rundfunk-Macher.

Der Katalog ihrer Forderungen, der seit Wochen auf dem Tisch des zuständigen Ministers in Bern liegt, ist noch umfangreicher: gefordert wird außerdem eine Lockerung der gesetzlichen Bestimmungen, die Werbung für Tabak, Alkohol, Liegenschaften, Wohnungen, Gebrauchtwagen, Waschmittel, Tiere und politische Parteien verbieten. Außerdem will der lokale Rundfunk den Markt für Stellenanzeigen nicht länger den Druck- Medien allein überlassen.

Bei der Diskussion über Revision oder Beibehaltung der geltenden RVO kam folgendes heraus: nicht die Werbezeit als solche ist unzureichend; die meisten Lokalradios können in Wahrheit von den ihnen zur Verfügung stehenden Werbeminuten nur einen Bruchteil verkaufen...

Die Preisgestaltung der einzelnen Lokalradios ist so unterschiedlich wie die Werbeauslastung.Die Preise liegen zwischen 45 und 800 Franken. „Radio Matterhorn" von Zermatt ist am billigsten, „Radio 24" des Privatradio-Pioniers Roger Schawinski von Zürich am teuersten. Es hat auch nachweislich die größte Hörergemeinde. Dennoch war es ausgerechnet Schawinski, der am eigenen Mikrofon von „Endzeitstimmung" sprach.

Da und dort nehmen zwar verschiedene Lokalradios nach längerem Zögern den Betrieb gerade erst auf – mit einiger Verspätung begann Anfang März 1984 auch in der französischsprachigen Westschweiz mit einem halben Dutzend Sendern die Ära der Lokalradios – doch anderswo spricht man unverhohlen von Siechtum. Vorerst werden jedoch noch Durchhalte-Parolen in den Äther posaunt: Hier setzt man auf den Rettungsring „RVO-Revision", dort auf weitere Bankkredite, bei diesem Sender auf das Ende der winterlichen Werbeflaute, bei jenem gar auf Besserung der wirtschaftlichen Situation durch verstärkte Berücksichtigung unternehmerischer Belange...

Die Nabelschau der Lokalradio-Macher, ihr Wehgeschrei und die vielfach disharmonischen Anklagen haben ihre Wirkung auf die potentiellen Gegner nicht verfehlt: Die Schweizerische Journalisten-Union lehnte einen „Kniefall vor schlechten Geschäftsleuten" und damit eine RVO-Revision kategorisch ab, andere Kritiker forderten die Regierung auf, es bei der geltenden RVO zu belassen.

„Es ist nicht Aufgabe des Staates", grollten die Verantwortlichen von Unikom, dem das einzige werbefreie Lokalradio „LoRa" im Raum Zürich angehört, „bei der Einstellung eines Senders dienstfertig-flink die RVO zu ändern und damit Pfuschobjekte künstlich am Leben zu erhalten."

WALTER H. RUEB

STUDIO

Mit der Ausstrahlung der 24teiligen neuen US-Serie „Colorado Saga" nach dem gleichnamigen Roman von James Michener beginnt die ARD am 30. Juni (16.45 Uhr). Die an Originalschauplätzen gedrehte Reihe schildert die Entwicklung einer kleinen Stadt in den Bergen des Bundesstaates Colorado. (dpa)

*

Erstmals konnte eine große Kinder- und Familienserie des Deutschen Fernsehens/ARD an ein kommerzielles TV-Network verkauft werden. Die australische Gesellschaft ABC in Sydney erwarb für 160 000 Dollar die Rechte an der deutsch-tschechoslowakischen Koproduktion „Die Besucher" und beginnt Weihnachten 1984 mit der Ausstrahlung, teilte die ARD-Programmdirektion in München mit. Die 16teilige Serie wird derzeit vom Kinderprogramm des Bayerischen und Westdeutschen Rundfunks gesendet. (dpa)

*

Am vergangenen Freitag wurde in Köln ein Abkommen zwischen dem polnischen Komitee für Hörfunk und Fernsehen und dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) unterzeichnet. Das Abkommen sieht unter anderem den Austausch von Hörfunksendungen, gegenseitige Übernahme von Fernsehsendungen, Koproduktionen und Produktionshilfen sowie technische Zusammenarbeit auf vielen Gebieten vor.



KRITIK

Tragödie, häppchenweise

Die große Epopöe von der Flucht aus den östlichen Provinzen, von Not, Tod und Verzweiflung in Ostpreußen, Pommern oder Schlesien wurde noch nicht geschrieben, sie ist auch nicht in Sicht. Kunst braucht viel Zeit zum Grundumsatz. Was wir im Fernsehen geliefert bekommen, kann sich auch nicht messen an den Dimensionen der Historie. Neuerdings offeriert man uns die Tragödie häppchenweise; drei Samstage hintereinander, je eine halbe Stunde lang, bekommen wir die Geschichte der Familie Adamek zu Gesicht: „Auf einem langen Weg", (ZDF).

Nach der ersten Folge ist guter Wille zu bescheinigen. Ich fürchte, mehr ist auch denen nicht eingefallen, die das verlorene Stückchen Geschichte auf die Zeit des samstäglichen Nachmittagsschlafes, eingezwängt zwischen Tips für Kleingärtner und die Fraggles, gelegt hatten.

Irgend etwas stimmt da nicht. Denn: Entweder entspricht die Produktion der Bedeutung der zeitgeschichtlichen Vorgänge, dann muß sie ins Abendprogramm, oder sie reicht nicht heran, dann gehört sie nicht auf den Schirm. Häppchenweise für die Zeit zum Badewassereinlassen kann nicht Sache sein!

REGINA ROSTOW





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 **Sesamstraße**
10.00 **Tagesschau**
10.03 **So lebten sie alle Tage**
Der Komödiant und sein Zensor
11.50 **Umschau**
12.15 **Weltspiegel**
12.55 **Presseschau**
13.00 **Tagesschau**

ARD

16.00 **Tagesschau**
16.10 **Ich wollt' ich wär...**
Was sich Zeitgenossen wünschen
17.20 **Die Besucher**
14. Teil: Wasser und Tränen
dazw. Regionalprogramme
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Der Glücksritter**
Regie: Hans-Jürgen Tögel
Robert flieht in ein Deutschland, das Unruhen erschüttert. Hungersnot geht durch das Land und die Ahnung, daß das Verhältnis Herr und Knecht, Überfluß und Not nicht unbedingt ein Gottgegebenes ist. Der Engländer Robert Curwich gerät in eine lokale Revolte von Bauern und Tagelöhnern und ist sofort dabei.
anschl. Ein Platz an der Sonne
21.15 **Britische Nachbarn**
Blumen und Steine für Eddie Shah
Film von Wolf von Lojewski
21.45 **Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte**
Spezialausgabe über Kenia
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **Das Irrlicht**
Französischer Spielfilm (1963)
Mit Maurice Ronet, Jeanne Moreau, Alexandra Stewart u. a.
Regie: Louis Malle
Der junge Alain Leroy hat sich im Verlauf einer Entziehungskur zum Selbstmord entschlossen. Bevor er sich das Leben nimmt, sucht er alte Freunde und Bekannte auf, in deren Kreisen er sich jahrelang als Playboy bewegt hat. Die Begegnungen bestärken ihn in seinem Entschluß, sich zu erschießen. „Das Irrlicht" schildert die letzten Stunden eines jungen Mannes, der an der Unzulänglichkeit seiner menschlichen Beziehungen scheitert.
0.45 **Tagesschau**

ZDF

16.00 **heute**
16.04 **Lernen ist menschlich**
1. Teil: Die Banane
Elternsache: Grundschule
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 **Lassies Abenteuer**
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Nanette Scriba, Karel Gott
17.50 **Ein Colt für alle Fälle**
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 **heute**
19.30 **Wie Hunger gemacht wird**
Zweiteiliger Bericht von Albrecht Heise
20.15 **Einmal Millionär sein**
Englischer Spielfilm (1950)
Mit Alec Guinness u. a.
Regie: Charles Crichton
Mr. Holland ist ein unscheinbarer Bankangestellter in der City von London. Korrekt gekleidet, eine Melone auf dem Kopf, eilt er täglich ins Büro. Weil er als besonders umsichtig und anständig gilt, hat er bei der Bank eine verantwortungsvolle Aufgabe. Er überwacht regelmäßig den Transport der Goldbarren von der Gießerei zur Bank. Sein Leben wäre langweilig, wenn er nicht insgeheim einen ehrgeizigen Plan hegte. Er will sich eine Millionen Pfund in Goldbarren aneignen, um damit den Rest seines Lebens in Luxus verbringen zu können. Der Plan ist jahrelang bis ins Detail überlegt worden.
21.31 **Jagdszenen in Hollywood**
21.45 **heute-journal**
22.10 **Praxis extra**
Von der künstlichen Befruchtung bis zum künstlichen Herzen
22.40 **Die Mutprobe**
Fernsehfilm von Michael Verhoeven
0.25 **heute**



Maurice Ronet und Léna Skerla in einer Szene des französischen Spielfilms „Das Irrlicht", den die ARD im Nacht-Studio um 23.00 Uhr sendet FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 **Telekolleg**
Deutsch (53)
18.30 **Sesamstraße**
19.00 **Aktuelle Stunde**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Sport-Platz**
21.45 **Filmland NRW '84**
22.15 **Schimmi**
Von Werner Masten
23.50 **Letzte Nachrichten**

NORD

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Sehen statt Hören**
19.00 **Mikroelektronik**
19.15 **Seefahrt ist not**
Containerfahrt
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Schule der Diplomaten**
Ein Film von Peter Schier-Gribowsky
21.00 **Das Montagsthema**
22.00 **Der Mann aus Virginia**
Amerikanischer Spielfilm (1929)
Regie: Victor Fleming
23.30 **Nachrichten**

HESSEN

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Bei Papotin, dem Fremdenführer**
19.00 **Musik, Gespräch, Information und Rockpalast**
20.00 **Horizonte**
20.45 **Die Sprechstunde**
Gesundheitsküche: Alles über Bier
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Task Force Police**
Heißes Geld
22.35 **Jazzwoche Burghausen 1983**

SÜDWEST

18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Telekolleg I**
Deutsch
Nur für Baden-Württemberg
19.00 **Abendschau**
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 **Abendschau**
Nur für das Saarland
19.00 **Saar 3 regional**
Gemeinschaftsprogramm
19.25 **Nachrichten und Moderation**
19.30 **Bonanza**
Die verhängnisvolle Jagd
20.20 **„Wir arbeiten uns hier ja nicht tot..."**
Ein Altenheim wurde zum Bauernhof
21.05 **Mad Movies**
21.30 **Jazz am Montagabend**
Stéphane Grapelli und Baden Powel
22.00 **Fernsehmemoiren:**
Kurt-Georg Kiesinger im Gespräch mit Hans Bausch

BAYERN

18.15 **Hereinspaziert**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Live aus dem Alabama**
20.45 **Blickpunkt Sport**
21.45 **Rundschau**
22.00 **Z. E. N.**
22.05 **Wege zum Menschen**
„Am Anfang war die Couch
22.50 **Mit Schirm, Charme und Melone**
Schlaf über der Stadt
Regie: Graeme Clifford
23.35 **Rundschau**

Klaus W. im Gespräch mit Chef und Kollegen:

Chef, mit unserem fahr' ich keinen Meter mehr, seit ich das gesehen habe, einen völlig neuen Lkw. Schnell, weil da echt was kommt, wenn man mal aufs Gas muß. Angenehm leise, weil da Schalldämmung und Schwingungstechnik optimal sind. Sicher, weil er mit einer einmaligen Druckluft-Bremsanlage ausgestattet ist. Fahrerfreundlich, weil ...



Das sind die neuen 6,5–11-Tonner von Mercedes-Benz. Leichter in bester Form. Ein völlig neues Fahrzeug-Konzept, bei dem nur eins beim alten bleibt: die Garantie für einzigartige Gesamtwirtschaftlichkeit. Deshalb werden es andere schwer haben, sich mit den Neuen zu messen.

In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.



Bedenken gegen Steuererhöhungen auch bei den Koalitionsparteien / Heute Gespräch mit dem Bundeskanzler

Stoltenberg ermuntert Koalition zu weiteren Streichvorschlägen

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat in seinem Steuerreform-Konzept nicht nur Vorschläge zum Abbau von Steuervergünstigungen gemacht. Er hat ausdrücklich die Koalitionspolitiker zu weiteren Vorschlägen dieser Art ermuntert. Um ihre Phantasie zu beflügeln, wurde dem Reformpaket als Anlage neun ein Katalog mit 21 Positionen beigefügt, die allerdings nicht als Stoltenbergs Vorschläge deklariert sind. Wer will, kann sie zu seinen eigenen machen.

Zu den größten Brocken (in Klammer jeweils als „grobe Schätzung" die Steuermindereinnahmen, die sie im Entstehungsjahr 1988 bei Bund, Ländern und Gemeinden insgesamt sowie nur beim Bund bewirken) unter diesen steuerpolitischen Grausamkeiten gehören bei der Einkommensteuer der Weihnachtsfreibetrag (4,3 und 1,8 Milliarden), der Abzug der Kirchensteuer als Sonderausgaben (3,8 und 1,6 Milliarden), der Arbeitnehmer-Freibetrag (3,4 und 1,4 Milliarden), die Steuerbegünstigung von Spenden (650 und 276 Millionen), der Freibetrag für Land- und Forstwirte (570 und 242 Millionen), der Altersfreibetrag (530 und 225 Millionen) und der vor allem durch Flick bekannt gewordene Paragraph 6b, also die Steuerstundung für stille Reserven, die bei der Veräußerung bestimmter Wirtschaftsgüter aufgedeckt werden (470 und 171 Millionen).

Die Streichung der Arbeitnehmer-Sparzulage würde bei den drei Gebietskörperschaften 1988 zu Mehreinnahmen von schätzungsweise 1,65 Milliarden Mark (beim Bund zu 700 Millionen Mark) führen, die Aufhebung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für kulturelle und unterhaltende Leistungen bei Bund und Ländern zu 1,5 Milliarden (davon 975 Millionen beim Bund).

Zu den weiteren Streichungsmöglichkeiten nach dieser Tabelle gehören unter anderem die ermäßigte Umsatzsteuer für Personenbeförderung im Nahverkehr (750 und 500 Millionen), die degressive Umsatzsteuer-Ermäßigung für Kleinunternehmer (300 und 195 Millionen), die Kfz-Steuerbefreieung für landwirtschaftliche Zugmaschinen (640 Millionen nur bei den Ländern), die erhöhten Abschreibungen für dem Umweltschutz dienende Wirtschaftsgüter (450 und 160 Millionen), der Freibetrag bei Einkünften aus Kapitalvermögen (450 und 191 Millionen) sowie die Steuerermäßigung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft (350 und 150 Millionen).

Stoltenberg nennt „weitere Bereiche" wie Wohnungswesen und Städtebau, wo durch Streichungen bis zu zehn Milliarden Mark zu holen wären. Regionale Strukturmaßnahmen für Berlin kosten 7,3 Milliarden und die übrige Regionalförderung weitere zwei. Durch Steuervergünstigungen im Gesundheitsbereich entstehen den öffentlichen Händen Mindereinnahmen von etwa 7,8 Milliarden Mark.

Stoltenberg hat sich bei seinen eigenen Vorschlägen (WELT vom 31. März) auf acht Maßnahmen beschränkt, die 1988 schätzungsweise zu Mehreinnahmen von rund drei (Bundesanteil 1,2) Milliarden Mark führen würden. Im einzelnen handelt es sich um:

– die erst im vergangenen Jahr eingeführte 10prozentige Sonderabschreibung für kleine und mittlere Betriebe auf neue, nach dem 18. Mai 1983 angeschaffte oder hergestellte bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (rund eine Milliarde Mark Mehreinnahmen, davon 365 Millionen für den Bund);

– die Aufhebung des Freibetrags von höchstens 1200 Mark für freie Berufe (210 und 90 Millionen);

– die Beschränkung der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschläge auf bestimmte Höchstsätze (430 und 185 Millionen);

– die Aufhebung des Essensfreibetrags von 1,50 DM je Arbeitstag (500 und 215 Millionen);

– die Aufhebung des Freibetrags für Aufwendungen des Arbeitgebers zur Zukunftsicherung des Arbeitnehmers (bis zu 312 Mark jährlich) und die Erhöhung des Lohnsteuersatzes für Direktversicherungen um fünf auf 15 Prozent (500 und 215 Millionen);

– die Erhöhung der Lohnsteuer-Pauschsätze für Teilzeitbeschäftigte mit geringem Einkommen (bis zu 390 Mark monatlich) um fünf auf 15 Prozent (130 und 55 Millionen);

– die Kürzung des Sonderausgaben-Pauschbetrags zum Beispiel für Steuerpflichtige, die keine Kirchensteuer zahlen (daher im Jargon „Atheistenfreibetrag") von derzeit 270/540 Mark auf 162/324 Mark für Ledige/Verheiratete (250 und 105 Millionen) und

– Aufhebung der Steuervergünstigungen für Vertriebene, Flüchtlinge und Verfolgte, die in Form der Bewertungsfreiheit für Fabrikgebäude, Lagerhäuser und landwirtschaftliche Betriebsgebäude nach Paragraph 7e Einkommensteuergesetz (EStG), der Begünstigung des nichtentnommenen Gewinns nach Paragraph 10a EStG und des Flüchtlingsfreibetrags nach Paragraph 52 Abs. 24 EStG gewährt wird (zehn und vier Millionen).

„Linke Hand darf nicht nehmen . . ."

● Fortsetzung von Seite 1

Strauß: Der Zeitpunkt der letzten Tarifkorrektur liegt leider schon sehr weit zurück und damit hat sich natürlich der Umfang der heimlichen Steuererhöhung, der jetzt ausgeglichen werden muß, sehr erhöht. Deshalb müssen wir zuerst einmal die Zahlen gewichten und einordnen. Aber es gibt zwei weitere Punkte, die berücksichtigt werden müssen: 1. Die Steuerreform muß eine Familienausgleichs-Komponente in einer Größenordnung von fünf Milliarden Mark plus x enthalten. Die Bundesregierung denkt unter dem Stichwort Kinderfreibeträge an 2400 Mark, die CSU an 3000 Mark. Darüber muß gesprochen werden. 2. Die Steuerreform muß auch eine investitionsfördende Komponente besonders für den gewerblichen Mittelstand haben.

WELT: Wann sollten die Steuerentlastungen wirksam werden?

Strauß: Ich muß mich hier auf den Bundeswirtschaftsminister beziehen. Wenn Graf Lambsdorff sagt, die finanzielle Konsolidierung ist mit dem Jahr 1985 abgeschlossen und er verlange in Übereinstimmung mit der FDP ein Inkrafttreten am 1.1.1986, habe ich keinen Grund, etwas anderes zu vertreten. Ein Inkrafttreten 1988 würde bedeuten, daß der Zeitraum zwischen der letzten Überprüfung und der Korrektur sehr lang ist.

WELT: Der Bundesfinanzminister sagt im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, die Neuverschuldung müsse auf 20 Milliarden Mark und darunter gedrückt werden.

Strauß: Im Grundsatz hat er Recht. Aber Sparen ist eine große Tugend. Sie muß begleitet sein von der ebenso großen Tugend des Augenmaßes und der sozialen Gerechtigkeit.

FDP: Schwerpunkt der Reform muß bei Tarifentlastung liegen

DW. Bonn

In den Streit um die von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) vorgeschlagene Steuerreform wird sich Bundeskanzler Helmut Kohl einschalten müssen. Das Stoltenberg-Konzept (SPD-Kritik: „Mogelpackung") ist auf lautstarken Widerstand auch bei Politikern der Koalition gestoßen. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) nannte die Pläne „in ihrem markt- und ordnungspolitischen Gehalt nicht überzeugend". Der FDP-Vorsitzende, Vizekanzler Genscher, vermißte sogar „eine klare liberale Handschrift".

Aufgabe der anstehenden Steuerreform müsse es sein, die heimlichen Steuererhöhungen der vergangenen Jahre denen wiederzugeben, die sie zu tragen gehabt hätten, präzisierte Minister Lambsdorff auf dem Landesparteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Hagen. Vorschläge aus der CDU, einige Verbrauchssteuern zu erhöhen, um damit zusätzliche familienpolitische Programme zu finanzieren, bezeichnete Lambsdorff als „Fortsetzung der Umverteilungspolitik mit Hilfe der Steuerpolitik". Er habe eigentlich gedacht, diese Zeiten seien vorbei, fügte der Bundeswirtschaftsminister hinzu.

Genscher sagte vor Steuerexperten der FDP, eine Tarifentlastung im Jahre 1986 sei notwendig, um dem Aufschwung von der steuerlichen Seite her eine kräftige Stützung zu geben, indem die Kaufkraft der Verbraucher und die Eigenkapitalbildung bei den Unternehmen erhöht würden. Dies sei umso dringender, weil auf mittlere Sicht eine Abschwächung der außenwirtschaftlichen Impulse nicht ausgeschlossen werden könnten. Der FDP-Vorsitzende sprach sich außerdem ausdrücklich für zusätzliche Entlastungen für Familien mit Kindern aus, wie dies in den Koalitionsvereinbarungen verabredet worden sei. Genscher: „Der Schwerpunkt muß aber eindeutig bei der Tarifentlastung liegen. Dies duldet keinen Aufschub und es würde ein Fehler sein,den Beginn der Tarifsenkung auf die lange Bank zu schieben.

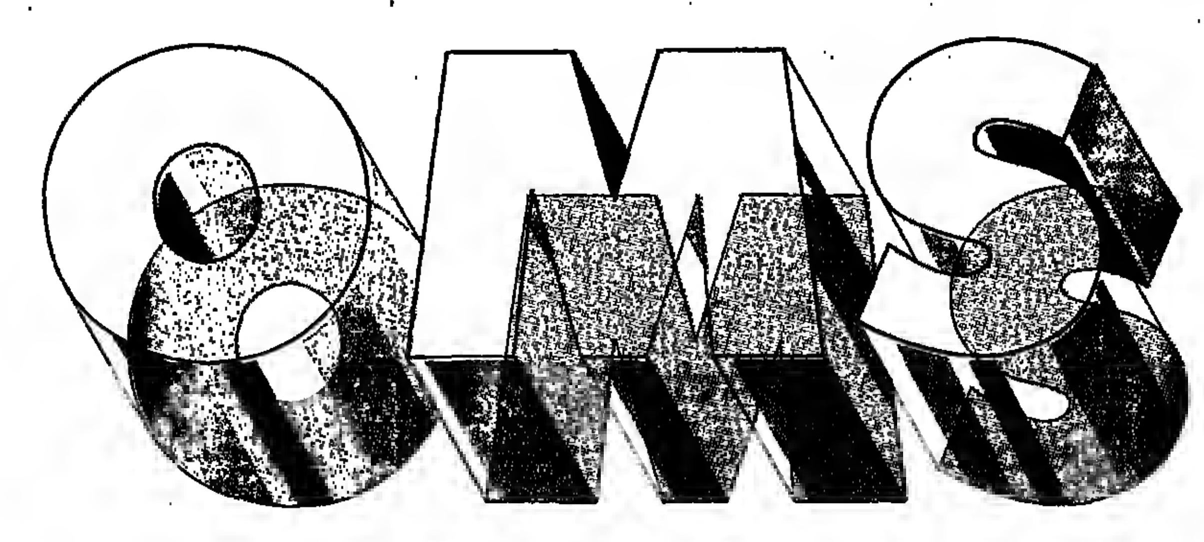
Eigene Vorstellungen Baden-Württembergs zur Steuerreform kündigte Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) an. Im Deutschlandfunk sagte Späth, es werde keine Steuerentlastung geben, ohne daß beim Kindergeld für die Finanzschwachen etwas geschähe. Baden-Württemberg werde auch seine Interessen bei der Verteilung des Steueraufkommens ohne Scheu vertreten. Sein niedersächsischer Kollege Ernst Albrecht (CDU) lehnte eine zusätzliche Belastung des Landesetats durch die geplante Steuerreform ab. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Alfred Dregger, bemühte sich die Auseinandersetzung um das Steuerpaket zu dämpfen. „Das muß alles noch gründlich beraten werden, sowohl in der Unionsfraktion als auch mit dem Koalitionspartner FDP", erklärte Dregger in der „Bild am Sonntag". Widerstand gegen Steuererhöhungen zur Finanzierung von Steuerentlastungen kam auch von der nordrhein-westfälischen CDU und vom Mittelstand der Union.

Die schärfste Kritik an den Steuerplänen kam von der SPD. Die Pläne glichen einer Mogelpackung, kritisierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Apel in Berlin. Sie hätten mit Steuerreform nichts zu tun.

Auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident und stellvertretende SPD-Vorsitzende Johannes Rau erteilte Stoltenbergs Steuerplänen eine Absage. Auf dem SPD-Landesparteitag in Aachen kündigte Rau am Samstag an, mit den Sozialdemokraten werde es keine Erhöhung der Mehrwertsteuer geben, die nach seinen Worten eine Lastenverschiebung von oben nach unten darstellen würde. Steuerverschiebungen für breite Bevölkerungsschichten lehne die SPD ab, wenn damit „die Steuergeschenke an die Großverdienenden beibehalten oder erhöht" würden. Rau plädierte mit Hinweis auf die Arbeitslosen für eine Verschiebung der Steuerreform. Auf die Bemerkungen Raus angesprochen, sagte Bundesminister Lambsdorff zur WELT: „Ich kann mich nur wundern, daß ausgerechnet die SPD weiteren Lohnplünderungen das Wort redet, denn wir wollen doch den Arbeitnehmer mit unserer Steuerreform entlasten. Da bin ich ja gespannt, woher Johannes Rau die Mehrheiten einsammeln will für eine Verschiebung".

An der heutigen Koalitionsrunde über die Steuerreform nehmen der FDP-Vorsitzende Genscher und der CSU-Vorsitzende Strauß teil. Ferner werden Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und der FDP mitberaten. Für die FDP wird voraussichtlich Graf Lambsdorff als einer der Kritiker der Stoltenberg-Pläne seine Position darlegen.

FDP-Fraktionschef Mischnick versicherte am Wochenende, die Koalitionsgespräche sollten dazu dienen, Leitlinien zu entwickeln. Wenn alle Daten vorlägen, sollten dann im Mai die Eckwerte festgelegt werden.



Wenn OMS nicht wäre,
könnten Sie die HANN VER E SE '84 „vergessen".

Denn viel Neues gibt es nicht auf der diesjährigen Messe. Doch OMS von /M/A/I allein ist einen Besuch wert.

OMS steht für Office Management Systeme und ist die geniale Verbindung aller bestehenden Kommunikationssysteme von Telex bis Btx mit allen Bürofunktionen und mit allen bestehenden /M/A/I-Anwenderprogrammen von einem einzigen System aus.

Damit ist OMS von /M/A/I die Zukunft für alle Manager, die Kommunikation und EDV integriert nutzen wollen. Die totale Information vom Schreibtisch aus.

Erleben Sie OMS auf der Hannover Messe, CeBit Halle 1 bei /M/A/I. Vom 4. bis 11. April.

/M/A/I – unser Name ist unser Programm.

Schicken Sie mir bitte die Broschüre /M/A/I-OMS.

Name ______

Straße ______

PLZ/Ort ______

Telefon ______

Bitte einsenden an:
/M/A/I Deutschland GmbH
Herrn G. Schlenk, Abt. MK
Hahnstraße 31–35
6000 Frankfurt 71.

MAI Management Assistenz

Startschuß für Fernsehen über Satellit

rtr, Bonn

Mit dem Start des ersten privaten Satelliten-Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland und dem Beginn eines zweiten Kabelpilotprojekts in München sind gestern wichtige medienpolitische Fakten geschaffen worden.

Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling gab in Ludwigshafen in der Anstalt für Kabelkommunikation, die für das Kabelpilotprojekt in der Vorderpfalz verantwortlich zeichnet, die Zuführung eines von der Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) zusammen mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gelieferten Fernsehprogramms zum Fernmeldesatelliten ECS 1 frei.

Das über den Westkanal des ECS ausgestrahlte Programm kann gegenwärtig nur in den beiden Kabelpilotprojekten Ludwigshafen und München empfangen werden. Im Osten der bayerischen Hauptstadt fing am Nachmittag zudem das Kabelzeitalter mit bislang allerdings nur 500 angeschlossenen Haushalten an. Wenige Stunden nach dem Start des ersten privaten Satelliten-Fernsehens begann mit der Ausstrahlung des Zweiten Programms des ZDF auch das öffentlich-rechtliche Satellitenzeitalter.

Bei dem privaten Satelliten-TV, das Schwarz-Schilling zusammen mit dem rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel startete, handelt es sich um ein Vorprogramm zu dem achtstündigen Vollprogramm, das vom 1. Januar 1985 an ein Konsortium – bestehend aus mehreren Großverlagen, der PKS- und der von 165 deutschen Zeitungsverlagen gehaltenen „Aktuell Presse-Fernsehen GmbH und Co KG" – ausstrahlen will. Vom Sommer an wird es auch im Berliner Versuchsgebiet zu empfangen sein.

USA beschränken Export von Pestiziden nach Irak

Iran einbezogen / Lieferung für Bagdad beschlagnahmt

TH. KIELINGER, Washington

Zollfahnder am New Yorker John-F.-Kennedy-Flughafen haben 74 Fässer Potassium Fluorid, die von der Fluggesellschaft KLM nach Irak gebracht werden sollten, beschlagnahmt. Der Name der US-Firma, von der diese Lieferung von Pflanzenschutzmitteln stammt, wurde nicht bekanntgegeben. Adressiert war die Sendung an das „Büro für Pestizide, Bagdad".

Die Behörden erfüllten mit ihrer Beschlagnahme eine am Tag zuvor von der Regierung erlassene Order, wonach von sofort an fünf spezifische Pflanzenschutzmittel besonderer Genehmigung bedürfen, wenn sie nach Irak oder Iran ausgeführt werden sollen. Ausfuhranträge werden aber generell dann „nicht erteilt, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß diese Chemikalien zur Herstellung chemischer Waffen oder sonstwie zur chemischen Kriegführung verwendet werden", wie das State Department am Wochenende bekanntgab.

Mit diesem Erlaß verbindet die amerikanische Regierung die Hoffnung, daß andere Industrieländer sich anschließen und ähnlich restriktive Bedingungen für den Export von Insekten- und Pflanzenvertilgungsmitteln in die Golfregion verhängen. Washington hat expressis verbis Irak beschuldigt, im Krieg gegen Iran chemische Waffen, unter ihnen auch Nervengas, eingesetzt zu haben. Dieses Gas wie auch andere, weniger gefährliche chemische Waffen läßt sich aus den Komponenten herstellen, die den genannten Pestiziden zugrunde liegen.

Im einzelnen belegte das US-Handelsministerium die folgenden Chemikalien mit der neuen Ausfuhrbeschränkung: Potassium Fluorid, Dimethyl Methylphosphonat, Methylphosphonyl Diflorid, Phosphorisches Oxylchlorid und Thioglycol. Thioglycol läßt sich zur Herstellung von sogenanntem „Senfgas" verwenden, phosphorisches Oxylchlorid zur Produktion des als „Tabun" bezeichneten Nervengases. Die übrigen drei Chemikalien dienen zur Bereitung eines als „GB" oder auch „Sarin" bekannten Nervengases.

Die Ausfuhrgenehmigungspflicht erstreckt sich auch auf Iran, aber nur deshalb, weil sich die amerikanische Regierung im Krieg der beiden Golfstaaten streng neutral verhalten möchte. Iran ist von den USA bisher nicht der Verwendung chemischer Waffen beschuldigt worden.

Die Thematik hatte am Freitag eine neue Dimension erhalten, als die „New York Times" meldete, eine deutsche Firma habe den Irakern eine Pflanzenschutzanlage geliefert, mit deren Hilfe Bagdad in Kürze „massenhaft" Nervengas werde herstellen können. Die unterirdische Anlage sei bereits zum Ziel verschiedener militärischer Planungen geworden. Ein amerikanischer Luftangriff gegen sie sei erwogen worden.

Das State Department dementierte heftig alle über mögliche amerikanische Gegenschläge angestellten Spekulationen. Es bestätigte aber, daß auch die US-Regierung Beweise für die Fabrikation chemischer Waffen durch Irak besitze. Die Vorhaltungen der „New York Times" bezüglich der deutschen Firma machte sich der Sprecher des Außenministeriums nicht zu eigen.

Diplomaten gehen davon aus, daß Washington bei seinen Alliierten darauf drängen wird, daß für die Dauer der Kämpfe in der Golfregion Lieferungen von chemischen Stoffen, die das Potential für C-Waffen enthalten, unterbleiben. Nach Angaben des State Department wollten die USA damit „moralische" Position beziehen.

Endet Streit über Londons Beitrag?

■ Fortsetzung von Seite 1

daß auch für eine Reihe von anderen EG-Staaten der ursprüngliche Kompromiß noch einmal „aufgebessert" wurde. Statt 98,8 Millionen Tonnen dürfen die europäischen Bauern im Wirtschaftsjahr 1984/85 jetzt 99,5 Millionen Tonnen und im folgenden Jahr 98,7 Millionen Tonnen zum vollen Garantiepreis produzieren. Ursprünglich war eine Hilfsquote von 97,2 Millionen Tonnen in Aussicht genommen worden. Die Mehrproduktion soll jedoch durch eine Anhebung der sogenannten Mitverantwortungsabgabe der Landwirte von zwei auf drei Prozent des Milchpreises finanziert werden.

Ohne die Mengenbegrenzung würde sich die Erzeugung in diesem Jahr voraussichtlich auf 106 bis 107 Tonnen belaufen (bei einem Verbrauch von nur 87 Millionen Tonnen). Für 1980 hatten die Experten – wenn das Steuer nicht herumgeworfen worden wäre – sogar Anlieferungen von 121 Millionen Tonnen vorausgesagt.

Als einzige Mitgliedsstaaten dürfen Irland und Italien im neuen Wirtschaftsjahr von ihrem bisherigen Produktionsvolumen ausgehen. Die Republik Irland erhält zusätzlich aus einer von der Kommission verbreiteten „Reserve" von 335 000 Tonnen den Löwenanteil von 245 000 Tonnen. Der Rest entfällt auf Luxemburg und Nordirland. Diese Regelung soll zwar nach einem Jahr überprüft werden, doch wurde den Iren bereits zugesagt, daß sie auch künftig nicht schlechter sein werden als heute.

Die Bundesregierung hat dem Kompromiß nur widerstrebend zugestimmt. Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle schien am Ende sichtlich ungehalten, daß mehrere Delegationen die Gelegenheit nutzen, frühere Grundsatzeinigungen wieder in Frage zu stellen, um sich in letzter Stunde zusätzliche Vorteile zu verschaffen. So gelang des den Griechen für einige Obst- und Gemüseerzeugnisse die „Garantieschwelle" heraufzudrücken. Die Briten, die sonst stets Einsparungen das Wort reden, setzten sich zuletzt mit ihrer Forderung nach einer Aufrechterhaltung ihrer kostspieligen Rindfleischsubventionen durch.

Bonn erhielt in dem „Paket" die Zusage für eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft an dem geplanten Einkommensausgleich für die deutschen Landwirte (als Folge der am 1. Januar 1985 fälligen Senkung des deutschen Währungsausgleichs um fünf Punkte). Für 1985 sind dafür 120 Millionen Ecu (rund 170 Millionen Mark), für 1986 100 Millionen Ecu (225 Millionen Mark) vorgesehen.

هكذا من الأصل

Der falsche Vorsitzende

J. G. – Womit um alles in der Welt haben wir nur diesen Vorsitzenden verdient? Es war nicht der neuerdings „von der Parteien Gunst und Haß" getroffene Vorstandsvorsitzende Dieter Spethmann, den die enttäuschten Thyssen-Aktionäre nach ihrer HV letzten Freitag im Visier hatten. Ihr Groll konzentrierte sich unversehens auf den Aufsichtsratsvorsitzenden Harald Kühnen, Seniorpartner bei Sal. Oppenheim in Köln, dem größten deutschen Privatbankhaus.

Auch für den zur kühlen Distanz verpflichteten Publizisten ist das ein sehr verständlicher Groll. Denn beklagenswert war die Eigenleistung, die der Vorsitzende in dieser Versammlung zur Bereinigung des Dauergeredes über eine Führungskrise bei diesem Weltkonzern bot.

Einerseits Kritik an den überhaupt und obendrein „falsch" berichtenden Journalisten, die ein Aktionär ungerügt auch „Aasgeier" titulieren durfte. Dazu noch eine mit dem Gesamt-Aufsichtsrat nicht abgestimmte Kritik am öffentlichen Auftritt der im Aufsichtsrat als Großaktionär vertretenen Gründerfamilie, die den Ehrenvorsitzenden Sohl nicht länger als Nebenregierung zum Vorstand dulden will.

Andererseits und vor allem wich Kühnen ins Formalistische aus, als ihm kompetente Aktionärssprecher ein klares Bekenntnis abringen wollten: Ist er nun für oder gegen Spethmann und welche Alternative hätte er gegebenenfalls zur Hand? Die verbindliche Antwort muß nun schnell aus dem Aufsichtsrat kommen, um weiteren Schaden vom Unternehmen abzuwenden. Sie kommt wohl auch nach jüngster „Frontlage" positiv für Spethmann. Der falsche Vorsitzende sitzt hier demnach im Aufsichtsrat.

Der Monat der Metalle

Von LEO FISCHER

An den Rohstoffmärkten stand das Geschehen im letzten Monat eindeutig im Zeichen der Nicht-Eisen-Metalle. Denn alle in der Tabelle erfaßten NE-Metalle warteten mit zum Teil spektakulären Preissteigerungen auf. Spitzenreiter waren – in dieser Reihenfolge – Blei, Zink und Kupfer:

- Die Londoner Bleinotiz zog im März um rund ein Viertel an und erreichte das höchste Niveau seit zwei Jahren.
- Der Zinkpreis erhöhte sich zwar „nur" um fast 15 Prozent (in der Spitze sogar um beinahe 17 Prozent), verfehlte aber nur knapp das Zehn-Jahreshoch.
- Der Kupferpreis schließlich stieg auf das höchste Niveau seit acht Monaten.

Unmittelbar angetrieben wurde die Bleihausse durch einen Produktionsstopp bei den australischen Broken Hill-Minen und Streikdrohungen im Bergbau von Missouri, wo die Tarifverträge am letzten Wochenende ausliefen. Außerdem hob der US-Hersteller Asarco seinen Abgabepreis an. Letztendlich führte der Rückgang der Lagervorräte bei den Börsen zu einer starken Verknappung sofort verfügbarer Ware, die mit einem Aufpreis gegenüber späteren Terminen notiert wird.

Aber dies ist vor allem vor dem Hintergrund einer guten fundamentalen Verfassung des Bleimarktes zu sehen. Von der starken Belebung der US-Autokonjunktur haben die Batterie-Hersteller, wichtige Nachfrager nach Blei, stark profitiert.

Bei Zink erwies sich Noranda of Canada, der größte Hersteller der Welt, als der unmittelbare Preistreiber. Norandas Entscheidung, seine Abgabepreise um 40 Dollar pro Tonne anzuheben, wurde an der Londoner Börse mit dem neuen Jahreshöchststand von 747 Pfund beantwortet. Als sich dann aber zeigte, daß nur ein Teil der Produzenten dem Schritt des Marktführers folgte, bröckelte die Zink-Notiz wieder leicht ab. Gleichwohl hat sich auch bei Zink die fundamentale Situation deutlich verbessert: Die Vorräte an der Londoner Metallbörse fielen in der letzten Woche auf 45 750 Tonnen und damit auf das niedrigste Niveau seit über fünf Jahren.

Auch bei Kupfer ist es zu einem erheblichen Abbau der Vorräte gekommen. Lagerten in den Häusern der Londoner Metallbörse Mitte Januar noch 436 000 Tonnen Kupfer, was einem Fünf-Jahreshoch entsprach, so wurden zuletzt nur noch etwas mehr als 110 000 Tonnen registriert.

Bei den Soft-Commodities hat sich der Kakao-Markt im bisherigen Jahresverlauf als der beweglichste (Fachjargon: volatil) erwiesen: Einem Jahreshöchststand von 2031,00 steht eine Tiefstnotiz von 1631,50 gegenüber, der Abstand vom Tiefst- zum Höchstpreis beträgt also rund ein Viertel. Den Ruf, ein sehr volatiler Rohstoff zu sein, bestätigte Kakao auch im März, als vom Preisrückgang im Februar (238 Pfund) 185 Pfund wieder aufgeholt wurden. Hauptgrund für diese starken Preisschwankungen ist die Ungewißheit über die Höhe des diesjährigen Angebotsdefizits, die der Spekulation Tür und Tor öffnet. Die Defizit-Schätzungen reichen von 168 000 Tonnen des Weltkakao-Abkommens über 100 000 des Pariser Handelshauses Goldschmidt & Fils bis zu 56 000 Tonnen der Londoner Firma Gill & Duffus. Im Augenblick scheint der Markt den höheren Schätzungen zuzuneigen.

Wie bei den NE-Metallen ist auch der Preisaufschwung für den in Pfund notierten Kakao das Spiegelbild der schwachen Verfassung der britischen Währung. Während sich der Dollar-Kurs in der Stichpunkt-Betrachtung gegenüber dem Vormonat kaum (um etwas mehr als einen Pfennig) abschwächte, büßte das Pfund Sterling im Vergleich zur D-Mark 3,4 Prozent ein.

Wenn der auf Pfund-Preisen basierende Reuters-Index im Monatsverlauf auf ein Plus von 3,5 Prozent kommt, mag dies gewiß auch auf Währungseinflüsse zurückgeben. Daß der aufgrund von Dollar-Notierungen berechnete Moodys-Index um 3,2 Prozent anstieg, deutet allerdings darauf hin, daß der konjunkturelle Aufschwung sich nun auch auf die Rohstoff-Notierungen auszuwirken beginnt. Ob damit aber bereits eine neue Hausse eingeleitet worden ist, wird allgemein angzweifelt.

Einem stärkeren Lageraufbau bei den Rohstoffverarbeitern, ohne den eine wirkliche Hausse kaum möglich ist, steht einstweilen noch das hohe Zinsniveau entgegen. Und vieles deutet darauf hin, daß die Zinsen nicht nur hoch bleiben werden, sondern ausgehend von den USA sogar noch weiter steigen.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende März 1984	Ende Februar 1984	Hoch 1984	Tief 1984
Kupfer	L	£/t	1079,25	964,50	1079,25	941,75
Zink	L	£/t	735,50	640,50	747	663,50
Zinn	L	£/t	8595	8380	8667,50	8337,50
Blei	L.	£/t	344,25	276,25	337,50	273,75
Gold	L	$/Unze	390,35	396,60	406,85	364,25
Silber	L	p/Unze	674,80	647,40	679,70	561,20
Platin	L	£/Unze	271,40	269,40	276,35	260,50
Weizen	C	Cts/bu	359	326,12	368,12	321,62
Mais	C	Cts/bu	352,62	330,75	356,12	316,50
Kakao[1]	L	£/t	1823,50	1638,50	2031	1631,50
Kaffee[1]	L	£/t	2070	2059	2219,50	1942,50
Zucker	L	£/t	118	107,50	137	107,50
Sojaöl	C	Cts/lb	29,48	27,98	30,97	24,76
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	89	87,95	89,15	82,55
Schweißwolle	S	Cts/kg	578,25	563	607	555,10
Kautschuk	L	p/kg	78	82	94,75	76,75
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			1086,2	1052,4	1086,2	1040,2
Reuter's (31. 9.31=100) London			2007,4	1939,1	2008,1	1939,1

[1]) Zweite Abladung [2]) A-Index-Preis L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

STEUERREFORM / Unterschiedliche Bestrebungen in der Unionsfraktion

Stoltenberg will Ehegatten-Splitting ungeschmälert aufrechterhalten

HEINZ HECK, Bonn

Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) will das Ehegattensplitting bei der geplanten Steuerreform trotz anderer Bestrebungen in seiner Fraktion ungeschmälert aufrecht erhalten. Dagegen sieht er aus verteilungspolitischen Gründen im Familiensplitting kein empfehlenswertes Modell zur Verbesserung des Familienlastenausgleichs. Das hat er in seinem Steuerreform-Konzept jetzt verdeutlicht.

Das Familiensplitting bedeutet eine Erweiterung des Ehegattensplittings. Beim Vollsplitting werden Eltern und Kinder mit ihren Einkünften zusammen veranlagt. Die Gesamteinkünfte werden durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt, so daß die Progression des Steuertarifs noch deutlicher abgeschwächt wird als beim Ehegattensplitting. Das Vollsplitting führt, so Stoltenberg, „abgesehen von den höheren Steuerausfällen zu nicht gewollten Begünstigungen der Bezieher hoher Einkommen". Beim heutigen Einkommensteuertarif betrüge die Steuerermäßigung für Spitzeneinkommen das 16fache des Betrages, der sich als Entlastung in der proportionalen Eingangszone ergäbe. Beim Kinderfreibetrag ist die Steuerentlastung in der Spitze etwa 2,5 mal so hoch wie in der unteren Proprotionalzone.

Zudem wäre eine Zusammenveranlagung von Eltern und Kindern „rechtlich problematisch" und würde „kaum überwindbare technische Schwierigkeiten mit sich bringen.... Aus diesen Gründen kann eine Zusammenveranlagung mit Kindern nicht befürwortet werden".

Stoltenberg hat eine Einschränkung des Ehegattensplittings von derzeit 2,0 auf 1,8 (also Verminderung des Divisors um 0,2 Punkte) prüfen lassen, da ein derartiger Eingriff „wohl verfassungsrechtlich gerade noch zulässig" wäre. Sein Fazit dieser Prüfung lautet jedoch: „Von einem solchen Vorhaben ist abzuraten. Es schafft nicht nur rechtliche, sondern auch schwerwiegende politische und tatsächliche Probleme. Der Eingriff in das Ehegattensplitting beträfe weitaus überwiegend Arbeitnehmer-Familien mit Kindern. Der 'Generationenvertrag' würde verletzt: ältere Ehepaare, die ihre Kinder ohne hinreichende Steuerentlastung großgezogen haben, würden nun zur Finanzierung der Steuerentlastung für junge Familien herangezogen."

Auch brächte die Einschränkung *des Ehegattensplittings kaum* Verteilungsmasse für die Steuerentlastung der Familien mit Kindern. Rein rechnerisch führte eine Verminderung des Splitting-Divisors um 0,2 Punkte zu Steuermehreinnahmen in der Größenordnung von rund fünf Milliarden Mark. Da jedoch Gewerbetreibende und Freiberufler durch vertragliche Aufteilung ihres Gesamteinkommens unter den Eheleuten (zum Beispiel durch Arbeitsverträge) die Steuerprogression mit der gleichen Wirkung wie beim Ehegattensplitting mildern könnten, bliebe nach Schätzungen des Finanzministeriums die Last der Einschränkung „bis zu 90 Prozent oder mehr" an Arbeitnehmer-Ehepaaren hängen.

Zudem gingen rund zwei Drittel der rechnerischen Mehreinnahmen zu Lasten von Ehepaaren mit Kindern und nur ein Drittel zu Lasten von kinderlosen Ehepaaren oder Ehepaaren mit erwachsenen Kindern.

AUF EIN WORT

„Erfahrungen bei Insolvenzen zeigen immer wieder, wie gefährlich es ist, ohne ausreichende Eigenmittel zu bauen."

Dr. Franz Bieling, Vorsitzender des Vorstandes der Bausparkasse Schwäbisch Hall AG FOTO: DIE WELT

ARGENTINIEN

Kredit für den Schuldendienst

dpa/VWD, Washington

Buchstäblich in letzter Sekunde ist die argentinische Schuldenkrise in der Nacht zum Samstag durch eine beispiellose Gemeinschaftsaktion von vier lateinamerikanischen Ländern, der US-Regierung, dem Internationalen Währungsfonds und den argentinischen Gläubigerbanken entschärft worden.

Argentinien erhält von den selbst hochverschuldeten südamerikanischen Staaten einen kurzfristigen Überbrückungskredit von insgesamt 300 Millionen Dollar, während die elf in dem Argentinien-Lenkungsausschuß der ausländischen Gläubigerbanken vertretenen amerikanischen, europäischen und japanischen Institute 100 Millionen Dollar beisteuern werden. Mexiko und Venezuela werden jeweils 100 Millionen Dollar und Brasilien sowie Kolumbien jeweils 50 Millionen Dollar zur Verfügung stellen.

Argentinien wird trotz seiner vorherigen Weigerung, die eigenen knappen Währungsreserven anzutasten, 100 Millionen Dollar Eigenleistung für das 500-Millionen-Dollar-Paket beisteuern. Mit seiner Hilfe sollen die 90 Tage und mehr überfälligen Zinsen auf die argentinische Auslandsschuld von 43,6 Milliarden Dollar bezahlt werden. Die USA werden den vier lateinamerikanischen Ländern später insgesamt 300 Millionen Dollar als kurzfristigen Kredit zur Verfügung stellen, um sie für ihre Sofortbeiträge zu entschädigen.

Damit werden bei Hunderten von US-Banken die andernfalls für den 31. März notwendigen Abschreibungen der überfälligen Zinsen und starke Gewinnminderungen für das erste Quartal 1984 verhindert.

SCHUHABKOMMEN

Ablehnung vom Außenhandel

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Entschieden hat sich die Außenhandelsvereinigung des Deutschen Einzelhandels (AVE) gegen ein Welt-Schuhabkommen gewandt, das vom Verband der europäischen Schuhindustrie gefordert wird. Danach sollte jedes Land die Hälfte seines Schuhverbrauchs selber herstellen. Die AVE, die vor allem die Interessen der großen Kaufhäuser und des Versandhandels vertritt, hält eine solche Forderung für abenteuerlich. Denn die Schuhmode und die internationalen Handelsgepflogenheiten hätten dazu geführt, daß vor allem hochwertige Lederschuhe in der Europäischen Gemeinschaft selber produdziert werden, während die leichteren Artikel aus Ostasien importiert werden.

Der Handel innerhalb der EG hat nach Angaben der AVE mengenmäßig das gleiche Gewicht wie die Einfuhr aus Drittländern. Allerdings: Mehr als 70 Prozent der innergemeinschaftlichen Lieferungen stammten aus Italien. Das Problem der europäischen Schuhindustrie liege nicht in den wachsenden Importen aus Ostasien, sondern in dem Übergewicht der Italiener. Die deutsche Schuhindustrie habe sich durch Verlagerung ihrer Produktion nach Italien und Frankreich und durch Eigenimporte aus Drittländern der internationalen Marktentwicklung angepaßt. Die gestiegenen Einfuhren bei Leichtschuhwerk seien vor allem modebedingt.

Die AVE warnt auch vor freiwilligen Exportselbstbeschränkungsabkommen. Sie würde gegen solche Versuche, den internationalen Schuhhandel durch private Kartelle zu steuern, mit Hinweis auf das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht entgegentreten.

IFO-STUDIE / Der Zinstrend auf dem Kapitalmarkt bleibt weiter ungewiß

Abkoppeln von US-Einflüssen schwierig

DANKWARD SEITZ, München

Derzeit bestehen keine Aussichten, daß sich der 1981 eingeleitete Rückgang der nominalen Kapitalmarktzinsen, der Anfang 1983 ins Stocken geraten und von einem leichten Wiederanstieg abgelöst worden war, in den nächsten Wochen fortsetzen könnte. Zu diesem Ergebnis kommt das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, in einer Studie mit dem Titel „Quo Vadis Kapitalmarktzins?". Wohin aber die Reise letztendlich gehen wird, darauf kann keine Auskunft gegeben werden. Zu groß und ungewiß sind die Faktoren, die die langfristige Entwicklung der Zinsen beeinflussen.

Wichtigste Voraussetzung für einen Zinsrückgang ist nach Ansicht des Instituts die erwartete Verlangsamung des amerikanischen Wirtschaftswachstums und die Bereitschaft des US-Präsidenten Ronald Reagan, das Haushaltsdefizit abzubauen. Nur dann könnten sich die amerikanischen Realzinsen zurückbilden und den Zinsdruck mildern. Erst dann könne auch mit einem weltweiten fallenden Realzinsniveau gerechnet werden. Allerdings haben die Kapitalmärkte inzwischen mit steigenden Zinsen skeptisch auf die angekündigte Sanierung des US-Haushalts reagiert.

Einen relativen (geringen) Zinssenkungsspielraum sieht das Ifo-Institut bei einem allmählichen Rückgang des Dollarkurses. Wobei bei einem rapiden Verfall der US-Währung am internationalen Devisenmarkt sich aber die amerikanische Notenbank veranlaßt sehen könnte, die Leitzinsen anzuheben. Eine rasche Abwertung des US-Dollar unter 2,50 Mark wird trotz vieler Faktoren als unwahrscheinlich angesehen, weil darauf die Industrieländer, deren Exporte von einem starken Dollar profitieren, mit Interventionen zugunsten der amerikanischen Währung reagieren würden.

Vor diesem Hintergrund sieht das Ifo auch keine großen Möglichkeiten, das deutsche Zinsniveau aus eigener Kraft entscheidend zu beeinflussen. Die Bundesbank scheine zu einem Verstetigungskurs ihrer Geldpolitik entschlossen, um Preisstabilisierungserfolge zu gewährleisten. Daraus und aus dem geringen Finanzierungsbedarf des Bundes sowie dem guten Cash-flow der Unternehmen lasse sich zwar eine nach unten gerichtete Tendenz der deutschen Kapitalmarktzinsen ableiten, wie sie sich schon in den ersten Monaten 1984 abzeichnete. Doch bleibe auch dieser Spielraum bei weiterhin knapper Geldversorgung nach unten recht begrenzt.

US-AKTIENMÄRKTE

Angst vor dem Zinsanstieg lähmt die Wall Street

LEO FISCHER, Bonn

Obwohl die für letzten Montag von den meisten Börsianern erwartete Erhöhung des Diskontsatzes ausgeblieben war, konnten sich die Kurse an der Wall Street nur geringfügig erholen. Der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte gewann im Wochenverlauf gut zehn Punkte und schloß bei 1164,89. Der 1500 Titel umfassende NYSE-Index verbesserte sich im Wochenverlauf von 90,35 auf 91,67. In der letzten Woche überwogen aber wieder die Tage mit schwächeren Notierungen. Wäre nicht der Mittwoch gewesen, als der Dow um 20,31 Punkte kletterte und damit den höchsten Tagesgewinn seit dem 24. Februar erzielte – damals hob der Index vom Jahrestiefstniveau um 30,47 Punkte ab – hätte es an diesem Mittwoch also nicht den 20-Punkte-Sprung gegeben, die Woche hätte wahrscheinlich wieder ein Minus gebracht.

Nach wie vor herrscht an der Wall Street die Furcht vor einem weiteren Zinsanstieg. Mehrere Brokerhäuser äußerten die Erwartung, daß die Prime Rate, der Zins für Kredite an allerbeste Kunden, der erst in der vorletzten Woche um ein halbes Prozent angehoben wurde, bald von 11 1/2 auf zwölf Prozent erhöht wird.

Daß sich der Fed wider Erwarten nicht zu einer Diskonterhöhung entschloß, wurde von den Börsianern auf die Gespräche mit Argentinien über die rückständigen Zinszahlungen zurückgeführt. Eine Anhebung des Leitzinses, so wird argumentiert, hätte die Verhandlungen über ein Arrangement mit Argentinien stören können. An der Börse geht man jedenfalls davon aus, daß die Diskonterhöhung nicht endgültig vom Tisch ist.

Die Gespräche zwischen den Banken und Argentinien belasteten in der letzten Woche die Börse insgesamt und speziell die Bankaktien. Die Einigung über den Überbrückungskredit konnte die Aktienmärkte nicht mehr beeinflussen, da die Nachricht erst am Samstag morgen bekannt wurde. Allerdings zeichnete sich bereits am Freitag eine Übereinkunft ab, ohne daß die Börse darauf reagiert hätte.

Auch auf die Nachricht, daß die Auftragseingänge im Februar um 0,7 Prozent (revidierte Zahl für Januar 0,6 Prozent) gestiegeo sind, blieb ohne erkennbaren Einfluß. Eher verstärkte die Nachricht die Befürchtung, daß die US-Konjunktur Überhitzungserscheinungen zeigt, was zu Gegenmaßnahmen der Notenbank führen könnte, mit der Folge, daß der Zins noch weiter steigt. Auch das hohe Handelsbilanzdefizit im Februar (10,1 Mrd. Dollar) und die Befürchtung des Handelsministeriums, daß sich der Fehlbetrag für das ganze Jahr auf 100 Mrd. Dollar stellen könnte, verstimmte die Börsianer. Schließlich waren die Anleger auch enttäuscht, daß die Geldmenge M 1 (Bargeld und Scheckkonten) in der letzten Woche entgegen den Erwartungen nur um 100 Mill. Dollar zurückgegangen ist.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Präzisionswerkzeuge: Optimismus für 1984

Düsseldorf (dpa/VWD) – Nach den Umsatzeinbußen der beiden letzten Jahre rechnen die Präzisionswerkzeug-Hersteller für 1984 wieder mit einem realen Zuwachs von zwei bis drei Prozent. Der stellvertretende Vorsitzende der Fachgemeinschaft Präzisionswerkzeuge des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) und des Deutschen Präzisionswerkzeug Verbandes, Hans Weise, erklärte, im Januar und Februar sei die Nachfrage bei einzelnen Produkten um zehn bis 20 Prozent gewachsen. Im vergangenen Jahr lag der Umsatz der deutschen Hersteller mit 4,55 Mrd. DM rund 1,5 Prozent unter dem Vorjahresstand. Während im Inland noch ein Plus von 0,7 Prozent auf 3,75 Mrd. DM erzielt wurde, sanken die Exporte um 3,8 Prozent auf 1,71 Mrd. DM. Die deutschen Importe erhöhten sich gleichzeitig um 3,7 Prozent auf rund 900 Mill. DM.

Exporte unter Kontrolle

Washington (rtr) – US-Präsident Ronald Reagan hat vor dem Kongreß erklärt, er wolle den Export von Hochtechnologie-Erzeugnissen solange unter Berufung auf eine wirtschaftliche Notverordnung kontrollieren, bis der Kongreß über eine Gesetzesvorlage in der Angelegenheit entschieden habe. Die entsprechenden Gesetze über Technologie-Exportrestriktionen sind bereits zum Ende 1983 ausgelaufen.

Verbraucher optimistisch

Brüssel (dpa/VWD) – Das Vertrauen der Verbraucher in die Wirtschaftsentwicklung der EG hat sich zwischen Oktober 1983 und Januar 1984 weiter gestärkt. Frankreich und Griechenland sind die einzigen Mitgliedsländer, in denen sich bei der jüngsten Umfrage der EG-Kommission die meisten privaten Haushalte pessimistisch äußerten. Die größte Zuversicht wurde in Großbritannien, der Bundesrepublik und Dänemark registriert.

Importe werden erleichtert

Budapest (AP) – Die ungarische Regierung hat mit Wirkung vom 1. April die Aufhebung von weiteren Importrestriktionen gegenüber dem Westen angekündigt. Wie die amtliche ungarische Nachrichtenagentur MTI meldete, wird die geltende 20prozentige Abgabe auf importierte Ersatz- und Ausrüstungsteile aus Hartwährungsländern gestrichen. Die Maßnahme ist Teil eines Regierungsprogramms der stufenweisen Aufhebung von Importbeschränkungen. Bereits zu Beginn des Jahres wurde die Anzahl der kontingentierten Importwaren verringert.

Rekordüberschüsse

Tokio (dpa/VWD) – Japans Leistungsbilanz schloß im Februar mit einem Überschuß von 2,01 Mrd. Dollar (5,3 Mrd. DM). Die Handelsbilanz wies dabei ein Plus von 3,13 Mrd. Dollar (8,3 Mrd. DM) aus. Das waren nach Angaben des Finanzministeriums in Tokio die bisher höchsten Februar-Überschüsse in der Zahlungsbilanz.

Auftrag für Mannesmann

Düsseldorf (dpa/VWD) – Einen Auftrag über die Lieferung von 40 000 Tonnen Großrohre hat Mannesmann aus der CSSR erhalten. Die Rohre mit einem Durchmesser von 1420 Millimetern seien für die 865 Kilometer lange Gas-Transitleitung von der sowjetischen Westgrenze durch die CSSR bis zur Grenze der Bundesrepublik bei Waidhaus im Bayerischen Wald bestimmt, berichtete Mannesmann.

Erholung in Osteuropa

Wien (dpa/VWD) – Die Wirtschaft der osteuropäischen Staaten hat sich 1983 nach Angaben des Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) in Wien erholt. Es sei anzunehmen, daß auch 1984 und 1985 das Wachstum in Osteuropa weiter mäßig zunehmen werde. In der zweiten Hälfte der Dekade sei aber ein neuer Rückschlag der Wirtschaftsentwicklung der RGW-Länder nicht auszuschließen.

Kredit aufgestockt

London (VWD) – Von 350 auf 400 Mill. Dollar wurde der Kredit für die Griechische Zentralbank mit sieben Jahren Laufzeit aufgestockt. Wie Konsortialführer Morgan Guaranty Trust Co mitteilte, haben 28 Banken Gebote über insgesamt 490 Mill. Dollar abgegeben. Dennoch hätten sich die Griechen entschlossen, den Kredit auf 400 Mill. Dollar zu begrenzen und die Banken des Führungskonsortiums aufzufordern, ihren jeweiligen Anteil auf 14,2 Mill. Dollar zu reduzieren.

Weg der Kurse

	30.3.84	23.3.84
Boeing	38,25	35,875
Chrysler	25,375	27,125
Citicorp	34	34,50
Coca-Cola	55	54,375
Exxon	38,50	38,125
Ford Motors	36,625	37,125
IBM	113,875	112,25
PanAm	6,75	6,75
US Steel	30,25	30,375
Woolworth	33,75	32,25

„...in 2 Tagen beginnt die Messe der Messen."



KREUZFAHRTEN /Nachfrage stagnierte in Europa

Paquet an deutschen Markt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Seit zwei Jahren stagniert in Europa die Nachfrage nach Kreuzfahrten. In der Bundesrepublik ging sie 1983 sogar um zehn Prozent zurück, während sie in den USA um 13 Prozent zunahm. Die Deutschen sind eben besonders konjunkturbewußt, erklärt in einem Gespräch mit der WELT Benoit Georges-Picot, der Präsident und Generaldirektor der zur französischen Chargeurs-Gruppe (elf Mrd. Franc Umsatz) gehörenden Reederei „Croisières Paquet". Diese Reederei allerdings steigerte 1983 ihren Umsatz auf 680 (450) Mill. Franc.

Das war vor allem den Amerikanern zu verdanken. Speziell für sie stellte Paquet ein neues Kreuzfahrtschiff in Dienst, die „Rhapsody", die in der Karibik verkehrt. Zusammen mit den beiden anderen Paquet-Schiffen „Mermoz" und „Azur" wurden letztes Jahr 85 000 Gäste befördert. Davon waren 45 Prozent Ausländer. Nach den Franzosen und Amerikanern folgten die Belgier, die Schweizer und schließlich die Deutschen.

Die Nachfrage nach Kreuzfahrten ist in der Bundesrepublik fast doppelt so groß wie in Frankreich. Georges-Picot veranschlagt den deutschen Markt für 1983 auf 130 000 bis 150 000 Passagiere. Eine genaue Ziffer sei deshalb nicht zu ermitteln, weil zahlreiche Buchungen über Reiseagenturen abgewickelt wurden. Der französische Markt belief sich auf 80 000 Passagiere. Paquet selbst beförderte 85 000, davon 55 Prozent Franzosen. Die Reederei verfügt damit in Frankreich über eine sehr starke Position.

Das erheblich größere deutsche Interesse erklärt sich vor allem aus den – in Frankreich nicbt vorhandenen – Billigangeboten sowjetischer Reedereien, die etwa die Hälfte des Marktes bestreiten. Außerdem lockt nicht wenige Deutscbe die nationale Traditionsreederei Hapag Lloyd mit ihrer modernen „Europa". Und im übrigen seien die Deutschen besser „organisiert" als die Franzosen, was aber zu härteren Konkurrenzbedingungen führt, meint der Paquet-Chef.

Daß die Reederei 1983 nur 550 deutsche Gäste registrierte, lag allerdings auch an der Scheu vor den französischen Umweltbedingungen. Mit diesem Problem hat auch der Club Méditerranée zu kämpfen. Als Kompensation reicht die französische Gastronomie nicht mehr voll aus, da auch andere Kreuzfahrtschiffe eine gute Küche bieten. Deshalb setzt Paquet neuerdings stärker auf die sogenannten Themen-Reisen: Musik, Ballett, Operette und andere kulturelle Veranstaltungen.

Qualitativ gilt Paquet in dieser Beziehung als Spitze. Preislich liegt die Reederei eher etwas günstiger als andere Veranstalter von Luxuskreuzfahrten. Im Kabinendurchschnitt zahlt man auf der „Mermoz" für eine Elfeinhalbtageskreuzfahrt dieses Jahr rund 4000 DM pro Person. Außerhalb der französischen Schulferien gibt es Rabatte von etwa 15 Prozent. Georges-Picot hofft, damit vor allem die deutschen Touristen zu lokken, die schon zu Lande die Vorzüge der französischen Vor- und Nachsaison zu schätzen wissen.

Als „bescheidenes" Ziel hat sich Georges-Picot einen deutschen Anteil von fünf Prozent der Paquet-Gäste gesetzt. Das wären etwa 5000 bis 7000 Personen im Jahr. Paquet hofft eben, daß sein Qualitätsimage reizt: „Leben wie Gott in Frankreich."

WALES / Verwüstetes und vergiftetes Industrieland wird jetzt wieder aufgebaut

Firmen siedeln im Swansea-Tal neu an

WILHELM FURLER, Swansea

Mit knapp 190 000 Einwohnern ist Swansea für britische Verhältnisse eine vergleichsweise kleine Stadt, und im übrigen auch nur die zweitgrößte Stadt in Wales. Dafür stellt sie aber eine Attraktion dar, die so schlimm und ermutigend zugleich ist, daß man sie zu Recht als unvorstellbar bezeichnen kann. Es ist das direkte Nebeneinander von verwüstetem und vergiftetem ehemaligem Industrieland und sorgfältig geplanter, mit großem Einfallsreichtum betriebener Neuansiedlung von Unternehmen, Wohngelände und Freizeitanlagen im unteren Swansea-Tal, das – seinesgleichen sucht.

Reiche Kohlevorkommen, rasch wachsendes Potential an Arbeitskräften, Wasser aus dem Flüßchen Tawe im unteren Swansea-Tal und schließlich die Seehafen-Lage auf der Mitte der Walliser Südküste führten hier in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zur Ansiedlung von Kupferhütten. Dem Kupfer folgten sehr bald Zink und Blei, sowie Silber, Zinn, Gold, Nickel, Arsen und Schwefel.

Das rapide Wachstum erfaßte auch die Kohleförderung sowie die Produktion von Stahl und Weißblech. 1891 wurden im unteren Swansea-Tal auf kleinstem Raum mehr als 150 Metallwerke mit 36 unterschiedlichen Produktionen gezählt – ein Inferno aus Ruß und giftigen Rauchschwaden entlassend. Doch mit der zunehmenden Verhüttung der Metalle direkt an den Erzlagerstellen auf den anderen Kontinenten und der nachfolgenden Abwanderung der Stahl- und Weißblech-Industrien aus der Beengtheit des Tales in die weitläufigen südwalliser Küstenstreifen verödete das untere Swansea-Tal. Die letzte Metallhütte gab 1971 auf.

Zurück blieben 800 Hektar total zerstörtes Land, die größte zusammenhängende Fläche dieser Art in Großbritannien. Allein auf 185 Hektar türmten sich Schutthalden aus zerfallenen Fabriken und Anlagen und vor allem mehr als sieben Tonnen Schlacke und Abfälle aus Schmelz- und Hochöfen. Der größte Teil der übrigen mehr als 500 Hektar Boden war von Erosion ausgefressen, nachdem die Luftverpestung vor allem mit Schwefel jegliche Vegetation ausgelöscht hatte.

Die Rückgewinnung dieses Bodens wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß das hochgradige Gift des hier über Jahrhunderte abgelagerten Industriemülls tief in die Erde eindrang. Ebenfalls extrem vergiftet war das Fluß-System in diesem Tal. Zur allgemeinen Umweltzerstörung kam zwangsläufig das wachsende Problem des sozialen Niedergangs der hier hausenden Bevölkerung. Durch die erhebliche Schrumpfung der Kohle- und Stahlindustrie in den beiden letzten Jahrzehnten wurde es noch erheblich verschärft. Gegenwärtig liegt die Männer-Arbeitslosigkeit in Swansea und Umgebung bei über 20 Prozent.

Doch alles spricht dafür, daß die eigentlich in landschaftlich sehr reizvoller Umgebung liegende Stadt mit ihrem dazugehörenden Tawe-Tal und dem weitgehend aufgegebenen Hafen bald wieder einen beachtlichen Aufschwung nehmen wird. Das metallurgische Zentrum der Welt von einst, das zu Großbritanniens größtem Trümmerplatz und Giftmüllhaufen verödete, ist während der letzten Jahre in einer großangelegten Aktion und unter beispielhafter Mitarbeit der Bevölkerung von einem Großteil seiner häßlichen und gefährlichen Industrie-Relikte befreit worden. Vor knapp drei Jahren erhielt das Gebiet von der Regierung in London als erstes in Großbritannien den Status einer sogenannten „Enterprise-Zone" zugesprochen. In ihr werden Firmen besonders günstige Konditionen zur Niederlassung angeboten. Bis jetzt haben sich bereits 69 Firmen in diesem erfrischend grünen Industrie-Park angesiedelt, wodurch mehr als 1000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Weitere 50 Firmen verlegten ihren Standort aus Swansea und direkter Umgebung hierher. Das Investitionsvolumen hat 80 Millionen Mark überschritten.

An den Enterprise-Park grenzt nach Süden ein großzügiger Freizeitpark an, dahinter folgen ein Park entlang dem gesäuberten Flußlauf und schließlich ein zentraler Park in der im letzten Weltkrieg stark zerstörten City. Doch am stolzesten sind die Planer in Swansea zu Recht auf ihr Projekt, den verlassenen Westhafen in ein attraktives Wohn-, Hotel- und Yachtsport-Gelände zu verwandeln. Die ersten hübsch und freundlich gestalteten und fast südlich anmutenden Häuser säumen bereits das alte Hafenbecken, auf dessen klarem Wasser etliche Segelboote an modernen Stegen festgemacht haben.

500 Liegeplätze stehen hier zur Verfügung. Ebenso viele Wohnungs-Einheiten sollen neben einem 40-Millionen-Mark-Hotelkomplex, etlichen Geschäften, Bootsausrüstern, Restaurants sowie einigen kleinen Büroeinheiten rund um die Marina einmal entstanden sein. Mehr als 250 Millionen Mark zu heutigen Preisen werden in dieses Projekt „Maritime Park" fließen. Nach Vollendung dürfte es jedenfalls in Großbritannien seinesgleichen suchen.

BRASILIEN / Die Industrie zeigt sich optimistisch

Gemäßigter Aufschwung

SIEGFRIED NIEBUHR, Brasilia

Erstmals seit 1980 werden aus der brasilianischen Wirtschaft Signale eines gemäßigten Aufschwungs vernehmbar. Führende brasilianische Industrielle und Bankiers erwarten, daß die Rezession spätestens in der 2. Hälfte dieses Jahres in wesentlichen Wirtschaftssektoren von einer Phase der Erholung abgelöst wird.

Gedämpft optimistisch über die Wirtschaftsentwicklung äußerten sich sowohl der Präsident der Industrie von Rio de Janeiro, Arthur Joao Donato, als auch der Vorsitzende des Industriellen-Verbandes von Sao Paulo, Luis Eulalio de Bueno Vidigal Filho. Die Bundesstaaten Sao Paulo und Rio de Janeiro sind die wichtigsten Wirtschaftszentren des größten lateinamerikanischen Landes.

Donato führt die Anzeichen der Erholung auf drei Faktoren zurück: Den Abschluß der brasilianischen Verhandlungen mit den internationalen Banken, der dem verschuldeten Land neue Kredite in Höhe von 6,5 Mrd. Dollar einbrachte, auf die in diesem Jahr erwartete gute Ernte in Brasilien und auf den beginnenden Aufschwung im Exporthandel.

Der Präsident der brasilianischen Bank Itau, Olavo Setubal, rechnet nicht nur mit einer vorübergehenden Erholungsphase. In den Sektoren Erdöl-Gewinnung, Chemie und Landwirtschaft gebe es eine „vortreffliche Entwicklung". Jetzt fehle noch eine Wiederbelebung in den Bereichen der Investitionsgüter und der privaten Bauwirtschaft, „damit sich der Zyklus der Wiederbelebung schließt". Die brasilianische Presse meldete aus Wirtschaftskreisen der Industriemetropole Sao Paulo, daß ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent in diesem Jahr nicht ausgeschlossen werde. Noch vor wenigen Monaten hatte man in Sao Paulo für 1984 einen Rückgang des Bruttosozialprodukts von vier Prozent befürchtet.

Es gibt auch Anzeichen einer Drosselung der galoppierenden Inflation (zur Zeit rund 230 Prozent jährlich). Im März verlor die brasilianische Währung rund 10,5 Prozent an Kaufkraft gegenüber 12,3 Prozent im Februar. Bankpräsident Setubal erklärte, er rechne für 1984 insgesamt jetzt mit einer Inflationsrate von rund 175 Prozent. Die Notenbank hat diese Woche schon zum 18. Mal seit Jahresbeginn abgewertet – um 1,84 Prozent. Damit ist der Wert des Cruzeiro in den letzten zwölf Monaten um 219,6 Prozent gesunken. (dpa/VWD)

MAROKKO / Wesentliche Einnahmen aus Agrarsektor

Furcht vor EG-Erweiterung

PETER ZERBE, Hamburg

Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft(EG) durch Spanien und Portugal bedeutet für Marokko einen scbweren Rückgang seiner landwirtschaftlichen Exporte in die EG-Länder. Wie der Generaldirektor des Office de Commercialisation et d'Exportation (O. C. E.), Abdellah Lahlou, in Hamburg erklärte, kann dies auch zu einer Einschränkung von Importen aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft führen.

In den Verträgen mit der EG-Kommission aus den Jahren 1969 und 1976 wurde vereinbart, daß die EG sich an der Entwicklung der Produktion und der wirtschaftlichen Infrastruktur beteiligt und bei der Verkaufsförderung der von Marokko exportierten Produkte mitwirkt. Durch den Beitritt Spaniens und Portugal, so befürchtet Lahlou, wird Marokko „quasi die Tür vor der Nase zugemacht", da Spanien Zitrusfrüchte, Gemüse, Kartoffeln, Fischerzeugnisse und Wein in die Mitgliedsländer liefern wolle. Für Marokko gibt es, wie der O. C. E.-Generaldirektor betonte, „keine Möglichkeiten, neue Märkte aufzubauen". Um seine Exportchancen zu sichern, will Marokko mit den anderen Anliegerstaaten des Mittelmeers Gespräche über eine Koordinierung von Obst- und Gemüse-Exporten in die EG führen.

Durch den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse erwirtschaftet die O. C. E. etwa 25 Prozent der gesamten Devisen-Einnahmen (1,5 Mrd. von sechs Mrd. DM) des nordafrikanischen Staates. Ein erheblicher Teil dieser Mittel wird für den Import von Grundnahrungsmitteln verwendet.

Die Lebensbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung hängen von der Landwirtschaft ab. Mehr als 57 Prozent der Gesamtbevölkerung oder 12 Mill. Menschen leben im landwirtschaftlichen Milieu. Nahzu 50 Prozent aller Arbeitnehmer, das sind etwa 2,2 Mill. Frauen und Männer, sind in der Landwirtschaft tätig.

SATELLITEN-FERNSEHEN / Postminister in London

Gemeinsamer Standard fehlt

WILHELM FURLER, London

Unterschiedliche Systeme im Satelliten-Fernsehen sowie Fragen der Verkabelung für das Kabel-Fernsehen standen im Mittelpunkt von Gesprächen, die der deutsche Minister für das Post- und Fernsprechwesen, Christian Schwarz-Schilling, in London führte. Der deutsche Postminister betonte, daß die Bundesrepublik beim Satelliten-Fernsehen für den Empfang in den Privathaushalten auf breiter Ebene 1986 betriebsbereit sei, Großbritannien etwa ein Jahr später. Das Problem bestünde jetzt darin, sich auf einen gemeinsamen Standard zu einigen. So habe sich Großbritannien auf den sogenannten „Simec"-Standard festgelegt, der aus deutscher Sicht schlecht tragbar sei. Denn beim Simec-System würden beim Empfang von Satelliten-Fernsehen je Gerät und Haushalt zwei Kanäle blockiert.

Da auch Frankreich einen wiederum anderen Standard für sein Satelliten-Fernsehen verwendet, hat die Bundesregierung die zuständigen Vertreter der beiden Länder für den Sommer zu einer Konferenz über dieses Problem nach Bonn eingeladen. Sein Ministerium, sagte Schwarz-Schilling, werde sich vorerst noch nicht auf einen Standard festlegen. Entsprechend würden die herkömmlichen Fernseh-Geräte zunächst mit Zusatz-Adaptern bestückt.

Nach Gesprächen mit der Leitung des noch staatlichen Fernmelde-Konzerns British Telecom fühlt sich der deutsche Postminister in seiner Ansicht bestätigt, daß bei der Verkabelung nicht ausschließlich auf Glasfaser gesetzt werden dürfe. Wirtschaftlich sei es noch nicht verwendbar; vorerst bestimmten Breitband- oder Koaxial-Kabel die Szene.

Interessant wären die Erfahrungen, die in Großbritannien mit dem sogenannten Schnurlos-Telephon gemacht würden, sagte Schwarz-Schilling. In der Bundesrepublik sei die Neuschöpfung noch nicbt zugelassen, da das Frequenz-Netz in Mitteleuropa nicht über ausreichende Kapazitäten verfügen würde.

ÖSTERREICH / Wirtschaftsförderung wird forciert

Investoren sind gesucht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Neben bisher erfolgreich eingesetzten Instrumenten will Österreich künftig auch neue Initiativen setzen, um in den nächsten Jahren den Strukturwandel in der Wirtschaft zu forcieren. Im Sinne einer expansiven Wirtschaftspolitik dieses „kleinen, außenhandelsorientierten Landes" hat der Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie der Republik Österreich, Erich Schmidt, die Unterstützung einer verbesserten Produktion auf breiter Basis und – darauf aufbauend – eine gezielte Förderung bestimmter struktur- und technologiepolitisch wichtiger Bereiche als besonders wichtige Aspekte bezeichnet.

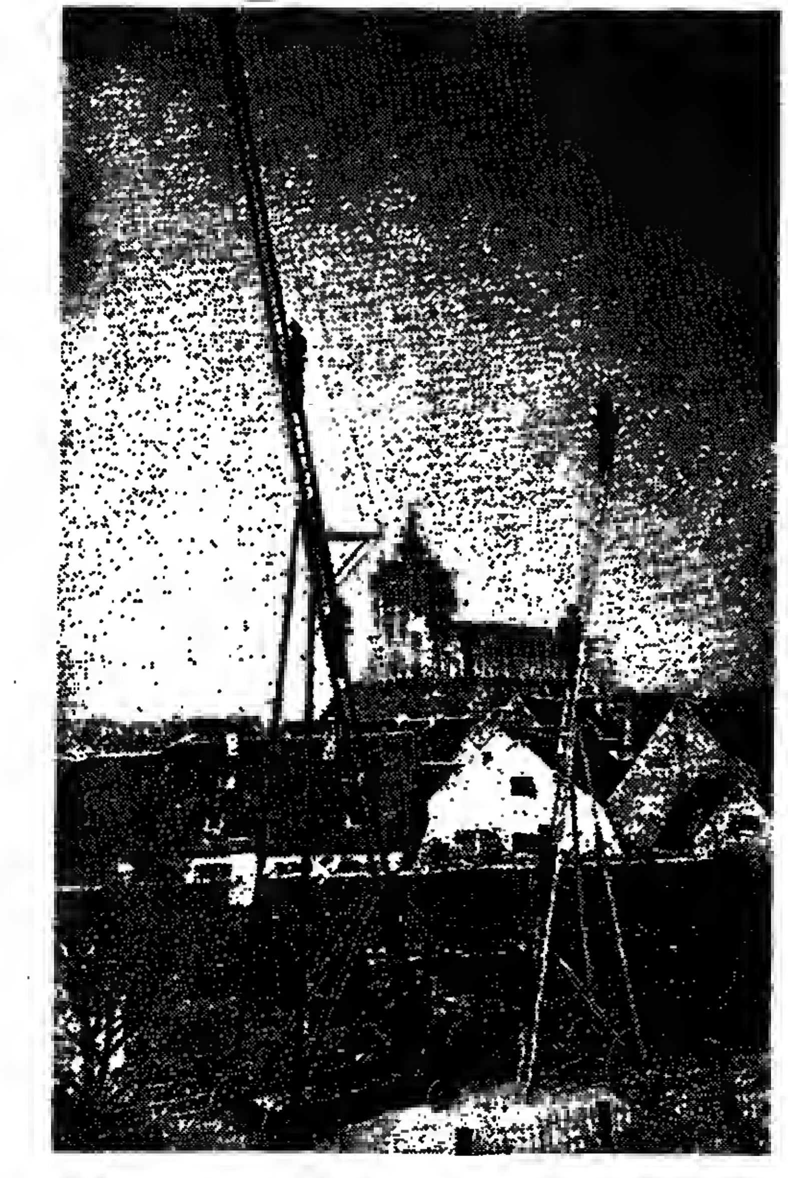
In einer Veranstaltung des Österreichischen Handelsdelegierten in Düsseldorf warb er für Ansiedlung von Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland. Neben der Reorganisation bestehender Betriebe würde der Gründung neuer Betriebsstätten und Unternehmen als Schwerpunkt der Industriepolitik verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt. Zur Zeit erhalten im Rahmen der Förderung bestimmter Regionen Unternehmen für jeden neuen Arbeitsplatz eine Prämie von 100 000 Schilling (rund 14 000 DM). Daneben werden für konkrete heimische und ausländische Investitionsprojekte ganze Förderungspakete „geschnürt".

Für von der Monostruktur der Grundstoff-Industrie betroffene Regionen hat die Wiener Regierung erst kürzlich eine Investitionsprämie von 40 Prozent für maschinelle Ausrüstungen beschlossen. Außerdem werden Zinszuschüsse gewährt, einmalige Zuschüsse und staatliche Garantien für die Fremdmittelfinanzierung.

Der Staatssekretär hob den „besonders ausgeprägten sozialen Frieden und das außerordentlich kooperative Klima zwischen den Sozialpartnern", fehlende Streiks, politische wie sozialpolitische Stabilität, hohe Qualifikation der Arbeitskräfte und die bessere Möglichkeit, über Österreich die osteuropäischen Märkte zu erreichen, hervor.

In der Stundenproduktivität liegt Österreich an 3. Stelle unter 17 Industriestaaten, die Gesamtkosten je Industriearbeitsstunde liegen um etwa 23 Prozent unter denen der wichtigsten Handelspartner, die Stückarbeitskosten liegen bei rund 95 Prozent der wichtigsten Handelspartner – gegenüber der Bundesrepublik machen sie heute 90,4 (1967: 103,4) Prozent aus.

Iveco Magirus ist: Die Ulmer Leiter anno 1984.



1872 präsentierte Conrad Dietrich Magirus sein erstes Brandschutz-System: Die „Ulmer Leiter". Ein Meilenstein in der Brandbekämpfung und das erste einer Reihe von Systemen, für deren Einsätze es keinen zweiten Versuch gibt. Ein Beispiel für ingenieurmäßige Problemlösungen, wie sie im Hause Magirus zur Tradition wurden und die das Unternehmen zu einem der bedeutendsten Hersteller von Brandschutz-Systemen in der Welt machten.

Die „Ulmer Leitern 1984" sind eine breite Nutzfahrzeugpalette von 2,8–38 t Gesamtgewicht und selbstverständlich nach wie vor komplette Brandschutzfahrzeuge.

Die Iveco Magirus AG, ein Bestandteil im Verbund der Iveco, Europas zweitgrößtem Anbieter von Nutzfahrzeugen.

IVECO MAGIRUS
Iveco Magirus AG, Ulm



THYSSEN-HV / Keine Klarheit für die Aktionäre

Denkzettel für Aufsichtsrat

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Für Kenner war es mehr als nur ein Zufall. Als es in der sechsten Stunde der großen Thyssen-Hauptversammlung am Nachmittag des letzten Freitag zur Abstimmung über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat ging, schnitt der Aufsichtsrat deutlich schlechter als der Vorstand ab. Auch die vom Versammlungsleiter, dem AR-Vorsitzenden Harald Kühnen, zur Stimmenzählung gewählte „Additionsmethode", bei der Stimmenthaltung mit Nichtabgabe der Stimme gleichgesetzt wird, erlaubt noch diesen Schluß.

Bei einer (geschätzten) Präsenz von 18,9 Mill. Stimmen (73 Prozent von 1,3 Mrd. DM Aktienkapital) wurden zwar der Vorstand gegen 2,9 Prozent und der AR gegen „nur" 2,8 Prozent Nein-Stimmen entlastet. Aber Mißfallen durch Stimmenthaltung oder „Nichtteilnahme" zu diesem Punkt der Tagesordnung übten bei der Entlastung des Aufsichtsrates 29 Prozent des präsenten Kapitals, – fast ein Fünftel mehr als bei der Vorstandsentlastung (25 Prozent).

Ein Denkzettel für beide Organe, vor allem aber für den Aufsichtsrat. Die Erklärung dafür beferte in der Debatte Rechtsanwalt Schreib als Hauptgeschäftsführer der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz. Man habe sich, so Schreib, für die eigene Klientel erst wenige Tage vor der HV zum „Versagen der Entlastung" entschlossen, weil vom Aufsichtsrat (in dem auch die Schutzvereinigung mit Ruppert Siemon vertreten ist) kein klärendes Wort zu der Kardinalfrage kam, „wer diesen Weltkonzern, von seinem Vertrauen getragen, führen soll".

Das klärende Wort blieb, da zumal AR-Vorsitzender Kühnen auch seine eigene Position mit Verfahrensrechtlichem zu vernebeln trachtete, für die enttäuschten Aktionäre aus. Der Aufsichtsrat, der auch in seiner der HV folgenden „konstituierenden Sitzung" noch keine dafür relevanten Beschlüsse faßte, wird dies sicherem Vernehmen nach in Kürze und mit Vertrauensvotum für den Konzernchef Spethmann endlich nachliefern.

Zwei weitere Nachlese-Resultate dieser Aktionärsversammlung beim größten privatwirtschaftlichen Stahlkonzern Europas: Erstens widerstand der für seine Kritiker zur „Problemfigur" gewordene Vorstandschef der Versuchung, die derzeit wieder günstige Geschäftslage des Konzerns zu einer „Schönwetter-Prognose" für das volle Jahr 1983/84 (30. 9.) zu nutzen. Kühl lehnte er das wegen der üblichen Kurzfristigkeit des Stahl- und Handelsgeschäfts ab. Zweitens erfuhr ein für die 35-Stunden-Woche plädierender Aktionär vom Arbeitsdirektor Gert Woelke, einem altgedienten Gewerkschaftler, eine deutliche Abfuhr: Theoretisch brächte das bei Thyssen 13 000 neue Arbeitsplätze mit 650 Mill. DM Zusatz-Personalkosten.

Anzeige

Abonnieren Sie Informationsfülle

Es gibt dickere Zeitungen als die WELT. Kaum ein Blatt aber bietet eine größere Vielfalt an Meldungen und Berichten: komprimiert, konzentriert, übersichtlich geordnet. Beziehen Sie die WELT im Abonnement. Dann sind Sie täglich schnell und umfassend informiert.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten
Sie haben das Recht, Ihre Abonnements-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bestellschein

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin bis auf weiteres die WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00, Luftpostversand auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name:
Straße Nr.:
PLZ Ort:
Beruf:
Telefon: Datum:
Unterschrift:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Absende-Datum genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift:

01-549

INTERFUNK / Der Anteil der Eigen- und Handelsmarken am Umsatz beträgt inzwischen 35 Prozent

Gegenpol zur Konzentration bei den Herstellern

WERNER NEITZEL, Oberstdorf

Im Ausbau des Geschäfts mit Eigen- und Handelsmarken-Geräten sieht die Interfunk Einkaufsgenossenschaft europäischer Unterhaltungselektronik- und Haustechnik-Fachbetriebe eG, Ditzingen/Württ., ein wesentliches Element der Solidarität des Fachhandels. Für ihn gelte es, in Anbetracht des Konzentrationsprozesses auf der Herstellerseite „alle Kräfte zu mobilisieren, um seine Souveränität zu erhalten". Der Anteil der Eigen- und Handelsmarken am Interfunk-Umsatz beträgt inzwischen bereits 35 Prozent und zeigt weiter steigende Tendenz.

Die Machtzusammenballung auf der Industrieseite veranschaulicht Hermann Seringer, geschäftsführender Vorstand der Interfunk, am Beispiel des Farbfernsehgeräte-Marktes. Hier entfiele allein auf die vier Gruppierungen (Grundig/Philips/Loewe-Opta, Nordmende/Telefunken/Saba, Blaupunkt/Siemens und ITT/Graetz) vom inländischen Marktvolumen ein Anteil von zusammnen 78 Prozent. Den Videorecorder-Markt decken diese Gruppierungen zu 53 Prozent ab. Nicht anders ist die Konstellation in der Hausgeräte-Sparte.

An die Adresse des Handels gerichtet warnte Seringer anläßlich der Interfunk-Börse in Oberstdorf vor dem „reinen Preiswettbewerb". Dieser könne auf die Dauer nur weitreichende Leistungseinschränkungen zur Folge haben, die dem Konsumenten letztlich Nachteile brächten. Ziel der Interfunk und ihrer Mitglieder sei es, vom reinen Handelsbetrieb zum technischen Problemlöser zu avancieren.

Eine solche Profilierung biete sich beispielsweise über Produkte wie Video, Bildschirmtext oder auch Mikrocomputer an. Das Problem „Fachmärkte" hat man bei der Interfunk elegant gelöst: Sie können dann Mitglied der genossenschaftlichen Kooperation sein, wenn sie die in der Satzung beschriebenen Voraussetzungen erfüllen.

Im soeben beendeten Geschäftsjahr 1983/84 (31. 3.) haben die 960 (Vorjahr: 930) Mitglieder der Interfunk ihren Umsatz um mehr als 10 Prozent auf 2,5 Mrd. DM gesteigert. Dabei nahmen die über die Interfunk getätigten Wareneinkäufe um 16,3 Prozent auf 1,5 Mrd. DM zu. Den großen Schub („ein Feuerwerk an Innovationen") brachte die Unterhaltungselektronik mit einem Plus von 17,3 Prozent auf 1,29 Mrd. DM. In der Haustechnik-Sparte wurden 210 Mill. DM (plus 10,5 Prozent) umgesetzt. Die ohnehin schon hohe Einkaufsloyalität nahm weiter euf 86 (84) Prozent zu.

Bei der „braunen Ware" wird nach Seringers Einschätzung auch in 1984 der Farbfernseher der Hauptumsatzträger mit einem geschätzten Marktvolumen von 2,55 Mill. Geräten (plus zwei Prozent) bleiben. Bei Videorecordern sei die Rendite für den Handel nach wie vor unbefriedigend. Für die Video-Kameras, insbesondere die Kamera-Recorder, zeichne sich eine Absatzexplosion ab. Daß freilich die „voreilig als Weltnorm" bezeichneten 8-mm-Video-Kamera-Recorder große Markbedeutung erlangen könnten, bezweifelt man bei Interfunk.

Im Produktbereich der Mikrocomputer, auf dem eine Marktbereinigung erwartet wird, peilt Interfunk für das laufende Jahr einen Marktanteil von zehn Prozent, das bedeutet einen Absatz von 50 000 Geräten, an. Alles in allem rechnet Seringer für 1984/85 mit einer Umsatzsteigerung von fünf bis sechs Prozent. Dazu beitragen werde neben der verbessertren konjunkturellen Situation der Mitgliederzuwachs sowie sportliche Großereignisse (Olympia, Fußball-EM).

Recycling-Service findet großes Echo

Py. Düsseldorf

Die Abfallbörse der Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen hat sich als „gut funktionierendes, von den Unternehmen intensiv genutzes Instrument innerhalb der vielfältigen Recycling-Bemühungen *bewährt". Die für Nordrhein-Westfalen* in Umweltfragen federführende Niederrheinische Industrie- und Handelskammer zu Duisburg teilte anläßlich des 10jährigen Bestehens dieser Kammerinitiative mit, daß auf die mehr als 26 000 bundesweit veröffentlichten Meldungen rund 51 000 Antworten kamen.

Dabei sei der Anteil Nordrhein-Westfalens überdurchschnittlich hoch. Durch einfache Mitteilungen an die zuständige Kammer können sich Unternehmen melden, die Produktionsrückstände abgeben oder übernehmen wollen, um sie weiter zu verwerten. Am stärksten gefragt sind Kunststoffreste, Chemieabfälle und Metallrückstände. Aber auch für beschädigte Badewannen, angeschimmelten Schnittkäse und geputzte Kirschkerne wurden Abnehmer gefunden.

NAMEN

Frau Dr. **Auguste Kirchner**, Seniorchefin der Fränkischen Rohrwerke und Fränkische Leuchten, Königsberg/Bayern, feiert am 3. April den 85. Geburtstag.

Ludwig Wagenhäuser, Vorstandsmitglied der Innwerke AG, Töging, ist zum Vorsitzenden des Vorstandsrates des Verbandes Bayerischer Elektrizitätswerke gewählt worden. Er ist Nachfolger von Dr. **Karl-Heinz Stüper**.

Ulrich Berntzen ist zum 1. April 1984 zum Vorstandsvorsitzenden des Geschäftsbereichs Thyssen Maschinenbau ernannt worden.

Dr. **Lothar Stöckbauer** (40), stellvertretendes Vorstandsmitglied der Mannheimer Versicherung AG und der Mannheimer Lebensversicherung AG, ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt worden.

Herbert Wolfering (55), Rechtsanwalt in Düsseldorf, ist als Nachfolger von Dr. med. **Joachim Kühn** zum Vorsitzenden des Verbandes Freier Berufe in Nordrhein-Westfalen gewählt worden.

RENTENMARKT / Anflug einer freundlichen Tendenz

Hoffnung auf Kupontermin

Das Rentengeschäft verlief zwar in der letzten Woche weiterhin sehr ruhig, doch machte sich ein Anflug von freundlicher Tendenz bemerkbar, obwohl sich die Inanspruchnahme des Marktes durch die öffentliche Hand besonders durch den Bund verstärkt hat. Stabilisierende Unterstützung erhielt der deutsche Rentenmarkt durch die Rückbildung der kurzfristigen Zinssätze in den USA. Auch dürfte der große Kupontermin schon das Klima vorgewärmt haben, obwohl in der vorigen Woche noch keine nennenswerten Vorausdispositionen von frei werdenden Mitteln zu beobachten waren. In Händlerkreisen hofft man auf eine etwas belebende Wirkung des Zinstermins in dieser Woche. Das setzt freilich voraus, daß keine Störungen von jenseits des Atlantiks kommen. (cd)

Emissionen	30.3. 84	23.3. 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	7,43	7,46	7,88	7,45	10,05
Anleiheo der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,46	7,46	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituteo	7,45	7,43	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,99	7,96	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	7,44	7,44	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,12	7,12	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	8,04	8,03	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,45	7,45	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,73	7,72	8,08	8,45	10,32

NIKON

Marktanteil gefestigt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Aus dem von anhaltenden Preiskämpfen gezeichneten Kameramarkt ist die Nikon GmbH, Düsseldorf, deutsche Vertriebsgesellschaft des (nach Canon und Minolta) drittgrößten japanischen Kameraanbieters Nippon Kogaku K. K., 1983 mit einer gefestigten Marktposition hervorgegangen.

Das im hochwertigen und oberen Preisgenre angesiedelte Unternehmen hat im Bereich der Spiegelreflex-Kameras der Stückzahl nach 11 Prozent mehr als im Vorjahr absetzen können und den Umsatz mit Spiegelreflex-Kameras und Standardobjektiven um 23 Prozent gesteigert.

Nikon-Geschäftsführer Kristof Friebe bezifferte für 1983/84 (31. 3.) den Fototechnik-Umsatz auf 70 Mill. DM (ohne MWSt. und ohne rückvergütete Boni). Dazu kamen noch etwa 5 Mill. DM für optische Geräte. Bei Spiegelreflex-Kameras hält Nikon einen Marktanteil von 9 Prozent (Stückzahl) und 12 Prozent (Wert).

Einer Marktuntersuchung zufolge hat der Gesamt-Kameraabsatz 1983 rund 2,76 Mill. Stück erreicht. Davon waren 560 000 (590 000) Kleinbild-Spiegelreflex-Kameras 900 000 Pocket- und Disk-Kameras, 419 000 Sofortbild-Kameras und 667 000 Kleinbild-Sucherkameras.

Zu den vom Markt herrührenden Ertragsproblemen kamen für Nikon 1983 noch zusätzlich Lieferrückstände aufgrund „hausgemachter" Planungsfehler. Gut 89 Prozent des Nikon-Umsatzes laufen nach wie vor über den Foto-Fachhandel, der nachhaltig auf die Innovationskraft des Unternehmens setzt, dessen Stück-Absatz zu 56 Prozent aus Kameras besteht, die jünger als 2 und zu 25 Prozent jünger als ein Jahr sind.

Die japanische Muttergesellschaft hatte 1983/84 einen Umsatz von rund 1,82 (1,3) Mrd. DM, von denen 65 Prozent auf den Sektor Fototechnik und 35 Prozent auf Instrumente, Industrieanlagen und optische Geräte entfielen. Der Gewinn nach Steuern betrug 31 Mill. DM. Die zum Mitsubishi-Konzern gehörende Nikon zählt weltweit 10 000 Mitarbeiter.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kreditgeschäft ausgebaut

Py. **Düsseldorf** – Nach einem guten Ergebnis im Vorjahr weist die zur schweizerischen Migros-Gruppe gehörende Migros Bank AG, Düsseldorf, im 10. Gründungsjahr ein nochmals auf 2,8 (1,1) Mill. DM verbessertes Ergebnis aus. Zins- und Provisionsüberschuß erreichten knapp 9 (7,3) Mill. DM. Nach Risikovorsorge und Reservenstärkung wird aus dem Jahresüberschuß von 1 (0,4) Mill. DM wieder eine Dividende von 8 Prozent ausgeschüttet. Die Eigenmittel der Bank machen 4,5 Prozent der auf 256 (231) Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme aus. Das Grundkapital ist vor kurzem auf 15 (10) Mill. DM erhöht worden. Die Kundenforderungen stiegen im Geschäftsjahr 1982/83 (31. 10.) um 12 (22) Prozent auf 170 Mill. DM. Im Einlagenbereich legte die Bank um 13,4 (25) Prozent auf 144 Mill. DM zu. Sparbriefe und Spareinlagen halten zusammen einen Anteil von 65 Prozent an der Bilanzsumme. Bankengelder stiegen auf 96 (89) Mill. DM.

Fürther Werk verkauft

Stuttgart (nl) – Die Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, hat die Tantal-Kondensatoren-Fertigung in Fürth an die STC Componente Elektronische Bauelemente GmbH, Stuttgart, eine Tochter der zum Interessenbereich der ITT gehörenden Standard Telephone and Cables (STC), London, verkauft.

Danogips hat Konjunktur

Düsseldorf (Py.) – Von dem anhaltenden Aufschwung im Wohnungsbau wird der deutsche Gipskartonplatten-Markt profitieren. Dabei schränkt der Geschäftsführer der Danogips GmbH, Düsseldorf, Rudolf Schmidt, ein, daß Gipskartonplatten (innen Gips, außen Karton) in Skandinavien erheblich stärker verbreitet sind als in der Bundesrepublik. Die über den Baustoffhandel verkaufende Tochtergesellschaft der zum dänischen F. L. Smith-Konzern gehörenden Danogips A/S, Kopenhagen, erzielte 1983 einen Umsatz von 12 (10) Mill. DM. Danogips hat einen Marktanteil von 5 Prozent.

Erlöse verbessert

Bonn (VWD) - Die Vereinigte Aluminium Werke AG (VAW), Bonn, hat ihren Umsatz im vergangenen Jahr um 27,3 Prozent auf rund 4,1 Mrd. DM gesteigert. Der erhebliche Zuwachs resultierte hauptsächlich aus den „kräftig" erhöhten Ablieferungen von Hüttenaluminium und Walzprodukten, sowie besseren Erlösen.

TRANSATLANTISCHE SACH / Ein neuer Autoversicherer drängt auf den Markt

Niedrige Prämien durch Direktvertrieb

HARALD POSNY, Hamburg

Der Start einer neuen Versicherung auf dem Markt der deutschen Autoversicherer begann schon vor dem Taufakt mit einem Eklat. Es war der Name des Täuflings, der als Heiliger längst degradierte Christophorus, der den Gründern der „preiswertesten deutschen Kfz-Verischerung" Hilfe, Schutz und Sicherheit einstweilen verweigerte. Wegen der Namensgleichheit mit einer gemeinnützigen Stiftung des Verbandes der Autoversicherer erwirkte dieser eine einstweilige Verfügung und verbot gerichtlich, „im geschäftlichen Verkehr" die Bezeichnung Christophorus Versicherung AG zu verwenden. Bei Zuwiderhandlung könnten wohl erstmals in der deutschen Wirtschaftsgeschichte Vorstandsmitglieder einer Versicherungsgesellschaft hinter Schloß und Riegel kommen können.

Heinz A. Grieß, Chef der Christophorus-Mutter Transatlantische Sachversicherung AG in Hamburg, in US-Usancen bewanderter als die zahlreich angereisten Journalisten, kam möglichen Spitzen zuvor: „Das ist kein PR-Gag unsererseits." Dafür war der erhebliche finanzielle Aufwand der kleinen Trans-Sach wohl auch zu hoch. Der Verband der Autoversicherer sieht seine Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung fördernde Stiftung in große Nähe eines im Autoversicherungsgeschäft tätigen, und dazu noch mit besonderem Marketingkonzept startenden Newcomers gerückt. Grieß dagegen mutmaßt „Störung und Stoppen eines neuen Wettbewerbers mit wettbewerbsfremden Mitteln".

Er hält das vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) abgesegnete „höchst verbraucherorientierte" Bedingungs- und Tarifwerk für ebenso unangreifbar wie die Wahl des Namens, der Mitte Februar dieses Jahres dem HUK-Verband mitgeteilt worden war und mit diversen Schutzschriften und mit Veröffentlichung der Schriftzeichen im offiziellen Warenzeichenblatt abgesichert werden sollte. Abgesehen davon: Der Namensträger gibt es viele; von Werttransporten über Behinderten-Werkstätten, Schulen, bis zu Verlags- und Autohandelsunternehmen.

So endete offiziell die Pressekonferenz im Hamburger Nobel-Hotel Interconti, „die" – so Grieß – „kürzeste *meines Lebens". Gleichwohl informierte* Grieß in kleinem Kreis wohl wissend, daß der Wettbewerb daraus Informationen bezieht, die den zeitlichen Wettbewerbsvorsprung leicht zunichte machen könnten. Immerhin dauert das behördliche Genehmigungsverfahren sechs Monate, und Patentschutz auf Versicherungsideen gibt es nicht.

Die erst vor gut zehn Jahren gegründete Transatlantische Sachversicherung (Prämienaufkommen 1983: 99 Mill. DM), die bis vor kurzem noch mit wechselndem Erfolg am deutschen Markt operierte, gehört zusammen mit der Muttergesellschaft Trans Rück (Bruttobeitragsvoumen 1982: 135 Mill. DM) und der Trans Leben (Versicherungsbestand 1983: 638 Mill. DM) zur amerikanischen Hartford-Versicherungsgruppe (Prämienaufkommen weltweit 11,2 Mrd. DM). Und die wiederum zählt zu den Kleinodien der amerikanischen ITT.

Mit erheblichem finanziellen Aufwand der Konzernmutter will Grieß, seit zwei Jahren Chef von Trans Sach und Trans Rück, Christophorus – oder wie immer auch endgültig der derzeitige „No name" heißen wird – als Billiganbieter mit besonders verbraucherfreundlichem Service- und Leistungspaket profilieren. Grieß: „Der Markt der Autoversicherer hat im Preis/Leistungsverhältnis bisher nichts wesentlich neues zu bieten."

Begründung: Einmal sei die Autohaftpflichtversicherung eine Pflichtversicherung mit standardisierten, bedingungsgemäß geordneten Angeboten. Für Grieß ist klar, daß es auf diesem Gebiet für die Versicherungskunden keinen echten Zusatznutzen gibt, dafür aber das Preiselement stärker in den Vordergrund tritt. Kostenersparnisse sind aber nur noch im Bereich des Vermittlerdienstes möglich. Also soll der Newcomer ohne Vertreter im Außendienst arbeiten: Postkarte genügt. Grieß ist fest davon überzeugt, daß ein emanzipierter, preisbewußter Konsument dem Trend zum sogenannten Direktvertrieb folgt.

Derzeit liegt der Marktanteil der Billigversicherer bei 17 Prozent, das Nachfragepotential jedoch bei etwa 55 Prozent. In reiner Form bietet bisher nur noch die „Europa" Direkt-Kfz-Versicherungen an. Außerdem: Der Marktsättigungsgrad ist hoch, die Kundentreue sehr gering. Der Autofahrer wechselt alle drei bis vier Jahre seine Gesellschaft.

Als erstes will Christophorus eine Preisdifferenzierung in der Vollkaskoversicherung einführen. Vorsteuerabzugsberechtigte Selbständige, die im Schadensfall die Mehrwertsteuer nicht ersetzt bekommen, also für die gleiche Prämie eine geringere Leistung erhalten, bekommen auf die „schon für alle Kunden überaus günstigen Prämien" einen Nachlaß von sieben Prozent.

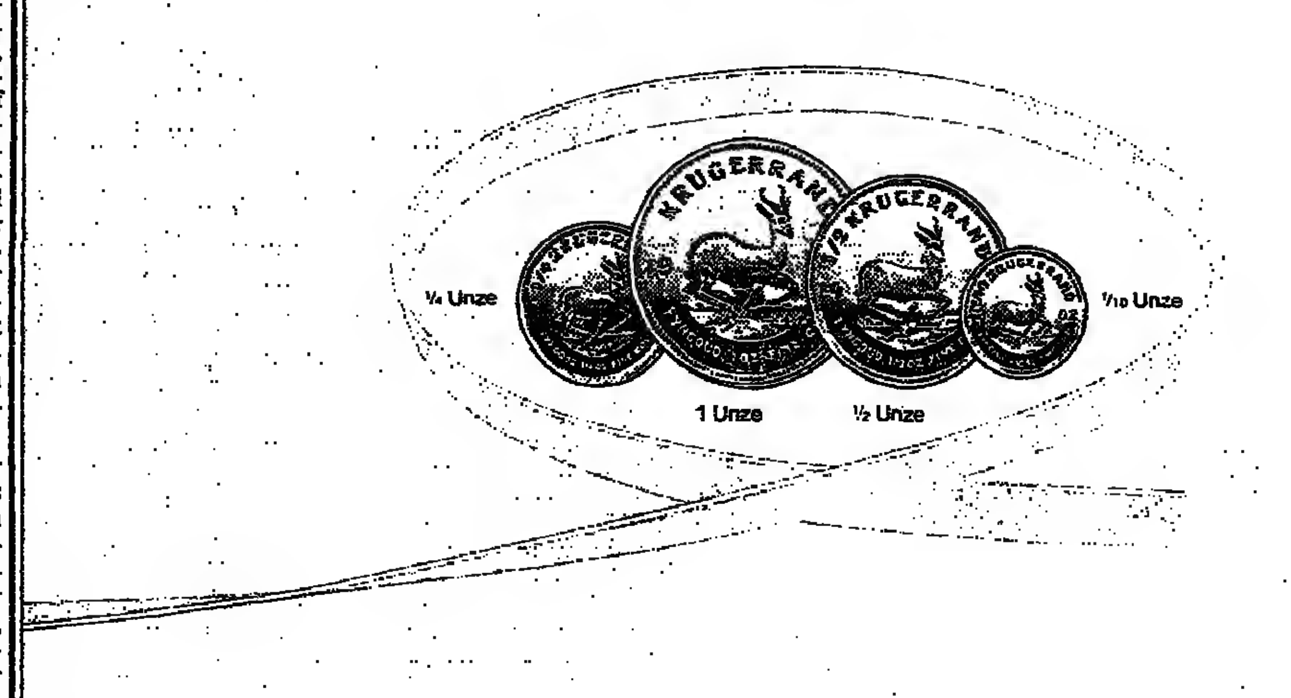
Die meistgekaufte Goldmünze der Welt: Der Krügerrand.

Bei Ihrer Geldanlage sollten Sie auch Gold nicht vergessen. Wieviel Gold innerhalb Ihres Vermögensaufbaus sinnvoll ist, das können Ihnen unsere Fachleute sagen – am besten, wenn sie Ihre Ziele und Möglichkeiten kennen. Sie werden Ihnen auch zum Krügerrand raten, der meistgekauften Goldmünze der Welt. Ein Stück Gold – ein Stück langfristige Sicherheit.

Es gibt ihn in vier Größen. Das macht ihn bei jedem Anlagebetrag attraktiv.

Das Kaufen ist denkbar einfach – und das Verkaufen ebenso. Interessant ist auch der mehrwertsteuerfreie Erwerb: Ab rund DM 10.000,– bekommen Sie Zertifikate. Die Münzen liegen in Luxemburg. Wir vermitteln die Zertifikate, die unsere Tochtergesellschaft – die Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG – in Zusammenarbeit mit der Banque Internationale à Luxembourg herausgibt.

Am besten, Sie schauen einmal bei uns herein. Auch wenn Sie kein Dresdner Bank-Kunde sind.



In Berlin: BHI

KR 1/1

GEORG HAUCK & SOHN / Kräftiger Ertragssprung

Die Dividende wird erhöht

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einem kräftigen Ertragssprung im laufenden Geschäft, das ein um fast 80 Prozent höheres Teilbetriebsergebnis von gut sechs Mill. DM brachte, präsentieren die Frankfurter Privatbankiers Georg Hauck & Sohn KG aA ihren Abschluß für das Geschäftsjahr 1983, dem sie die Note „recht erfolgreich" geben. Dieses gute Ergebnis, zu dem noch Eigenhandelsgewinne in der Größenordnung von drei Mill. DM vorwiegend aus dem Wertpapiergeschäft kommen, ermöglicht nicht nur eine Dividendenerhöhung von acht auf 10 Prozent auf unverändert 18,4 Mill. DM Grundkapital, sondern auch eine ausreichende Risikovorsorge und Dotierung der stillen Reserven, betonte persönlich haftender Gesellschafter Michael Hauck. Die Ertragsbesserung wurde bei einem etwa gleichgebliebenen Kreditvolumen, das lediglich dank der Geschäftsbelebung im letzten Quartal um sieben Prozent auf 292 Mill. DM gestiegen ist und bei einer um 5,3 Prozent auf 691 Mill. DM gestiegenen Bilanzsummme erzielt. Einschließlich der im Kreditgeschäft voll integrierten Tochter in Luxemburg, wo die Auslandskredite konzentriert sind, addiert sich die konsolidierte Bilanzsumme auf gut eine Milliarde DM.

Zur Strategie in diesem Jahr gehört ein weiterer Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts, darunter auch das Wertpapier- und Edelmetallgeschäft für internationale Privatkundschaft in Luxemburg. In der Wertpapierberatung hat die Bank, wie Hauck sagte, ihren Depotkunden und ihren Spezialfondsanleger eine gute Performance gebracht. Die Bank verwaltete Spezialfonds mit einem Vermögen von 850 Mill. DM, womit sie einen im Vergleich zu ihrer eigenen Größe relativ hohen Marktanteil von drei Prozent hat.

KERKERBACHBAHN / Neues Firmenkonzept

Börseneinführung geplant

VWD, Frankfurt

Ein neues Unternehmenskonzept hat sich die Kerkerbachbahn AG, Mannheim, gegeben. Die Unternehmensführung erläuterte vor der Presse in Frankfurt, daß die Aktivititäten nach der soeben vollzogenen 25,1-Prozent-Beteiligung an der kanadischen General Allied Oil and Gas, Vancouver, auf drei Bereiche konzentriert werden: den klassichen Immobilienbereich, den Rohstoffbereicb (Gas, Öl und Gold) und den Technologiebereich (z. Zt. Kunststoff und Elektronik). Der Immobilienbereich soll um eine Grundstücks- und Städtebaugesellschaft erweitert werden. Aus der Bauherrenmodell-Branche hat sich die Gesellschaft verabschiedet.

Durch die Beteiligung an General Allied Oil wird, wie betont wurde, auf Jahre hinaus sichergestellt, daß die Kerkerbachbahn mit ihrem Vertriebsapparat den Investitionsbedarf dieser Gesellschaft mit ihren Fonds decken kann. General Allied Oil, bereits an der Börse in Vancouver gehandelt, hat auch die Zulassung zu den Börsen in Toronto und Frankfurt beantragt. Man erwartet eine Genehmigung noch im Laufe des 1. Halbjahres 1984.

Die 30prozentige Technologie-Beteiligung Beta Systems International, Luxemburg, wird mit dem Mantel einer deutschen Aktiengesellschaft noch im 1. Halbjahr an die Börse gehen. Die bisherige Entwicklung macht dem Bericht des Kerkerbachbahn-Vorstands zufolge den Gang zur Börse unerläßlich, da entsprechende Großaufträge finanziert werden müssen, die nur schwer mit der jetzigen Eigenkapitalbasis finanziert werden können.

Bei der Recycloplast AG (25,1 Prozent Beteiligung) ist das Mannheimer Unternehmen seit ca. 4 Wochen mit dem ersten Fonds auf dem Markt. Noch in diesem Jahr sollen zwei weitere Fonds in Höhe von je 14 Mill. DM aufgelegt werden. Die Gesellschaft selbst plant für 1985 die Börseneinführung. Der Ausgabekurs der neuen Aktien wird 250 DM betragen bei einer Gewinnberechtigung vom 1. Januar 1984 an. Die bisherige Dividendenzahlung von 60 Prozent soll beibehalten werden.

ERFOLGREICH IM WETTBEWERB / Reis Maschinenfabrik: Der Markt entwickelt sich noch langsam

Industrieroboter für dieses Jahr ausverkauft

JOACHIM WEBER, Obernburg

Schon heute mag Walter Reis, Geschäftsführer der Reis GmbH & Co. Maschinenfabrik, Obernburg, so manches Produkt, das unter dem Namen „Industrieroboter" auf dem Markt ist, nicht als solches gelten lassen: „Vieles davon sind reine Handhabungsautomaten, ohne jede elektronische Intelligenz." Damit entsprechen solche Maschinen kaum der VDI-Definition („In mindestens drei Achsen frei programmierbare Handhabungsautomaten für Werkstück- oder Werkzeughandhabung in der Industrie"), geschweige denn den Ansprüchen von Reis.

„Und der Roboter von morgen muß noch viel mehr können: Er muß tasten und sehen und auch Entscheidungen fällen können", prophezeit der nordfränkische Mittelstandsunternehmer, der sich selbst zunehmend auf den Roboterbau spezialisiert. „Morgen" soll dann allerdings auch der Markt etwas lebhafter aussehen.

Dabei ist es um ihn heute gar nicht so gut bestellt. Zwar gibt es eine Vielzahl von Anbietern – etwa 100 in der westlichen Welt. Aber mit der Nachfrage hapert es. „Selbst die Großen haben Absatzprobleme", stellt Reis ohne jede Schadenfreude fest. Noch halten sich die Unternehmen beim Robotereinsatz zurück, ist die Technik nicht vertraut genug. „Häufig stoßen wir bei der Geschäftsführung auf großes Interesse", berichtet Reis. „Doch das Projekt wird dann auf der Techniker-Ebene kaputtgemacht. Die haben einfach Schwellenangst."

Das gilt vor allem für den Inlandsmarkt. Die mangelnde Roboter-Freude ist auch an der Statistik ablesbar: Während in Schweden bereits 17 und in Japan 10,7 Roboter je 10 000 Einwohner im Einsatz sind, hinkt die Bundesrepublik mit ganzen 2,6 Exemplaren noch ein gutes Stück hinterher. Tröstlich vielleicht: Auch die USA, das Stammland der einarmigen Automaten, kommen erst auf 2,3 Exemplare.

Noch verspricht der Markt also einiges an Wachstum. Der Kampf ums größte Stück vom Kuchen hat auch schon eingesetzt. So hat die Robot-Abteilung des schwedischen Elektrokonzerns Asea, schon jetzt größter Hersteller der Welt, bereits angekündigt, daß sie in 10 Jahren drei Viertel des Weltmarktes im Griff haben will.

Bislang stehen die deutschen Anbieter zumindest auf ihrem Heimatmarkt gar nicht so schlecht da. 60 Prozent der hierzulande installierten 4800 „echten" Roboter stammen aus deutscher Fertigung, 32 Prozent aus Schweden und der Rest im wesentlichen aus Japan. Die US-Anbieter sind weit zurückgefallen. Der Grund der Heimstärke: Vor allem beim Drumherum, bei den Vorrichtungen, den Zu- und Abführgeräten, die den Robotereinsatz erst effizient machen, hapert es bei den Ausländern.

So hat Reis fürs eigene Geschäft auch wenig Sorgen. Aus dem „klassischen" Maschinenbau (Pressen) stammend, der auch heute noch etwa 40 Prozent zum Umsatz von 30 Mill. DM (1983) beiträgt, hat er wenig Probleme mit besonderen Kundenwünschen. Die Obernburger Produktion von 15 bis 20 Robotern im Monat ist bis Dezember ausverkauft. Und selbst in den USA sitzen namhafte (und regelmäßige) Abnehmer wie Ford, General Motors oder Procter & Gamble.

Eine wesentliche Stärke des Mittelstandsunternehmens, das sich durchweg „großen" Konkurrenten gegenübersieht, liegt in der ausgeprägten Neigung zum „Selbermachen". Etwa 60 Prozent der 30 000 Teile – die Materialwirtschaft wird per Computer bewältigt – stammen aus eigener Fertigung. Und selbst die „Intelligenz", die elektronische Steuerung der Roboter ist eine eigene Entwicklung auf der Basis eines gängigen Mikroprozessors, die von einem befreundeten Schweizer Unternehmen gefertigt wird.

„Nur so können wir diese Leistung zu diesem Preis liefern", betont Reis, der sein jüngstes Modell mit 5 Bewegungsachsen für weniger als 100 000 DM anbietet. Nur so ließen sich auch elf Jahre Entwicklungserfahrung vollständig in einem eigenen Produkt realisieren. Doch auf dem jetzigen Stand will man sich keineswegs ausruhen. Im Dezember wurde eine 1,2 Mill. DM teure Anlage zur computergestützten Konstruktion in Betrieb genommen, für ein 250-Mitarbeiter-Unternehmen noch keineswegs „Normalausstattung".

35-Stunden-Woche mit Steuererhöhung

cd, Frankfurt

Die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei „für die Kommunen überhaupt nicht finanzierbar", warnte Frankfurts Oberbürgermeister Walter Wallmann auf der Mitgliederversammlung des Bankenverbandes Hessen, es sei denn durch eine Steuererhöhung. Arbeitszeitverkürzungen, die er prinzipiell begrüßte, seien nurmehr bei Wachstum möglich. Auf der gleichen Veranstaltung plädierte der wiedergewählte Verbandsvorsitzende Hugo Graf von Walderdorff für eine Lockerung und Entbürokratisierung der Bürgschaftsauflagen für mittelständische Unternehmen. Ferner sollten mehr mittelgroße Firmen in Aktiengesellschaften umgewandelt. Die Kombination von anonymen Kapital und Krediten des Kreditgewerbes könne die Kapitalversorgung gerade mittelständischer Unternehmen erheblich verbessern, sagte Walderdorff.

WIRTH-GRUPPE / Überkapazitäten und Importe zwingen weiter zum Preiskampf

Wieder steigende Tendenz beim Umsatz

INGE ADHAM, Frankfurt

„Probleme werden sich auch in diesem Jahr stellen," betont Helmut Schäfer, Sprecher der Familiengruppe Wirth, größter deutscher Teppichboden- und Wollfilzproduzent. Die Zeichen stehen unverändert auf Preiskampf. Nach wie vor gibt es Überkapazitäten, die konkurrenzverschärfenden Einfuhren nehmen wieder zu, das bedeutet eine wachsende Polarisierung zwischen Billiganbietern und Markenartiklern.

Helmut Schäfer ist freilich zuversichtlich, daß die Firmen der Wirth-Gruppe – Dura Tufting, Filzfabrik Fulda und Kammgarnspinnerei J. C. Wirth, Donau-Eschingen – sich erfolgreich im Markt behaupten können. Das Angebot stimme, vor allem sei man 1983 ein gutes Stück weitergekommen in der unternehmenspolitischen Zielsetzung, die Schäfer mit „andauernden Geschäftsbeziehungen und echter Partnerschaft mit den Kunden" kennzeichnet.

Deutlich erkennbar kehrte sich im vergangenen Jahr im Zuge der konjunkturellen Belebung der Trend in den Unternehmen der Familiengruppe um: nach Jahren des Rückgangs zeigt der addierte Umsatz der Wirth-Firmen mit einem Plus von 1,4 (i.V. minus 2,8) Prozent auf 349 (344) Mill. DM erstmals wieder steigende Tendenz. Während zu Beginn des Jahres noch einige der 2600 (2690) Mitarbeiter kurzarbeiten mußten, sind die Unternehmen jetzt vollbeschäftigt. „Wir haben die Jahre des Abschwungs ohne Schaden überstanden", kommentiert Schäfer die ebenfalls erzielte Ertragsverbesserung. „Das Angebot ist auf der Höhe der Zeit, die Unternehmen produzieren kostengünstig – aufgrund der zielbewußten Investitionen."

Im vergangenen Jahr hat die Wirth-Gruppe 13,3 (7,4) Mill. DM investiert, für dieses Jahr sind 10 Mill. DM geplant. Der Löwenanteil entfiel auf die Dura Tufting GmbH, die im vergangenen Jahr mit 214 Mill. DM ihren Umsatz gerade gehalten hat, weil man der Versuchung „leichte aber unrentable" Geschäft zu tätigen widerstanden habe.

Die Filzfabrik Fulda (mit Vereinigte Filzfabrik Giengen und der Laurin Fulda GmbH) glich trotz anhaltend schwieriger Marktsituation mit einer Umsatzsteigerung um 6,9 Prozent auf 90 (84) Mill. DM die Einbrüche der Vorjahre aus. Erfolge wurde vor allem mit Vliesstoffen für Bekleidungseinlagen und industrielle Verwendung erzielt. In der Kammgarnspinnerei rutschte der Umsatz als Folge der Schwierigkeiten am Strickstrumpfmarkt auf 36,4 (37) Mill. DM. In diesem Jahr zeigen die Aufträge wieder steigende Tendenz.

AVON

Unzufrieden mit dem Ergebnis

sz, München

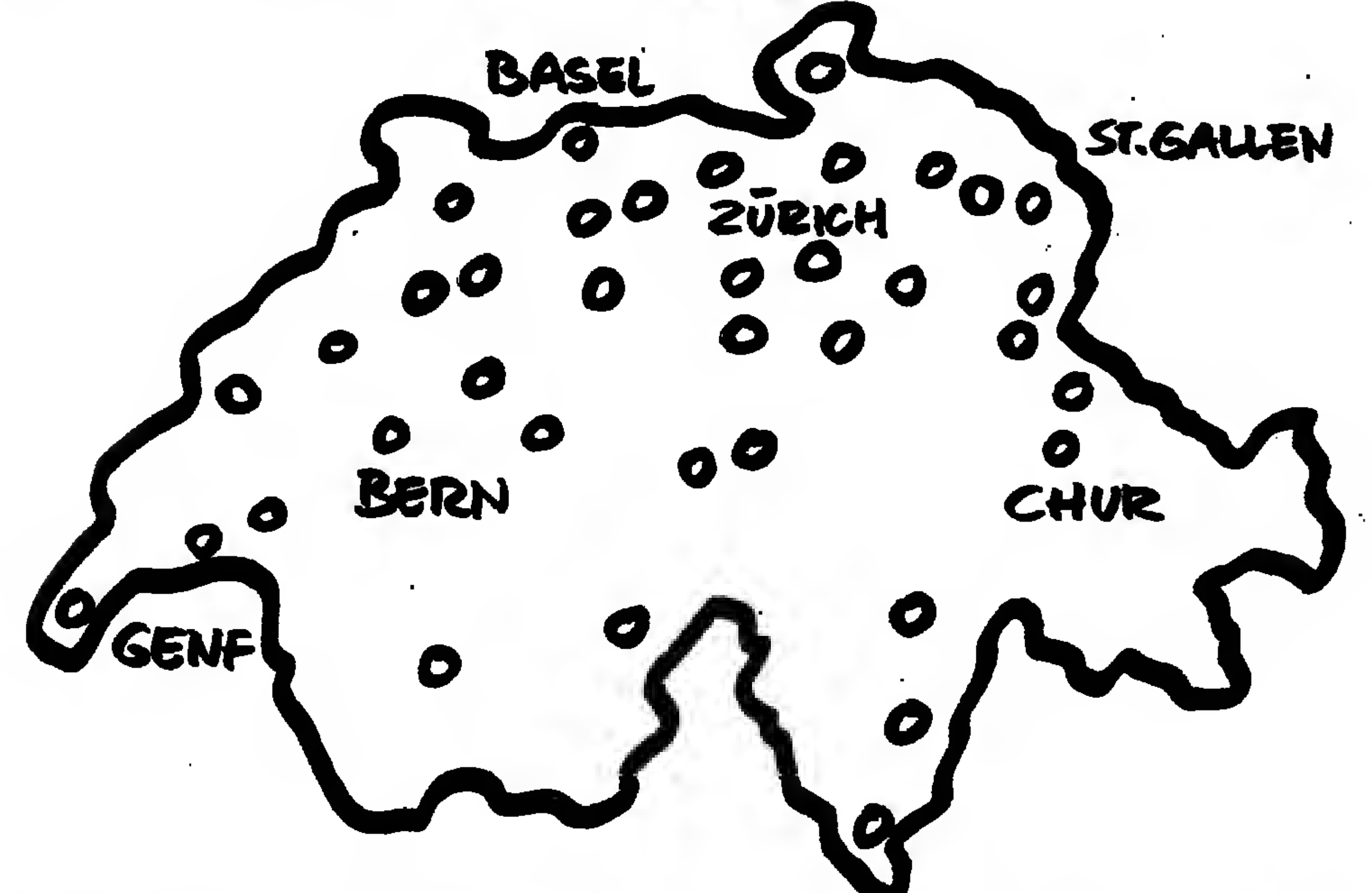
Ein erhebliches Stück „Make-up-Glanz" hat die Avon Cosmetics GmbH, München, im Geschäftsjahr 1983 eingebüßt. Nachdem noch im Vorjahr mit einem Umsatzplus von 3,8 Prozent auf 404,5 Mill. DM eine neue Höchstmarke erreicht worden war, ergab sich jetzt ein Minus von 5,6 Prozent auf 382 Mill. DM. Im wesentlichen führt Fritz A. Hasenmüller, Geschäftsführer der deutschen Tochter des US-Kosmetikkonzerns Avon Products Inc., dies auf zwei Faktoren zurück: Während der ersten drei Quartale 1983 sei der inländische Kosmetikmarkt so unbefriedigend verlaufen, daß dies auch durch das über Erwarten gute Weihnachtsgeschäft nicht mehr aufzuholen gewesen sei. Letztendlich verblieb hier noch ein Rückgang um 2,6 Prozent auf 271 Mill. DM.

Darüber hinaus fiel der Exportumsatz um 12,4 Prozent auf knapp 111 Mill. DM zurück; hauptsächlich deshalb, weil die schwedische von der Muttergesellschaft wegen anhaltender Verluste geschlossen wurde. Ein ähnliches Schicksal könnte in den nächsten Jahren der belgischen Avon drohen, die neben der holländischen bis Ende 1983 eine Tochter der Avon Deutschland war. Sie wurde wegen der nicht eingetretenen Ergebnisverbesserung an die Muttergesellschaft weitergegeben.

Keineswegs zufrieden zeigte sich Hasenmüller auch mit der Ertragslage. Zwar habe man die liquiden Mittel auf 36,8 (16,1) Mill. DM aufstocken können, doch habe die DM-Schwäche die Rohstoffkosten erheblich verteuert. Zum Ausdruck kommt die Ergebnisverschlechterung in dem auf 2,1 (5,2) Mill. DM gesunkenen Steueraufwand, was zu einem Teil aber auch auf den höheren Pensionsaufwand von 6,8 (2,7) Mill. DM zurückzuführen ist. Insgesamt verbleibt nur ein Jahresüberschuß von 0,65 (5,32) Mill. DM.

Für 1984 erwartet Hasenmüller vor allem durch stärkere Marketing-Aktivitäten im Inland ein reales Umsatzplus und eine deutliche Ergebnisverbesserung. Weltweit kam Avon Products 1983 auf einen konsolidierten Umsatz von unverändert 3 Mrd. Dollar und einen Reingewinn von 164 (197) Mill. Dollar.

NEU: AB 1. APRIL 1984 SAGT DER IC-KURIERDIENST IN 37 SCHWEIZER STÄDTEN „GRÜEZI MITENAND".



Künftig befördert der IC-Kurierdienst auch alle brandeiligen Sendungen in die Schweiz. Von 33 deutschen nach 37 Schweizer Städten. Und umgekehrt. Eine Sendung kostet 200 Mark bzw. 160 Schweizer Franken, inklusive Verzollung durch die Bahn. Sie brauchen nur einen Internationalen Expreßgutschein und die zur Ausfuhr erforderlichen Papiere. Die geben Sie bitte – zusammen mit der Sendung – bis spätestens 30 Minuten vor Abfahrt des Intercity-Zuges am Gepäckschalter des IC-Bahnhofs ab. Dort bekommen Sie übrigens auch einen „Transportplan" mit allen Abfahrts- und Ankunftszeiten. Ihre wichtigen Ersatzteile, Geschäfts- bzw. Werbeunterlagen, Arznelmittel, Filme oder sonstigen Sendungen sind absolut pünktlich am Ziel. Und die Bahn informiert den Empfänger, sobald die Sendung die Grenze passiert. Wenn Sie noch mehr Informationen haben möchten, speziell zu den angeschlossenen Bahnhöfen, fragen Sie einfach am nächsten IC-Bahnhof. Oder bei Ihrer DB-Generalvertretung.

DB Die Bahn

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

BDI – Deutschland liefert / Das Deutsche Exportadreßbuch; Gemeinschaftsverlag GmbH, Schloß Mindelburg, 8948 Mindelheim. Zwei Bände, pro Band 155 Mark.

„... ein unverzichtbares Hilfsmittel ...", dieses Prädikat gibt Außenminister Genscher dem Werk im Vorwort der jetzt vorliegenden Ausgabe 1984. Es ist national und international präsent. Es wird offiziell verbreitet durch das Wirtschafts- und durch das Außenministerium. Die langjährige Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie bürgt für die Qualität dieses Standardwerkes. Band 1, „BDI – Deutschland liefert", ist der Bezugsquellenteil mit Suchwörterverzeichnis in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Band 2, „Die Deutsche Industrie", informiert über die deutsche Industrie, dokumentiert Firmen und hat einen Bezugsquellenteil mit 9000 Erzeugnisgruppen.

Robert Schinzinger: Japanisches Denken, Erich Schmidt Verlag, Berlin 1983, 114 S., (kart.), 28 Mark.

Das Denken und Verhalten der modernen Japaner kann man besser verstehen, wenn man die weltanschaulichen Hintergründe kennt. Die Geschichte der japanischen Philosophie seit hundert Jahren spiegelt die Entwicklung des mondernen Denkens in Japan. Uralte geistige Tradition des Ostens wurde durchsetzt mit westlichen Motiven und Methoden. Der erste Teil des Buches bringt die Elemente der japanischen Weltanschauung vor 1868 und wird durch Hinweise auf typisch und als Vorbilder verehrte Persönlichkeiten der alten Zeit abgeschlosssen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Entwicklung der japanischen Philosophie seit 1868, der die Auseinandersetzung mit der Kultur des Westens aufzeigt.

Carl Creifelds (Hrsg.): Rechtswörterbuch, Verlag C.H. Beck, München 1983, 1385 S., (Ln.), 68 Mark.

Der Erfolg des „Creifelds", dessen siebente Auflage den Rechtsstand von Anfang 1983 wiedergibt, liegt in seiner außerordentlich guten Handlichkeit. Mit einem Griff erhält der Benutzer Zugang zum deutschen Recht und seinen Grenzgebieten wie Politik und Wirtschaft. Über 10 000 Rechtsbegriffe aus diesen Gebieten werden kurz, knapp und verständlich erläutert. Dadurch bietet sich das Werk zur raschen Orientierung bei der Klärung täglicher Rechtsfragen an und ermöglicht auch dem Laien, sich mit Rechtsproblemen auseinanderzusetzen.

Christa Bruhn-Jade: Sekretärinnen-Lexikon, moderne verlagsgesellschaft, Landsberg 1983, 517 S., 48 Mark

Das Lexikon ist zum einen als Lektüre für angehende und erfahrene Sekretärinnen und Chef-Assistentinnen gedacht, zum anderen auch auf Interessenten aller kaufmännischen Berufe zugeschnitten. Von ABC-Regeln über Loseblatt-Ablage bis zu Zweispeziesmaschinen vermittelt das Nachschlagewerk prägnant und präzise umfangreiches Fachwissen. Die Konzeption des Buches entspricht in jeder Hinsicht den Anforderungen der täglichen Berufspraxis.

Max Troll: Bewertung der GmbH-, OHG- und KG-Anteile bei der Vermögenssteuer, Verlagsgesellschaft Recht und Wirtschaft mbH, Heidelberg 1983, 223 S., 68 Mark

Die vierte Auflage erweitert die Darstellung der vermögenssteuerlichen Bewertung der GmbH-Anteile nun auch auf die der OHG- und KG-Anteile. Gerade für die Vermögenssteuer-Hauptveranlagung für 1983 kann diese Erweiterung von außerordentlicher Bedeutung sein, da die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes zur Bewertung der OHG- und KG-Anteile in eine völlig neue Richtung weist. Die Vermögenssteuer-Richtlinien 1983 werden für den Leser mit den entsprechenden Anwendungsratschlägen interessant sein und wie die Vorauflagen zu einer umfassenden und fundierten Informationsquelle werden.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Telefon (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

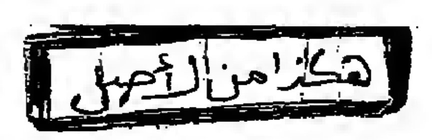
Herstellung: Werner Koziak

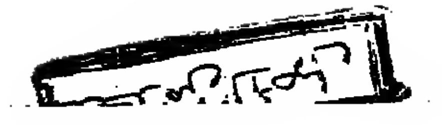
Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.





Der 26. Spieltag

ERGEBNISSE

Leverkusen – Düsseldorf	2:0	(1:0)
K'lautern – Braunschweig	3:1	(2:0)
Stuttgart – Bielefeld	1:0	(0:0)
Nürnberg – Gladbach	1:3	(0:1)
Frankfurt – Bochum	1:0	(0:0)
Hamburg – Mannheim	2:3	(0:1)
Dortmund – Bremen	2:3	(2:1)
München – Köln	4:2	(0:2)
Uerdingen – Offenbach	4:2	(2:1)

DIE SPIELE

München – Köln 4:2 (0:2)

München: Pfaff – Augenthaler – Nachtweih, Beierlorzer – Del'Haye (65. Mathy), Kraus (46. Grobe), Lerby, Pflügler – Hoeneß, K.-H. Rummenigge. – **Köln:** Schumacher – Lefkes – Prestin, Steiner – Littbarski, Hartmann (54. Willmer), Engels, Mennie (72. Strack), Hönerbach – Fischer, Allofs. – **Schiedsrichter:** Jaus (Schweiz) ab 68. Martino (Schweiz). – **Tore:** 0:1 Engels (8.), 0:2 Littbarski (27.), 1:2 K.-H. Rummenigge (51.), 2:2 Nachtweih (71.), 3:2 Mathy (75.), 4:2 Mathy (85.). – **Zuschauer:** 28 000. – **Gelbe Karte:** Nachtweih.

Dortmund – Bremen 2:3 (2:1)

Dortmund: Immel – Zorc – Hein, Storck – Konopka (67. Huber), Loose, Bittcher, Raducanu, Keser (67. Dreßel) – Klotz, Wegmann. – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Okudera, Gruber

Anzeige

erdgas
IST EINE
SAUBERE
SACHE.

– Otten (44. Neubarth), Möhlmann, Sidka, Schaaf, Meier – Völler, Reinders. – **Schiedsrichter:** Michel (Augsburg). – **Tore:** 1:0 Klotz (19.), 1:1 Meier (21.), 2:1 Loose (38.), 2:2 Sidka (56.), 2:3 Völler (65.). – **Zuschauer:** 25 000. – **Gelbe Karten:** Reinders (4/2), Pezzey (3), Neubarth (3).

Frankfurt – Bochum 1:0 (0:0)

Frankfurt: Pahl – Fruck – Körbel, Kraaz (84. Sievers) – Berthold, Trieb, Borchers, Kroth, Falkenmayer – Svensson, Müller (63. Mattern). – **Bochum:** Zumdick – Knüwe – Zugcic, Oswald – Bönighausen, Lameck, Woelk, Schulz, Kuntz – Benatelli (46. Pater), Schreier (78. Kühn). – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tor:** 1:0 Falkenmayer (80.). – **Zuschauer:** 13 000. – **Gelbe Karten:** Zugcic (2), Pater.

Hamburg – Mannheim 2:3 (0:1)

Hamburg: Stein – Hieronymus (79. Schröder) – Kaltz (46. von Heesen), Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Groh, Milewski, Magath – Schatzschneider, Wuttke. – **Mannheim:** Zimmermann – Sebert – Dickgießer, Quaisser (72. Linz) – Knapp, Scholz, Hein, Schön – Olaidotter (36. Remark), Bührer, Walter. – **Schiedsrichter:** Ahlenfelder (Oberhausen). – **Tore:** 0:1 Walter (4.), 1:1 Milewski (46.), 1:2 Bührer (66.), 1:3 Walter (73.), 2:3 Magath (90.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Groh (4), Olaidotter (3), Linz (3).

K'lautern – Braunschweig 3:1 (2:0)

K'lautern: Hellström – Dusek (90. Eilenfeldt) – Wolf, Briegel – Melzer, Geye, Loechelt, Brehme – Nilsson, Allofs, Hübner (40. Brummer). – **Braunschweig:** Franke – Pahl – Geiger, Bruns, Scheike, Ellmerich – Tripbacher (58. Studzizba), Kindermann (81. Keute), Lux – Zavisic, Worm. – **Schiedsrichter:** Stäglich (Wuppertal). – **Tore:** 1:0 Allofs (18., Handelfmeter), 2:0 Allofs (45.), 3:0 Allofs (51.), 3:1 Studzizba (62.). – **Zuschauer:** 12 237.

Leverkusen – Düsseldorf 2:0 (1:0)

Leverkusen: Vollborn – Gelsdorf – Posner, Geschlecht – Winklhofer, Röber, Hörster (82. Pomp), Bittorf, Wojtowicz – Zechel (66. Vöge), Tscha. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Theis, Kuczinski – Bockenfeld, Bommer, Fach (66. Ormslev), Weikl, Löhr (66. Wenzel) – Edvaldsson, Dusend. – **Schiedsrichter:** Ermer (Weiden). – **Tore:** 1:0 Tscha (45.), 2:0 Tscha (72.). – **Zuschauer:** 8 000.

Nürnberg – M'gladbach 1:3 (0:1)

Nürnberg: Kargus – Eder – Brunner, Reinhardt – Grahammer, Weyerich (71. Heck), Burgsmüller, Giske, Täuber – Abramczik (64. Heidenreich), Trunk. – **M'gladbach:** Sude – Matthäus – Borowka, Herlovsen – Krauss, Hochstätter (71. Ringels), Rahn, Schäfer, Frontzeck – Mill (78. Criens), Lienen. – **Schiedsrichter:** Walz (Waiblingen). – **Tore:** 0:1 Rahn (45.), 1:1 Trunk (56.), 1:2 Rahn (57.), 1:3 Criens (85.). – **Zuschauer:** 20 000.

Stuttgart – Bielefeld 1:0 (0:0)

Stuttgart: Roleder – Makan – Schäfer (67. Müller), K.-H. Förster – Niedermayer, Buchwald, Ohlicher, Sigurvinsson, B. Förster – Reichert (88. Kelsch), Corneliusson. – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Geils, Hupe – Büscher, Schnier, Kühlhorn (68. Schröder), Pohl, Dronia – Pagelsdorf (63. Grillemeier), Ozaki. – **Schiedsrichter:** Werner (Auersmacher). – **Tore:** 1:0 Buchwald (54.). – **Zuschauer:** 18 000.

Uerdingen – Offenbach 4:2 (2:1)

Uerdingen: Vollack – Herget – Schwarz, Brinkmann – Heatrich, Buttgereit, Funkel, Thomas (52. Gulich), Hofmann – Feilzer, Loontiens. – **Offenbach:** Reck – Trapp – Grünewald, Frauusch, Thiel – Höfer, Eichhorn, Krause, Bein, Michelberger – Hofeditz. – **Tore:** 1:0 Funkel (7., Foulelfmeter), 1:1 Hofeditz (10.), 2:1 Loontiens (39.), 3:1 Feilzer (68.), 4:1 Gulich (71.), 4:2 Hofeditz (87.). – **Zuschauer:** 7 300.

VORSCHAU

Freitag, 6.4., 20 Uhr:

Düsseldorf – Bielefeld	(3:1)
Braunschweig – Dortmund	(2:0)
Bochum – Hamburg	(1:2)

Samstag, 7.4., 15.30 Uhr:

M'gladbach – Frankfurt	(1:1)
Offenbach – Leverkusen	(1:3)
Bremen – Uerdingen	(3:0)
Mannheim – K'lautern	(0:2)
München – Stuttgart	(0:1)
Köln – Nürnberg	(3:1)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.

FUSSBALL / Aussprache Schumacher/Rummenigge – Nürnberg vor drittem Abstieg: „Team schon in Einzelteile zerlegt“

Neuberger stärkt Derwall kräftig den Rücken

Von ULRICH DOST

Gleich kübelweise ist in dieser Woche wieder einmal Kritik über Bundestrainer **Jupp Derwall** (57) ausgegossen worden. Nicht wenige würden es sogar begrüßen, wenn Derwall noch vor der Europameisterschaft in Frankreich (12.–27. 6.) von seinem Posten zurückträte. Dazu aber wird es so schnell nicht kommen. Jupp Derwall selbst hat nach dem schwachen 2:1 über die UdSSR trotz der vielen Angriffe und Vorwürfe noch einmal erklärt, daß er keine Veranlassung sehe, die Arbeit mit der Nationalmannschaft einzustellen. Im Gegenteil: Er freue sich sogar auf die Europameisterschaft – trotz allem.

Es kommt nicht von ungefähr, daß der Bundestrainer seinen Gegnern die Stirn bieten kann. Nach dem Länderspiel erhielt Derwall einen Anruf von höchster Stelle. Niemand anders als **Herrmann Neuberger** (64), Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), tat, was er schon so oft in der letzten Zeit getan hatte: Er sprach Derwall das Vertrauen aus. So lange die beiden sich einig sind, dürfte es kaum eine neue Besetzung des Bundestrainer-Postens geben. Dennoch: So zurückhaltend und nur noch reagierend will sich Derwall nicht mehr verhalten. Gemeinsam mit Neuberger will er einen Appell an die Journalisten richten, doch künftig, bitteschön, etwas fairer zu berichten ...

Dieser Schritt wird Jupp Derwall viel Überwindungskünste abverlangen. Was derzeit mit ihm in der Presse gemacht werde, nennt Derwall „Schafott-Journalismus“. Er sagt: „Da wird mit einem Strang gearbeitet, der immer enger gezogen wird.“ Noch sei er nicht depressiv, weil die Kritik nur an die Nieren gehe, nicht aber in den Kopf.

Daß stets ihm die Schlinge um den Hals gelegt wird, daß immer er den Kopf hinhalten muß, wenn etwas schief gegangen ist, will Jupp Derwall nicht begreifen. Er vermißt bei seinen Spielern die Verantwortung, die Bereitschaft, selbst für die Nationalmannschaft etwas zu tun, um großen Schaden abzuwenden.

Klaus Schlappner (44), Trainer des SV Waldhof Mannheim, der gerade seinen Überraschungssieg in Hamburg schaffte, sagte im „Aktuellen Sportstudio“ des ZDF nichts anderes: „Die hochbezahlten Jung-Millionäre müssen mehr Verantwortungsgefühl auf dem Platz zeigen. Schließlich steht der Bundestrainer nicht auf dem Platz.“

Hier will Jupp Derwall jetzt den Hebel ansetzen. In Gesprächen müsse den Nationalspielern deutlich gemacht werden, daß ihre schlechten Leistungen nicht immer mit Fehlern des Bundestrainer entschuldigt werden können. Derwall: „So können wir gemeinsam aus der Krise herauskommen.“

Das Gesetz des Handelns hätte der Bundestrainer schon längst befolgen sollen. Die Zeit, in der er für alles und jeden eine Entschuldigung bereit hatte, sollte vorbei sein.

*

Udo Klug (55) fand einen treffenden Vergleich, der die Situation beim 1. FC Nürnberg am besten charakterisiert: „Wenn einem das Wasser bis zum Hals steht, geht man erst recht unter, wenn man mit den Schwimmbewegungen aufhört.“ 1:3 haben die Nürnberger zuhause gegen Mönchengladbach verloren – fast ohne Gegenwehr. Der dritte Abstieg der Nürnberger ist vorgezeichnet, was den Manager Udo Klug aber verwundert, ist die Tatsache, daß sich die



Fußball-Kulisse
Zahlen, Fakten, Hintergründe

Spieler nicht gegen diese Entwicklung wehren: „Im Abstiegskampf müssen doch die Spieler bis an die Grenze ihres Einsatzwillens gehen. Das soll keine Aufforderung zum Foulspiel sein, aber sie müssen halt alles geben.“ Ein Mann wie **Rüdiger Abramczik** (27) aber spielt, als ginge ihn die ganze Sache nichts an. Kommentar des Managers: „Er ist kein Mann für den Abstiegskampf.“

Trainer **Heinz Höher** (45) glaubt inzwischen sogar, daß sich seine Mannschaft innerlich schon lange mit dem Abstieg abgefunden hat. Höher, gewöhnlich kein Mann großer und offener Worte, gewährte am Samstag schonungslos Einblicke ins Innenleben: „Ich habe schon in der Woche im Training festgestellt, daß sich die Mannschaft in Einzelteile zerlegt hat. Wir dürfen uns aber noch nicht aufgeben, solange noch eine theoretische Chance besteht.“

Das Nürnberger Präsidium war angesichts der Offenbarung des Trainers ziemlich überrascht. Manager Klug: „Damit hatten wir nicht gerechnet.“ Das Drumherumreden hat ohnehin in Nürnberg keinen Zweck mehr. Viel zu lange wurde das Geschehen zu blauäugig gesehen. Vom UEFA-Pokalplatz hatte noch der alte Präsiden **Michael A. Roth** (47) geträumt. Mit Abramczik und **Manfred Burgsmüller** (34) sollte die Vorstellung realisiert werden. Doch der Erfolg wollte sich nicht so schnell einstellen. Schon im Oktober wurde Udo Klug, damals nur noch Trainer, von seinem Posten zurückgezogen. Als neuer Mann kam **Rudi Kröner** (41), der aber nur 41 Tage im Amt blieb. Torwart **Rudi Kargus** (32): „Es gab damals zuviel Unruhe im Umfeld der Mannschaft.“ Udo Klug wurde wieder Manager, aus Griechenland kam Heinz Höher als Trainer.

So schnell ändern sich die Zeiten. Heute sagt Klug: „Als ich im Oktober des letzten Jahres ging, stand Nürnberg auf dem 12. Platz. Damals aber wollte das Präsidium mehr. Heute wären wir über den 12. Platz mehr als zufrieden.“

*

Kölns Torwart **Harald Schumacher** (30) und **Karl-Heinz Rummenigge** (28) haben sich ausgesprochen und alle Differenzen beigelegt. Schumacher hatte Rummeniggеs Verhalten, wegen einer Grippe nicht zum Länderspiel nach Hannover zu kommen, als eine „Unverschämtheit“ bezeichnet. Vor dem Spiel im Münchner Olympiastadion haben die beiden die Sache aus der Welt geräumt. Rummenigge: „Ich habe ihm meine Version erzählt. Danach hat er die Sache in einem völlig anderen Licht gesehen. Anscheinend ist er falsch informiert worden.“

Wie auch immer, nun ist die Sache vergessen. Obwohl Schumacher noch lange an diesen Tag in München denken wird. In einem Zweikampf mit Rummenigge nämlich hat er sich verletzt. Mit schmerzverzogenem Gesicht schleppte er sich zum Bus. Gestern nachmittag waren die Schmerzen im Knie so groß, daß Schumacher noch zum Arzt gehen mußte.

Fast sechs Minuten mußte das Spiel in München unterbrochen werden, weil sich der Schweizer Schiedsrichter **Willi Jaus** (40) einen Muskelfaserriß in der linken Wade zuzog. Sein Linienrichter **Arturo Martino** (39) mußte für ihn einspringen. Der zufällig im Stadion anwesende Bundesliga-Schiedsrichter **Aaron Schmidhuber** (38) aus Ottobrunn sprang als Linienrichter ein.

Dem Tempo der Kölner waren die Bayern in den ersten 45 Minuten auch nicht gewachsen. Erst als Udo Lattek zur Pause „einige freundliche Worte in der Kabine“ gesagt hatte, drehten die Bayern den Spieß noch einmal um und holten den 0:2-Rückstand noch auf. Udo Lattek: „Eigentlich hätte ich zur Pause acht bis neun Spieler auswechseln müssen.“

Mönchengladbach stürmte mit sechs Siegen hintereinander nach vorne

								Heim		Auswärts	
1.	München	26	16	5	5	63:27	37:15	46:8	24:2	17:19	13:13
2.	Gladbach	26	16	5	5	60:35	37:15	40:12	25:1	20:23	12:14
3.	Stuttgart	26	14	8	4	55:26	36:16	36:8	23:3	19:18	13:13
4.	Hamburg	26	15	5	6	58:29	35:17	45:16	22:6	13:13	13:11
5.	Bremen	26	13	6	7	54:33	32:20	37:8	22:4	17:25	10:16
6.	Leverkusen	26	11	6	9	44:43	28:24	29:13	21:5	15:30	7:19
7.	Düsseldorf	26	10	6	10	52:46	26:26	38:15	19:7	14:31	7:19
8.	Köln	26	11	4	11	47:42	26:26	28:16	17:9	19:26	9:17
9.	K'lautern	26	10	5	11	56:50	25:27	33:18	18:10	23:32	7:17
10.	Bielefeld	26	9	7	10	33:40	25:27	20:15	16:10	13:25	9:17
11.	Uerdingen	26	9	7	10	46:54	25:27	26:21	17:9	20:33	8:18
13.	Braunschweig	26	10	3	13	40:59	23:29	27:15	18:6	13:44	5:23
12.	Mannheim	26	6	11	9	30:34	23:29	18:16	13:11	12:27	10:18
14.	Dortmund	26	8	6	12	38:48	22:30	26:14	18:10	12:34	4:20
15.	Bochum	26	7	6	13	44:59	20:32	27:19	16:8	17:40	4:24
16.	Frankfurt	26	4	11	11	32:48	19:33	18:16	14:14	14:32	5:19
17.	Offenbach	26	5	5	16	33:79	15:37	21:23	13:11	12:56	2:26
18.	Nürnberg	26	6	2	18	30:54	14:38	26:21	14:12	4:33	0:26

● Mit 150 737 Zuschauern gab es am 26. Spieltag einen schwachen Besuch. Der Durchschnitt von 16 748 Zuschauern pro Spiel entspricht etwa dem Jahresdurchschnitt des Aufsteigers Bayer Uerdingen (16 596), der in einer Tabelle nach Zuschauerzahlen auf dem 12. Platz liegt. In dieser Tabelle führt weiter der FC Bayern München mit 29 577 Besuchern pro Heimspiel. Doch ausgerechnet an diesem Spieltag, an dem mit dem 1. FC Köln ein interessanter Gegner im Olympiastadion auftrat, sank der Durchschnittsbesuch des Titelaspiranten erstmals unter die 30 000-Grenze.

● Karl-Heinz Rummenigge wird wohl auch in seinem letzten Bundesliga jahr Torschützenkönig werden. Sein Treffer zum 1:2 im Spiel gegen den 1. FC Köln war sein 20. in dieser Saison. Damit führt er in der Torschützenliste mit fünf Toren Vorsprung vor Schreier (Bochum) und Mill (Mönchengladbach). Rummenigges Tore gegen Köln hat statistischen Seltenheitswert. Der Kapitän der Nationalmannschaft fünf Jahre lang gegen Torwart Harald Schumacher erfolglos. Mit insgesamt 155 Treffern liegt Rummenigge auf Platz acht der ewigen Bundesliga-Rangliste, in der immer noch Gerd Müller führt.

● Zum zweiten Mal gab es in dieser Saison kein Unentschieden. Die Bilanz der bisher 234 Spiele sieht so aus: 138 Heimsiege, 54 Unentschieden und nur 42 Auswärtssiege. Ausgerechnet beim Hamburger SV feierte Aufsteiger Waldhof Mannheim seinen ersten Sieg in diesem Jahr. Am längsten ohne Sieg ist jetzt Fortuna Düsseldorf mit 1:13 Punkten aus den letzten sieben Spielen. Dagegen stürmte Mönchengladbach mit 12:0 Punkten aus den letzten sechs Spieltagen auf den zweiten Tabellenplatz vor. Mit 14:4 Punkten sind die Gladbacher beste Mannschaft der Rückrunde – vor München und dem HSV (13:5).

CANON BRINGT FARBE
AUF'S PAPIER.

Die Faszination der Farben beim Kopieren. Fortschrittliche Canon-Technologie setzt Maßstäbe, schafft neue überraschende Anwendungsmöglichkeiten mit zukunftsorientierter Technik.

Die neue Kopierer-Generation liefert überzeugende Beispiele.
Canon bekennt Farbe – jetzt auf der Hannover-Messe.

4. bis 11. April 1984.
CeBit 1,
Stand C-6006, 6007/6206.

Canon
BEIM KOPIEREN 1. WAHL

HAMBURG / Ist der Titel nach dem überraschenden 2:3 gegen Mannheim noch zu verteidigen?

● **Das sind die großen Vier** im Kampf um die deutsche Fußball-Meisterschaft dieses Jahres: Bayern München, Borussia Mönchengladbach, VfB Stuttgart und der Titelverteidiger Hamburger SV. Bei diesem Vierkampf haben offensichtlich die Hamburger nach ihrer Niederlage gegen Waldhof Mannheim die schlechtesten Karten. Nicht nur deshalb, weil sie nun schon drei Punkte Rückstand auf München und Gladbach haben. Der Meister muß auch, im Gegensatz zu seinen Konkurrenten, noch fünfmal zu Auswärtsspielen antreten. Die anderen Klubs spielen noch viermal zu Hause und viermal auswärts. Das sind die Restprogramme der vier Titelaspiranten:

● **Bayern München:** Stuttgart (zu Hause/H), Nürnberg (auswärts/A), Bremen (A), Frankfurt (H), Hamburg (A), Kaiserslautern (H), Dortmund (A), Uerdingen (H).

● **Mönchengladbach:** Frankfurt (H), Hamburg (A), Mannheim (A), Kaiserslautern (H), Dortmund (A), Uerdingen (H), Leverkusen (A), Bielefeld (H).

● **Stuttgart:** München (A), Düsseldorf (H), Bochum (A), Nürnberg (A), Offenbach (H), Frankfurt (H), Bremen (A), Hamburg (H).

● **Hamburg:** Bochum (A), Mönchengladbach (H), Bielefeld (A), Köln (A), München (H), Nürnberg (A), Frankfurt (H), Stuttgart (A).

● **Auffällig ist:** Nur Mönchengladbach braucht nicht mehr gegen einen der direkten Konkurrenten anzutreten.



Mannheims Trainer Klaus Schlappner in übermütiger Siegerlaune: Er hat sich vor Begeisterung den Hamburger SV an den Hut gesteckt – allerdings nur als Aufkleber. FOTO:BONGARTS

Schatzschneider bleibt weiter der Sündenbock
Netzer sagt trotzig: „Wir geben uns nicht auf"

BERND WEBER, Hamburg

Die Ausgangslage vor dem Spiel hätte eindeutiger nicht sein können: Auf der einen Seite stand der Titelverteidiger HSV, der nach hochkarätigen Krisen im Mittelstück der Meisterschaftssaison, wieder rechtzeitig in Form gekommen zu sein schien. Acht Spiele hintereinander ohne Niederlage ließen diesen Schluß zu. Gegner SVW Mannheim hatte vor seinem Auftritt im Hamburger Volksparkstadion eine extrem gegenteilige Serie vorzuweisen, nämlich zehn Auftritte in Serie ohne Sieg. Ganz klar, bei solchen Voraussetzungen wurde vor dem Anstoß nur über die Höhe des HSV-Sieges diskutiert. Mannschaftskapitän Felix Magath trug nicht unerheblich dazu bei, indem er in Interviews forderte: „Gegen Mannheim müssen wir etwas für unser Torverhältnis tun." Gemeint war, den Gästen hatte er nur eine Statistenrolle zugedacht. Denen würde man schon den Laden voll hauen.

Nun ist es eine alte Weisheit, daß es immer schlecht ist, wenn man das Fell des Bären verteilt bevor man ihn erlegt hat. Punkt 17.12 Uhr im Volksparkstadion: Schiedsrichter Ahlenfelder aus Oberhausen pfeift das vermeintlich ungleiche Duell ab. Auf dem Rasen hüpfen die Mannheimer Spieler geradezu fassungslos vor Freude aufeinander zu. Die HSV-Stars verlassen die Arena mit gesenkten Köpfen. Verhöhnt, verspottet von den 17 000 Zuschauern. Trainer Ernst Happel ist entsetzt und beschönigt nach der 2:3-Sensations-Heimniederlage nichts. In der Pressekonferenz sagte er: „Was meine Mannschaft geboten hat, war katastrophal. Ich werde aus dem, was ich gesehen habe, knallharte Konsequenzen ziehen." Welcher Art die sein werden, wollte der Österreicher indes nicht erläutern. „Es wäre Unsinn, das in der Öffentlichkeit auszubreiten."

Es fiel den Zuhörern jedoch nicht sonderlich schwer zu erraten, wen an erster Stelle der Trainer bei seiner massiven Kritik ins Visier genommen hatte – natürlich Mittelstürmer Dieter Schatzschneider. Der war nur aufgestellt worden, weil Wolfgang Rolff sich vergangenen Mittwoch beim Länderspiel gegen die UdSSR verletzt hatte. Und wieder einmal konnte Schatzschneider seine Chance nicht nutzen. Zum einen versiebte er hochkarätige Torchancen. Schlimmer noch, er ließ nahezu jeglichen Einsatz vermissen. Überwiegend stand er auf der Stelle – und dabei häufig genug den eigenen Mannschaftskameraden im Wege. Nach dem Abpfiff verließ der Mittelstürmer die Kabine schweigend. Mit den Hamburger Journalisten hatte er schon vor langem gebrochen. Am letzten Mittwoch hatte er auch die letzten bis dahin noch bestehenden Bande zerrissen als er sie in einem Fernseh-Interview als „Aushilfsschreiber" beschimpfte. Im Freundeskreis beklagte sich Schatzschneider am Samstagabend: „Die haben in mir einen Sündenbock gefunden und hauen alle mit Wonne auf mich drauf."

Tatsächlich wird schon seit einiger Zeit als nahezu gesicherte Erkenntnis gehandelt, daß Schatzschneider vorzeitig aus seinem Zweijahresvertrag entlassen und in der nächsten Saison für Schalke 04 stürmen werde. Doch Günter Netzer dementierte der WELT gegenüber energisch: „Erst wenn die Saison am 26. Mai beendet ist, werden wir darüber beraten, was mit Schatzschneider wird." Diese Antwort habe er im übrigen auch dem 1. FC Köln gegeben, der bisher als einziger Verein offiziell an den HSV herangetreten sei. Keinen Hehl machte Netzer jedoch daraus, daß der Trainer und er selbst mit Schatzschneider „absolut unzufrieden" seien. Trotz der elf Tore, die der bisher für seinen Arbeitgeber geschossen habe. Netzer: „Obwohl wir ihn immer wieder eindringlich dazu auffordern im Spiel mehr zu arbeiten und zu laufen, kommt da nichts." Da liegt zumindest der Schluß nahe, daß der Gescholtene nun endgültig seinen Stammplatz auf der Reservebank haben wird. Und es ist, zumindest aus Hamburger Sicht, zu befürchten, daß der HSV seine Träume von der dritten Meisterschaft hintereinander am Samstag ausgeträumt hat. Netzer sieht das anders: „Bei noch acht ausstehenden Spielen haben wir zwei Punkte Rückstand auf die führenden Bayern München und Mönchengladbach. Und beide kommen noch zu uns. Wir selbst schreiben uns jedenfalls noch längst nicht ab." Da schwingt vielleicht eine erhebliche Portion Zweckoptimismus mit. Andererseits aber gab der Manager zu, daß ihn das Debakel gegen Mannheim bis ins Mark getroffen und zu neuen Überlegungen über die eigene Zukunft veranlaßt habe. Noch einmal Netzer: „Ich bin jetzt sechs Jahre Manager beim HSV. Das mich das 2:3 so aufwühlt, zeigt mir, daß mein Engagement uneingeschränkt vorhanden ist. Es zeigt mir aber auch, daß ich es nicht mehr allzulange in diesem knüppelharten Geschäft aushalten werde. Ich will nun wirklich nicht mehr ausschließen, daß ich im nächsten Jahr, wenn mein Vertrag ausgelaufen ist, aussteigen werde."

Daß sich die Stimmungslage auf Mannheimer Seite von der Netzers, Happels und Schatzschneiders erheblich unterschied, lag auf der Hand. Trainer Klaus Schlappner war bei seinem ZDF-Sportstudio-Auftritt so aufgekratzt, daß es ihm beinahe sogar gelungen wäre, den spröden Moderator Klaus Senne aufzutauen. Und schon im Stadion hatte der 43 Jahre alte Elektromeister unter Beweis gestellt, daß er das wohl letzte, das mit Abstand liebenswerteste Original im Trainer-Gewerbe ist. Nicht nur, daß „Schlappi" wieder mehrere unnachahmliche und Bildschirm-dekorative „Rumpelstilzchen-Auftritte" hatte. Er schrieb, während die Begegnung auf des Messers Schneide stand, am Drahtzaun Autogramme für die Fans. Er benutzte, auch dies eine Novität, die Nummerntafel für die Spieler als Zeitansage für seine Jungs. Als der Schiedsrichter abpfiff, grabschte er sich spontan ein HSV-Emblem und steckte es freudestrahlend an seinen Hut. Schlappner ließ sich auch dadurch nicht die Laune verderben, daß der zweifache Torschütze Fritz Walter, der sowohl in Mannheim als auch beim 1. FC Kaiserslautern einen Vertrag unterschrieben hat, nun wohl doch zu den Lauterern wechseln wird (gestern traf er sich erneut mit FCK-Präsident Udo Sopp). Vieldeutig und spitzbübig sagte Schnauzbartträger Schlappner: „Für die neue Saison haben wir andere Pfeile im Köcher."

2. Liga

DW. Bonn

Gerät Schalke 04 völlig aus dem Tritt? Der Tabellenführer der zweiten Fußball-Liga scheint nach dem Erreichen des Halbfinales im deutschen Pokal die Luft auszugehen. Nach der 0:1-Niederlage gegen Osnabrück holte die Mannschaft von Diethelm Ferner nur 1:5 Punkten aus den letzten drei Spielen. Einen Dämpfer erhielt auch Alemannia Aachen, das im Heimspiel gegen Essen nur ein 1:1 erreichte.

DIE ERGEBNISSE

Osnabrück – Schalke	1:0	(1:0)
Aachen – Essen	1:1	(1:0)
Freiburg – Lüttringh.	3:3	(2:0)
Wattenscheid – SCC Berlin	5:1	(2:0)
Solingen – Ulm	4:2	(1:1)
Darmstadt – Köln	1:5	(8:4)
Hannover – Saarbrücken	2:1	(1:1)
Duisburg – Oberhausen	4:3	(3:1)
Hertha BSC – Kassel	2:0	(1:0)
Karlsruhe – Stuttgart	1:1	(0:0)

DIE TABELLE

1.Schalke	29	17	8	4	71:31	42:16
2.Karlsruhe	29	18	6	5	67:36	42:18
3.Duisburg	29	14	10	5	51:29	38:20
4.Kassel	29	16	5	8	56:31	37:21
5.Aachen	29	14	8	7	42:30	36:22
6.Köln	29	13	8	7	59:48	34:24
7.Solingen	29	12	8	8	54:42	33:25
8.Freiburg	20	3	13	7	48:44	51:27
9.Hertha BSC	29	10	9	10	54:47	29:29
10.Wattenscheid	28	10	7	11	47:52	27:29
11.Stuttgart	29	3	9	11	39:41	27:31
12.Saarbrücken	29	19	7	12	47:52	27:31
13.Ulm	29	3	10	11	31:49	26:32
14.Darmstadt	29	3	8	12	37:62	26:32
15.Hannover	28	8	0	11	37:49	25:31
16.SCC Berlin	29	7	8	14	31:54	22:36
17.Essen	29	6	10	13	38:49	22:36
18.Osnabrück	29	3	5	18	33:50	21:37
19.Oberhausen	29	5	8	10	34:54	18:40
20.Lüttringh.	29	5	5	19	27:65	15:43

DIE VORSCHAU

Die nächsten Spiele: Dienstag, 3.4., 20 Uhr: Nachholspiel: Hannover – Wattenscheid; **Freitag, 6.4., 20 Uhr:** Essen – Köln; **Samstag, 7.4., 15.30 Uhr:** Stuttgart – Wattenscheid, Saarbrücken – Duisburg, Schalke – Hertha, Kassel – Hannover, Solingen – Darmstadt, Ulm – Osnabrück; **Sonntag, 8.4., 15 Uhr:** Oberhausen – Freiburg, SCC Berlin – Aachen, Lüttringhausen – Karlsruhe.

SPORTJUGEND / Thema Arbeitslosigkeit

Willi Weyer warnt vor zu viel Parteipolitik

dpa, Goslar

Die acht Millionen Mitglieder zählende Deutsche Sportjugend (DSJ) hat die Jugendarbeitslosigkeit als neues Problemfeld „entdeckt". Bei dem Versuch, die düstere Weltansicht von 300 000 arbeitslosen Jugendlichen durch sportliche Angebote aufzuhellen, will sich der alte und neue DSJ-Vorsitzende Peter Hanisch (Berlin) auch nicht von Willi Weyer, Präsident des Deutschen Sportbundes (DSB), ins Abseits stellen lassen. „Wir haben ein politisches Mandat und müssen bei lebenswichtigen Fragen mitdiskutieren. Dabei muß man über alle Möglichkeiten sprechen, mit denen jungen Menschen geholfen werden kann", verkündete Hanisch auf der Vollversammlung der größten Jugendorganisation der Bundesrepublik am Samstag in Goslar.

In seiner Grundsatzrede am Tag zuvor hatte DSB-Präsident Willi Weyer den Zeigefinger vor den Delegierten erhoben. Die Warnung vor parteipolitischen Diskussionen und die Forderung, sich nicht in den tarifpolitischen Konflikt um die 35-Stunden-Woche einzumischen, drückte Weyers Unbehagen vor einer neuen gesellschaftspolitischen Offensive der Nachwuchsorganisation aus. Die DSJ hatte schon in der Vergangenheit mit ihrer Vorreiterrolle bei brisanten Themen wie „Sport und Umwelt", „Sport und Ausländerintegration" oder „Sport und Frieden" den DSB zu eigenen Aktionen und Stellungnahmen veranlaßt.

Trotz aller verbaler Aufforderungen, in die „soziale Offensive" zu gehen und „ruhig hin und wieder über das Ziel hinauszuschießen", gehen Weyer offensichtlich einige Aktivitäten zu weit. Das problematische und noch nicht ausdiskutierte Friedensthema erwähnte er in seiner Grundsatzrede mit keiner Silbe.

Einige jüngere Delegierte sprachen sogar von einem „tiefen Graben" zwischen DSJ und DSB. Doch Peter Hanisch erwies sich als Brückenbauer. Der 48jährige Berliner Polizeidirektor verteilte geschickt Zuckerbrot („das Verhältnis zum DSB ist trotz Meinungsunterschiede in einigen Fragen ungetrübt") und Peitsche („der DSB-Präsident wird meine Standhaftigkeit nicht ein zweites Mal unterschätzen").

Die Basis der DSJ ist aber um Selbständigkeit und mehr Einfluß gegenüber dem DSB bemüht. Ein Antrag des Vorstandes, der eine bereits vor zwei Jahren beschlossene Satzungsänderung, mit der die Eigenständigkeit der DSJ gegenüber dem DSB betont wurde, in neuer gemäßigter Form festschreiben wollte, wurde von den Delegierten aus den Fachverbänden und Landessportbünden abgelehnt.

Im Gleichschritt marschieren die beiden Sportorganisationen, wenn es gilt, Streichungen bei den Zuschüssen abzuwehren. Selbst das Einfrieren der ohnehin nur geringen Mittel will Hanisch nicht akzeptieren. Statt der benötigten fünf Millionen Mark wurden der DSJ 1983 nur 1,96 Millionen Mark für internationale Begegnungen bewilligt. Im Olympiajahr steht die Errichtung eines Jugendlagers in Los Angeles, für das sich bisher 20 Länder gemeldet haben, im Mittelpunkt.

Abgeschlossen wurde ein Vertrag über einen gegenseitigen Jugendaustausch mit der Freien Deutschen Jugend (FDJ) der „DDR". Der in Goslar unterzeichnete und bis Jahresende befristete Vertrag sieht das „Kennenlernen von Land und Leuten" sowie „sporttouristische Treffen" vor. Die Vereinbarung, so der BSJ-Vorsitzende, erfolge nicht im Alleingang, sondern sei in allen Punkten mit der Führung des Deutschen Sport-Bundes abgestimmt.

SPORT-NACHRICHTEN

Rechnungsprüfung

Los Angeles (UPI) – Ein Stadt-Vertreter von Los Angeles hat beim Organisationskomitee (OK) der Olympischen Sommerspiele eine Rechnungsprüfung angeordnet. Das OK steht unter Verdacht, bei dem Verkauf von Eintrittskarten, Hotelreservierungen und anderen Geschäften keine Steuern abgeführt zu haben.

Gemeinsames Team

Seoul (UPI) – Das kommunistische Nordkorea hat Südkorea vorgeschlagen, sich an einer gesamtkoreanischen Mannschaft für die Olympischen Sommerspiele in Los Angeles zu beteiligen. Ein Sprecher des Olympischen Komitees Südkorea erklärte, daß der Vorschlag nicht neu sei, daß man sich aber damit befassen werde.

Kasparow gewann 9. Partie

Wilna (dpa) – Garri Kasparow (UdSSR) steht vor dem Sieg im Finale des Kandidatenturniers zur Schachweltmeisterschaft, nachdem am Samstag Ex-Weltmeister Wassili Smyslow (UdSSR) die am Vortage abgebrochene Partie ohne Wiederaufnahme verloren gab. Kasparow führt bei nur noch vier ausstehenden Partien 6:3 und benötigt nur noch 2,5 Punkte zur Qualifikation für den Weltmeisterschaftskampf mit Anatoli Karpow (UdSSR).

ATS startet in Südafrika

Bad Dürkheim (dpa) – Der deutsche Rennstall ATS wird mit Manfred Winkelhock weiter Formel-1-Rennen bestreiten. Winkelhock wird am 7. April beim 2. Weltmeisterschaftslauf um den Großen Preis von Südafrika in Kyalami starten.

Nolte gewann Turnier

München (sid) – Das „Münchner Schwert" der Säbelfechter gewann der viermalige deutsche Meister Jürgen Nolte (St. Augustin) nach einem 10:4-Finalsieg gegen den Ungarn Benze Scabo.

Sieben Monate Haft

Monza (dpa) – Der französische Formel-1-Pilot Jean-Pierre Jarier wurde von einem Gericht in Monza zu sieben Monaten Haft auf Bewährung und zum Führerscheinentzug für diese Zeit verurteilt. Jarier hatte am 12. September 1981 in Arcore bei Mailand, am Vorabend des Großen Preises von Italien, mit seinem Porsche einen zehnjährigen Jungen tödlich verletzt.

Milser wurde Zweiter

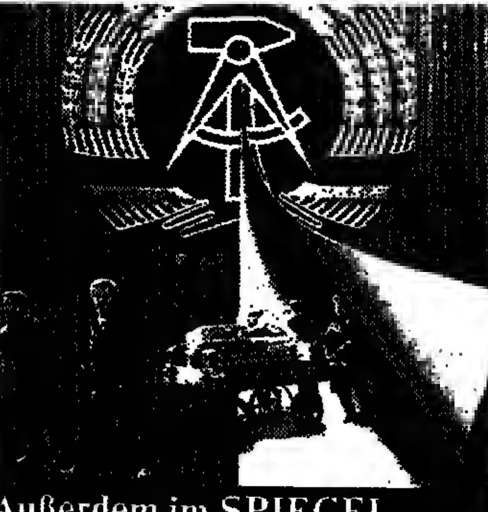
Bordeaux (sid) – Der Deutsche Rolf Milser (Duisburg) steigerte beim EG-Pokalturnier der Gewichtheber seinen eigenen deutschen Rekord im Stoßen des ersten Schwergewichts von 216 auf 217,5 kg und gewann auch den Zweikampf seiner Kategorie mit 382,5 (165 + 217,5) kg.

Sieg für Bunge

Boston (UPI) – Bei dem mit 150 000 Dollar dotierten Damen-Tennis-Tunier in Boston erreichte Bettina Bunge (Cuxhaven) mit einem 6:4, 7:6-Sieg über Kim Sands (USA) die dritte Runde. Claudia Kohde (Saarbrücken) mußte wegen einer Erkrankung kampflos aufgeben.

DIE DEUTSCHEN KOMMEN

DDR-AUSWANDERUNG – WIE LANGE NOCH?



Außerdem im SPIEGEL dieser Woche:

„Honecker ist kein Träumer" Eine Analyse von Ex-Staatssekretär Klaus Bölling, ehemals Bonns Vertreter in Ost-Berlin.

Die Parteigenerale Geißler (CDU) und Glotz (SPD) im Streitgespräch über die künftige Strategie der beiden Volksparteien.

USA 1984 – das Jahr der Exekutionen: Auf dem Vollzugskalender der US-Justiz stehen 50 Hinrichtungen.

DER SPIEGEL

HANDBALL / Endspiele im Europacup: Großwallstadt erfolgreich, die Damen aus Leverkusen und Oldenburg verloren

Kurt Klühspies: „Mein letzter Erfolg, jetzt ist Schluß"

sid/dpa, Elsenfeld

„Das ist absolut mein letzter Erfolg, jetzt ist Schluß" – Kurt Klühspies, einer der besten deutschen Handballspieler, hat seinen Abschied von der internationalen Bühne noch einmal mit einem Pokalgewinn gekrönt. Mit dem TV Großwallstadt gewann Klühspies das zweite Finale im IHF-Pokal gegen den dänischen Vertreter Gladsaxe Kopenhagen knapp mit 20:19 (11:9). Das Hinspiel in Dänemark hatte der Bundesliga-Tabellenführer mit 18:15 gewonnen.

Mit dem Pokal in der Hand lief Kurt Klühspies seine letzte Ehrenrunde. Der 32 Jahre alte Rückraumspieler hat alles gewonnen, was es im Handball zu gewinnen gibt. 1976 gehörte er der deutschen Weltmeistermannschaft an. Mit seinen sechs Treffern versüßte sich der 104malige Nationalspieler seinen Abschied selbst. Klühspies: „Alle sagen, ich könnte doch noch weiterspielen. Aber es geht nicht mehr. 14 Jahre Bundesliga hinterlassen ihre Spuren. Jetzt muß ich meinem Körper Ruhe gönnen."Die Handball-Damen des siebenmaligen deutschen Meisters Bayer 04 Leverkusen haben es nicht geschafft: Eine Woche nach dem 22:16 in eigener Halle siegte der hohe Favorit Radnicki Belgrad auch im zweiten Finalspiel in Leverkusen mit 20:19 (11:8) und gewann damit zum dritten Male nach 1976 und 1980 den Europacup der Landesmeister. Der Pokal der Internationalen Handball- Föderation (IHF) ging an Chimistul Vilcea aus Rumänien. Die Rumäninnen besiegten den VfL Oldenburg vor 4200 Zuschauern mit 21:29 (10:15), nachdem sie bereits das Hinspiel mit 22:18 gewonnen hatten.

Mit nur einem Tor Differenz verloren die Leverkusenerinnen gegen Radnicki Belgrad. 21 Ballverluste in 60 Minuten, zudem 20 Fehlschüsse und zwei vergebene Strafwürfe deuten an, wie sehr sich die Leverkusener Damen einen durchaus möglichen Sieg selbst unmöglich machten. Aber ihre schier unbeugsame Kampfmoral imponierte trotzdem. Sie hätte nach dem 15:19 in den letzten sieben Minuten fast noch einmal den Ausgleich gebracht. „Belgrad hat verdient gewonnen, weil unser Rückraum zu schwach war." Gisela Hoey, über viele Jahre Mannschaftskapitän und mit 180 Länderspielen ehemalige Rekordnationalspielerin, nannte eine wesentliche Leverkusener Schwäche.

Vierzig Fans des deutschen Handball-Vizemeisters der Frauen, des VfL Oldenburg, hatten sich vierzig Stunden lang im Reisebus auf den Weg gemacht, um in der rumänischen Kleinstadt Vilcea am Fuße der Karpaten ihre Mannschaft zu unterstützen. Als der VfL Oldenburg das Finale um den IHF-Pokal mit 21:29 (10:15) bei Chimistul Vilcea verloren hatte, überreichten ihnen die deutschen Zuschauer einen eigens dafür mitgebrachten riesengroßen Pokal – gewissermaßen einen Trostpreis.

„Mehr war nicht drin. Aber es war ein einmaliges Erlebnis, in dieser Halle zu spielen", meinte Oldenburgs frühere Nationalspielerin Rita Köster. Bei ihrem ersten Einsatz nach einer dreimonatigen Verletzungspause war sie mit acht Treffern erfolgreichste Oldenburger Werferin und gleichzeitig beste Spielerin. Auch die zeitweilige Manndekkung durch Christine Kynast hinderte die 120fache Nationalspielerin nicht am Torewerfen.Ihre Schwester Edith erzielte fünf Treffer „Dieses Profiteam ist von westeuropäischen Mannschaften nicht zu schlagen", sagte Oldenburgs Trainer Robert Schumann. Der VfL Oldenburg, der auch noch mit Chancen um die deutsche Meisterschaft spielt, benötigte beim Abenteuer Europapokal unter dem Strich 10 000 Mark an Kosten.



Belgrad war nicht zu halten: Ljubinka Erdevicki stürmt an der Leverkusenerin Britta Vattes vorbei. FOTO:RZ

BASKETBALL / Köln ist der große Verlierer

Göttingen auch Meister Feier im „Altdeutschen" ohne Terry Schofield

dpa/sid/DW. Köln

Jubel in Göttingen, Bestürzung in Köln: Während das Team von Trainer Terry Schofield nach dem Pokalgewinn (gegen Köln) nun auch den deutschen Basketball-Titel zum dritten Mal nach 1980 und 1983 gewann, stehen die Kölner – Meister 1981 und '82, Pokalsieger 1980, '81 und '83 – erstmals seit fünf Jahren mit leeren Händen da.

Sechs Tage nach dem 81:73 daheim triumphierten die Göttinger in Köln noch deutlicher mit 86:77. „Während sich Göttingen in Top-Form präsentierte, waren wir im entscheidenden Moment in einem desolaten Zustand," sagte Kölns Mäzen Fritz Waffenschmidt und kritisierte damit zugleich den israelischen Trainer Ralph Klein. Bundestrainer Klein: „Göttingen hatte einfach die besseren Wurfquoten. Die Ursache kann ich nicht erklären. In der Zwischenrunde haben wir zu Hause fast immer über 100 Punkte erzielt."

Klein hatte in Verkennung von Situation und Mentalität im deutschen Basketball professionelle Bedingungen vorausgesetzt und trotz der vierfachen Belastung (Meisterschaft, Pokal, Europapokal, Nationalmannschaft) Rauhbau mit den Kräften seiner offensichtlich überforderten Spieler getrieben. Bestes Beispiel: Nationalmannschaftskapitän Michael Pappert wirkte völlig ausgelaugt und erzielte zehn seiner (nur) zwölf Punkte in der Endphase, als das Spiel schon verloren war. Der Amerikaner Fronk kam zwar auf 25 Punkte, schien nach seinem pausenlosen 40-Minuten-Einsatz am Ende aber stehend k.o.

Nun wird in Köln analysiert und für die nächste Saison geplant. Ein bekannter Aufbauspieler soll verpflichtet werden. Gleich fünf Spieler stehen dagegen als Abgänge zur Diskussion: Arpe, Fronk sowie Steffen, Mock und Ludwig. Mäzen Waffenschmidt, der letzte Woche seine Schallplatten-Firma verkaufte und eine dreiviertel Million Mark in die Mannschaft investierte, will seine Unterstützungen auch künftig aufrecht erhalten. Waffenschmidt: „Mit Vernunft und Fingerspitzengefühl wollen wir drei, vier Leute kaufen, die zu uns passen." Namen werden schon an der Gerüchtebörse gehandelt: Peters (Göttingen), Kadlec (Wolfenbüttel), Sauer (Heidelberg), Kanieski (Gießen).

Es war am Sonntag morgen, um 2.30 Uhr, als die Göttinger Basketballmannschaft endlich in ihrer Stammkneipe „Zum Altdeutschen" feiern konnte. Trainer Terry Schofield, ansonsten auch Stammkunde im „Altdeutschen", fehlte diesmal, er hat die Grippe. Schade, denn ohne den Kalifornier ist Basketball in seiner jetzigen Art in Göttingen gar nicht denkbar. Vor zehn Jahren lehnte Schofield ein Profi-Angebot aus San Diego ab, um ausgerechnet in der altehrwürdigen deutschen Universitätstadt Basketball zu spielen. Der Mann aus Santa Monica betreibt inzwischen gewissermaßen Ahnenforschung in Amerika. Er sucht gemeinsam mit amerikanischen Helfern nach hochgewachsenen, des Basketball kundigen Nachfahren deutscher Einwanderer. Die nämlich lassen sich leichter in eine deutsche Mannschaft, wie zum Beispiel den ASC 46 Göttingen, einbauen.

Früher war Schofield auch Spieler in Göttingen. Heute ist der Lektor im englischen Seminar der Universität Trainer des deutschen Basketballmeisters. Schofield holte aus den USA Spielerpersönlichkeiten nach Göttingen, wie zum Beispiel den jetzigen Spielmacher Donald Mason. Doch das ist nur ein Teil der Erfolgsgrundlage. Weil Terry Schofield auch weiterhin hervorragende Verbindungen zu amerikanischen High Schools unterhält, kann er auch deutsche Spieler in die USA schicken. Die besten Göttinger Jugendlichen leben meist ein Jahr lang in Amerika, spielen dort in High-School-Teams und kommen dannach in die Göttinger Mannschaft zurück. Die Göttinger zahlen für solche Unternehmungen allenfalls die Flugkosten. Untergebracht werden ihre Basketball-Lehrlinge bei amerikanischen Familien, mit denen Schofield befreundet ist.

Das ist es eben: Schofields Göttinger Modell.

RAD / Lammerts gewann Flandern-Rundfahrt

Die Stars schliefen

U.FIBELKORN, Meersen

Nur einen Moment paßten die großen Stars kurz vor dem Ziel nicht auf, da setzte sich auf der linken Straßenseite im Sog der Kamerafahrzeuge der 23jährige Holländer Johan Lammerts aus der Spitzengruppe ab und gewann völlig überraschend die klassische Flandern-Rundfahrt. Ein Außenseitersieg beim Klassiker der Klasssiker nach 268 Kilometern über Kopfsteinpflaster, bei empfindlicher Kühle und fast ständigem steifem Gegenwind. Zweiter wurde der renommierte Ire Sean Kelly vor dem Belgier Jan-Luc Vandenbroucke. Gregor Braun aus Neustadt belegte den siebenten Platz, der französische Tour-Sieger Laurent Fignon - Letzter am gefürchteten Koppenberg - stieg vorzeitig aus.

Braun startet jetzt für das französische Team „La Redoute". Er kämpft noch immer um einen Sieg bei einem klassischen Eintagsrennen, doch vor dem Start der diesjährigen Flandern-Rundfahrt sagte er: „Wir fahren bei diesem Rennen mit zwei Leuten als Kapitän. Der eine ist Jean-Luc Vandenbroucke, der andere bin ich. Jeder kann seine Chance suchen." Für den Belgier, der schon seit Jahren bei „La Redoute"im Sold steht, ist die Ausgangslage günstiger. Er hat eher die Mannschaft hinter sich, als Gregor Braun. So sagte auch Teamchef Bernard Thevenet, der frühere französische Tour-Sieger: „Jean-Luc ist unser Klassiker-Jäger." Beim Saison-Auftakt Gent-Gent belegte Vandenbroucke den zweiten Platz, jetzt wurde er Dritter.

Für den 23jährigen Holländer Jan Lammerts war es der erste Sieg in einem großen internationalen Rennen. Lammerts gehört in diesem Jahr zum Team des früheren Sechstage-Stars Peter Post aus Amsterdam.

TURNEN / Nach 15 Jahren Arbeit: TK Hannover ist deutscher Meister

Das Comeback von Andreas Aguilar

dpa / K.Bl. Hannover

15 Jahre nach dem Neubeginn haben die Kunstturner des TK Hannover ihr Ziel endlich erreicht: Mit der neuen Rekord-Punktzahl von 229,60 (bisher KTV Stutttgart 228,30) sicherte sich die von dem in überragender Form turnenden Alfred Lefebre angeführte Riege erstmals die deutsche Meisterschaft. Im geschlagenen Feld: Nach dem dritten Gerät schon Titelverteidiger Bayern München, KTV Stuttgart und die TG Saar.

1964, 1965 und 1983 jeweils drittplaciert, konnte der TK Hannover sogar die durch Nervosität erlittenen Punkteinbußen seiner Stars Andreas Japtok (8,95 am Seitpferd) und des durch eine Verletzung gehandikapten Andreas Aguilar (8,55 am Reck) verkraften.

„Es gab ein paar hervorragende Leistungen, aber zur Euphorie ist noch kein Grund," kommentierte Helmut Meyer, der Direktor des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL), die Form der neun Olympia-Kandidaten. Cheftrainer Philipp Fürst sieht nun die wichtigste Aufgabe darin, seinen Kunstturnern Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein zu vermitteln. Fürst: „Wir wollen nicht ängstlich unseren achten WM-Platz verteidigen, sondern um eine Verbesserung kämpfen. Rang sechs ist möglich."

Doch zur Zeit genügt lediglich die Ringe-Kür des Hannoveraners Andreas Aguilar allerhöchsten internationalen Ansprüchen. Der 22 Jahre alte Student erhielt nicht nur die Tageshöchstnote von 9,90 Punkte, sondern auch dieses Lob von Bundeskunstturnwart Matthes: „Diese Übung ist medaillenverdächtig." Aguilar, in Barcelona geboren, auf den Philippinen aufgewachsen, begann erst mit 14 Jahren mit dem Kunstturnen. Der zweimalige deutsche Meister an den Ringen verblüffte die Fachwelt, als er bei den internationalen ungarischen Meisterschaften in Budapest nur einem Chinesen den Vortritt lassen mußte. Doch im September 1983 zog er sich einen Bruch des rechten Kahnbeines zu. Als Aguilar nun bei den deutschen Meisterschaften antrat, tat er es mit einer Schraube im rechten Fuß. Das hinderte ihn, an allen Geräten zu turnen. In Hannover mußte er die Vorführung am Boden auslassen - der Fuß schmerzte noch allzusehr. Doch ein gelungenes Comeback war es allemal.

Aguilars Ringekür zeichnet sich gegenüber jener der Konkurrenz hauptsächlich durch einen ständigen Wechsel zwischen Kraft- und Schwungteilen aus. Zur Zeit arbeitet Aguilar daran, seinen Abgang – Doppelsalto gebückt mit ganzer Schraube – in den Griff zu bekommen.

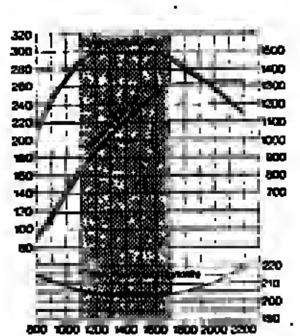
Schade, daß Rudolf Diesel das nicht mehr erlebt hat: M.A.N.-Formel 6.

Es war Rudolf Diesel, der 1897 bei M.A.N. den ersten Diesel-Motor der Welt entwickelte. Und 1923 entstand – auch bei M.A.N. – der Welt erster Fahrzeug-Dieselmotor mit Direkteinspritzung.

Eine lange Geschichte. Und was ist daraus geworden?

Eine heute einzigartige Motoren-Generation: die Formel 6 von M.A.N.

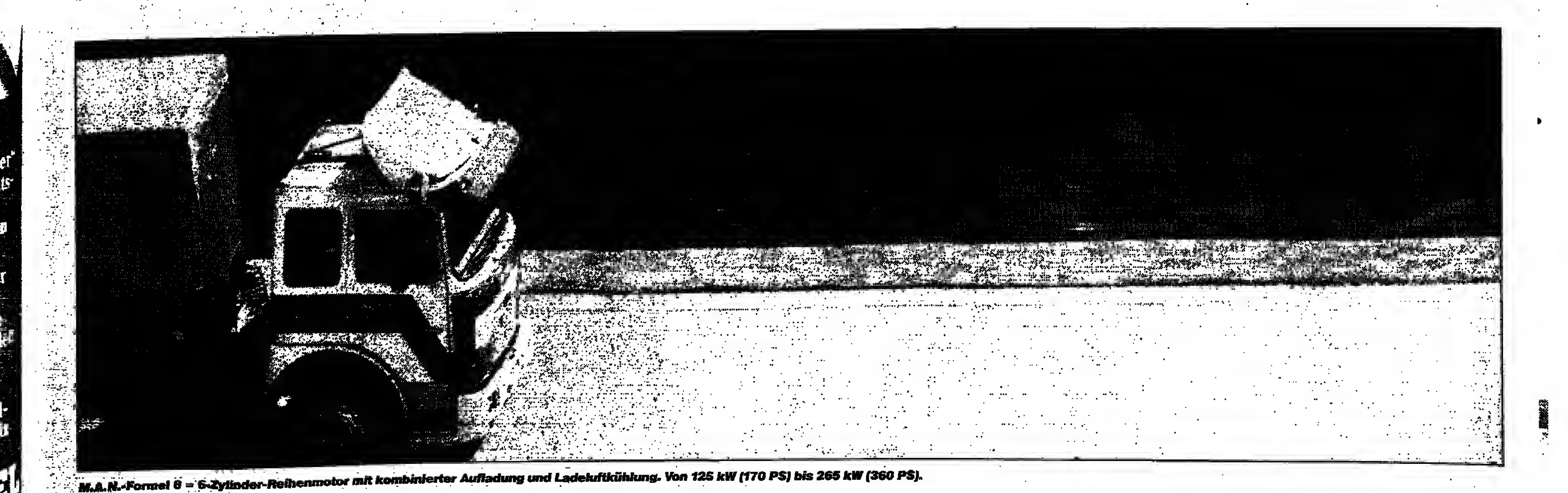
Und an deren Spitze steht ein Triebwerk besonderer Prägung. In einem Lkw von außergewöhnlicher Leistung.



Die jüngste Entwicklung, der M.A.N. 19.361 – natürlich mit Formel 6-Triebwerk – erzielte reihenweise Klassenrekorde. Im In- und Ausland. Die internationale Fachpresse bescheinigte: Extrem niedriger Verbrauch bei hoher Transportgeschwindigkeit.

Verständlich, daß solche Eigenschaften immer wichtiger werden, wo Kostensenkung und Zeitersparnis immer mehr an Bedeutung gewinnen.

M·A·N
DER NAME FÜR NUTZFAHRZEUGE.



M.A.N.-Formel 6 = 6-Zylinder-Reihenmotor mit kombinierter Aufladung und Ladeluftkühlung. Von 125 kW (170 PS) bis 265 kW (360 PS).

Sport in Zahlen... Sport in Zahlen...

FUSSBALL

EM (U 16), Viertelfinal-Rückspiel in Hagen: Deutschland – Holland 2:2. – **Junioren-WM-Qualifikation:** „DDR" – Schweden 3:1. – **Länderspiel** in Subotica: Jugoslawien – Ungarn 2:1 (0:0). – **„DDR"-Oberliga**, 20. Spieltag: Erfurt – Frankfurt 2:2, Dynamo Berlin – Karl-Marx-Stadt 4:2, Rostock – Jena 2:1, Aue – Magdeburg 0:0, Lok Leipzig – Union Berlin 2:1, Halle – Dresden 0:0, Riesa – Chemie Leipzig 0:0. – Tabellenspitze: 1. Dynamo Berlin 51:26/30:10, 2. Dresden 44:17/29:11, 3. Lok Leipzig 40:24/26:14, 4. Frankfurt 42:26/25:15. – **Erste englische Division**, 34. Spieltag: Birmingham – Aston 2:1, Coventry – Arsenal 1:4, Everton – Southampton 1:0, Ipswich – Luton 3:0, Leicester – Norwich 2:1, Notts – Nottingham 0:0, Stoke – Sunderland 2:1, Tottenham – Wolverhampton 1:0, Watford – Liverpool 0:2, Bromwich – Manchester United 2:0, West Ham – Queens Park 2:2. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 53:24 Tore/66 Punkte/33 Spiele, 2. Manchester United 63:33/64/33, 3. Nottingham 55:35/57/33, 4. West Ham 53:38/55/33.

BASKETBALL

Deutsche Meisterschaft, Finale, Herren, 2. Play-Off-Spiel: Köln – Göttingen 77:86 (42:43). – **Damen**, Finale, 2. Play-Off-Spiel: München – Düsseldorf 89:90 (33:44).

EISHOCKEY

Play-Off-Runde, 1. Spieltag: Landshut – Kaufbeuren 2:7, Köln – Mannheim 7:3, Freiburg – Schwenningen 6:2, Düsseldorf – Rosenheim 2:3. – **Aufstiegsrunde**, 10. Spieltag: Duisburg – Bayreuth 9:6, Iserlohn – Preußen Berlin 11:1, Essen-West – Rießersee 4:3.

HANDBALL

Pokal der Pokalsiegerinnen, 2. Endspiel: Gottwaldov/CSSR – Dalma Split 18:22 (9:10). – **Pokal der Landesmeisterinnen**, 2. Endspiel: Leverkusen – Radnicki Belgrad 19:20 (8:11). – **IHF-Pokal**, Frauen, 2. Endspiel: Chimistul Vilcea – Oldenburg 29:21 (15:10). – **Bundesliga**, Herren, 22. Spieltag: Hofweier – Gummersbach 19:17, Göppingen – Schwabing 18:17, Reinickendorf – Essen 19:23, Günzburg – Kiel 19:25. – **Bundesliga**, Damen, 18. und letzter Spieltag, Gruppe Nord: Minden – Jarplund-Weding 18:21, Engelskirchen – Kiel 21:13, Herzhorn – Eilbeck 17:14. – Gruppe Süd: Malsch – Würzburg 21:21, Lützellinden – Auerbach 26:17, Sindelfingen – Waiblingen 24:9, Kleenheim – Guts Muths Berlin 19:19, Frankfurt – Nürnberg 21:10.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, Endrunde, 6. Spieltag: Paderborn – Gießen 2:3, Hamburg – München 3:0. – **Bundesliga**, Damen, Endrunde, 2. Spieltag: Oythe – Lohhof 2:3, Münster – Augsburg 3:0.

TISCHTENNIS

Messe-Pokal, Halbfinale: Saarbrükken – Budapest 5:2. – **Bundesliga**, Damen, 18. und letzter Spieltag: Saarbrücken – Ahlem 9:6, Kleve – Stuttgart 0:2, Kaiserberg – Donauwörth 9:3, Kronshagen – Kiel 8:8.

SKI NORDISCH

Deutsche Nordische Meisterschaften in Bubenbach/Schwarzwald, 20-km-Langlauf, Damen: 1. Jäger (Hirschau) 1:12:51,3 Std., 2. Kohlrusch (Braunlage) 1:13:51,2, 3. Kademann (Winterberg) 1:14:14,0, 4. Buhl (Oberstdorf) 1:15:30,9, 5. Wilke (Willingen) 1:15:38,0, 6. Dornhöfer (Erndtebrück) 1:17:03,7. – **Herren**, 50 km: 1. Behle (Willingen) 2:41:57,0, 2. Dotzler (München) 2:42:12,5, 3. Lang (Trauchgau) 2:43:06,1, 4. Zipfel (Kirchzarten) 2:44:21,3, 5. Schneider (Grafenau) 2:44:55,6.

WASSERBALL

Bundesliga, 9. Spieltag: Düsseldorf – Spandau 7:14, Offenbach – Hannover-Linden 14:15, Hamm – ASC Duisburg 11:12, Würzburg – Cannstadt 10:15, Duisburg 98 – Braunschweig 13:7, Fulda – Esslingen 12:10.

TURNEN

Deutsche Mannschafts-Meisterschaft in Hannover: Mannschaften: 1. Hannover 229,60 Punkte, 2. München 227,55, 3. Stuttgart 227,20, 4. Saar 220,95. – Einzelwertung: 1. Wagner (München) 57,40, 2. Japtok (Hannover) 57,10, 3. Simmelbauer (München) 57,05 und Garziella (Stuttgart) 57,05, 5. Schreitmüller (Stuttgart) 56,70, 6. Groß (Saar) 56,60, 7. Nigl (Stuttgart) 56,30, 8. Prinz 54,30, 9. Haschar (beide Saar) 53,80.

SCHWIMMEN

US-Hallenmeisterschaften in Indianapolis (50-m-Bahn), vierter und vorletzter Tag, Herren, 50 m Freistil: 1. Leamy 22,90 Sek., 2. Cantwell 22,99, 3. Gaines (alle USA) 23,01. – 400 m Freistil: 1. Brinkmann (Südafrika) 3:55,27 Min., 2. Switzer 3:55,89, 3. Hayes (beide USA) 3:55,90. – 200 m Lagen: 1. Barrett 2:03,23, 2. Morales 2:05,56, 3. Philipps (alle USA) 2:05,82. – 4 x 100 m Freistil: 1. Aquatics 3:22,58. – **Damen**, 50 m Freistil: 1. Torres 25,88, 2. Lehner 26,01, 3. Johnson (alle USA) 26,06. – 400 m Freistil: 1. Cohen 4:08,47, 2. Bossmann 4:10,33, 3. Bruce (alle USA) 4:10,88. – 200 m Lagen: 1. Caulkins 2:15,26, 2. Hogshead 2:16,17, 3. Pennington (alle USA) 2:16,80. – 4 x 100 m Freistil: 1. Concord 3:47,57.

RADSPORT

Hallenradsport-Länderkampf: Deutschland – CSSR in Kulmbach, Gesamtergebnis 23:21. – Einzelergebnisse, Einer-Kunstfahrer Männer: 1. Daum 313,80, 2. Isgro (beide Deutschland), 3. Koukal 289,50, 4. Sevcik (beide CSSR) 287,65. – Einer Frauen: 1. Regele (Deutschland) 309,95, 2. Pospisilova (CSSR) 306,55, 3. Schraut (Deutschland) 306,25. – Zweier-Kunstfahren Männer: 1. Born/Büttner (Deutschland) 291,30, 2. Kolacek/Vlcek (CSSR) 255,60. – Zweier Frauen: 1. Kramp/Teuber (Deutschland) 293,30, 2. Faltynkova/Wallova (CSSR) 267,50. – **Radball:** Deutschland III – CSSR I 3:8, Deutschland II – CSSR III 5:6, Deutschland I (Gebr. Steinmeier) – CSSR II 3:3, Deutschland II – CSSR I 2:6, Deutschland I – CSSR III 6:5, Deutschland III – CSSR II 1:2, Deutschland III – CSSR III 5:6, Deutschland II – CSSR II 3:2, Deutschland I – CSSR I 5:5.

GALOPP

Rennen in Köln: 1. R.: Wonder Star (P.V. Gilson), 2. Ibykus, 3. Gelon, Toto: 16/11, 13, 26, ZW: 48, DW: 292, 2. R.: 1. Fairy Bay (R. Ulrich), 2. Mossolski, 3. Empress Mathilda, Toto: 52/14, 12, 12, ZW: 400, DW: 616, 3. R.: 1. Noble Maid (R. Suerland), 2. Ossimo, 3. April Love, Toto: 68/17, 34, 14, ZW: 620, DW: 2532, 4. R.: 1. Beauty (R. Suerland), 2. König Philip, 3. Alpentanne, Toto: 108/22, 42, 26, ZW: 1080, DW: 35 160, 5. R.: 1. Lord Hamilton (D. Ilic), 2. Wali, 3. Sapperlot, Toto: 256/66, 42, 194, ZW: 2524, DW: 45 848, 6. R.: 1. Strategie (R. Malinowski), 2. Rosenknospe, 3. Owambo, Toto: 244/34, 18, 54, ZW: 972, DW: 35 980, 7.R.: 1. Die Vogelwelt (A. Tylicki), 2. Monamira, 3. Tricolore, Toto: 244/26, 14, 76, ZW: 1060, DW: 31 212, 8. R.: 1. Risiko (D. Ilic), 2. Mauritio, 3. Auratus, Toto: 76/22, 26, 34, ZW: 444, DW: 8420.

JUDO

Internationale Deutsche Meisterschaften in Frechen bei Köln, Klasse bis 60 kg: 1. Dani (Rumänien), 2. Gliem (Deutschland), 3. Deguchi (Japan) und Alder (Kanada). – bis 65 kg: 1. Pawlowski (Polen), 2. Brenner, 3. Rohleder (beide Deutschland) und Nicolae (Rumänien). – bis 71 kg: 1. Stranz (Deutschland), 2. Obschernitzki („DDR"), 3. Swain und Bowles (beide England). – über 95 kg: 1. von der Groeben, 2. Schnabel, 3. Ruiken (alle Deutschland) und Pufahl („DDR").

GEWINNZAHLEN

Lotto: 8, 13, 14, 21, 31, 43, Zusatzzahl: 40. – **Spiel 77:** 2 9 7 1 1 5 6. – **Toto:** Elferwette: 1, 1, 1, 1, 2, 1, 2, 2, 1, 2, 1. (Ohne Gewähr).

Anzeige

17-Mio.-DM-Auftrag aus Südafrika

Rechnergesteuerte Anlage von AEG für Zentralpostamt Pretoria

Von der südafrikanischen Postverwaltung in Pretoria erhielt AEG-TELEFUNKEN (Pty.) Ltd., Johannesburg, einen 17-Mio.-DM-Auftrag zum Bau einer kompletten Behälter- und Postbeutel-Förderanlage für das Zentralpostamt von Pretoria. Das Projekt, das 1985 in Betrieb gehen soll, wird konsortial mit der Maschinenbaufirma Eisenmann, Böblingen, abgewickelt. Für die Zielsteuerung und Überwachung der Anlage werden zwei Prozeßrechner ATM 80-08 der AEG-TELEFUNKEN-Tochter ATM mit Externspeicher und Peripheriegeräten eingesetzt. Ein dritter dient der Steuerung der vorbeugenden Wartungsarbeiten, zur Anlagenstatistik und zur Störungsauswertung. Für die Realisierung des automatischen Betriebs sind 17 speicherprogrammierbare Steuerungen installiert. Die Identifikation der Behälter bzw. Gehänge nimmt das Lesegerät OPTOREAD des deutschen Elektrokonzerns vor.

GRAND NATIONAL / Hallo Dandy kämpfte Favorit Greasepaint nieder

150 Millionen Mark Umsatz an den Wettschaltern – 23 Pferde im Ziel

sid, **Liverpool**

„Er hat einfach das Rennen seines Lebens geritten". Das war das erste, was Gordon Richards nach dem 138. Grand National mit krächzender Stimme herausbrachte. Neale Doughty, der 27 Jahre alte britische Jockey, hatte auf Richards Hoffnung Hallo Dandy in einem dramatischen Finish den 9:1-Favoriten Greasepaint niedergerungen. Nach 7 200 Metern und 30 Sprüngen war der zehnjährige Wallach Hallo Dandy auf der Galopprennbahn im englischen Aintree bei Liverpool im Ziel vier Längen vor Greasepaint (Tommy Carmody), knapp zwei Längen zurück belegte Vorjahressieger Corbiere (Ben de Haan) Rang drei.

Es war das Rennen der Aintree-Veteranen. Hallo Dandy war im letzten Jahr an gleicher Stelle Vierter, Greasepaint Zweiter. „Den ersten Sprung nahm ich noch als Letzter, aber ich hatte Zeit, schließlich ist die Strecke sehr lang", freute sich Doughty, „wir waren vorher schon sehr optimistisch, da Hallo Dandy der trockene Boden zusagt". Für Gordon Richards (53), den Trainer aus Mittelengland, war es der zweite Grand National-Triumph, 1978 sattelte er bereits Lucius als Sieger.

Im Feld der 40 Starter – erstmals war das Feld auf diese Zahl begrenzt worden – galt Hallo Dandy als 13:1-Mitfavorit. Besitzer Richard Shaw, ein Londoner Versicherungsmakler, kassierte umgerechnet 250 000 Mark. Auch im Lager des irischen Favoriten Greasepaint war man nicht unzufrieden. „Bis zum letzten Sprung hatte ich noch alle Hoffnungen", erklärte Trainer Dermot Weld, „aber gegen den Endspeed von Hallo Dandy gab es keine Chance". Auf den letzten Metern konnte Greasepaint immerhin noch die Attacken des Vorjahressiegers Corbiere abwehren. Rang vier belegte Lucky Vale mit John Burke.

23 der 40 gestarteten Pferde erreichten das Ziel, ein Rekord eigener Art. Der fünftplazierte Wallache Earthstopper, der lange in prominenter Position lag, brach unmittelbar nach dem Rennen mit Herzversagen tot zusammen. Es war der einzige Unfall, der das Rennen überschattete, keiner der gestürzten Jockeys wurde verletzt. 70 000 Zuschauer in Aintree verfolgten die Konkurrenz, bei den Buchmachern wurden einmal mehr alle Rekorde gebrochen. 150 Millionen Mark wurden umgesetzt, zehn Millionen Mark mehr, als im letzten Jahr.

BERUFSBOXEN

Hagler lag am Boden

sid, **Las Vegas**

Mit einem K.-o.-Sieg in der zehnten Runde über den Argentinier Juan Domingo Roldan in Las Vegas verteidigte der glatzköpfige Marvin Hagler (USA) seinen Titel als Mittelgewichts-Boxweltmeister zum neunten Mal seit 1980 erfolgreich und blieb seit 1976 unbesiegt. Trotz des klaren Sieges hatte Hagler großen Widerstand zu überwinden: In der ersten Runde – 14 Sekunden nach dem ersten Gongschlag – war er zum ersten Mal in seiner Laufbahn kurz am Boden. Ab der dritten Runde litt Roldan stark unter einer Verletzung am rechten Auge, das unförmig anschwoll. Er beklagte sich hinterher, daß ihn Hagler durch einen unerlaubten Stoß mit dem Daumen des Handschuhs verletzt habe.

Marvin Hagler, den viele Fachleute als den derzeitigen Boxprofi überhaupt bezeichnen, ist Weltmeister beider Verbände (WBC und WBA) und will den Titel nun im Juni oder Juli gegen den WBC-Herausforderer Mustafa Hamsho verteidigen. Für den Fight in Las Vegas kassierte Hagler 1,25 Millionen Dollar.

AMATEURBOXEN

Bott wahrte seine Chance

sid, **Halle**

Die Boxer haben wieder einen Siegertyp, obwohl Markus Bott (22) im Halbschwergewichts-Finale des 13. Chemiepokals in Halle Alexander Beljajew (UdSSR) umstritten mit 0:5-Richterstimmen unterlag. Vor diesem Urteil hatte sich Bott mit Punktsiegen über den polnischen WM-Zweiten Skrzecz und den Kubaner Quintana für Los Angeles qualifiziert.

Auch gegen Beljajew griff Bott beherzt an. „Jetzt will ich in Los Angles eine Medaille gewinnen," sagte er nach seinem Kampf über Quintana, als er von den 4500 Zuschauern mit „Markus, Markus"-Sprechchören gefeiert wurde. „Mehr Beifall haben selbst die DDR-Boxer nicht bekommen", staunte Delegationsleiter Spindler.

Bott leidet an einem verknorpelten Kreuzbänderriß im linken Knie. In Venedig scheiterte er deswegen an dem Italiener Manfredi. Nach Alexander Künzler im Weltergewicht ist er der Zweite, der den Kriterien für die Aufnahme in die deutsche NOK-Kernmannschaft entspricht.

SKI NORDISCH

Siege für Behle, Jäger

dpa, **Bubenbach**

Jochen Behle (SC Willingen) und Karin Jäger (SC Hirschau), *für die die Olympischen Winterspiele in Sarajevo so enttäuschend verliefen,* bestätigten zum Abschluß der Saison ihre Ausnahmestellung unter den Ski-Langläufern der Bundesrepublik. Beide sicherten sich in Bubenbach ihren dritten Einzeltitel der Saison. Behle gewann nach seinen Erfolgen über 15 und 30 km bei den Meisterschaften im Januar in Willingen nun auch den 50-km-Skimarathon. Karin Jäger komplettierte nach den 5 und 10 km-Siegen von Willingen ihre diesjährige Titelsammlung um die 20 km.

Behle konnte erst nach 48 km mit einem mächtigen Spurt die Spitze übernehmen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Stefan Dotzler, der zeitweise 2:26 Minuten vor dem Feld lag, wie der neue Meister ausgesehen. Doch der Münchner wurde immer langsamer. „Auf den letzten zwei Kilometern hat Behle über 30 Sekunden gegenüber Dotzler gutgemacht", berichtete DSV-Trainer Albert Hitz am Ziel. Am Schluß war Behle 15 Sekunden schneller als sein Freund Dotzler.

GALOPP

Eine Dame siegte in Raffelberg mit dem Außenseiter

KLAUS GÖNTZSCHE, **Mülheim**

Der 520:10-Außenseiter Mantelano, 1983 Sieger im Österreichischen Derby, gewann auf der Galopprennbahn in Mülheim-Raffelberg den Preis von Saarn, ein Handicap der höchsten Kategorie (25 000 Mark, 14 700 Mark dem Sieger, 2 400 m). Im Sattel saß die Nachwuchsreiterin Claire Gillis, die erst ihren dritten Ritt absolvierte. Abu Simbel mit Istvan Nagy und Nathia mit Giuseppe Cathrini kamen dahinter ins Ziel. Die Dreierwette zahlte 91 152:10. Der Derby-Sieger von 1982 Ako, am 11. März 1984 noch Sieger im Grand Prix von Cangnes wurde Letzter.

Einen guten Einstand feierte der irische Jockey Patrick Gilson (23) als Stalljockey beim Kölner Gestüt Röttgen. Gestern siegte er im Sattel des Hengstes Daun im Mülheimer Orakel der Dreijährigen (15 000 Mark, 8800 Mark dem Sieger, 1800 m) überlegen mit fünf Längen Vorsprung. Prestissimo und Bissus belegten die Plätze zwei und drei. Gilson imponierte durch einen besonnenen Ritt, auch sein Reitstil gefiel.

Für Daun war es beim fünften Start der zweite Sieg, er ist jetzt die Derby-Hoffnung für Röttgen. Vorjahres-Orakel-Sieger Ocos ging später sogar als Favorit an den Derby-Start, wurde dort Dritter.

Mit fast 20 Längen Vorsprung deklassierte der fünfjährige Hengst Victorian Dancer mit Amateurchampion Andreas Wöhler (21) seine Gegner im Großen Düsseldorfer Jagdrennen (25 000 Mark, 13 000 Mark dem Sieger, 4500 m). Die Plätze zwei und drei belegten Pendentif und Trac Tyr.

Auf ungewöhnliche Weise verlor der Düsseldorfer Kaufmann Horst Greis, Besitzer des dreijährigen Hengstes Georgie's Blitz, in Düsseldorf die Prämie eines Rennens. Der Fuchshengst erreichte zunächst als Erster das Ziel des Ankerwinde-Rennens. Die Rennleitung disqualifizierte ihn, weil er in der Zielgeraden den zweiten, Birthday mit Olaf Schick, behindert hatte. Georgie's Blitz wurde auf den zweiten Platz zurückgestuft. Im Eifer des Gefechtes vergaß dann seine Reiterin Lydia Zimmer (28) sich zur Kontrolle nach dem Rennen zurückwiegen zu lassen. Die Rennleitung mußte erneut Protest einlegen und das Pferd völlig aus der Wertung nehmen.

„An alle Hausbesitzer"
die Fassadenprobleme haben und Ihr Haus 1984 renovieren wollen

Wetten, daß Sie unsere Fassadenbeschichtung nehmen, wenn wir sie Ihnen vorgeführt haben?
Lithovyc ist eine der besten Fassadenbeschichtungen auf dem Markt.
Aus dem Labor von Goodyear das Bindemittel, bei 20 Grad Kälte und bei Regen zu verarbeiten. Lange Werksgarantie auf Haftfestigkeit, Licht- und Farbechtheit.
Fie Fassadenbeschichtung in allen Farben und schönen Strukturen für lange Jahre.
Putze – Schichtstärke bis 5 mm je nach Struktur. Aus Kutschuk, Harzen, Benzin und Marmor besteht das Material.
– Wasserundurchlässig – atmungsaktiv
– heizkostensparend – selbstreinigend durch Regen
– wetterfest – Ideal für alte, sandige Putze
– für rissige Fassaden – für nasse, kalte Wände, Salpeter
Die Fassadenbeschichtung für alte Bauten: Das Material kann auf allen Untergründen wie Beton, Holz, Putze, Klinker usw. aufgezogen werden.
Aufträge werden von uns selbst sofort und preisgünstig in ganz Deutschland ausgeführt.
Kostenlose Beratung und Vorführung durch:
Design Siegbert Berger-Fassadenschutz GmbH
Ernst-Christmann-Straße 4, 6750 Kaiserslautern, ☎ 06 31 / 7 87 50

Die WELT ist in der Woche bei rund 20.000 Verkaufsstellen im Angebot, am Wochenende bei 23.000.
W 3391

BAUHERRENMODELLE PASSÉ?!
Seriöse, gut fundierte Initiatorengruppe der Immobilienbranche in NRW bietet guteingeführten
ANLAGEBERATERN
mit freier Kapazität zur Abrundung ihres Kapitalanlageprogramms ein vollkommen neues, von Steuerexperten entwickeltes und von Wirtschaftsprüfern testiertes Finanzierungskonzept mit außerordentlich hohen Steuereffekten bei voller Absicherung über Erwerbermodelle. Das Programm ist erweiterungsfähig.
Es wollen sich bitte nur Damen und Herren um Kontaktaufnahme bemühen, die Gewähr für eine seriöse Abwicklung bieten und über eine gute Klientel verfügen.
Angebote erbeten unter T 5360 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VIDEO PROGRAMM Ihre Zeitschrift für das neue Freizeitvergnügen Video...
...das April-Heft ist jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler... mit den neuesten Filmen vom Video-Markt ...mit der videogerechten Fernsehvorschau für April: alle Spielfilme, Unterhaltungssendungen, Sport ... holen Sie sich VIDEO PROGRAMM für April jetzt bei Ihrem Zeitschriftenhändler.
Es kostet nur DM 3,50.
VIDEO PROGRAMM Filme · Fernsehen · Geräte
Video-Star Sally F. Das reizende Schlitzohr
Toll! Die Top-Komödie '83 auf Video: Tootsie

Wer Was Wo
» Ein Wegweiser für WELT-Leser «

ADRESSEN
6380 Bad Homburg, RMA Directmarketing, PF 21 44, Tel. 0 61 72 / 2 50 25
AIRTAXI
4000 Düsseldorf 30, EXECUTIVE – CHARTER TRAVEL AIR, Tel. 02 11 / 4 21 66 06 oder 0 40 / 5 00 02 33
AUSTRALIEN-IMMOBILIEN, KAPITALANLAGEN, INFORMATIONSBRIEF, DEPOTVERWALTUNG
Dipl.-Kfm. G. Kempe, Rathenaustr. 20, 8520 Erlangen, Tel. 0 91 31 / 3 10 51, und 136 Plantain Road, Shelter Park Old. 4128, Australien
AUTOLEASING
2000 Hamburg 60, Hansa-Automobil-Leasing GmbH, Ruhrstr. 63, Tel. 0 40 / 6 53 08 02
AUTO-KOMPLETT-REINIGUNG
CAR-CLEAN-SERVICE, die Gebrauchtwagen-Alternative, Tel. 0 23 65 / 1 79 42
BRIEFMARKEN – ANKAUF – VERKAUF
ANKAUFS-ZENTRALE FABER, 53 Bonn 3, Johannesstr. 35, Tel. 02 28 / 46 77 08
ELEKTRON. LADEN- / WAREN-DIEBSTAHLSCHUTZ
Tilly Alarm- und Sicherheitstechnik, 2 HH 50, Bernstorffstr. 151–153, Tel. 0 40 / 43 70 97, Tx. 2 173 440
EISKREM
CALIFORNIA ICE CREAM, 4712 Werne, Gördelerstr. 3, Tel. 0 23 89 / 80 23
FACHSCHULEN
8262 Altötting/Obb., Postfach 2 28, STAATL. ANERK. HOTELBERUFS-FACHSCHULE, Tel. 0 86 71 / 7 00 10
GESUNDHEIT
GISELA SCHUTZ, NATURHEILMITTEL, PF 60, 6601 Klarenthal, Tel. 0 68 98 / 3 27 24, Katalog und Informationen gratis.
HAARAUSFALL
4600 Dortmund, HAAR-PRAXIS KLAASSEN, Deutschlands größte Praxis für Haar-Prothetik, Wiss-Str. 20, Tel. 02 31 / 52 74 74
INTERNATSBERATUNG
Information, Beratung u. Broschüre 83/84 (Schutzgebühr DM 20,–) über die besten deutschen und Schweizer Internate erhalten Eltern von der Euro-Internatsberatung, Tel. 0 89 / 4 48 72 82
INTERNATE, GYMNASIEN, PRIVATSCHULEN
3423 Bad Sachsa, Internats-Gymnasium Pädagogium, staatl. anerk. ab Klasse 5, Tel. 0 55 23 / 10 01
Institut Schloß Herdringen, Internat f. Jungen u. Mädchen, 5760 Arnsberg 1-Herdringen, Tel. 0 29 32 / 41 16–9
Internat Fredeburg, Hochsauerl., Jungen x Mädchen, Gymnasium-Realsch.-Hauptsch., 5948 Schmallenberg 2, Tel. 0 29 74–3 48
4925 Kalletal, Schloß Varenholz, Ganztagsrealsch./Intern., Tel. 0 57 55 / 4 21
CH-9000 St. Gallen, Inst. Rosenberg f. Mädchen u. Jungen, Abitur im Haus
2252 St. Peter, Nordsee-Internat, Gymnasium und Realschule, Tel. 0 48 63 / 4 00
4531 Wersen, Private Schulen Krüger m. Internat, Tel. 0 54 04 / 20 24–25
KRAFTBETÄTIGTE TORANLAGEN/ROLLTORE
5064 Hoffnungsthal, TÜ + W, Grießmann GmbH, Notruf 0 22 05 / 82 25, Tel. 0 22 05 / 8 40 37–38, Telex 8 87 957
Technische Überprüfung und Wartung, sowie Nachrüstung nach UVV und ArbeitsStättenV., Erstabnahme von Toranlagen. „Ihr neutraler Partner"!
LEASING
806 Dachau, Münchner 55, AMSR Leasing-Factoring- u. Kreditvermittlg.
4150 Krefeld, GGA Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 48–49
4150 Krefeld, DTL Deutsche Tischler-Leasing, Uerdinger Str. 532, Tel. 0 21 51 / 5 80 40.
LEBENSMITTEL-NOTVORRAT BIS 15 J. HALTBAR
GRÄF-Handelsvertretung, Könzgenstr., 2870 Delmenhorst, Tel. 0 42 21 / 26 27
MOTORCARAVANS
7102 Weinsberg, Karosseriewerke Weinsberg GmbH, Postf. 11 69, Tel. 0 71 34 - 80 31
NATURGEMÄSSES LEBEN
Naturheilmittel – Ernährung – Biolog. Gartenpflege – Naturkosmetik.
NATÜRLICH LEBEN, Postf., 2112 Jesteburg, Tel. 0 40 / 34 30 02. Katalog gratis.
ORIENTTEPPICHE
STAR-ORIENTTEPPICH-LEASING KG, 4300 Essen, Huyssenallee 58–64, Tel. 02 01 / 22 34 44–45
SEEBESTATTUNGEN
2000 Hamburg 1, ERSTE DEUTSCHE REEDEREI, A. d. Alster 11, Tel. 0 40 / 2 80 20 80
SQUASH- UND FREIZEITANLAGENBAU
2100 Hamburg 90, SQUASH COURT SERVICE GMBH, Tel. 0 40 / 77 27 45-46

erscheint wöchentlich

Wirtschaftsförderung Industrieansiedlung

Auf der Hannover-Messe stellen sich neben zahlreichen Staaten und Firmen auch die Länder und einige Städte der Bundesrepublik vor. Denn dort ist das Forum, um auf die Vorteile des eigenen Standorts für eine Industrieansiedlung hinzuweisen. Da jedoch der Zuwachs an Unternehmen gering ist, wird dies zunehmend um einen Wettstreit um den größten Teil aus dem Kuchen. Um bei diesem Wettstreit unter den Siegern zu sein, genügt es nicht mehr, preiswerte Flächen für die Industrieansiedlung anzubieten. Immer stärker rückt in den Vordergrund, Dienstleistungen anbieten zu können und auch der Forschung Hilfen zu geben. Dadurch wird plötzlich die Nähe zu Universitäten und wissenschaftlichen Instituten ganz besonders wichtig.



Düsseldorf ist nicht nur die politische Metropole Nordrhein-Westfalens, die Stadt ist auch ein vitales Industriegebiet und bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Das wird nicht zuletzt durch das Interesse der Ausländer, insbesondere der Japaner, belegt. FOTO: PETER MITCHELL

Das Rückgrat wird weiter gestärkt

Von HANS-J. MAHNKE

Viele Klein- und Mittelbetriebe waren und sind für Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Von ihnen hängt die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft entscheidend ab. Sie sind gleichzeitig ein wesentlicher Faktor für die gesellschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik. Auch aus diesem Grunde hat die Bundesregierung in den letzten Jahren neue Programme zur Förderung von Existenzgründungen aufgelegt oder die Konditionen für bestehende Programme verbessert. Dabei spielt allerdings auch die hohe Arbeitslosigkeit eine Rolle. Und wie die jüngsten Zahlen zeigen, rollt eine Existenzgründungswelle an. Jedenfalls hält die seit Anfang 1983 stürmisch gestiegene Nachfrage nach Mitteln aus dem Existenzgründungs-Programm des Bundes auch 1984 unvermindert an.

Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums wurden allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres insgesamt 7000 Anträge auf ERP-Existenzgründungsdarlehen und Eigenkapitalhilfe gestellt. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren es 4900 Anträge. Beim Eigenkapitalhilfe-Programm wurden allein im Februar rund 1500 Anträge über ein Volumen von 80 Millionen Mark eingereicht. Dieses ist die höchste monatliche Nachfrage seit Bestehen des Programms. Zum Vergleich: Im Februar 1983 wurden 852 Anträge über 49 Millionen Mark registriert. „Diese Entwicklung kann als Signal verstanden werden, daß die von der Bundesregierung ausgelöste Existenzgründungsaktivität derzeit auf hohem Niveau andauert", heißt es im Bundeswirtschaftsministerium.

Für die Förderung von Existenzgründungen hat der Bund mehrere Finanzierungsprogramme aufgelegt: Das ERP-Existenzgründungs-Programm, das Eigenkapitalhilfe-Programm und das Bürgschafts-Programm der Lastenausgleichsbank für freie Berufe. Außerdem gewährt der Bund bei Inanspruchnahme eines Existenzgründungs-Beraters Zuschüsse zu den Beratungskosten.

Mit dem Finanzierungsprogramm des Bundes wurden im Jahr 1983 rund 17 000 Neugründungen gefördert. Gegenüber dem Jahr zuvor bedeutet dies eine Steigerung um rund ein Drittel. Allein mit dem Eigenkapitalhilfe-Programm wurden 1983 rund 8000 Unternehmensgründungen unterstützt, gegenüber rund 3000 im Jahr zuvor. Das bewilligte Darlehensvolumen war mit 317 Millionen Mark fast viermal so hoch wie 1982, als es 95 Millionen Mark ausmachte.

Allerdings hat die Bundesregierung zum Jahresbeginn 1983 die Konditionen für das Eigenkapitalhilfe-Programm erheblich verbessert, nicht nur wurden die Zinsbedingungen günstiger gestaltet, sondern auch der Förderhöchstbetrag von 120 000 auf 300 000 Mark aufgestockt. Damit solle vor allem eine wirksame Unterstützung von Existenzgründungen im produzierenden Gewerbe erreicht werden. Nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums konnte dadurch die Effizienz und die Beschäftigungswirkung gesteigert werden. Insgesamt konnten im vergangenen Jahr mit dem Eigenkapitalhilfe-Programm rund 40 000 neue Arbeitsplätze und ein Investitionsvolumen von 1,6 Milliarden Mark gefördert werden.

Der Schwerpunkt der Existenzgründungen, die mit diesem Programm gefördert wurden, lag mit einem Anteil von 41,9 Prozent am Fördervolumen im Bereich des Handwerks. Der Handel brachte es auf 28,8 Prozent, das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe rangiert mit einem Anteil von 11,7 Prozent an dritter Stelle.

Der größte Teil der geförderten Existenzgründer war zwischen 26 und 35 Jahren alt. Das Durchschnittsalter lag bei 33 Jahren. Unter den geförderten Personen waren 23 Prozent Frauen. Die durchschnittliche geförderte Investitionssumme betrug im vergangenen Jahr rund 200 000 Mark, wobei über ein Drittel auf Investitionsvorhaben von mehr als 500 000 Mark entfiel. Die durchschnittlich gewährte Eigenkapitalhilfe betrug 50 000 Mark. Im Durchschnitt wurden die Existenzgründungen mit 14 Prozent Eigenmittel, 23,8 Prozent Eigenkapitalhilfe und mit 62,2 Prozent Fremdmitteln finanziert. Der größte Anteil der gewährten Eigenkapitalhilfe-Darlehen floß in die drei großen Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern.

Die Zinskonditionen der Eigenkapitalhilfe sind recht attraktiv: Die ersten zwei Jahre sind zinsfrei. Der Zinssatz beträgt im dritten Jahr zwei Prozent, im vierten Jahr drei Prozent und im fünften Jahr fünf Prozent. Danach wird bis zum zehnten Jahr der jeweilige Marktzins berechnet. Für die restlichen zehn Jahre Laufzeit wird der Zinssatz im zehnten Jahr auf der Basis der Marktkonditionen neu festgelegt. Die Laufzeit beträgt insgesamt 20 Jahre. Die ersten zehn Jahre sind tilgungsfrei. Danach erfolgt die Tilgung in 20 gleichen Halbjahresraten.

Für Existenzgründungen im gewerblichen Bereich werden noch zinsverbilligte Kredite aus den ERP-Vermögen des Bundes gewährt. Und zwar zur anteiligen Finanzierung von Investitionen zur Errichtung und zum Erwerb von Betrieben sowie hiermit im Zusammenhang stehende Investitionen innerhalb von drei Jahren nach Betriebseröffnung, aber auch zur Beschaffung eines ersten Warenlagers oder einer ersten Büroausstattung. Antragsberechtigt sind Nachwuchskräfte der gewerblichen Wirtschaft, die mindestens 21 Jahre alt sind und nicht älter als 50 Jahre sein sollten.

Die Konditionen wurden Anfang vergangenen Jahres ebenfalls verbessert. Die Darlehen gibt es jetzt zu einem Höchstbetrag von 300 000 Mark. Der Zinssatz beträgt zur Zeit sieben Prozent. Für Vorhaben im Zonenrandgebiet müssen sechs Prozent und in Berlin fünf Prozent gezahlt werden. Die Auszahlung erfolgt zu 100 Prozent. Die Laufzeit beträgt bei Maschineneinrichtungen und Beteiligungen zehn Jahre; für Bauinvestitionen 15 Jahre. Die ersten beiden Jahre können tilgungsfrei bleiben. Und danach erfolgt die Rückzahlung in gleichen Halbjahresraten. Eine vorzeitige Rückzahlung ist ohne Kündigung ganz oder teilweise jederzeit möglich. Die ERP-Kredite können mit der Eigenkapitalhilfe kombiniert werden.

Die Lastenausgleichsbank gewährt daneben Darlehen aus eigenen Mitteln zur Existenzgründung und Existenzsicherung von Nachwuchskräften der gewerblichen Wirtschaft (Ergänzungsprogramm I) sowie von Spätaussiedlern und anderen Spätberechtigten (Ergänzungsprogramm II). Beim Ergänzungsprogramm I beträgt der Höchstbetrag 200 000 Mark, bei einem Zinssatz von sieben Prozent und einer Auszahlung von 96 Prozent. Die Laufzeit ist zehn Jahre, wovon zwei Jahre tilgungsfrei sind. Beim Ergänzungsprogramm II liegt der Höchstbetrag bei 100 000 Mark bei einem Zinssatz von sechs Prozent und einer Auszahlung von 100 Prozent. Die Laufzeit beträgt in der Regel zwölf Jahre, wovon zwei Jahre tilgungsfrei sind.

Die Zahl der für diese Beratungen anerkennungsfähigen Tagewerke wurde Anfang 1983 von fünf auf 20 erhöht. Davon können bis zu zehn Tagewerke für die Beratung bei der Existenzgründung und der Rest für die Aufbauberatung in Anspruch genommen werden. Der Bundeszuschuß wurde damals von 75 Prozent auf 90 Prozent angehoben. Jetzt wurde er wieder auf den ursprünglichen Stand reduziert.

Für die Bewältigung des technologischen und strukturellen Wandels hält Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff einen ständigen Zustrom junger Unternehmen für unverzichtbar. Sie schaffen neue Produkte, neue Verfahren und ebenso werden durch sie neue Märkte erschlossen. Sie beleben den Wettbewerb, die Triebfeder der Marktwirtschaft.

UELZEN

Zentral zwischen vier Hochschulen

Den Existenzgründer erwarten in Uelzen eine Reihe anderer Vorzüge, die in dieser geballten Form an keinem anderen Standort der Bundesrepublik Deutschland anzutreffen sein dürften:

Uelzen liegt zentral zwischen den Hochschulstandorten Hamburg, Braunschweig, Hannover und Bremen. Außerdem ist die Fachhochschule Nordost-Niedersachsen mit dem Fachbereich Bauingenieurwesen (Wasserwirtschaft und Kulturtechnik) und das neu gegründete Institut für Abfalltechnik am Ort vertreten.

Der für die Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage von abgebrannten Kernbrennstäben vorgesehene Standort Dragahn liegt unmittelbar vor der Haustüre. Für den Fall einer Realisierung sind wirtschaftliche Impulse deutlichen Ausmaßes auf den Zuliefermarkt und damit in der Region zu erwarten.

Das neue Förderprogramm des Bundesministeriums für Forschung und Technologie für „technologieorientierte Unternehmensgründungen" wird auch am Standort Uelzen vollzogen.

Darüber hinaus werden in Uelzen Existenzgründungen, sofern diese in eine gewerbliche Produktion einmünden, bis zu 25 Prozent gefördert.

Daß Wirtschaftsförderung am Standort Uelzen sehr ernstgenommen wird, hat bei Kennern die Runde gemacht: So sind die Uelzener in diesem Jahr bereits zum 5. Male mit einem eigenen Stand auf der Hannover-Messe vertreten.

Ein eigenes Förderprogramm ist gezielt auf junge Existenzgründer – auch herkömmlicher Berufsfelder – ausgerichtet.

Und: Stadt und Landkreis arbeiten bei der Wirtschaftsförderung in vertrauensvoller Weise zusammen. Es kann die Devise ausgegeben werden: Die beiden Wirtschaftsförderer von Stadt und Kreis treten wie eine „Bank" auf. ert.

OFFENBACH/MAIN

Chance im Schatten Frankfurts

Erstaunlich ist, daß es unmittelbar angrenzend an Frankfurt, die wirtschaftlich mit bedeutendste Stadt der Bundesrepublik, eine zweite Großstadt gibt, die über eine große Zahl unbebauter oder bisher nur weit unterhalb ihrer Ertragsfähigkeit genutzter Flächen verfügt. In der deutschen Wirtschaft werden die daraus resultierenden Chancen nicht erkannt, geschweige denn genutzt.

Offenbach am Main hat für die produzierende Wirtschaft große zusammenhängende Flächen, die voll erschlossen sind. Ebenso gibt es hervorragend geeignete Freiflächen für die verwaltende Wirtschaft, für Handel, Banken, Versicherungen und Konzernzentralen. Wenig bedacht wird, daß der Rhein-Main-Flughafen nur wenige Autominuten von Offenbach entfernt ist. Frankfurt und Offenbach am Main haben vieles gemeinsam, nicht nur die Telefon-Vorwahl 0611 und ein verknüpftes Verkehrsnetz. Offenbach und Frankfurt sind Zwillingsstädte, wenn auch von unterschiedlicher Größe. Aber das Kleinersein von Offenbach ist wiederum der große Vorteil der Bürgernähe, des leichteren Kontaktes mit vielen Betrieben der Wirtschaft.

Offenbachs hohe Exportquote zeigt, daß Offenbacher Produkte in aller Welt begehrt sind, die Offenbacher Lederwarenmesse sorgt dafür, daß die Stadt immer wieder zum modischen Nabel der Welt wird. In Offenbach bestimmen nicht einzelne Großunternehmen das Bild, die Wirtschaftsstruktur zeichnet sich durch eine große Anzahl von Unternehmen verschiedenster Prägung aus.

Die Internationalität des Standortes Offenbach am Main zeigt sich bei der Industrie recht deutlich. 37 Prozent des Umsatzes werden im Ausland erlöst. Damit liegt Offenbach im Exporterfolg weit vor dem Hessendurchschnitt von 26,4 und dem der Bundesrepublik von 24,2 Prozent. rx.

DÜSSELDORF

Heimische Wirtschaft hat Vorrang

Eines der Hauptziele der Wirtschaftsförderung in Düsseldorf ist es, die Stellung Düsseldorfs als internationales Handelszentrum in der Welt auszubauen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die Auslandsaktivitäten. Daneben hat vor allem die Bestandspflege der heimischen Wirtschaft Vorrang.

Die Anwerbung größerer Produktionsfirmen kann wegen der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen nur gemeinsam mit dem Umland erfolgen. Aber auch dabei ist zu bedenken, daß sich auf diesem Gebiet ca. 8000 konkurrierende Gemeinden in der Bundesrepublik einer immer kleiner werdenden Anzahl von Neugründungen oder Verlagerungen nennenswerter Größenordnung gegenübersehen.

Wegen der hohen Umweltprobleme durch die Nähe zu Wohngebieten wird in Düsseldorf vor allem die Ansiedlung von wenig störenden Handelsbetrieben mit Serviceeinrichtungen bzw. von High-Technologie-Unternehmen angestrebt. In Zusammenarbeit mit der Universität wird derzeit an der Einrichtung eines High-Technolgie-Parks auf dem Gebiet der Gen-Forschung gearbeitet.

Der Standort Düsseldorf ist sowohl für internationale Handelsfirmen als auch für High-Technologie-Firmen besonders geeignet. Die internationalen Kontakte können kaum besser sein als hier. Und Ideen hat man hier schon immer verkauft. Bisher allerdings vorwiegend im Bereich Anlagenbau, Werkzeugmaschinenbau und in der Werbung.

Heute ist Düsseldorf eines der jüngsten und wachstumsintensivsten Handelszentren. Seit Jahren ist Düsseldorf mit weitem Abstand beliebtester Standort für ausländische Firmenniederlassungen in der Bundesrepublik Deutschland. Insgesamt haben sich neben weltbekannten deutschen Unternehmen nahezu 3000 ausländische Firmen in Düsseldorf engagiert, davon über

350 aus den USA

350 aus den Niederlanden

350 aus Japan

250 aus Großbritannien

150 aus Frankreich

90 aus Italien.

Multinationale Konzerne, die ihre Vertriebs- und Verwaltungszentren erst nach intensiven Recherchen zu errichten pflegen, schätzen Düsseldorf. Nicht weniger als 54 der insgesamt 94 von der Bundesrepublik aus in europäischem Rahmen arbeitenden Büros multinationaler Konzerne sind in der Landeshauptstadt tätig.

Dies stellte das britische Handelsministerium in einer Untersuchung fest, in der nur London mit 85 Büros und Brüssel mit 75 Büros in Europa vor Düsseldorf liegen. Paris, Frankfurt und Genf folgen mit einigem Abstand. Die Chance, die geeigneten Partner zur Erschließung und zur Pflege regionaler, nationaler und internationaler Märkte zu finden, kann kaum besser sein als hier. So ist die Stadt z. B. für Japans Wirtschaft eine der wichtigsten Schaltzentralen in der Welt. H.M.



Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot:

Mit der Standortwahl kann der wirtschaftliche Erfolg eines mittelständischen Unternehmens entscheidend beeinflußt werden. Denn vom Standort hängt es ab, welche steuerlichen Vergünstigungen und öffentlichen Finanzierungshilfen bei Investitionen genutzt werden können. Anhand einer vergleichenden Modellrechnung haben wir den unternehmerischen *Erfolg mit und ohne Förderung* ermittelt. Wir kommen dabei zu einem erstaunlichen Ergebnis:

Bei einer Investition von beispielsweise 2 Mio DM können Unternehmen in Schleswig-Holstein bei optimaler Ausnutzung der standortbedingten Finanzierungsvorteile 38 % mehr Reingewinn erzielen. Dieses ist um so überraschender, als der geförderte Unternehmer statt 600.000,– DM nur 200.000,– DM Eigenkapital aufzubringen hat.

Den Beweis liefern wir Ihnen mit einer Modellrechnung – auf Heller und Pfennig über 10 Jahre gerechnet. Wir schicken sie Ihnen kostenlos und für Sie unverbindlich.

Bitte besuchen Sie uns im „Schleswig-Holstein-Pavillon" am Nordplatz auf der Hannover-Messe.



WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGS-GESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon: Bitte schicken Sie mir/uns kostenlos und unverbindlich:

- ☐ Informationsschrift: Wie Sie bei einer Investition von DM 2 Millionen einen Steuer- und Zinsvorteil von DM 417.550,– in Schleswig-Holstein erzielen können, rechnen wir Ihnen hier vor.
- ☐ Informationsschrift: DM 696.000,– geringerer Kapitaldienst bei einer Investition von DM 2 Millionen im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein. Und das bei geringerem Eigenkapitaleinsatz!
- ☐ Informationsschrift: „STOP" Bevor Sie Ihre Bilanz abgeben: Nutzen Sie die ertragsabhängigen Steuern als Eigenmittel für Investitionen. Hier sagen wir Ihnen wie.
- ☐ Finanzierungsmodell: DM 5 Millionen für das verarbeitende Gewerbe.
- ☐ Finanzierungsmodell: DM 2 Millionen für den Im- und Exporthandel.
- ☐ Finanzierungsmodell. So finanzieren Sie mit monatlich DM 5,03 per qm eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein. Und in 10 Jahren gehört alles Ihnen
- ☐ Finanzierungsmodell: Für das Handwerk und den mittelständischen Handel.

Ansprechpartner:

Firma:

Straße:

PLZ/Ort: Telefon.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH · Sophienblatt 60 · 2300 Kiel 1 · Tel. (0431) 6 30 91

W 4/84

RHEINLAND-PFALZ / Von Ballungszentren wird nicht mehr profitiert

Kernstück Mittelstands-Förderung

Von HEINRICH HOLKENBRINK

In der Vergangenheit konnten in Rheinland-Pfalz Arbeitsplätze vor allem dadurch gesichert und neu geschaffen werden, daß sich Betriebe angesiedelt haben, die in den Ballungsräumen keine Arbeitskräfte mehr fanden. Diese Situation ist heute nicht mehr gegeben; in unserer Nachbarschaft befinden sich nicht wenige industrielle Zentren, in denen die Areitslosenquoten höher liegen als in Rheinland-Pfalz.

Innovationskraft verbessern

Wir müssen daher vor allem die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Wirtschaft verbessern und auf diese Weise die Absatzmöglichkeiten unserer Unternehmen erweitern und auf Dauer erhalten. Rheinland-Pfalz ist das Land mit der höchsten Exportquote aller Bundesländer; jede dritte D-Mark wird durch den Export verdient.

Im Rahmen der marktwirtschaftlichen Strukturpolitik der Landesregierung nimmt die Förderung des gewerblichen Mittelstandes einen wichtigen Platz ein. Kernstücke rheinand-pfälzischer Mittelstandspolitik sind Fördermaßnahmen als „Hilfen zur Selbsthilfe", Erleichterungen bei Existenzgründungen sowie Förderungsmaßnahmen zugunsten des technologischen Fortschritts.

Ein weiteres Instrumentarium der Mittelstandspolitik ist das Zinszuschußprogramm des Landes. Es zielt darauf ab, die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen durch die Förderung von Investitionen bei Neuerrichtungen, Erweiterungen, Rationalisierung, Umstellungen und Modernisierungen zu stärken.

Kleine und mittlere Unternehmen können bei der Realisierung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten direkte finanzielle Unterstützung erhalten. Damit sollen weitere Anreize für die Durchführung von Innovationsmaßnahmen gegeben werden. Mehr Mittel stehen auch für Zwecke der wirtschaftsnahen Forschung zur Verfügung. Damit werden Entwicklungsvorhaben von Hochschulen und Forschungsinstituten gefördert.

Mittel für ein Technologiezentrum

Um den Unternehmen des Landes den Zugang zu neuem technischen Wissen zu erleichtern, stehen für die Errichtung eines Technologiezentrums in Kaiserslautern Mittel zur Verfügung. Die Landesregierung fördert verstärkt die Beteiligung mittelständischer Unternehmen an exportorientierten internationalen Messen und Ausstellungen.

Heinrich Holkenbrink ist Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr des Landes Rheinland-Pfalz.

SCHLESWIG-HOLSTEIN / Land wird von Förderungs-Gesellschaft abgedeckt

Alle Stellen werden parallel beraten

Als Instrument für die Unternehmensansiedlung auf Landesebene wurde die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Sophienblatt 60, 2300 Kiel 1, bereits im Jahre 1969 gegründet. Seit dem 1. Januar 1981 hält das Land 51 Prozent des Gesellschaftskapitals. Die übrigen 49 Prozent sind im Besitz der Wirtschaftsaufbaukasse Schleswig-Holstein AG, Lorentzendamm 21, 2300 Kiel 1. Entsprechend Paragraph 2, 1a der Satzung ist der Gegenstand des Unternehmens die Beratung, Förderung und Anwerbung von Wirtschaftsunternehmen in Schleswig-Holstein und damit in Zusammenhang stehender Maßnahmen. Das Land kommt mit dieser Gesellschaft folgenden konkreten Bedürfnissen entgegen: Nur ein Bundesland oder ein Stadtstaat hat die Ausstrahlungkraft und Sogwirkung, um gerade auch im Hinblick auf die beachtliche Konkurrenzsituation mit der Unternehmenswerbung entsprechende Beachtung zu finden.

Damit ergibt sich bereits auch das zweite Argument, nämlich daß das zu erwartende Verhältnis zwischen Aufwand und Nutzen nur die überregionale Werbung einer größeren Region aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten zuläßt.

Eine das ganze Land abdeckende Gesellschaft kommt dem Interesse und der Erwartung von Unternehmen und Multiplikatoren entgegen, ohne großen Aufwand einen schnellen Überblick über eine möglichst große Region zu erhalten und sich nicht während der ersten Informationsphase mit einer Vielzahl von Anbietern auseinandersetzen zu müssen.

Die Gesellschaft erfüllt im Ansiedlungsfall die Koordinationsaufgabe zwischen dem die Information und Unterstützung suchenden Unternehmen und der Vielzahl der für die Durchsetzung des Investitionsvorhabens maßgeblichen Dienststellen.

Erst durch ein Parallelschalten aller beteiligten Stellen auf Gemeinde-, Kreis- und Landesebene wird eine Beratungstätigkeit ermöglicht, die dem Unternehmer die erwartete, maßgeschneiderte Lösung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen, technischen und administrativen Einzelaufgaben garantiert.

Sie hat daher folgende primäre Zielsetzungen:

Das Image Schleswig-Holsteins als Standort für unternehmerische Aktivitäten zu verbessern. Schleswig-Holstein hat in der öffentlichen Meinung als leistungsfähiger, zukunftsorientierter Wirtschaftsraum und somit auch als geeigneter Unternehmensstandort ein Imagedefizit.

Das Interesse der investitionsbereiten Unternehmer am Standort Schleswig-Holstein soweit zu wekken, daß diese den Kontakt mit uns aufnehmen. 1983 kam es auf diese Weise zu ca. 1200 Kontakten, aus denen sich 135 bearbeitete Fälle entwickelten.

S. H.

AUF EINEN BLICK

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG BADEN-WÜRTTEMBERG
Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
Theodor-Heuss-Straße 4
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/2 02 01
Leitung:
Manfred Ginter
in Verbindung mit der
Zentrale für Wirtschaftsförderung beim Landesgewerbeamt Baden-Württemberg
Kanzleistraße 19
7000 Stuttgart 1

BAYERN
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr
Prinzregentenstraße 28
8000 München 22
Tel.: 089/2 16 21
Leitung:
Klaus Bauer
Roland Pecher

BERLIN:
Wirtschaftsförderung Berlin GmbH
Budapester Str. 1
1000 Berlin 30
Tel.: 030/2 63 61
Leitung:
Robert Layton

BREMEN
Bevollmächtigter des Senators für Wirtschaft und Außenhandel für Unternehmensansiedlung
Martinistraße 3
2800 Bremen
Tel.: 0421/32 03 51
Leitung:
Hans-Bernd Giesler
Thomas Müller-Debus
Ferner
die gemeinsam mit dem Land Niedersachsen betriebene Wirtschaftsförderungsgesellschaft Weser-Jade mbH
Am Wall 187
Postfach 10 03 69
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/32 04 07
Geschäftsführender Prokurist:
Günter Lehmkuhl

HAMBURG:
Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft
Alter Steinweg 4
2000 Hamburg 11
Tel.: 040/34 91 21
Telex: 02–11 100
Leitung:
Horst Burgeleit

HESSEN:
Hessische Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft mbH
Abraham-Lincoln-Str. 38–42
6200 Wiesbaden
Tel.: 06121/77 41
Telex: 4–186 127
Geschäftsführer:
Karl-Heinz Zahn
August Schäfer

NIEDERSACHSEN
Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr
Friedrichswall 1
3000 Hannover
Tel.: 0511/19 01
Telex: 9–23 530
Leitung:
Heinz Brinkmann
Ferner
die gemeinsam mit dem Land Bremen betriebene Wirtschaftsförderungsgesellschaft Weser-Jade mbH.

RHEINLAND-PFALZ
Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH
Erthalstr. 1
6500 Mainz 7
Tel.: 06131/6 20 66
Telex: 41 87 643 wvmz
Geschäftsführer:
Gregor Weiner

SAARLAND
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung Saar mbH
An der Römerbrücke 22
6600 Saarbrücken 3
Tel.: 0681/6 54 63
Telex: 44 21 411 WMSBD
Geschäftsführer:
Ernst Klitscher
Klaus Richter

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Sophienblatt 60
2300 Kiel
Tel.: 0431/6 30 91
Telex: 292 751 melf
Geschäftsführer:
Gernot E. Schaffler

NORDRHEIN-WESTFALEN
Gesellschaft für Wirtschaftsförderung in Nordrhein-Westfalen mbH.
Kavalleriestr. 8–10
4000 Düsseldorf 1
Tel.: 0211/8 08 51
Telex: 8 587 830
Geschäftsführer:
Peter Gonschior
Theodor Schulte-Middelich

GRÜNDER-ZENTRUM UELZEN

Mit einem umfassenden Dienstleistungspaket geben wir Existenzgründern einen erfolgreichen Start in die Selbständigkeit.*

** Hochschulabsolventen der technischen Fakultäten, Ingenieure, Techniker und Meister mit mehrjähriger Berufserfahrung.*

WIR HALTEN DAS FINANZRISIKO IN GRENZEN UND VERSCHAFFEN IHNEN EINE GÜNSTIGE FINANZIERUNG

Förderungsprogramme des Bundes, des Landes und der kommunalen Wirtschaftsförderung sind speziell auf Existenzgründer zugeschnitten. Wir nennen Ihnen die günstigste Finanzierung und nehmen Ihnen die Bearbeitung der Förderanträge ab.

WIR MINDERN DAS RISIKO IN DER GRÜNDUNGSPHASE MIT EINEM FUNDIERTEN BERATUNGSPAKET

Existenzgründer und Jungunternehmer erhalten eine weitgehend kostenlose Beratung auf den Gebieten Innovation, Planung, Finanzierung, Förderung, Produktion, Marketing, Steuer-, Gesellschafts- und Patentrecht.

WIR HALTEN EIN VERFÜGUNGSZENTRUM ZU AUSSERST GÜNSTIGEN KONDITIONEN BEREIT

Eine 700 qm große Werkhalle, die in kleinere Einheiten teilbar ist, mit separatem Bürosektor und zentralen Diensten steht Existenzgründern zur Verfügung.

WIR BIETEN EIN GÜNSTIGES UMFELD FÜR DEN TECHNOLOGIE-TRANSFER

Uelzen liegt in zentraler Lage zwischen den Hochschulstandorten Hamburg, Braunschweig und Hannover. Am Ort: Fachbereich für Wasserwirtschaft (einschl. Tropenwasserwirtschaft) und Kulturtechnik der Fachhochschule Nordost-Niedersachsen. Außerdem Institut für Abfalltechnik.

Hamburg
Bremen
Uelzen
Hannover
Braunschweig

IHR BERATUNGSTEAM.

Mittwoch, 4. – Mittwoch, 11. April
Hannover Messe '84
Stand „Standort Uelzen" Halle 17, Stand 418

LANDKREIS UELZEN
Amt für Wirtschaftsförderung, Dr. Heinz Puls, 3110 Uelzen 1, Kreishaus, Telefon (0581) 8 22 77

STADT UELZEN
Referat für Wirtschaftsförderung, Dipl.-Ing. Eckart Bohne, 3110 Uelzen 1, Rathaus, Telefon (0581) 800130

Fordern Sie unseren „Leitfaden für Existenzgründer am Standort Uelzen" an.

Fakten helfen entscheiden.

Die Wahl des Unternehmens-Standortes ist eine betriebswirtschaftliche Grundsatzentscheidung über Kosten und Ertrag.

Ansiedlungspolitik mit Augenmaß und Informationsmaterial, das weiterhilft — das sind zwei echte Pluspunkte für den Industrie- und Gewerbestandort im Landkreis Holzminden.

- Existenz gründen —
- Betrieb verlagern —

Sie integrieren Ihren Betrieb in ein hochqualifiziertes Gewerbepotential, Sie erhalten beste Startbedingungen für zukunftsorientierte Investitionen im Bereich des produzierenden Gewerbes, der mittelständischen Industrie, im Fremdenverkehr.

Der Landkreis Holzminden hat umfangreiches Informationsmaterial bereitgestellt, das Sie unbedingt anfordern sollten.



Amt für Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr
Postfach 1353 · 3450 Holzminden 1 · Tel. (05531) 707276



Wirtschaftsstandort Südniedersachsen
Sprechen Sie mit dem Amt für Wirtschaftsförderung Stadt Einbeck
Rathaus – 3352 Einbeck
Telefon (0 55 61) 31 62 12

Informationen über Anzeigen in Sonderveröffentlichungen und Dokumentationen erhalten Sie bei
DIE WELT
Anzeigenabteilung
Kaiser-Wilhelm-Straße 1, 2000 Hamburg 36,
Tel. 0 40 / 3 47 41 11 oder 3 47 41 28



Kreis Segeberg

Standort für Handel, Handwerk, Industrie im Wirtschaftsraum Hamburg. Brückenfunktion zwischen der EG und den skandinavischen und osteuropäischen Märkten. Zonenrandgebiet. Sonderabschreibungen bis zu 50 % neben der linearen Abschreibung. Förderpräferenz bis zu 15 %. Hoher Wohn- u. Freizeitwert.

Dynamische Bevölkerungsentwicklung:
1970 = 164 634 Einwohner
1983 = 213 287 Einwohner
Wirtschaftsförderung als Dienstleistung. Informationen und Beratung über Amt für Wirtschaftsförderung und Fremdenverkehr des Kreises Segeberg, Hamburger Straße 25, 2360 Bad Segeberg, Tel. 0 45 51 / 5 12 04, Telex 261 628

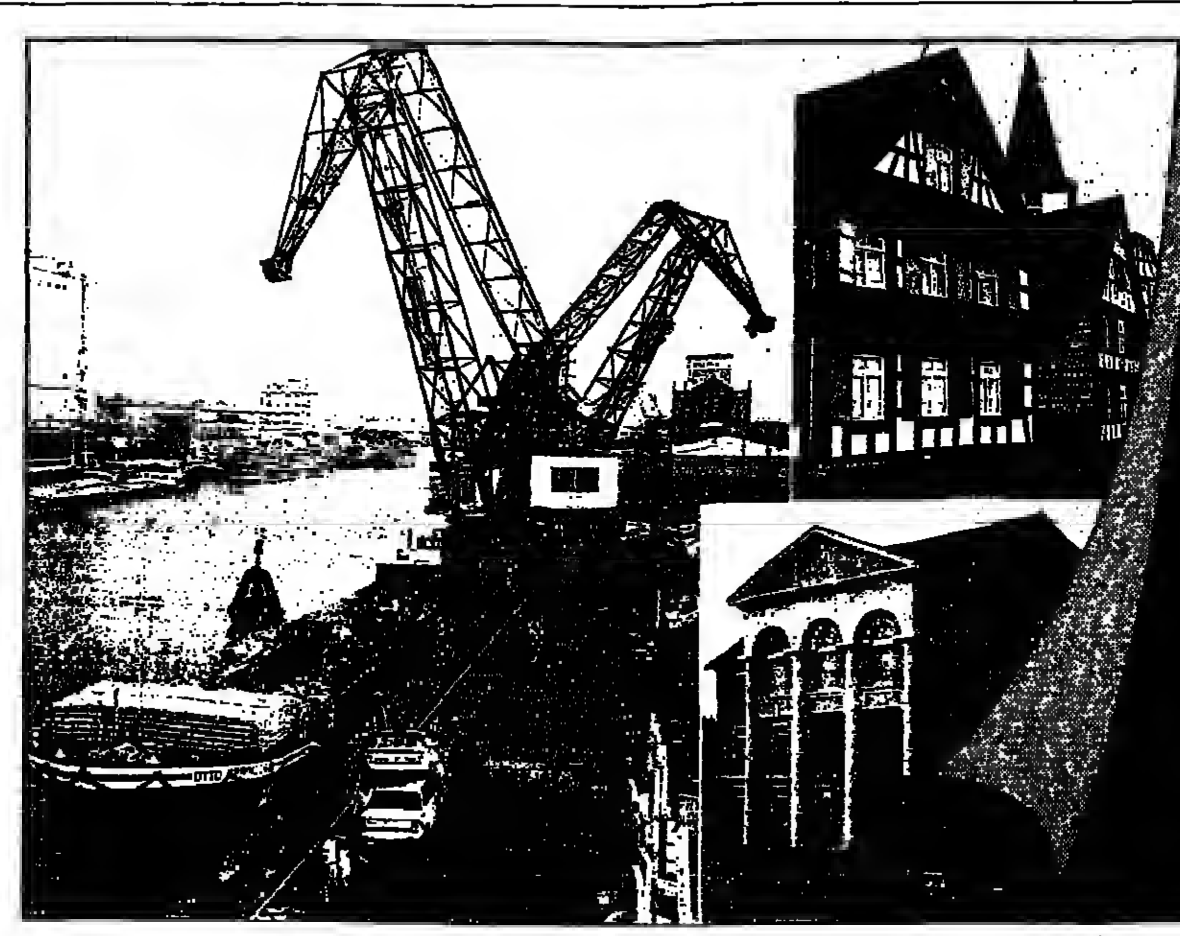
Name:
Straße:
Ort:
Telefon:

Kreis Segeberg
Nebenstehenden Coupon ausfüllen, ausschneiden und auf Postkarte kleben.

OF
OFFENBACH AM MAIN

- **Günstige Lage**
  Anschluß an die Autobahnen Köln–Frankfurt–Würzburg, Hannover–Frankfurt–Basel, Offenbach–Darmstadt. Zum Flughafen Rhein-Main 15 Minuten. D-Zug-Station. Gut ausgebauter Mainhafen. Stadteigene Industriebahn.
- **Wirtschaftsstruktur**
  Beschäftigte insgesamt rund 60 000. Wichtigste Industriebranchen (nach Beschäftigten): Maschinenbau (7900), Chemische Industrie (2600), Lederwaren und Schuhindustrie (2800) sowie Elektroindustrie (2500).
- **Ansiedlungsmöglichkeiten**
  Büroflächen sowie öffentliche und private Grundstücke in verkehrsgünstiger Lage bis 60 000 m² für entwicklungsfähige Betriebe des Dienstleistungssektors und des verarbeitenden Gewerbes.

WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG
Offenbach am Main
Rathaus, 6050 Offenbach am Main
Telefon (06 11) 80 65-21 20



Wirtschaftszentrum ohne Ballungsprobleme

KEHL am RHEIN



Vom Verkehr begünstigter Standort für Industrie, Handel und Dienstleistungen

Hervorragende Infrastruktur: Verwaltungsfachhochschule, zwei Gymnasien, Realschule, Berufsschule



Wichtigster Grenzübergang für den Warenverkehr von und nach Spanien

Unmittelbar gegenüber Straßburg, 15 Auto-Minuten von Schwarzwald und Vogesen entfernt



Bedeutende Reserveflächen für Gewerbe und Wohnungsbau

EIN STANDORT AUCH FÜR IHR UNTERNEHMEN

Ausgezeichnete Sport- und Freizeitangebote



EIN WOHNORT AUCH FÜR IHRE MITARBEITER

Mehrinformationen abrufen bei der Stadtverwaltung. Anruf genügt: 0 78 51 / 8 82 00, Btx: *1902 327 #

Pankraz, Airwolf und der Spaß am Computer

Eine neue Sucht schwappt über den Großen Teich: „Coptermania", der manische Spaß an Maschinen, speziell an Computern. In der Unterhaltungsindustrie Amerikas hat Coptermania bereits erste Opfer gefordert. Es sind die großen Hollywood-Stars, die zu ihrem Entsetzen plötzlich nicht mehr im Mittelpunkt von Fernsehserien und Seifenopern stehen. Die Produktionsgesellschaften, die früher solche Serien und Opern planvoll um einen populären menschlichen Star herum aufbauen ließen (oder auch um ein Tier wie „Lassie"), rücken immer häufiger Computer, Roboter oder vollcomputerisierte Autos und Hubschrauber ins Zentrum. Das Publikum will es so.

Mit dem Film „Krieg der Sterne" fing es an. Neben Menschen und pelzigen Tiermonstern wirkten dort auch zwei Computer-Roboter namens R2D2 bzw. 3PO mit, und die Produzenten registrierten mit Erstaunen, daß diese Roboter dem Luke Skywalker und seinen lebendigen Freunden mühelos die Schau stahlen. Besonders der stauhsaugerförmige R2D2 hatte es den Kinogängern angetan. Seine mechanisch abgesonderten und dennoch stets unheimlich treffsicheren Wort- und Verhaltenspointen lösten Jubel aus und öffneten die Schleusen. Seitdem vergeht kaum ein Quartal, in dem nicht eine neue TV-Serie mit einem Computerstar erscheint. Da sind das „denkende Auto" Knight Rider und der „flüsternde Hubschrauber" Airwolf, da sind Riptide, der wie ein Dinosaurier grinsende Allround-Roboter, und „Mr. T", der Roboter mit der Eleganz eines Rudolfo Valentino. Da sind „Matt Houston", „Trauma Center", „Blue Thunder", „Scarecrow", „P. I." und „Magnum".

Alle diese diffizilen Maschinen sind strikt auf Moral und Anständigkeit programmiert, ihre Software ist ungemein menschenfreundlich, sie kämpfen immer auf der Seite der Guten, legen erstaunte Halunken aufs Kreuz, begleiten ihre Großtaten mit umwerfend drolligen Nebenbemerkungen und erwarten kein Quentchen Dankbarkeit, sind mit einer neuen Batterie dann und wann und mit ein paar Tropfen Maschinenöl zufrieden. Es sind großartige Identifikationsobjekte mit starkem erzieherischen Effekt. Die Kinder lieben sie und nehmen kleine Nachbildungen von ihnen mit ins Bett.

In Deutschland, wo die Computer-Roboter fast noch ausschließlich als Arbeitsplatz-Vernichter gesehen werden, mag so etwas Erstaunen und Befremden auslösen. Pankraz spürt förmlich, wie sich Hunderten von mitteleuropäischen Kulturkritikern die Haare sträuben beim Gedanken an R2D2 als kindlichen Bettgenossen. Fassungslos wühlen sie in ihren Begriffskisten, um mit Schreckwörtern wie „nekrophile Super-Entfremdung" oder „narzißtischer Phallus Exchange Standard" wiederaufzutauchen. Aber bannen läßt sich die Entwicklung damit nicht. Auch bei uns breitet sich Coptermania unaufhaltsam aus.

Man erkennt es daran, wie reibungslos und vergnügt sich die Einführung von Computersystemen in den meisten Betrieben und Ämtern vollzieht. Zwar gibt es am Anfang meistens Vorbehalte und Ängste, aber sie zerstieben im allgemeinen schon in der ersten Stunde des Computer-Kurses, wo die Kommandos und „Styles" gelernt werden. Nicht nur junge Lehrlinge und kichernde Sekretärinnen, sondern auch ernste Abteilungsleiter zeigen sich fasziniert und amüsiert von den Möglichkeiten und Fallstricken der Software. Man spielt herum, fordert das System durch riskante oder nicht ernst gemeinte Anfragen heraus und schmunzelt über die stereotypen, oft sehr drolligen Antworten, die man erhält. Schnell wird der Computer als eine Art Persönlichkeit begriffen, bekommt einen Spitznamen verpaßt, man spricht von „ihm" wie von einem besonders genauen, doch auch recht kauzigen Mitarbeiter, kurzum: Man „belebt" ihn.

Von hier ist es dann nur noch ein Schritt bis zum Aufstieg diverser Computer-Roboter in die Folklore, ins Fernsehen, in den Film, ins Kinderbuch und überhaupt in die Literatur. Die Ära der Dämonisierung ist vorbei, die Ära der Kumpanei beginnt. Die Computer gehören jetzt zu den Guten, wie schon vor längerem auch die großen Tiere, die pelzigen Phantasiemonster und sogar die Dinosaurier („Schreckensechsen") aus Feinden zu Freunden wurden. Pankraz kann in diesem Prozeß beim besten Willen keine gefährliche „Entfremdung" erblikken; er sieht darin vielmehr einen Prozeß des Vertrautwerdens mit neuartigen Phänomenen, des Sich-Einwohnens in ungewohnter Umgebung. Ein weiteres Stück neuer Welt wird zur Heimat; daran ist nichts Schlimmes.

Natürlich haben die Computer im Augenblick noch den Reiz der Neuheit für sich, deshalb eben „Coptermania", Computer-Manie. Dies wird sich abschleifen, so daß auch menschliche und tierische Hollywoodstars wieder Serienchancen bekommen. Die Wahrscheinlichkeit, daß Coptermania unser Sozialsystem oder gar unsere Ethik unheilvoll beeinflussen könnte, ist gering. Man kann es gar nicht oft genug sagen: Computer haben keinen eigenen Willen, es sind Vollzugsbeamte der menschlichen Logik, und wer mit ihnen arbeitet oder spielt, der übt sich in Logik, Denkdisziplin, Genauigkeit, schöpferischer Ausfüllung vorgegebener Rahmenbedingungen. Gerade der immer wieder bezaubernde R2D2-Effekt, das streng logische Reagieren und Kommentieren in durchaus nicht immer logischen, nämlich neuartigen, bis dato „ungelernten" Wirklichkeits-Situationen, macht die Kraft, aber auch die Grenzen von Computer-Intelligenz besonders deutlich. Es ist allenfalls die Intelligenz von Versuchsratten.

Nur wer den Menschen für einen bloßen Lernautomaten, für einen Pawlowschen Hund oder eine Skinnersche Ratte hält, muß Angst davor haben, daß uns die Computer eines Tages mit unseren eigenen Waffen schlagen könnten. Die anderen brauchen sich ihren Spaß an R2D2 und Mr. T, an Airwolf und Kight Rider nicht trüben zu lassen.

Pankraz

Mit den Bausteinen der Phantasie: Die Ausstellung „Images et imaginaires d'architecture" in Paris

Mucha wollte den Eiffelturm abreißen

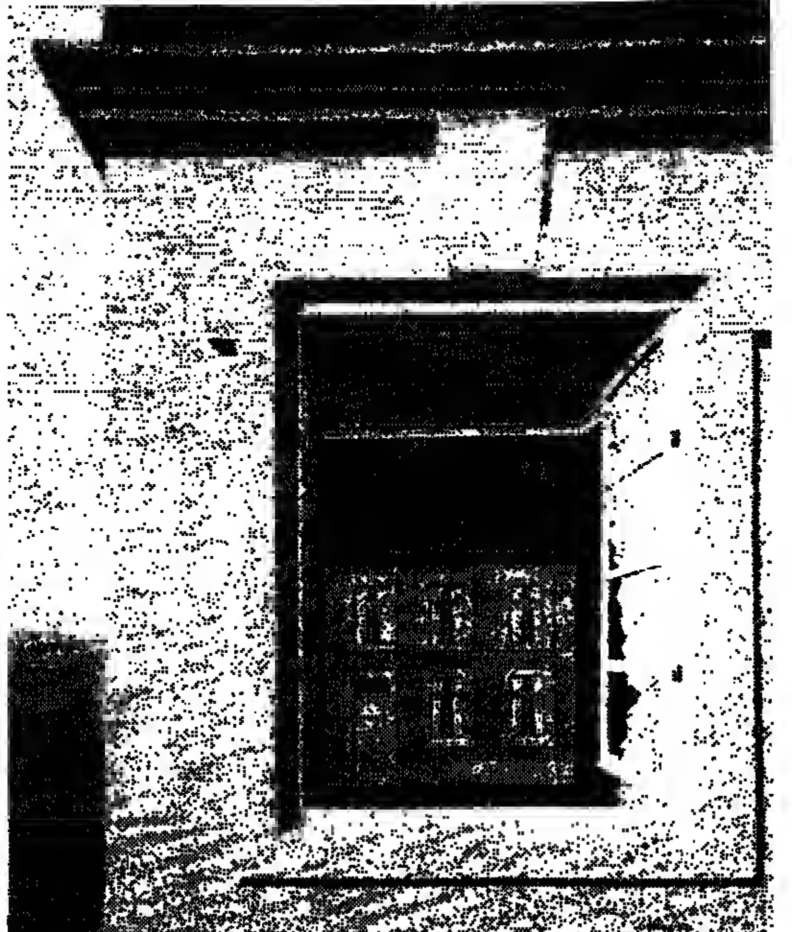
Den „Traum des Architekturprofessors" führt das großformatige Blatt vor. Charles Robert Cockerell, ein britischer Architekt, hat es 1849 aquarelliert. In vier Ebenen – einer ägyptischen, einer griechischen, einer römischen und einer mittelalterlichen – hat Cockerell hinter- und übereinander gestaffelt, was damals zu den Meisterleistungen der Architektur gerechnet wurde. Dazu gehören die Tempel des Niltals und der Griechen, das Pantheon und der Schiefe Turm von Pisa, die Kathedralen von Straßburg, Chartres, Freiburg, Notre Dame, St. Stephan, St. Peter und auch der unvollendete Kölner Dom.

Ein anderes Blatt, von Tomas Zanko, aus unseren Tagen stammend, führt den „Turm der Architektur" vor. Auf ägyptischen Stufen stehen da griechische Säulen, die Bögen des Kolosseums, die Spiralrampe des babylonischen Turms (wie ihn Renaissancekünstler malten), gotische und romanische Strukturen, Betonröhren und schließlich ein Kran, wohl um künftigen Generationen die Chance zu geben, an diesem Gebilde der Phantasie weiterzuwerkeln.

Diese beiden Blätter illustrieren augenfällig das Konzept der Ausstellung „Images et imaginaires d'architecture" im Pariser Centre Pompidou. Jean Dethier, gelernter Architekt und für die Ausstellungsgestaltung des Centre verantwortlich, will damit einen Eindruck der Bilder und Vorstellungen von Architektur in den letzten anderthalb Jahrhunderten geben. 1826 wurde als Beginn gewählt, weil Nicèphore Niepce in diesem Jahr das erste Lichtbild aufnahm. Eine Architektur natürlich: den Blick auf Saint-Loup-de-Varennes.

Mit sechshundert Bildern wird ein höchst origineller Spaziergang durch die Architektur unternommen, wobei wirkliche Bauwerke, Theater- und Filmbauten und reine Phantasieentwürfe gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Die Abfolge ist streng chronologisch. Jeder der 14 Säle ist einem Jahrzehnt gewidmet. Nur beim ersten (1826–1839) und beim letzten (1970–1984) werden noch ein paar Jahre dazugelegt. Dieser systematische Aufbau – links vom Mittelgang das 19. Jahrhundert, rechts das 20. – ist für die Wirkung der Ausstellung sehr wichtig, denn sie will das Nebeneinander der unterschiedlichen Stil- und Bauformen bewußt machen.

Wer also gewohnt ist, die Bauvergangenheit in den üblicherweise klar abgegrenzten Epochen (z. B. Spätklassizismus, Biedermeier, Historismus, Jugendstil, Bauhaus usw.) zu sehen, wird hier eines Besseren belehrt. Für das Jahrzehnt zwischen



Verwirrende Bilder von Häusern und vom Bauen: „Das Lob der Dialektik" von René Magritte, aus der Pariser Ausstellung FOTO: KATALOG

1850 und 1859 stehen z. B. Sebastian Charles Girauds Gemälde des Speisesaals und des Salons der Prinzessin Mathilde, die bereits Ausstattungselemente des Historismus erkennen lassen, aber auch die kargen Skizzen von Joseph Paxton für den funktionalen Kristall-Palast in London. Die Fassade der Wiener Votivkirche konkuriert mit einem seltsamen Blatt von Thomas Vaughen, das einen kahlen Raum mit geometrischen Figuren und Körpern im harten Schlaglicht einer Kerze zeigt (und das damit auf den manieristischen Ornamentstisch eines Stoer oder die Intarsien des Wrangelschrankes genauso zurückweist, wie es surrealistische Bildformen vorausnimmt). Die Beispiele lassen zugleich erkennen, worum es der Ausstellung geht: zu zeigen, daß es schon im 19. Jahrhundert keinen verbindlichen Zeitstil mehr gab. Zur Illustration dieser These steht Bekanntes neben Unbekannten, hängen Entwürfe von Schinkel und Hittorf, Eliel Saarinen oder Gropius Seite an Seite mit Studentenarbeiten.

Der Eiffelturm und der Kölner Dom, in ihrer Widersprüchlichkeit sicherlich zwei der herausragendsten Bauschöpfungen des 19. Jahrhunderts, kehren in der Ausstellung mehrfach wieder. In einer visionären Zeichnung hatte Vincenz Statz bereits 1861 dem Dom die beiden Türme gegeben. Und wenig später ergänzten Theodor Creifels und Karl Eduard Richard die Photographie des unvollendeten Gotteshauses mit der Zeichenfeder zu dem Bild, das A. Schmitz dann erst in den achtziger Jahren bei der Vollendung der Türme mit der Kamera in der Realität aufnehmen konnte. Auch vom Eiffelturm gibt es eine solche Photoserie, die die einzelnen Bauphasen zwischen dem 10. August 1887 und dem 2. April 1889 festhält. Dazu kommt noch eine reiche Ausbeute an Kunst und Kitsch. Ein frühes Gemälde von Robert Delaunay, aber auch ein Halstuch mit dem Turm und seinem Konstrukteur von 1889, Gouachen eines Feuerwerks anläßlich der Weltausstellung 1937 oder gar die Skizze von Alfons Mucha, der 1897 lediglich die Fundamente des Turms erhalten und für einen jugendstilbewegten „Pavillon de l'homme" nutzen wollte.

Das zwanzigste Jahrhundert zeigt in dieser Ausstellung ein höchst ungewöhnliches Gesicht. Die selbstgefällige Chronologie, die den „Fortschritt" vom Gründerstil zum Neuen Bauen zum historischen Faktum erklärt hat, gerät dabei total aus den Fugen. Der Monumentalismus, der gern als Ausdruck faschistischen Größenwahns ausgegeben wird, war bereits, so lernt man hier, in den ersten Jahrzehnten präsent. Er findet sich z. B. in dem Entwurf von Petersen und Bentsen für einen Bürokomplex in Kopenhagen, in Le Corbusiers Skizzen für eine Pariser Trabantenstadt (1925) oder in Riemerschmids Ideen für das „Palais der Musik" in München (1926), in Auguste Perriers „Halle des torpilleurs" für Toulon (1932) oder Richard Myerscough-Walkers und Charles Holdens Londoner Universität.

Auf den ersten Blick mag es vielleicht komisch wirken, daß Otto Kohtz den Entwurf einer „Hochschulstadt Berlin" mit Hochhäusern, die sich um Stelen mit Nazi-Emblemen gruppieren, nach dem Krieg einfach ohne die Embleme für die Rekonstruktion der Stadt einreichte. Aber der zweite Blick belehrt uns, daß in der damaligen Praxis (übrigens nicht nur in Deutschland) viele solcher „faschistischen" Hochhausagglomerationen entstanden – allerdings jetzt als „rein funktional" deklariert.

Für die letzten anderthalb Jahrzehnte vermischt sich dann die Realität vollends mit Utopie, Karikatur und Parodie. Das beste Beispiel dafür ist François Dallegrets „Villa ironique", für die er Elemente der Baukunst von Rogers und Piano benutzt, die der Betrachter am Centre Pompidou gerade in der Realität gesehen hat. Die Ambivalenz zeitgenössischer Stile kann nichts besser belegen als jene gestickten „neopaladinischen Architekturen" der Madame Dauvergne. Was hier nämlich wie eine Sottise gegen die Postmoderne wirkt, ist in Wirklichkeit ein ernstgemeinter Handarbeitsvorschlag der Garnfima DMC.

Nach dieser Ausstellung weiß man viel von den Vorstellungen über Architektur in den letzten 150 Jahren. Das Bild des Architekten verschwindet dagegen hinter einem großen Fragezeichen. Der Historismus ist, so scheint es, noch lange nicht zu Ende, nur daß die gegenwärtigen Baumeister statt der Stile der Vergangenheit sich lieber selbst zitieren – und damit oft unfreiwillig die ganze „Moderne" travestieren. (Bis 28. Mai; Katalogbuch 160 FF; Führungsblatt 8 FF.)

PETER DITTMAR

Alec Guinness wird 70

Chamäleon mit viel Charakter

Ein Meister sei er, ein Meister der Anonymität, schrieb der Kritiker Kenneth Tynan über ihn. Ein anderer verglich ihn mit einem Chamäleon. Solche Worte, auf einen Schauspieler gemünzt, sind stets zweischneidig. Von Humphrey Bogart beispielsweise hätte dies niemand behauptet: Er war immer Bogart, vom ersten bis zum letzten Film.

Alec Guinness dagegen verkriecht sich ganz in seine Rollen, stülpt sich, völlig uneitel, den fremden Charakter über, geht in ihm auf: Der Jude Fagin aus Dickens „Oliver Twist" brachte ihm ob seiner unterstellten antisemitischen Tendenzen heftige Proteste in Amerika ein (was dem wirtschaftlichen Erfolg des Films dort erhebliche Einbußen eintrug); für den eisenharten Oberst Nicholson („Die Brücke am Kwai"), die Rolle, die er nach eigenen Aussagen am meisten haßte, erhielt er seinen ersten „Oscar" (ein Sonder-Oscar wurde ihm vor vier Jahren verliehen); und lange bevor Dustin Hoffman als „Tootsie" in eine Frauenrolle schlüpfte, verwandelte sich Guinness in Lady Agatha d'Ascoyne, die er, des Geldes und Titels wegen, von sich selber umbringen lassen mußte. In acht verschiedenen Rollen brillierte er in der britischsten aller Filmkomödien: „Adel verpflichtet".

Schauspieler sind für ihn Menschen, die gefühls- und intellektmäßig auf der Stufe von Sechzehnjährigen stehengeblieben sind. Deshalb,



Die Lust am Verkleiden: Alec Guinness FOTO: HORST TAPPE

so sagt er jedenfalls, seien der Ruhm und das Geld nur zweitrangig. Die Lust auf die andere Person, die *in nuce* natürlich in ihm angelegt sein muß, geht dann auch schon mal so weit, daß er sich für blut- und fleischlose Science-fiction-Figuren verpflichten läßt („Star Wars").

Heute feiert Sir Alec Guinness seinen 70. Geburtstag. Gut 50 Jahre seines Lebens hat er davon gespielt, zunächst auf der Bühne, die er 1933 zum ersten Mal betrat. Drei Jahre später wurde er an das höchste Haus des Landes verpflichtet: Am Old Vic beeindruckte er mit einer modernen „Hamlet"-Version und später als Narr im „König Lear". Sein eigentlicher Ruhm jedoch beruht auf den zahlreichen Filmrollen, die er seit 1948 verkörperte. Als das Fernsehen bei ihm vorsprach, lehnte er zunächst ab. Aber eines Tages ist die Lust am Verkleiden wohl wieder übermächtig geworden. Und überhaupt: Ein Chamäleon paßt sich ständig an. Auch einem neuen Medium.

RAINER NOLDEN

London: A. Lloyd Webbers „Starlight Express"

Liebesgrüße per Dampf

Nostalgie für die gute alte Dampflok, Sex auf Schienen und Rock als Idiom des Maschinenzeitalters – das sind die Elemente, aus denen Andrew Lloyd Webber sein jüngstes Musical „Starlight Express" gemixt hat, das im Londoner Apollo Victoria, sinnigerweise unmittelbar neben Victoria Station, seine mit Spannung erwartete Premiere erlebte. Mit seinem Ausstattungsaufwand von acht Millionen Mark hängte es jede andere Inszenierung in der Geschichte des Londoner Westend ab.

Wer erlebt hat, daß Lloyd Webber nach seinen Hits „Jesus Christ Superstar" und „Evita" mit „Cats" einen Westend- und Broadway-Welterfolg über tanzende und singende Katzen und Kater schreiben konnte, den kann nicht mehr verwundern, daß er jetzt Dampf-, Diesel- und Elektroloks samt Schlaf-, Speise- und Gepäckwagen mit sehr menschlichen Gefühlen ausstattet. Der Einfall, der die Züge auf Touren bringt: die ausschließlich maskulinen Loks und ihre femininen Anhängsel, die sich beim Koppeln und Kuppeln höchst anmutig auf den Schienen zu bewegen wissen, rollen allesamt auf Rollschuhen daher. „Rollerball" erstmals im Theater. Daß dies möglich ist, das ist die erste Überraschung dieses Spektakels.

Die zweite: Hier wird totales Theater geboten, wie man es in London noch nicht erlebt hat. Aus dem Apollo Victoria wurden tausend Sitzplätze entfernt, um einen Raum zu schaffen, in dem das Publikum von drei auf verschiedenen Ebenen verlaufenden Rollschuhbahnen bzw. Schienensträngen umgeben sitzt. Vom Schnürboden hängt eine gigantische Eisenbahnbrücke, ein wahres Kabinettstück der Bühnentechnik, herab, die als „Stellwerk" die Weichen so stellt, daß beim rasanten Rennen von Diesel-, Dampf- und E-Loks um den Preis für den schnellsten Schienen-Champion die ratternden, stampfenden, zischenden Konkurrenten alle Bahnen in einem atemberaubenden Crescendo nutzen können, bis hin zu einer konkaven Bühnenrampe, zum Ausrollen und virtuosen Entgleisen.

Es wäre zum Halsverrenken, wenn der genialische John Napier nicht zwei überdimensionale Video-Leinwände enthüllt hätte, auf denen der Zuschauer den Verlauf der wilden Streckenhatz in seinem Rücken verfolgen kann. Über dem Ganzen wölbt sich der gestirnte Glitzerhimmel Lloyd Webbers, wo ein gütiger Gott in seinem Eisenbahnparadies wohnt und gelegentlich in das menschlich-allzumenschliche Gerangel auf seinen Erdenschienen als deus ex machina eingreift.

Der internationale Charakter der Show wird fast überdeutlich, wenn neben der Transsibirischen Eisenbahn auch die französische Staatsbahn und ein D-Zug aus Japan zum Wettbewerb anrollen. Die Bundesbahn bleibt zwar bei den Ausscheidungen auf der Strecke, dafür verbummelt Englands Super-Schnellzug den Starttag.

Librettist Richard Stilgoe hat eine simple Aschenputtel-Story in Reimpaare gesetzt. Es ist die Geschichte vom „underdog" Rusty (Ray Shell), der Dampflok von gestern, reichlich verhöhnt von ihren jüngeren Macho-Brüdern Diesel (Jeff Shankley) und Elektra (Jeffrey Daniel). Rusty hat so viel Dampf dahinter, daß er, auch mit Hilfe von oben und mit der Kraft eines liebenden Herzens, das Rennen gewinnt und den schönsten Erste-Klasse-Wagen Pearl (Stephanie Lawrence, unvergessen aus dem Musical Marilyn) ins Depot führen kann.

Wird in „Cats" Grizabella in den Katzenhimmel aufgenommen, so erleben wir hier den Eisenbahn-Gott „Starlight Express" in einem von Lon Satton mit rauchigem Negerbaß gesungenen Blues. Lloyd Webber wandelt virtuos Rock-Idiome der fünfziger und sechziger Jahre ab. Stephanie Lawrence hat mit „Only he can move me" den Song, der das Zeug zum Hit hat, wenn auch nicht das Kaliber von „Memory". Gerade dieser Song zeigt, mit seiner auffälligen Ähnlichkeit mit dem Lied der Maria Magdalena aus „Jesus Christ Superstar" „I dont know how to love him", wie sehr der freilich erst 36jährige Komponist neue Wege scheut. Er wandelt seine Erfolgsformel unter Einbeziehung von Country- und Western-Elementen ab. In „Cats" war er als Melodiker stärker, vielleicht, weil er durch die Vorlage der Gedichte T. S. Eliots mehr zum Charakterisieren gezwungen war.

So vergnüglich und brillant instrumentiert diese Eisenbahnmusik auch klingt – die Dämonie der Maschinenmusik „Pacific 231" von Honegger aus den zwanziger Jahren bleibt unerreicht. Aber was macht's. Bis zum 1. Mai ist das Haus schon ausverkauft.

SIEGFRIED HELM

Gott verbraucht sich nicht – Zum Tode Karl Rahners

Im lebendigen Glauben

Er fühle sich nicht als ein „abstrakter Spätrationalist mit einem immer dünner werdenden Glauben". Er glaube an die Auferstehung der Toten und des Fleisches wie ein Blinder, dem man den Aufgang des Lichtes verheiße. „Wenn die Vollendung kommt, werden wir überrascht sein, wie ganz anders alles sein wird, als wir es uns vorgestellt haben (und wie weit die Phantasien der Spiritisten unter der wahren Wirklichkeit liegen), aber eben dieses ganz andere wird doch auch überraschend nahe und zu unserem bisherigen Daseinsstand passend sich zeigen." Das hat Karl Rahner gesagt, der in der Nacht zum Sonnabend gestorben ist.

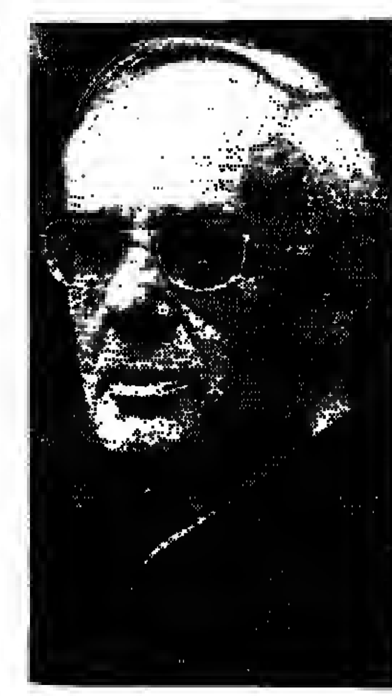
Vor wenigen Wochen erst, am 5. März anläßlich seines achtzigsten Geburtstages, sind dem Theologen viele Ehrungen zuteil geworden. Da wurden noch einmal alle Stationen seines Lebens und seine Verdienste aufgezählt. 1904 wurde er in Freiburg in Breisgau als Sohn eines Professors geboren. Mit 18 Jahren trat er als Novize der Gesellschaft Jesu bei. Er studierte in den Niederlanden, Deutschland und Österreich. Wurde 1936 mit der Arbeit „Geist in Welt. Zur Metaphysik der endlichen Erkenntnis bei Thomas von Aquin" zum Dr. theol. promoviert, und habilitierte sich bereits ein Jahr später in Innsbruck. Er lehrte Dogmatische Theologie in Wien und an der Jesuitenhochschule in Pullach, ehe er 1964 als Nachfolger Guardinis auf den Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung und Religionsphilosophie in München berufen wurde. Doch bereits nach drei Jahren gab er dieses Lehramt wieder auf, um als Ordinarius für Dogmatik und Dogmengeschichte an die Universität Münster zu gehen.

1960 wurde er in die „Kommission De Sacramentis" berufen, die das Vatikanische Konzil vorbereitete, und 1963 ernannte ihn Papst Johannes XXIII. zum Konzilstheologen. An Ämtern und an Würden hat es Rahner nie gefehlt. Und auch nicht an Einfluß. Vielen galt er einst als zu „progressiv", anderen später als zu „konservativ". Er selbst stand über solchen Kategorien. Ihm ging es immer um den lebendigen Glauben: „Die Dogmatik von heute ist sehr rechtgläubig. Aber sie ist nicht sehr lebendig." Deshalb wandte er sich gegen jene „tote Orthodoxie...die dem Buchstaben darum getreu sein kann, weil sie an der ganzen Sache im Grunde uninteressiert ist".

Rahner war dagegen immer „an der *ganzen* Sache" interessiert. Deshalb steht im Mittelpunkt der acht Thesen zur „Einigung der Kirche – reale Möglichkeit" auch die Forderung, die ökumenische Arbeit auf theologische Fragen zu konzentrieren, anstatt die Kräfte in unzähligen weltpolitischen Programmen zu zersplittern. Zugleich mahnte er damals: „Eine Kritik sollte nur gesagt werden, wenn der Kritiker in einer fröhlichen Stimmung ist, wenn er auch lachen kann und den kritisierten Kirchenmännern letztlich doch in liebendem Wohlwollen zugetan ist, wenn er weiß, daß sie zwar keine Genies oder Heiligen sind, aber sich beim näheren Zusehen als ebenso liebenswert, wohlgesinnt und vernünftig herausstellen, wie man es von sich selber glaubt."

Von Karl Rahner hieß es, er habe von den katholischen Theologen unseres Jahrhunderts am eindringlichsten und tiefsten von Gott esprochen. Gott war für ihn das „unfaßbare Geheimnis" und zugleich ein „unverbrauchbarer Gott", der von keiner Kirche, erst recht nicht von Ketzern und Atheisten „verbraucht" werden könnte. Er hat der Kirche geholfen, das Neue zu sehen, aber er bat nie den Boden des Glauben verlassen. Er war zeitlebens demütig in seinem gelebten Glauben.

ANDREAS WILD



Am eindringlichsten von Gott gesprochen: Karl Rahner (1904–1984) FOTO: R. STROTHOHANN

JOURNAL

Kishon und Brooks beim Humor-Kongreß

I. Br. Tel Aviv

Der 4. Internationale Kongreß über Humor findet vom 10. bis 15. Juni 1984 in Tel Aviv statt. Zu den 128 Referenten gehören u. a. Art Buchwald, Ephraim Kishon, Woody Allen, Mel Brooks. Eingeleitet wird der Kongreß vom ersten internationalen Colloquium über jüdischen Humor (6.–8. 6. 84), für den 34 Referate vorgesehen sind, u. a. zum Thema „Lachen die Juden in Israel noch über sich selbst?" Weitere Schwerpunkte bilden der Humor in der Psychotherapie, in der Politik und im Sex. Umrahmt werden die Kongresse von einem humoristischen Konzert sowie einer Karikaturen-Ausstellung.

Platten mit Jazz aus der Sowjetunion

fhn. Moskau

Die „Geschichte des sowjetischen Jazz" will ein Album der Moskauer Plattenfirma „Melodija" dokumentieren. Die 20 Langspielplatten der Sammlung beginnen mit Alexander Sfasmans Moskauer Ama-Jazzband aus dem Jahre 1926 und zeigen die Entwicklung bis zur Gegenwart. Die besten Orchester der Hauptstadt, Leningrads und mehrerer Sowjetrepubliken sowie einzelne Jazzmusiker sollen dadurch gewürdigt werden.

Gastspiel des Kammerchors „Ateneu"

HS, Münster

Seine erste Gastspielreise im westlichen Ausland beginnt der Kammerchor „Ateneu" aus der nordost-rumänischen Stadt Bacau am 7. April mit einem Konzert in Münster. Der 1971 gegründete Chor, der bislang nur einmal in der Tschechoslowakei gastiert hatte, gewann bereits dreimal bei den nationalen Leistungssingen seines Landes den ersten Preis. Weitere Stationen der Konzertreise sind u. a. Gütersloh, Trier und München.

Um die Sicherung europäischer Dörfer

wm. Marburg

Vertreter mehrerer Organisationen und Kommunen aus verschiedenen Ländern Europas haben in Gladenbach, Kreis Marburg-Biedenkopf einen Verband zur Erhaltung und Erneuerung europäischer Dörfer ins Leben gerufen. Der englische Europa-Politiker Frances Nöel-Baker wurde zum vorläufigen Präsidenten gewählt. Der neue Verband wird zunächst ein Rahmenprogramm für die Erhaltung und Sicherung alter und historisch wertvoller Dörfer auf nationaler Ebene erarbeiten und einen alljährlich zu vergebenden Preis für das „beste europäische Dorf" stiften.

Werner Fiedler 85

Werner Fiedler, der Berliner Film- und Theaterkritiker, wird heute 85 Jahre. Er begann bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und gehörte bald zu den profiliertesten und kritisch witzigsten Beobachtern des Kinos. Er hat, als später jede Kritik verboten war, mit großem Geschick und Mut seine brillanten Kritiken gegen den braunen Zeitgeist durchgesetzt, ein rarer Meister der journalistischen Kunst, seine Leser „zwischen den Zeilen" listig ins Bild zu setzen. Er war nach 1945 für den Berliner „Tag" und den „Kurier" tätig und sprach wöchentlich am Mikrophon des Berliner NDR. 1979 erhielt er, sehr zu Recht, den Bundesfilmpreis.

F.L.

THEATER-KALENDER

2. **Wuppertal**, Bühnen; Leutenegger: Lebewohl, gute Reise (U) (R: Langner)
4. **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Schnitzler: Der grüne Kakadu (R: Gruner)
6. **Bochum**, Schauspielhaus; Tabori: Peepshow (U) (R: Tabori); **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Bond: Die Hochzeit des Papstes (R: Troller), **Hamburg**, Thalia Theater; Frayn: Der reinste Wahnsinn (R: Günther)
7. **Frankfurt**, Städt. Bühnen; Koltès: Kampf des Negers und der Hunde (DE) (R: Jendreyko)
10. **Berlin**, Schiller-Theater; de Filippo: Innere Stimmen (R: Engeroff)
12. **Wien**, Theater in der Josefstadt; Hofmannsthal: Der Rosenkavalier (R: Steinboeck); **Mainz**, Städt. Bühnen; Rolf Schneider: Mein Bruder (U) (R: Schneider)
13. **Landshut**, Städtetheater; Sahl: Hausmusik (DE) (R: Fink)
15. **Bonn**, Bühnen der Stadt; Pinter: Die Geburtstagsfeier (R: Palitzsch); **Düsseldorf**, Schauspielhaus; Marsha Norman: Nacht, Mutter (DE) (R: Lyons)
17. **Darmstadt**, Staatstheater; Garcia Lorca: Bernarda Albas Haus (R: Bridle)
19. **Heidelberg**, Theater der Stadt; Herbert Kapfer: Zacheris Brot und Frieden (U) (R: Kock); **München**, Kammerspiele; Büchner: Woyzeck (R: Korn)
28. **Wien**, Akademietheater; Alfred Paul Schmidt: Die Fleischbank (U) (R: Preissler)
29. **Hamburg**, Deutsches Schauspielhaus; Hölderlin: Empedokles (R: Steckel); **Mannheim**, Nationaltheater; Brenton: Genius (DE) (R: Bosse)

U-Boot-Unglück löst antideutsche Gefühle aus

Dänen fordern Ende der Taucherprobungs-Fahrten

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Antideutsche Gefühle hat der Untergang des dänischen Fischkutters „Ane Kathrin" ausgelöst. Der Fischkutter war am Donnerstag acht Seemeilen nördlich von Skagen gesunken, die drei Fischer an Bord werden vermißt. Es gilt als sicher, daß ein deutsches Export-U-Boot, die für Chile bestimmte „Simpson", bei einer Erprobungsfahrt das Schleppnetz der „Ane Kathrin" erfaßte und den Kutter in die Tiefe riß. Die „Simpson" zeigte nach dem späteren Festmachen in Skagen deutliche Schleifspuren an Rumpf und Turm.

Die dänischen Proteste richten sich zum einen dagegen, daß das U-Boot nach dem Unfall nicht sofort aufgetaucht ist, zum anderen, daß in Deutschland gebaute, für den Export bestimmte U-Boote ihre Taucherprobungsfahrten in den Fangrevieren der dänischen Küstenfischer, im Kattegat und Skagerrak, unternehmen.

Das bei den „Howaldtswerke-Deutsche Werft AG" (HDW) in Kiel gebaute U-Boot hatte zum Zeitpunkt des Untergangs der „Ane Kathrin" 25 zivile deutsche Besatzungsmitglieder sowie sechs Chilenen an Bord. Es stand unter der Leitung von HDW-Werftkapitän Holger Berndt aus Kiel. Das Boot ist inzwischen aus Skagen ausgelaufen. Kapitän und Besatzung wollen sich dem für heute angesetzten Seeverhör in Dänemark nicht stellen und ihre Aussagen in Kiel machen, was aber durchaus üblich ist. Die meisten Beteiligten an Havarien außerhalb von Hoheitsgewässern machen ihre Aussagen in der Heimat.

Der dänische Verteidigungsminister Hans Engell hat angekündigt, er wolle mit seinem deutschen Amtskollegen Manfred Wörner auf einer Ministertagung in der Türkei über den tragischen Unfall sprechen. Politische Kreise und Fischereiorganisationen fordern von der Regierung in Kopenhagen ein Verbot von U-Boot-Erprobungen in ihren Fanggebieten. Die Regierung kann ein solches Verbot jedoch nicht aussprechen, wenn die Fanggebiete in internationalen Gewässern liegen – wie bei dem Unfall am vorigen Donnerstag.

Vor zwei Jahren war bereits einmal ein U-Boot vom HDW-Typ 209 nahe Dänemark in einen Unfall verwickelt. Die für Peru bestimmte „Pisagua" wurde bei der Überwasser-Rückfahrt von der letzten Werfterprobung im Kattegat von einem Frachter gerammt. Sie konnte ihre Heimfahrt nach Kiel ohne fremde Hilfe fortsetzen. Bei dem ausweichpflichtigen Frachter, der nach der Kollision ohne Aufenthalt weiterfuhr, handelte es sich wahrscheinlich um das sowjetische Containerschiff „Khudozhnik Saryan"; einem 17 834 Bruttoregistertonnen (BRT) großen Schiff, das 1975 in Warnemünde gebaut wurde.

Den HDW-U-Boot-Typ 209 hat das Ingenieur-Kontor Lübeck (IKL) von Professor Gabler konstruiert. Die Boote haben eine Geschwindigkeit von zehn Knoten über und 21 Knoten unter Wasser. Das entspricht 18,5 beziehungsweise 39 Kilometer pro Stunde. Die getaucht 1350 bis 1450 Tonnen verdrängenden Boote verfügen über je acht Torpedorohre. Ihre Besatzung besteht aus 32 bis 36 Mann. Nur zum Teil bewährt hat sich der Typ im Falkland-Konflikt. Die britischen Fregatten und Zerstörer konnten die beiden argentinischen Boote „Salta" und „San Luis" zwar nicht orten, andererseits aber waren sie auch keine Gefahr, da ihre Torpedos versagten.

Der zu drei Viertel im Bundesbesitz befindlichen Werft HDW – der Rest gehört dem Land Schleswig-Holstein – ist mit dem Typ 209 ein Exportschlager gelungen. Fast zwei Drittel aller U-Boote der nennenswerten südamerikanischen Marinen zählen zu diesem Typ. Die Boote für Argentinien, Ecuador, Kolumbien, Peru und Venezuela wurden in den Jahren 1972 bis 1978 ausgeliefert. Die von der Bundesregierung bereits genehmigte Übergabe der beiden Boote „Simpson" und „Thomson" an Chile soll in diesem Jahr erfolgen.

Die zwischen 100 bis 150 Millionen Mark teuren U-Boote sichern in der seit Jahren kränkelnden deutschen Schiffbauindustrie wenigstens der Großwerft HDW das Überleben. Mit ihrem Bau kann eine Grundkapazität ausgelastet werden. Dennoch hat es bereits mehrfach Demonstrationen gegen den Bau dieser Kriegsschiffe für „Militärjuntastaaten" gegeben.



Auf Hawaii speit jetzt der zweite Vulkan

Nach dem Mauna Loa ist am Wochenende auf der Pazifik-Insel Hawaii auch ein zweiter Vulkan, der Kilauea, (Foto) ausgebrochen. Diese zweite Bedrohung hat die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzt. Es ist das erste Mal seit 116 Jahren, daß die beiden Vulkane zur selben Zeit ausgebrochen sind. Beide Berge liegen 30 Kilometer auseinander. Noch scheint der Kilauea die Bevölkerung nicht zu bedrohen; derweilen rücken die um 1200 Grad heißen Lavamassen des Mauna Loa mit einer Tagesgeschwindigkeit von 800 Metern an die 45 000 Einwohner große Provinzhauptstadt Hilo heran. FOTO: AP

Das Mittelalter setzt auf ein heißes Getränk

Das Deutsche Teebüro feiert sein 30jähriges Jubiläum

GIESELA SCHÜTTE, Hamburg

Das Deutsche Teebüro in Hamburg feierte gestern seinen 30. Geburtstag. 1954 war die Einrichtung als Sprachrohr und Informationszentrum des Teehandels und der Erzeugerländer gegründet worden. Hamburg ist neben Rotterdam der größte europäische Einfuhrhafen für das Blätter-Getränk. Der Erfolg des Büros, der eine lange Tee-Tradition krönt, läßt sich in einer Steigerung des pro-Kopf-Verbrauchs in dieser Zeit von 90 auf 250 Gramm ablesen. Die Hamburger Kaufleute waren schon vor 300 Jahren in das Teegeschäft eingestiegen.

Für die „Erfindung" dieses Getränks gibt es zwei „Überlieferungen": Ein chinesischer Kaiser soll als erster das aromatische Getränk zu sich genommen haben. Zufällig soll ihm das Blatt eines Teestrauchs in eine Tasse mit kochendem Wasser gefallen sein. Konkurrent um den Ruhm ist der heilige Boddi-Dharma, ein indischer Missionar. Gegen die bleiernde Müdigkeit soll er sich wütend die Augenlider abgerissen haben. Dort, wo sie auf die Erde fielen, wuchs der erste Teestrauch.

Kaiser oder Missionar – der Tee fand weltweit Liebhaber. Er gelangte von China nach Japan und um 1600 nach Europa. Doch während der Kontinent den aus der Türkei übernommenen Kaffee schlürfte, schrieb man dem Tee eher heilende Wirkung zu – zur Stärkung der Sehkraft, gegen Kopfschmerzen, und der Große Kurfürst trank ihn im 17. Jahrhundert als Mittel gar gegen die Gicht – angeblich bis zu 200 Tassen pro Tag.

Die Mediziner von heute schreiben dem Tee und seinen Bestandteilen Koffein, Tanin (Gerbstoffe), Zellulose und Fettstoffe, Spurenmineralien, ätherische Öle und je nach Zubereitung belebende oder beruhigende Wirkung zu: Testpersonen addierten für die Wissenschaft schwierige Zahlenkolonnen nach Teegenuß zuverlässiger. Die medizinische Untersuchung irischer Brüderpaare, von denen je einer in die Vereinigten Staaten auswanderte, während der andere in der Heimat blieb, ergab, daß die teetrinkenden Iren jeweils „jünger" geblieben waren. Kommt hinzu, daß Fluoride aus dem Tee den Zahnschmelz härten und als „Kariesbremse" wirken.

Kein Wunder also, daß chinesische Schriftzeichen den Tee als „Zaubertrank" beschreiben und die Taoisten in ihm ein Elixier der Unsterblichkeit sehen. Gleichsam zum Beweis erreichte eine leidenschaftliche Teetrinkerin aus England das sagenhafte Alter von 120 Jahren.

Berühmte Teetrinker waren Lessing, Ludwig Uhland und Hendrik Ibsen, Somerset Maugham, John Galsworthy, Heinrich Heine und Ernst Barlach.

Weltmeister im Teetrinken sind die Iren mit einem jährlichen pro-Kopf-Verbrauch von dreieinhalb Kilo. Demgegenüber kann Deutschland nur als Teeprovinz gelten, allerdings mit äußerst trinkfreudigen Gegenden: Die Friesen verbrauchen jährlich drei Kilo Tee pro Person und liegen damit nur 200 Gramm hinter den five-o'clock-tea-trinkenden Engländern.

Teegenuß- und verbrauch unterliegen in Deutschland einem eklatanten Nord-Süd-Gefälle. Von Norden nach Süden nehmen hingegen die Verwendung von Teebeuteln und der Genuß von Kräutertees erheblich zu. Im Durchschnitt geben die Deutschen pro Monat (Zwei-Personen-Haushalt) nur 91 Pfennig für Tee aus. Für 18,27 Mark gönnen sie sich dagegen Kaffee und sogar für 29,76 Alkoholisches. Rund 80 Prozent des deutschen Tees kommen aus Afrika und Indien, Südostasien, Ceylon und Japan über Hamburg nach Deutschland: jährlich werden 17 000 Tonnen eingeführt. In blechbeschlagenen Kisten wird der Tee in den Backsteingebäuden der Hamburger Speicherstadt im Freihafen gelagert und von dort aus weiterversandt, verarbeitet und von „Profi-Teetrinkern", den Teatasters, gekostet.

So wie das Teetrinken vor allem unter den 30 bis 60jährigen Mode wird, begeistert sich ein Teil der Konsumenten zunehmend für die Aromatees, die Vanille, Orange, Apfel oder Mango versetzt sind. Die Schotten hingegen schwören auf das „Aroma" Whisky im Tee, und Theodor Fontanes Spezialrezept für Tee lautete: „Rum, Rum! Dann sind alle Schmerzen stumm."

„Nessie" – der beste Aprilscherz der Welt?

dpa, London

Der möglicherweise erfolgreichste Aprilscherz der Welt ist in diesem Jahr 50 Jahre alt: Anfang April 1934, vermutlich genau am 1. des Monats, knipste der Londoner Kenneth Wilson am Loch Ness in Schottland das verschwommene Foto, das seither für Millionen und Generationen in aller Welt das Bild von „Nessie" bestimmt hat – dem Ungeheuer von Loch Ness. Das Monster war bereits ein Jahr vorher erstmals „gesehen" worden, und die Versuche, Beweise für seine Existenz zu finden, hatten schon ein Jahr gedauert. Im Dezember 1933 hatte die „Daily Mail" eine Expedition an den langgestreckten dunklen See entsandt, die am Ufer zwei große Fußspuren fand. Am nächsten Tag kam die Zeitung mit der Schlagzeile heraus: „Keine Legende – eine Tatsache!" Aber bald stellte sich heraus, daß es sich dabei um Abdrücke des Hinterbeins eines Nilpferdes handelte – jemand hatte einen Regenschirm-Ständer, der aus einem Nilpferdbein hergestellt worden war, in den Sand gedrückt. Die blamierte „Mail" kaufte deshalb Wilsons Foto sofort, um sich doch noch zu rechtfertigen, und hatte mit der Veröffentlichung einen Riesenerfolg. Ronald Binns, der als bisher einziger Buchautor über das Monster schlicht und einfach sagt, daß es gar nicht existiert, meint zu dem Bild: „Das ist ein Aprilscherz gewesen, der außer Kontrolle geriet."

Flucht beendet

dpa, Soest

Der Donnerstag aus dem psychiatrischen Krankenhaus Eickelborn (Kreis Soest) geflohene 36 Jahre alte Gewaltverbrecher Manfred Gerhard Börner, der nach der Tötung von vier Frauen 1973 vom Frankfurter Landgericht wegen Unzurechnungsfähigkeit in eine geschlossene Klinik eingewiesen worden war, ist freiwillig in das Krankenhaus zurückgekehrt. Börner, der sich nach seiner Flucht bei Verwandten aufgehalten hatte, kam am Samstag nachmittag in Begleitung seines Anwalts nach Eickelborn.

Professor getötet

dpa, Barcelonnette

Eine Lawine hat am Sonnabend in den provenzalischen Alpen bei Barcelonnette einen 50jährigen Universitätsprofessor aus Lyon getötet. Er war mit fünf Kameraden von den Schneemassen bei einer Wanderung überrascht worden. Damit hat sich die Zahl der Lawinentoten in Frankreich in der Wintersaison 1983/84 auf 18 erhöht.

Schwerer Verdacht

dpa, Nürnberg

Einem Sexualverbrechen ist in Nürnberg ein siebenjähriger Junge zum Opfer gefallen. Die Staatsanwaltschaft hat keinen Zweifel, daß der Täter der festgenommene 16jährige Schüler ist, der schon wegen der Tötung eines achtjährigen Buben am 30. Juni 1983 unter Anklage steht. Der damalige Haftbefehl war im November vor allem aus Rücksicht auf den schwer erkrankten Vater aufgehoben worden.

Hinrichtung in Texas

dpa, Huntsville

Im amerikanischen Bundesstaat Texas ist am Samstag in der Stadt Huntsville Ronald Clark O'Bryan (39) durch eine Injektionsspritze hingerichtet worden. Ihm wurde vorgeworfen, seinen achtjährigen Sohn ermordet zu haben. Es war die 16. Hinrichtung seit 1977 in den Vereinigten Staaten und die vierte durch eine Giftspritze.

Evakuierung gelungen

AP, Miami

Die mehr als 1200 Passagiere und Besatzungsmitglieder des vor der Küste der Großen Cayman-Insel im Karibischen Meer auf Grund gelaufenen Kreuzfahrtschiffes „Rhapsody" sind am Wochenende von Bord geholt und mit dem Flugzeug nach Miami gebracht worden. Angesichts der 2,50 Meter hohen Wellen war darauf verzichtet worden, die Passagiere mit Rettungsbooten an das nur rund 230 Meter entfernte Land zu holen. Das Schiff strandete Mittwoch vor der Karibik-Insel.

LEUTE HEUTE

Gang „ins Exil"

Mark Thatcher, der geschäftstüchtige Sohn der Premierministerin, will ganz nach Amerika übersiedeln und für eine Weile aus dem Rampenlicht verschwinden. Das hat er in der Zeitung „Mail on Sundy" angekündigt, das mit der Schlagzeile „I am sorry" (Es tut mir leid) veröffentlicht wurde. Der 30jährige geht nicht als armer Mann „ins Exil": Eine Sportwagen-Firma hat ihn als Verkaufsdirektor engagiert und zahlt ihm 170 000 Mark im Jahr. Damit nutzt das Unternehmen den Namen Thatcher ebenso wie der Baukonzern Cementation Ltd., mit dem die öffentliche Auseinandersetzung um die Rolle Frau Thatchers bei den Geschäften ihres Sohnes begann.

Kein Interesse

Andrea Hart (19), Tochter des überraschend erfolgreichen Bewerbers um die demokratische Präsidentschaftskandidatur, **Gary Hart**, hat keine Lust im Weißen Haus zu leben, sollte ihr Vater im Januar nächsten Jahres dort Hausherr werden. „Ich bin in einem Alter, in dem man auf eigenen Füßen stehen will", so Andrea, die sich von ihrer Universität in Maryland beurlauben ließ, um ihrem Vater beim Wahlkampf zu helfen. Andrea bestritt auf einem Studententreffen in New York, daß das Duell zwischen ihrem „Dad" und **Walter Mondale** „häßliche Formen" angenommen hat.

Mit „Speed" - der schnelle Trip zum großen Geld

Die Wandlung der „Hell's Angels": Vom anarchistischen Rocker-Klub zur gut organisierten Drogen-Gang

SAD, New York

Die Zeiten sind vorbei, in denen die „Hell's Angels" ihren ganzen Lebenszweck darin sahen, mit ihren überschweren Motorrädern durch die Landschaft zu donnern, zu randalieren, Bier zu trinken und gelegentlich ein wenig zu morden und vergewaltigen. Die Mitglieder der berüchtigsten Motorradbande Amerikas fahren zwar noch ihre „Bikes", aber sie haben sich auf das Geschäftemachen verlegt und sind dabei reich geworden. Sie sind auch bemüht, ihr Ansehen zu verbessern, haben dabei aber weniger Erfolg als im Business. Das liegt an der Natur ihrer Geschäfte: Die Hell's Angels handeln heute mit Rauschgift, und zwar in ganz großem Stil.

„Die Hell's Angels sind die neue Mafia", versichert Budd Johnson vom Rauschgiftdezernat in San Diego. „Die sind anderen Rocker-Banden um 25 Jahre voraus. Sie haben sich vom anarchistischen Motorrad-Klub in eine disziplinierte Unterwelt-Organisation umgewandelt."

Die meisten „Höllenengel" gibt es in Kalifornien. Sie haben etwa 500 Mitglieder und sind in 32 „Ortsgruppen" organisiert. Seit sie durch den Rauschgifthandel reich geworden sind, haben sie sich einen Stall von hochbezahlten Anwälten zugelegt, von denen sie sich bei Geldanlagen und beim gelegentlich unvermeidlichen Umgang mit Behörden beraten lassen.

Spezialität der Hell's Angels ist die Produktion und der Vertrieb von Methamphetamin, das in einschlägigen Kreisen „Speed" genannt wird und als Kokain des kleinen Mannes gilt. Ein Gramm davon kostet im illegalen Einzelhandel 60 Dollar, rund 150 Mark.

Die Fabrikation besorgen korrupte Chemiker, wie ein ehemaliger „Engel" im Verhör aussagte. Der Chemiker bekommt einen großzügigen Vorschuß und ist damit den „Engeln" verpflichtet. Die Handelsspanne der Bandenmitglieder ist horrend: Sie zahlen dem Hersteller in der Regel zehn Dollar pro Gramm und verdienen, wenn sie selbst den Einzelhandel betreiben, an jedem Gramm 50 Dollar.

Im Bemühen, weniger Aufmerksamkeit zu erregen und in der Öffentlichkeit einen besseren Eindruck zu machen, haben die Hell's Angels einen Teil der Dekorationen abgelegt, mit denen sie einst brave Bürger einzuschüchtern suchten. Die Hakenkreuze, Totenköpfe und eisernen Kreuze, mit denen sie ihre schwarzen Lederjacken verzierten, sieht man nur noch selten. Die „Speed"-Kaufleute sind auch nicht mehr so blutdürstig wie einst. Der letzte Krieg gegen eine andere Bande liegt sieben Jahre zurück. Damals legten die „Engel" auf einer Stadtautobahn in San Diego am hellichten Tage zwei Mitglieder der „Mongolen" um, einer rivalisierenden Bande.

Was sich kaum geändert hat, sind die Gebräuche der Bande. Wer Mitglied werden will, muß eine manchmal Jahre währende Lehrzeit durchmachen, ehe er in den Klub aufgenommen wird. Während der Lehrzeit muß er beweisen, daß er das Zeug zum „Höllenengel" hat, das heißt, er muß sich in Schlägereien bewähren und zeigen, daß er bei Bier-, Sex- und Rauschgiftorgien ein guter Kumpan ist. Und er muß eine „Mitgift" in Gestalt einer Frau mitbringen, die allen Bandenmitgliedern zur Verfügung steht.

WETTER: Kühl

Wetterlage: Ein Tief über Oberitalien beeinflußt die Mitte und den Süden Deutschlands, während der Norden am Rande eines Hochs mit Schwerpunkt über Schottland liegt.



Vorhersage für Montag

Norden: Wolkig mit Aufheiterungen und niederschlagsfrei. Tageshöchsttemperaturen bei 6 Grad, nächtliche Tiefstwerte um den Gefrierpunkt, mäßiger bis frischer Wind um Nordost.

Mitte und Süden: Meist bedeckt und zum Teil länger andauernder Niederschlag, teils als Regen. Nachmittagstemperaturen 2 bis 5 Grad, nächtliche Tiefstwerte null bis minus 3 Grad. Schwacher bis mäßiger Nordostwind.

Weitere Aussichten:
Leicht unbeständig und kühl.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	5°	Kairo	25°
Bonn	3°	Kopenh.	3°
Dresden	4°	Las Palmas	17°
Essen	2°	London	4°
Frankfurt	5°	Madrid	12°
Hamburg	4°	Mailand	8°
List/Sylt	2°	Mallorca	15°
München	7°	Moskau	2°
Stuttgart	5°	Nizza	9°
Algier	14°	Oslo	4°
Amsterdam	4°	Paris	5°
Athen	16°	Prag	7°
Barcelona	14°	Rom	13°
Brüssel	2°	Stockholm	0°
Budapest	10°	Tel Aviv	22°
Bukarest	12°	Tunis	19°
Helsinki	2°	Wien	9°
Istanbul	11°	Zürich	6°

Sonnenaufgang* am Dienstag: 4.53 Uhr, Untergang 17.58 Uhr, **Mondaufgang** 6.25 Uhr, Untergang 20.01 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Die Wüste holt sich täglich 16 Meter Land

AFP, Kargi

Lautlos, scheinbar unaufhaltsam rückt sie vor und verschlingt jährlich sechs Millionen Hektar fruchtbaren Landes: Die Wüste – eine tödliche Bedrohung für alles Leben.

„Die Trockenheit ist ein Naturphänomen, die Wüste ein Werk des Menschen", ist Hugh Lamprey sicher, der seit Jahren beim Kampf gegen die Ver-Wüstung Kenias dabei ist. Nur wenige Kilometer von Kargi entfernt, im Grenzgebiet zu Äthiopien und Somalia, beginnt die von nur wenigen Büschen belebte Steppe. 4000 Nomaden versuchen hier, 50 000 Tiere zu ernähren. Die Zone, in der Hugh Lamprey arbeitet, ist so groß wie Belgien. Seit kurzem wird sein Projekt von der UNESCO gefördert. Die Ursachen des schnellen Vorrückens der Wüste sind vielfältig: Raubbau an den Wäldern, einseitige Nutzung von Weideflächen, die Wucherungen der Städte und der unkontrollierte Verbrauch an Wasser. Im Sahel-Gebiet, im Westen Afrikas, rückt die Sahara mit einer Geschwindigkeit von sechs Kilometern pro Jahr voran – 16 Meter am Tag.

Erstes Zeichen ist das Verschwinden der Grasnarbe, zertrampelt durch die Hufe der weidenden Tiere. Danach halten sich die Tiere an den Trieben der Bäume und Büsche schadlos. Nach deren Absterben beginnt die Erosion durch Wind und Regen. Ist die Erdkrume erst fortgewaschen, ist der „Point of no return" erreicht. Danach ist die Verwüstung nicht mehr aufzuhalten.

Die Experten versuchten zunächst mit einfachen Mitteln, den Kampf gegen den Erdfresser aufzunehmen. Sie umzäunten Parzellen von je einem Hektar Größe und überließen das Land sich selbst. Nur den Einflüssen der Natur ausgesetzt, zeigten sich nach sechs Jahren die ersten Spuren von magerem Grün inmitten von Sand und Steinen.

Ein Resultat, das Laien eher karg erscheint, Wissenschaftler jedoch davon überzeugte, daß es Mittel gegen die anrückende Wüste gibt. Die Schwierigkeiten sind politischer Natur. So ist es schwierig, in der Praxis durchzusetzen, was theoretisch einen schnelleren Erfolg sichern könnte: die behutsame Besiedlung des neugewonnenen Landes, aber nicht durch Nomaden. Deren Herden würden die zarten Pflanzen binnen kurzem wieder vernichten. Auch Brunnen, die neu ausgehoben werden, dürften zunächst nur unter scharfer Kontrolle benutzt werden. Wo moderne Pumpen aufgebaut werden, sind die Brunnen bald wieder trocken – die leistungsfähigen Geräte schaffen so viel Wasser an die Oberfläche, daß die Grundwasser-Reservoire keine Zeit haben, sich wieder zu sammeln. Schließlich müßten die Nomaden ihre Lebensgewohnheiten radikal ändern, müßten sich auf Kamele umstellen, die genügsamer sind als Kühe und Ziegen. Vor allem aber müßten die Stämme sich bereiterklären, immer wieder mal, ganze Weidegebiete unangetastet zu lassen.

Der Kampf gegen die Wüste kann nur mit Geduld und unpopulären Maßnahmen geführt werden. Immer wieder treffen die Experten auf die schicksalsergebene Haltung, wonach die Wüste von Gott gewollt ist. Die Experten vor Ort kennen diese Forderung nach sichtbaren Erfolgen nicht nur von seiten der Eingeborenen – auch internationale Hilfsorganisationen wollen „etwas sehen für ihr Geld". „Einen Staudamm, ein Rückhaltebecken, das kann man anfassen und einweihen", sagt Hugh Lamprey. „Ein über Jahre hinaus gepflegtes Stückchen Erde, das wieder erste Spuren von Grün zeigt, nicht."

Wie kostspielig der Verlust für die Entwicklungsländer ist, zeigt eine kürzlich veröffentlichte Studie. Danach beträgt der Einnahme-Verlust von Dritte-Welt-Ländern, die unter der fortschreitenden Ver-Wüstung leiden, 26 Milliarden Dollar. Nur ein Fünftel dieser Summe wäre nötig, um eine Eingrenzung der Ver-Wüstung der Erde zu erreichen.

ZU GUTER LETZT

Rolle des Mannes während der Schwangerschaft bisher unterschätzt. Meldung der Deutschen Presseagentur

Jetzt Spiel 77 nicht vergessen!
2 Extra-Auslosungen am 4. und 7. April.
Mittwoch 7 x 7 und Samstag 77
Ford Escort Laser gratis bei Spiel 77